

22. Oktober 1928

## KARL MAYR · SOZIALDEMOKRATIE UND WEHR-PROGRAMM · GRUNDSÄTZLICHE BETRACHTUNGEN

**S**OLL der militärische Sachverständige über ein Wehrprogramm mitberaten, so muß er notwendig in die Zone des Staatsmanns hinübergreifen. Denn die Wehrkraft umfaßt die ganze körperliche, geistige und seelische Leistung einer Volksgemeinschaft. Mit allen Kriegstheoretikern (Macchiavelli, Friedrich II, Napoleon, Jomini, Clausewitz, Moltke, von Verdy, von Binder-Krieglstein, von Schlichting, von Scherff, von der Goltz, Foch) kann man dabei der Ansicht sein, daß es wehrpolitisch in weitestem Sinn auf dreierlei besonders ankomme:

1. auf das Erkennen des Charakters eines Zukunftskriegs: eine technisch-psychologische Frage; hiernach richten sich Ausbildung und Bewaffnung;
2. auf das Voraussehen der möglichen außenpolitischen Kräfteverteilung, unter der man veranlaßt sein könnte in den Kriegszustand zu treten: nicht nur ein feldherrliches sondern vor allem ein staatsmännisches Problem; hiernach regeln sich die organisatorische Vorsorge im Frieden und der Kriegsplan;
3. auf das Beherrschen gewisser Grundsätze der großen Kriegführung und deren Verständlichmachung in großen Linien innerhalb der Volksgemeinschaft; vor allem handelt es sich da um die Lehre von der Zusammenfassung der Kraft: ebenso sehr ein staatsmännisches wie ein feldherrliches Problem.

Der Gegenpol ist die pazifistische Theoretik. Es gibt einen ethischen Pazifismus, der auf die aus dem Krieg fließende sittliche Verwilderung und die das menschliche Nervensystem überbelastende zerstörerische Kraft verweist, und einen militärischen Pazifismus, der glaubt, daß der Krieg zufolge der Übersteigerung seiner Vernichtungsenergieen sich selbst ad absurdum führe und infolge seiner Mechanisierung auf ein entscheidungsloses Abringen der Kräfte hinauslaufe. Beide Arten des Pazifismus sind mindestens bis zum Jahr 1920 (Polnisch-Russischer Krieg) praktisch desavouiert worden. Ein besonders feuriger junger pazifistischer Idealist, der Privatdozent Wilhelm Ohr, mir persönlich bekannt, ja befreundet, predigte noch 1913 vom Standpunkt jenes militärischen Pazifismus aus die völlige Sinnlosigkeit des Krieges. Er prophezeite, daß im nächsten Krieg Hunderte von Kilometern hinter der Front, von Bureaus aus, ein alter bebrillter Herr mit dem Zirkel in

der Hand auf jeder der beiden Seiten bürokratisch-schematisch den großen Kampf leiten werde. In Wirklichkeit war auf deutscher Seite des »alten Mannes Anteil«, wie mir ein Wissender, der Generalmajor Max Hoffmann, 1925 noch schrieb, »an Anlage und Durchführung irgendeiner Schlacht bekanntlich gleich null«. In Wirklichkeit nahm eine Generation jüngerer Generalstäbler, "Halbgötter" vom Schlag der Bauer, Nicolai usw., eine Generation allerdings, die sich im Gegensatz etwa zu den Franzosen vom Frontdienst fernhielt, das Ruder in die Hand; "ihr" Mann war ein Ludendorff. Der Idealist Wilhelm Ohr hat den Kriegsdienst 1914 auch als führender Pazifist nicht verweigert und ist noch 1914 als Frontoffizier gefallen.

Man darf die Bedeutung des bürgerlich-wissenschaftlichen Pazifismus, dessen Wirksamkeit dadurch schon gelähmt ist, daß er in eine Anzahl verschiedener Richtungen zersplittert ist, nicht überschätzen. Wesentlicher, ja entscheidend ist heute das Gefühl der tiefen Unzufriedenheit breiter proletarischer Massen darüber, daß im internationalen Prozeß der auf Zusammenschluß abzielenden gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung noch keine rascheren systematischen Fortschritte erzielt worden sind. Das Volk will nicht überhaupt keine Wehrpolitik, es will eine Wehrpolitik, die eine Kriegsgefahr möglichst einschränkt. Carl Schumacher hat psychologisch recht, wenn er in der Schwäbischen Tagwacht vom 10. September 1928 schreibt: »Nur die Armee ist vom sozialdemokratischen Standpunkt aus noch möglich, die ihrem Geist, ihrer Verfassung, ihrem Umfang und ihrem Zuschnitt nach kein kriegsförderndes Moment enthält.« Dem Volksbewußtsein erweitert sich das Wehrproblem zum Problem schöpferischer Gesamtpolitik überhaupt. Darin liegt auch der Sinn der Aufregung in der sogenannten Panzerkreuzerkrise, darin der logische Zusammenhang der Wehrproblemerörterung mit dieser Einzelfrage. Die weitverbreitete Meinung ist nicht richtig, daß eine wirkliche allgemeine Wehrfähigkeit heute mehr ein innenpolitisches Problem sei, und daß es im besondern kein positives Flottenaufrüstungsprogramm für die Sozialdemokratie geben könne, zumal Deutschland, das keine Kolonien besitze und ernsthaften Gegnern gegenüber Chancen für kriegerische Stützung seiner überseeischen Handelsbeziehungen nicht habe, auch gar nicht sachlich daran interessiert sei. Solche Ablehnung kann man erst vornehmen, wenn vorher untersucht ist, ob eine von Rüstungszwecken unbeschwerte Führung der Gesamtpolitik für die deutsche Nation heute wirklich möglich ist.

**M**AN neigt heute in wehrpolitischer Erörterung vielerorts dazu die Erinnerung an Friedrich Engels und Jean Jaurès in die Ecke zu stellen. Das ist wehrpolitisch, aber auch für die Führung einer Gesamtpolitik, zu der eine vernünftige Auffassung des Wehrproblems immer noch gehört, unrichtig und verhängnisvoll. Gerade, wenn man sich über den Begriff einer proletarischen Wehrpolitik und seine heutige Anwendbarkeit schlüssig werden will, ist es gut, wenn man frühere Meinungen oder auch Irrungen würdigt. Wäre die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, bis auf einige wenige Hauptideen von Landesverteidigung usw., die dann zur Bewilligung der Kriegskredite im August 1914 führten, kriegstheoretisch nicht so ahnungslos gewesen wie sie es tatsächlich war, dann hätte sie schon im Hinblick auf Friedrich Engels' Schrift Po und Rhein nicht ruhen und rasten dürfen, bis sie dem Kernstück der Wilhelminisch-Hohenzollernschen Gesamtpolitik, der Kriegsplanproblematik des

Großen Generalstabs nahegekommen wäre. Aber obgleich in den Sozialistischen Monatsheften diese Aufgabe erkannt und gestellt wurde, Max Schippel deutlich genug auf Engels' kriegspolitische Auffassungen hinwies, Karl Leuthner immer wieder die Aufmerksamkeit der Partei auf den drohenden Krieg hinlenkte, blieb diese doch ganz weit davon entfernt solche Möglichkeit ernst zu durchdenken. Wäre es geschehen, die Konsequenzen hinsichtlich einer möglichen Verhinderung der Weltkriegskatastrophe wären nicht abzusehen gewesen. Nicht weniger wichtig hätte eine Beschäftigung der deutschen Volksvertretung, der Sozialdemokratischen Partei im besondern, mit der Kriegsplanproblematik für den rein militärischen Ablauf werden können. Die Wurzeln des militärischen Mißerfolgs der Mittelmächte im Weltkrieg lagen in dem schon von hervorragenden sachverständigen Zeitgenossen Schlieffens verurteilten Entschluß zum deutschen West- statt Ostaufmarsch. Auch heute wäre es verhängnisvolle Gedankenfaulheit sich bei wehrprogrammatischer Überlegung um den Zusammenhang von Strategie und Gesamtpolitik herumzudrücken. Die Fahrt des Chefs der Heeresleitung nach den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 1927 war vielleicht ein Symptom einer bedenklich falschen Orientierung. Die so erfolglose und deutscherseits einseitige Behandlung des Abrüstungsproblems im Rahmen des Völkerbunds ist größtenteils auf wehrpolitische Blindheit der beteiligten deutschen Parteien zurückzuführen. Das instinktive Unbehagen der breiten Massen, insbesondere der sozialdemokratischen Wählerschaft, bezieht sich auf die fortdauernde ungünstige Beeinflussung der Gesamtpolitik von der Ecke der Wehrpolitik aus. Hier liegt ein wesentliches Imponderabile.

Selbstverständlich ist von der wehrpolitischen Kritik und Theorie der Alten heute vieles überholt. Die Methode ihrer Problembehandlung bleibt auf alle Fälle lehrreich. Bemerkenswert ist, daß weder Marx noch Engels "proletarische" Wehrpolitik herausstellte. Damit gewinnt der rote Faden, der sich durch Friedrich Engels' wehrpolitische Schriften zieht, erhöhte Bedeutung. Der Wesenskern ist, daß sich innerhalb des europäischen Kontinents in Form von kriegerischen Konflikten eine nationale Flurbereinigung abwickle und daß, obgleich dieser Prozeß im Rahmen des kapitalistischen Systems stattfinde, mit dem gesamten werktätigen Volk auch dessen Kern, die Arbeiterklasse, sich diesem Ausgleich, diesem Entwicklungsstadium ebensowenig entziehen oder gar entgegenstemmen könne oder dürfe wie etwa auf ökonomischem Gebiet der Phase der vermehrten Konzentration des Kapitals. Da schreibt Engels: »Soll aber die Karte von Europa revidiert werden, so haben wir Deutschen das Recht zu fordern, daß es gründlich und unparteiisch geschehe, und daß man nicht, wie es beliebte Mode ist, verlange, Deutschland allein solle Opfer bringen, während die anderen Nationen von ihnen Vorteil haben, ohne das geringste aufzugeben. Wir können manches entbehren, das an den Grenzen unseres Gebiets herumhängt [!] und uns in Dinge verwickelt, in die wir uns besser nicht so direkt einmischen. Aber gerade so geht es anderen auch . . . "Unser Genie" wird wieder sein "zu attackieren", und es gibt noch einige faule Flecke, wo dies nötig genug sein wird.« Man wird nicht bestreiten, daß das Wehrproblem für Engels hier der Kern der politischen Gesamtführung ist, ein strategischer Hebel im Rahmen der ökonomischen Gesamtentwicklung natürlich. Und Engels hat recht behalten. Der vorausschauende Staatsmann trägt die Sicherheit seiner Beweise in sich.

Heute nun tritt der Entwicklungsprozeß der Menschheit in die Phase der kontinentalen, besser wirtschaftsimperialen Zusammenschlüsse. Daran wird dadurch nichts geändert, daß ein Teil des politischen Führer- und vor allem Literatentums sich heute noch im Bereich der altgewohnten interkontinentalen Konflikte wohlfühlt. Die organische Gestaltung der Welt zu großen Wirtschaftsimperien, die die Produktivkräfte jeder der so zusammengeschlossenen Nationen entfesseln, ist eine sozialistische Idee, von den Sozialistischen Monatsheften konzipiert, später, Jahre nach dem Krieg, von anderen Bewegungen aufgenommen, mit veränderter Terminologie propagiert und, vor allem, von den Wirtschaftsnotwendigkeiten selber Jahr für Jahr der Verwirklichung nähergeführt. Mag man noch im Nauticus 1928 über das kommende Kontinentaleuropa (ungenau heute vielfach Paneuropa genannt; eine Bezeichnung, die zugunsten unserer ursprünglichen und richtigern wieder aufgegeben werden sollte) lesen: »Paneuropa ist ein Schlagwort. Schlagworte werden geprägt in den politischen Falschmünzereien. Sie werden nach ihrer Ausgabe erst mit Aufgeld gehandelt, bis sie ein klägliches Ende im Müll-eimer finden.« Das ist zurückgebliebenes Gerede von Leuten, die das werdende nicht zu sehen vermögen. Die Sozialdemokratische Partei ist da schon ein gutes Stück weiter gekommen. In ihrem Heidelberger Programm heißt es jetzt: »Die Sozialdemokratie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.« Man muß nur endlich wissen, was man unter Europa zu verstehen hat. Man muß insbesondere endlich begreifen, daß das British Empire ein System für sich darstellt, ein System, das (Canada, Australien) mit den Vereinigten Staaten von Amerika lebendigere Zusammenhänge hat als mit Kontinentaleuropa, und daß die britische Insel eine Leitungs- und Verwaltungszentrale dieses Systems darstellt, von der aus, wie mir ein englischer Liberaler einmal sagte, der Weg zum europäischen Kontinent weiter sei als der nach Ägypten. Die jahrhundertelange, an Kriegsgewittern reiche Phase der "nationalen" Ausgleichs ist vorbei. Recht unerfreuliche Unausgeglichenheiten (Danzig und Korridor, Südtirol) sind zurückgeblieben. Hier muß auf dem Verhandlungsweg noch ergänzt werden. Briand hat völlig recht: Gegenüber 100 Millionen völkischer Minoritäten haben wir heute immerhin nur mehr 20. Aus dem im Heidelberger Programm betonten Prinzip der europäischen Einheit müssen nun aber auch wehrpolitische Konsequenzen gezogen werden. An eine Revision des Vertrags von Versailles ist erst zu denken, wenn man sich zu europäischer Wehrgemeinschaft durchgefunden hat.

Man kann schärfster Gegner der Flottenaufrüstung sein, wenn und soweit ihr heute noch rein nationale Gründe zugrunde liegen. Als einen solchen sehe ich die sogenannte nationale Verteidigung der Ostsee an, aber auch ein national unabhängiges, nicht kontinentaleuropäisches Militär-, besonders Marinebündnis. Bei entsprechender fachmännischer und gesamt-politischer Aufklärung aber kann man die Ersatzbauten zu 10 000 Tonnen, wenn sie als Bestandteil einer gesamteuropäischen Abwehrrüstung gedacht sind, als geeignete Verteidigungsmittel und notwendige Schulungsgrundlage ansehen. Nur so hat die deutsche Flotte heute noch Existenzberechtigung. Dagegen ist die Formel: Zweck der deutschen Reichsmarine sei die Landes-



verteidigung als verlängerter Flügel der Landstreitkräfte, abzulehnen. Dazu ist die deutsche Reichsflotte schon technisch gar nicht mehr in der Lage. Ausdrücklich hat dies auch Tirpitz anerkannt. Es kann und darf sich heute nicht mehr um national gebundene "Landesverteidigung" handeln. An dieser Ideologie klebt heute noch der deutsche Konservatismus, an ihr klebt naturgemäß auch noch die ganze Reichswehr einschließlich der Marine. Aus dieser Kluft zwischen Tatsachenweilt und veralteter Ideologie quillt jenes, es ist immer wieder zu betonen, tiefe Mißbehagen der Massen, dessen psychologischer Ausdruck auch die Panzerkreuzerkrise war und ist. Zum Weg aus der Sackgasse bedarf es, wie Carlo Mierendorff in der Sozialdemokratischen Korrespondenz neulich mit Recht schrieb, rein politischer Maßnahmen. Die wichtigste dieser Maßnahmen kann aber nur darin bestehen der Gesamtpolitik endlich eine entsprechende Wehrpolitik als wesensgleiches Kernstück zu geben. Dazu genügen an sich einige wenige kurze Sätze; dazu bedarf es aber weiterhin eingehender, weitesten Schichten des werktätigen Volkes einleuchtender, rednerischer und schriftlicher Erläuterung und entsprechender staatsmännischer Aktion. Die sozialdemokratischen Massen würden auch das Panzerschiff A, notfalls auch noch B, ja C und D in Kauf nehmen, wenn man ihnen dafür ein großgeschautes wehrpolitisches System von zwingender Beweiskraft zu geben, große Zusammenhänge aufzuzeigen vermöchte. Man wird dabei immer wieder auf die unlösliche Einbettung des Wehrproblems in das politische Gesamtproblem und immer wieder auf die eingangs aufgezählten 3 Hauptgesichtspunkte treffen.

Was ergibt sich daraus für das Landheer? Es ist ausgerechnet worden, daß auf 10 Kilometer Front seiner Westgrenze Deutschland 243 Mann, 2 leichte, 0,2 schwere Maschinengewehre und 0,7 leichte Geschütze aufmarschieren lassen könnte, dagegen keine Flugzeuge, keine Kampfwagen, keine schweren Geschütze; Frankreich aber 69 122 Mann (einschließlich Reserven), 258 leichte, 318 schwere Maschinengewehre, 41 Panzerwagen, 51 Geschütze verschiedener Kaliber und 36 Flugzeuge. Ähnlich ist das Verhältnis an der tschechoslowakischen, polnischen, belgischen Grenze. Daraus folgt einmal, daß Deutschland an einen rein nationalen Krieg gar nicht denken kann. Ferner, daß bei dem Fortschritt der Technik die Vollzählighaltung der Waffenbestände wegen der durch die technischen Fortschritte notwendigen Auffrischung bei Frankreich usw. ungeheure Mittel verschlingen muß. Das schwächt wiederum den gesamteuropäischen wirtschaftlichen Blutkreislauf. Europa hat bekanntlich über 1½ Millionen Mann unter den Waffen. Ein europäisches Kaderheer von 3- bis 500 000 Mann würde vollauf genügen. Im Zusammenhang damit trügen staatliche Versuchslaboratorien und staatliche Waffenfabriken mit entsprechenden organisatorischen Vorsorgen für raschen Übergang zum Serienbau zur Verbilligung wesentlich bei. Nur wenn es aus Gründen der Konstellation nicht anders geht, wären andere Zwischenlösungen in Kauf zu nehmen. Die Nationalisierung der Waffenindustrie, soweit möglich im Frieden schon, jedenfalls aber, nach dem französischen Plan, im Kriegsfall, würde eine vielberedete Gefahrenquelle: das Kriegsgewinnlertum verstopfen. An eine restlose Verstaatlichung der Rüstungsindustrieen ist freilich, man denke an den chemischen Teil, für absehbare Zeit nicht zu denken. Nun hat zwar schon der deutschnationale Sachverständige für Außenpolitik, Otto Hoetzsch, in der Neuen Zürcher Zeitung vom

10. April 1928 zutreffend betont: »Immer klarer wird, was auch in der Debatte zum Wehretat im Deutschen Reichstag zum Ausdruck gebracht wurde, daß künftig ein Zusammenstoß zwischen 2 Staaten allein, ein Krieg zwischen 2 Staaten allein, nicht mehr denkbar sei. Wir werden künftig nicht mehr mit Gesprächen über die "Lokalisierung" eines Krieges zu rechnen haben.« Aber zumindest der deutsche Konservatismus bildet sich, trotz Hoetzsch, die Möglichkeit "nationaler" Kriegführung noch ein und hält an einer souveränen Wahl der Abwehr- oder Angriffskoalition unbedingt fest. Die programmatische Festlegung der Sozialdemokratie im Heidelberger Programm auf den kontinentalen Gedanken verpflichtet sie ganz besonders diese reaktionäre Auffassung schärfstens zu bekämpfen. Erst recht rückschrittlich wäre es natürlich, wollte man aus Angst vor angelsächsisch-bolschewistischem Stirnrunzeln die bescheidenen ersten Ansätze kontinentalen Denkens im Heidelberger Programm nachträglich wieder ausmerzen. Andererseits hat es das Heidelberger Aktionsprogramm durchaus richtig angedeutet, daß man erst von der Grundlage europäischer Einheit aus zur »Interessensolidarität der Völker aller Kontinente« gelangen könne. Womit sinngemäß angedeutet ist, daß auf dem Weg dahin noch Kriege drohen können.

Der Krieg wird so aus einem Akt oder einer Folge des nationalen Egoismus zu einem immer noch möglichen Ereignis vor Erreichung weiterer internationaler Versöhnungsstufen. Er ist völkerpsychologisch umgewertet. Dies und die sorgsam zu bewahrende und zu überliefernde, der europäischen Menschheit hoffentlich an sich als erbliches Rassegut verbleibende Erinnerung an den Weltkrieg wird den nächsten Krieg auf jeden Fall als eine sehr ernste, sehr schwere Sache ansehen lassen, Begeisterungspsychosen wie 1914 wird es nicht mehr geben. Sollte der Krieg aber wirklich ausbrechen, so wird die Anteilnahme an der Kriegshandlung trotzdem die Volksgemeinschaft erfassen. Der "frisch-fröhliche" Soldatengeist wird nicht mehr sein. Der größere moralische Ernst, der zu erwarten ist, bringt es mit sich, daß man, ein schon auf Platon zurückreichendes staatsethisches Prinzip, auf Volksgenossen, die aus Gründen ethischer oder religiöser Überzeugung zum Waffendienst sich für unbrauchbar erklären, wird verzichten können. Je gewaltiger, eindringlicher, eindeutiger aber die Zwangslage sein wird, um so geringer wird die Schar der Kriegsdienstverweigerer sein. Die Pflicht zu Krankenwärter- und Arbeitsdienst besteht natürlich auch für sie. Programmatische Festlegung auch dieses Prinzips erscheint zweckmäßig.

Bei Durcharbeitung eines sozialdemokratischen Wehrprogramms, das, wie das Gesamtprogramm, nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer haben kann (Napoléon meinte, man müsse seine Militärtaktik, von der Goltz, auch die Heeresorganisation alle 10 Jahre ändern), wird eine Übersicht des internationalen politischen Kräftefelds notwendig. Der Zusammenschluß würde, im Friedensstand, eine erhebliche Verminderung der stehenden europäischen Heere ermöglichen. Für uns würde sich allerdings über kurz oder lang eine qualitative Verstärkung der Reichswehrrüstung ergeben. Aber wir könnten gleichzeitig oder vorher an eine Verminderung unserer stehenden Reichswehrkräfte gehen. Das ergäbe sich aus dem kontinentalen Zusammenschluß von selbst. Die qualitative Verstärkung kann uns eine weitgehende finanzielle Erleichterung bringen, zufolge der alsdann durchaus möglichen Verkleinerung des stehenden deutschen Landheers auf 70- bis 80 000 Mann.

Natürlich können aus Gründen der Materialbeschaffung vorübergehend auch die Ausgaben gesteigert werden. Damit ist im Zeitalter der Technik immer zu rechnen. So sehr ein sozialdemokratisches Wehrprogramm auf tunliche Einschränkung der denkbaren Kriegsmöglichkeiten abzielen muß, so wenig darf es sich den großen Ausmaßen der dann noch gegebenen wenigen Fälle krampfhaft verschließen. Europäischer Zusammenschluß würde an sich ganz erhebliche Minderung der hauptsächlich bedrohlichen Friedensstärken bewirken. Dieser wehrpolitischen Umschichtung des europäischen Kontinents würde sich auch das fascistische Italien nicht entziehen können und wollen. Psychologische Anzeichen dafür sind da. Immerhin müßte und könnte ein europäischer Verteidigungsblock der zu Zwecken der bolschewistischen Propaganda verbreiteten Meinung, daß ein Angriffskrieg gegen den "russischen Arbeiter- und Bauernstaat" geplant und vorbereitet werde, wirksam entgegenarbeiten. Das sich wieder zusammenschließende Rußland könnte in Zukunft zu großzügigem Ausbau seines Verkehrsnetzes, etwa als langfristige Anleihe, beträchtliche Mittel erhalten. Solche europäischen Zuwendungen würden die russische Defensivkraft erheblich stärken.

Zusammenfassend ist zu betonen, daß das im Heidelberger Programm bereits aufgestellte, taktisch alles beherrschende nächste große politische Ziel europäischer Einheit nun auch vom Wehrprogramm aus angepackt werden kann und muß. Das Wehrprogramm muß auf Ausschließung national einseitiger Kriegführung gegründet sein. Keinesfalls kann es angehen die europäische Gesamtprogrammatik deutscherseits dadurch zu fälschen, daß man eine national enge Wehrpolitik weiter betreibt, lediglich deswegen, weil die Reichswehr für europäische Orientierung kein Verständnis hat. Diese Reichswehr läßt sich durch Nachlaufen auch nicht erobern. Innenpolitisch wird sie in dem Maß weniger bedrohlich, als sie ihrer Zwecksetzung nach außenpolitisch vernünftiger geworden sein wird.

Wenn nun auch die Europäisierung der Wehrpolitik, ihre Heraushebung aus den zu eng gewordenen nationalen Grenzen eine initiative Programmforderung des Proletariats, das heißt seines in der Sozialdemokratie organisierten Kerns wird, so wäre es doch verfehlt hier von "proletarischer" Wehrpolitik zu sprechen. Es handelt sich vielmehr um ein Wehrprogramm, das weit über den heutigen Rahmen der Partei hinaus werbend sein muß. Das "proletarische" Wehrprogramm liegt erst hinter den zunächst zu erreichenden Zielen. Ebenso wenig handelt es sich heute schon um die Proletarisierung der Wehrmacht, um die Eroberung der republikanischen Wehrmacht durch die Arbeiterklasse. Zunächst genügt es, wenn ihre Republikanisierung erreicht wird. Aktionsprogramm und Aktionspraxis müssen doch einigermaßen mit einander in Einklang stehen. Ohne innenpolitische Koalition, insbesondere ohne Einheitsfront mit dem Zentrum, ist an eine Republikanisierung und Demokratisierung gar nicht zu denken. Die Sozialdemokratie muß sich auf den Willen zur Demokratisierung beschränken. Auch in den alten Parteiprogrammen, die in Zeiten reiner Opposition weit utopischer gehalten werden konnten und mußten (es sei insbesondere auf das Erfurter Programm verwiesen), ist von einer Eroberung der Wehrmacht durch die Arbeiterklasse nicht die Rede gewesen. Und auch die Sozialdemokratie Deutsch Österreichs geht über die Forderung einer »Sicherung des republikanischen Charakters des Heeres« nicht hinaus.

Was die Einzelziele der Demokratisierung der Reichswehr<sup>1</sup> anlangt, so braucht sich eine Parteitagsdebatte darüber nicht in Einzelheiten zu verlieren. Besonders erwähnen möchte ich hier nur, daß das Bildungsprivileg, wie man es zur Abriegelung der Offiziersstellen vor den Unteroffizieren bei uns heute noch anwendet, schon rein sachlich unbegründet ist. Der nichtmilitärische Unterricht wird heute in der Reichswehr durch zivile Lehrkräfte erteilt. Das Heer der Französischen Republik hat durch starke Heranziehung des Unteroffizierselements in das Offizierskorps nur gewonnen.

Zur Demokratisierung und Republikanisierung der Reichswehr in Deutschland, bei Voraussetzung deutsch-europäischen Daseinszwecks, ist aber auch unumgängliche Voraussetzung, daß dem deutschen Berufssoldaten endlich die vollen Staatsbürgerrechte verliehen werden. Ich finde es unbegreiflich, daß ein Teil sogar sozialdemokratischer Militärsachverständiger heute noch das österreichische Vorbild ablehnt. Ohne das zähe Festhalten am Prinzip der politischen Vollberechtigung wäre das Heer in Deutsch Österreich heute ein unbestrittenes Instrument der Großbourgeoisie. Die Behauptung der disziplinären Minderwertigkeit des österreichischen Heers ist eine Tendenzlüge. Daß der Zusammenhalt dort mehr gefährdet ist, soll trotzdem nicht bestritten werden. Dies liegt an der wirtschaftlichen Schwäche (Verpflegung, Versorgung, Besoldung) und darin, daß weit mehr als dies in der Reichswehr Deutschlands der Fall ist, ein eindrucksvoller Daseinszweck noch fehlt. Die Engländer haben bekanntlich mitten im Krieg "Schützengrabenwahlen" abgehalten. Die notwendige Demokratisierung der deutschen Reichswehr läßt sich durch politische Aufklärung des einzelnen bewirken. Dieses Prinzip müßte in einem sozialdemokratischen Wehrprogramm ausgesprochen werden, unabhängig davon, ob die bürgerlichen Parteien heute schon dafür gewonnen werden können. Die bewaffnete Macht muß aus dem innenpolitischen Streit dadurch herausgehoben werden, daß man die Möglichkeit ihres innern Einsatzes beseitigt, was noch durch verfassungsmäßige Garantien gesichert werden müßte. Alles das wäre nicht Politisierung oder Entpolitisierung sondern Neutralisierung der Wehrmacht der Republik.

Ganz ausdrücklich müßte schließlich im sozialdemokratischen Programm die Notwendigkeit proletarischer Wehrhaftigkeit im Hinblick auf den etwaigen Zwang zur innern Verteidigung von Republik und Demokratie betont werden. Die Ausführungen auf dem Parteitag der Sozialdemokratie Österreichs zu Linz /1926/ geben hierfür reiche Anhaltspunkte.

**K**EHREN wir nach dem Dargelegten zu den eingangs erwähnten 3 Hauptpunkten zurück. Darüber sind sich heute die Sachverständigen aller politischen Richtungen einig, daß der Charakter des Zukunftskriegs in hohem Maß durch die Technik, das Material bedingt sein wird. Die vernichtende Wirkung wird außerordentlich gesteigert sein. Dennoch muß der Sachverständige auf 2 Momente aufmerksam machen: Einmal, daß es eine geschichtlich nachweisbare Tatsache ist, daß der Stärke der Angriffswaffen entsprechend sich noch immer die Stärke der Verteidigungs- oder Schutz Waffen gesteigert hat, und umgekehrt. Dem neuen Angriffsmittel Gas gegenüber herrscht zwar dem Anschein nach noch eine völlige Ratlosigkeit; aber sogar hier sind über-

1) Siehe darüber Mayr 8 Jahre deutscher Wehrpolitik, in der Münchner Post vom 20. Januar 1928.

raschende Neuerungen immerhin denkbar. Einstweilen ist (Übungen in London) die Organisierung des Gasschutzes der Bevölkerung versucht worden. Die Spannkraft der menschlichen Nerven ist fast unbegrenzt. Hier steht ein volleres Urteil nur denen zu, die die ganze Materialkriegswirkung der letzten 2 Weltkriegsjahre noch miterlebten. Die Gewöhnung erzielt Unglaubliches. Im August 1914 genügte ein mehrstündiges Bombardement mit 42 Zentimeter, ja 24 Zentimeter, um moderne Forts zur Kapitulation zu bringen. 1916 gelang es noch nach Monaten mit allen Kalibern nicht das Fort Vaux zu bewältigen. 1870 entstand schon wenige Monate nach Kriegsbeginn eine große Friedenssehnsucht, Ernährungsschwierigkeiten usw. innerhalb des Volkes gab es dabei kaum. 1914 bis 1918 hielt die Masse des Volkes 4½ Jahre aus. Es fielen oder starben an Wunden 1870-1871 28 278 Mann, an Krankheiten endeten 14 904. Niemand wird es damals oder auch noch zu Beginn des Weltkriegs für möglich gehalten haben, daß das deutsche Volk einen Verlust allein an Toten von 1 808 545 Mann, ganz Europa einen solchen von über 6 Millionen allein im Feld würde auszuhalten haben. Niemand kennt die Grenzen menschlicher Belastungsfähigkeit. Die Nachkriegsperiode hat die souveräne Verachtung des individuellen Lebens womöglich noch gesteigert.

Die Loblieder auf die allgemeine Wehrpflicht sind verstummt. Der Generaloberst von Seeckt sieht die Zukunft der Kriegführung in der »Verwendung hochwertiger und bewegungsfähiger, also kleinerer Heere, deren Wirkung durch die Flugzeugwaffe eine wesentliche Steigerung erfährt«. Daneben will er, wie vor ihm schon ich, noch eine »militärische Masse, welche für den Bewegungskrieg und offensive Schlachtenentscheidung nicht geeignet, wohl aber imstande ist nach notdürftiger Vervollständigung ihrer Ausbildung und bei entsprechender Bewaffnung die Pflicht der Verteidigung der Heimat zu erfüllen und zugleich durch ihre besten Teile das eigentliche kämpfende Feldheer dauernd aufzufüllen«. Das ist also eine Verbindung von Berufsheer und Miliz, eine Miliz, die allerdings nur einen Teil der gesamten waffenfähigen Jugend des Landes zu umfassen braucht. Auf das Urteil des Generals von Seeckt ist erhöhter Wert zu legen. Nicht, weil er eine besonders befähigte Feldherrnatur wäre. Seine wissenschaftlich-technischen Meinungen sind aber von Belang, da er ja auch auf deutschnationaler Seite Vertrauen und Autorität hat. Die deutsche Arbeiterklasse wird angesichts der Seecktschen Auffassungen, die von deutschnationaler Seite in naiverer Offenherzigkeit gelegentlich auch von einem Mann wie Bazille schon bestätigt worden sind, ganz besonders achtzugeben haben und dies auch programmatisch betonen müssen, daß nicht in einer etwa noch kommenden, auch nach der Meinung ehrlicher Pazifisten nicht mit Sicherheit abwendbaren Kriegskatastrophe ein rein bürgerliches Klassenheer das Privileg und allerdings auch das Risiko der operativen Kriegsdurchführung hat; während ein im Ausnahmezustand durch einen Teil jener "Miliz" niedergehaltenes Proletariat nur Kriegswerkstättenarbeit verrichtet, dort unter Umständen ebenso schwere oder noch schwerere blutige Verluste erleidet, von einem siegreichen bürgerlichen Klassenheer aber dann aller Freiheiten beraubt wird.

So ist das Schlußergebnis, daß das deutsche Proletariat der möglichen tragischen Notwendigkeit des Krieges und einer entscheidenden aktiven Rolle an ihm nicht ausweichen darf. Daß es dafür sorgen muß, daß die Kenntnis der Entsetzlichkeit einer Kriegskatastrophe national und international zwar

lebendig erhalten und in Förderung aller Mittel, auch rein bürgerlichen Klassencharakters, auf Verhinderung der Katastrophe hingestrebt und die Methoden der Verständigung ausgebaut und ausgeschöpft werden; daß es sich aber bewußt wird, daß eine aus utopischem Radikalpazifismus herauswachsende Panikstimmung solche Katastrophe eher fördert als verhindert. Die Hauptsache aber ist, daß über alle noch so gutgemeinte und menschlich zu lobende, sachlich aber verschwommene bloße pazifistische Ideologie hinweg das klare Bewußtsein erweckt wird: Der einzige Schutz gegen einen Ausbruch von Kriegen liegt in einer konstruktiven Politik, die auf die Bildung von großen Weltwirtschaftskomplexen abzielt, von solcher Mächtigkeit, daß jeder Eingriff des einen Imperiums in das Bereich eines andern von vornherein aussichtslos erscheint und darum unterbleibt. Wie ein solcher »Weltsozialismus« aussehen wird, ist in den Sozialistischen Monatsheften seit Jahrzehnten dargestellt worden<sup>2</sup>. Das für uns Wichtigste ist die Bildung des Vereinigten Europäischen Kontinents. Wirtschaft und Geist arbeiten seit Jahren an seiner wichtigsten Vorbedingung: der deutsch-französischen Verständigung. Es muß nun dafür gesorgt werden, daß nicht immer wieder Rückschläge durch die Politik kommen. Bei der Aufstellung eines Wehrprogramms, an die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands jetzt geht, kann diese Arbeit in wirksamster Weise gefördert werden.

## LUDWIG QUESSEL · DAS DRAMA 1918



Am 5. März 1918 richtete der britische Munitionsminister Winston Churchill an das Kriegskabinet eine Denkschrift über das Munitionsprogramm 1919, die von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß, wenn die Alliierten in der Abwehr und im Angriff ihre Kräfte richtig einzusetzen verständen, sie den Krieg im Jahr 1919 bestimmt gewinnen würden<sup>1</sup>. Eine zum Sieg ausreichende zahlenmäßige Überlegenheit der alliierten Truppen gegenüber den Armeen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Bulgariens wäre allerdings auch im Jahr 1919 nicht zu erreichen: »So dürfen wir zum Beispiel 1919 sogar mit den Amerikanern auf keine genügende Übermacht an Menschenkraft rechnen, die uns in den Stand setzen würde die deutsche Westfront durch überlegene Zahl zu überwinden.« Auch eine erdrückende Überlegenheit an Geschützen und Munition wäre nicht zu beschaffen: »Wir sind bereits an der Grenze unserer Geschoßerzeugung angelangt.« Churchill empfiehlt daher die »chemische Kriegführung« auszubauen, wobei er bemerkt, daß, wenn die Deutschen ihr Giftgas, als sie es zum erstenmal benutzten, in »genügend großem Maßstab« angewendet hätten, und bevor die Alliierten noch mit brauchbaren Gasmasken ausgerüstet waren, sie ohne Zweifel die ganze Front im Westen niedergewungen hätten. Aus diesem Fehler der Obersten Heeresleitung Deutschlands müßten die Alliierten lernen. Der Gasdienst der Alliierten sei unzureichend. Er müsse für 1919 so entwickelt werden, daß »bei günstigem Wind Gaswolken gebildet werden« könnten: »Es ist bei günstigem Wind zweifellos möglich das Gas längs einer ausgedehnten Front so abzublasen, daß alle bekannten Gasmasken versagen, vorausgesetzt, daß der Angriff von ent-

2) Siehe zum Beispiel *Kaltski Weltsozialismus*, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 607 und folgende.

1) Siehe *Churchill Die Weltkrise 1916 bis 1918 II* /Wien 1928/ Seite 111 bis 119; die späteren Zitate Seite 156 und folgende.

sprechend langer Dauer und Intensität ist.« Wie das Giftgas, so sei auch der Kampfwagen berufen den Mißstand, daß die alliierten Heere auch 1919 mit Hilfe der Amerikaner keine erhebliche zahlenmäßige Überlegenheit erlangen könnten, auszugleichen. Leider falle beim Kampfwagen das Moment der Überraschung weg. Die Generale der Alliierten hätten den Fehler begangen mit den Kampfwagen zunächst »eine Reihe kostspieliger Experimente anzustellen«, deren jedes ihnen die Chance gezeigt, die sie verloren, und überdies ihre Ideen dem Feind preisgegeben hätte. Immerhin sei der Vorsprung, den die Alliierten bei der Erzeugung und Anwendung von Tanks erreicht hätten, groß. Mittel, Kenntnisse und Zeit seien vorhanden, um für 1919 die Kampfwagen zu einem entscheidenden Faktor der Kriegführung zu machen: »Zweifellos liegt es innerhalb der Grenzen unserer Macht eine große Anzahl bewaffneter Fahrzeuge verschiedener Typen herzustellen, von denen einige für den Kampf, andere für die Verfolgung, mehrere zum Niederlegen des Drahts und zum Überqueren der Gräben, wieder andere zum Vorbringen der Truppen, Maschinengewehrabteilungen, Artillerie oder Proviant in solchem Ausmaß dienen könnten, daß 150 000 bis 200 000 Mann Kampftruppen mit Sicherheit und unaufhaltsam auf einer breiten Front in 8 bis 10 Meilen Tiefe innerhalb eines einzigen Tages zur Vorrückung gelangen könnten.« Giftgas und Kampfwagen seien die eigentlich neuen Kampfmittel, die man 1919 in großem Maßstab anwenden müßte. Kein Streit bestehe darüber, daß auch die Luftflotte ausgebaut werden müsse. Winston Churchill schlägt vor den Luftdienst um 50 %, den Gasdienst um 1800 %, die Kampfwagen um 400 % bis zum Beginn des Feldzugs 1919 zu vergrößern und, da Mann und Material beschränkt seien, Infanterie, Artillerie und Kavallerie entsprechend zu vermindern, um den alliierten Truppen eine technische Überlegenheit zu verleihen, weil eben auch der Zustrom der Amerikaner ihnen im Jahr 1919 eine erhebliche zahlenmäßige Überlegenheit gegenüber den Armeen der Gegenseite nicht verschaffen könne.

Wir wissen, daß die Zertrümmerung der deutschen Heere, die der britische Munitionsminister für 1919 klug und entschlossen vorbereitete, schon 1918 eintrat. Wir wissen auch, warum. Die für 1918 vorhandene zahlenmäßige Überlegenheit der Heere der beiden Kaiserreiche blieb für die Schlachten im Westen ungenutzt, weil die mit Zähigkeit festgehaltene unsinnige Randstaatenpolitik der Wilhelmstraße, die den Sieg Lenins in Großrußland erst möglich machte, nur teilweise einen Abbau der Ostfront zuließ. Andererseits führte eine gewisse Überheblichkeit dazu die frühzeitig angebotene österreichisch-ungarische Waffenhilfe für die Schlachten im Westen erst anzunehmen, als die Dinge schon so weit gediehen waren, daß der Zustrom österreichisch-ungarischer Hilfskräfte nur die Gefangennahme großer Teile des deutschen Heers verhindern konnte. Der Verzicht auf die Herstellung starker Stellungen für den Fall eines Mißerfolgs der Offensive von 1918 sowie der Verzicht auf den Bau von Kampfwagen taten ein übriges die Mißerfolge der Ludendorffoffensive von 1918 zu einer Katastrophe der deutschen Kriegführung zu gestalten<sup>2</sup>. Man muß jedoch nach dem, was uns die Kriegsbücher der Engländer erzählen, daran zweifeln, daß ein Erfolg der Ludendorffoffensive dem deutschen Volk die Schrecken des Feldzugs von

<sup>2</sup>) Siehe Die Schuld der deutschen Heerführer am deutschen Zusammenbruch /Leipzig 1927/ Seite 18 und folgende.

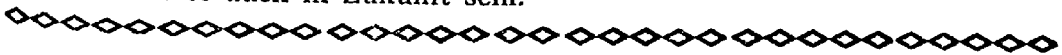
1919, der von England schon im Frühjahr 1918 vorbereitet wurde, erspart hätte. Mit ruhiger Gelassenheit wurden von Großbritanniens Staatsmännern alle Erfolgsmöglichkeiten der deutschen Offensive von 1918 in Rechnung gestellt, wobei man vorsichtigerweise von der Ansicht ausging, daß Ludendorff durch einen Abbau der Ostfront und rechtzeitige Heranziehung der österreichisch-ungarischen Truppen die sehr starke zahlenmäßige Überlegenheit der Mittelmächte auch voll ausnutzen werde. Die deutschen Streitkräfte hätten den alliierten um 1 Million überlegen sein können, wenn das deutsche Ostheer (1,7 Millionen) auf die absolut sichere Njemen-Bug-Linie zurückgenommen und, wie der General Max Hoffmann forderte, um 1 Million Mann rechtzeitig zugunsten des Westheers verringert worden wäre. Wie mit dem Abbau der deutschen Ostfront rechneten die britischen Staatsmänner auch mit der rechtzeitigen Heranziehung der österreichisch-ungarischen Truppen, die das Ludendorffsche Offensivheer um eine weitere Million hätten verstärken können. Kein Wunder, daß England angesichts der Überlegenheit, die das Heer der Zentralmächte hätte haben können (7 Millionen deutsch-österreichisch-ungarische gegen 5 Millionen alliierte Truppen) damit rechnete im Jahr 1918 schwere Niederlagen hinnehmen zu müssen. Aus der »streng geheimen« Denkschrift Winston Churchills an das Kriegskabinet vom 18. April 1918 geht hervor, daß der britische Munitionsminister sich ganz mit dem Gedanken vertraut gemacht hatte, es werde Ludendorff dank seiner Übermacht gelingen »die britische Armee von der französischen durch einen Angriff über Amiens gegen Abbeville abzuschneiden«. Scharfsinnig und kalt erwägt er, was zu tun sei, wenn »es den Deutschen gelinge uns [die Engländer] aus den Kanalhäfen zu verdrängen und Dünkirchen, Calais und Boulogne zu erobern«. Er weiß, daß die Deutschen dann »die Meerenge von Dover beherrschen würden, den Hafen von London vom gesamten Seeverkehr abschließen könnten, ausgenommen die nördlichen Schifffahrtslinien, einen großen Teil von Kent und Sussex beschießen und unsere [die englischen] Armeen ihrer nächsten und bequemsten Basishäfen berauben könnten«. Ehe noch das Kriegsdrama 1918 begonnen hatte, sahen Großbritanniens Staatsmänner den General Ludendorff schon drohend mit erhobener Faust, die Rohre der gewaltigen Kruppgeschütze auf Englands Hafenstädte richtend, Tod und Verwüstung ins englische Land tragen. Aber alles das machte sie nicht kleinmütig. »Ich sehe«, schreibt Winston Churchill, »keinen Grund, warum der Krieg auch nach dem Verlust der Kanalhäfen, deren Gewinn freilich Deutschland große Vorteile bringen würde, nicht ohne Ende fortgesetzt werden könnte.« Frankreich sei groß. Wer einen Blick auf die Karte werfe, dem zeige sich sofort, »welch kleiner Teil Frankreichs« durch die Ludendorffoffensive erobert werden könne. Auch der denkbar größte deutsche Sieg könne nicht verhindern, daß Frankreich, England und Amerika vor oder hinter Paris den Kampf gegen die beiden Kaiserreiche im Jahr 1919 bis zu ihrer Niederwerfung fortsetzten. Noch im August 1918, als das Kriegsdrama sich schon schnell seinem Ende näherte, glaubt England nicht die Niederwerfung Deutschlands schon in diesem Jahr erreichen zu können. Der Feldzug 1919, der wie eine Vision vor einem halben Jahr im Geist der britischen Staatsmänner emporgestiegen war, hatte mittlerweile Form und Gestalt gewonnen. London glaubte, daß die deutschen Armeen im geordneten Rückzug die Linie Antwerpen-Maas erreichen und dort Aufstellung nehmen würden. Mit Gaswolken, mit 10 000 Kampf-



tanks, großen und kleinen, wollte »die britische Nation«, die »in trotziger Erbitterung darauf verzichtete nach dem Kriegsende zu fragen«, im Frühjahr 1919 dort die kaiserlichen Armeen angreifen und vernichten, um Europa einen angelsächsischen Diktatfrieden zu schenken, der es ermöglichen sollte die Welt nach angelsächsischen Bedürfnissen neu zu ordnen.

Was die britischen Staatsmänner im August 1919 fürchteten, war nicht mehr das deutsche Heer sondern die deutsche Politik. Sorgenvoll erwog man in London die Möglichkeit, daß Berlin den Franzosen einen Friedensschluß mit der Rückgabe Elsaß-Lothringens und der Freigabe Belgiens anbieten könnte. Angesichts eines solchen Friedensangebots wäre es nach Winston Churchills Meinung kaum möglich gewesen »die großen kriegsmüden Nationen ein weiteres Jahr hindurch den furchtbarsten Opfern und Verlusten auszusetzen«. Bald sollte London jedoch von seinen Sorgen befreit werden. Der General Ludendorff, der 1918 eine fast unbeschränkte diktatorische Gewalt erlangt hatte, entschied sich nach der deutschen Niederlage im Cotteletswald freiwillig für den angelsächsischen Frieden, worin ihm auch die neuen Männer, die mit dem Prinzen Max von Baden im Oktober in die deutsche Regierung eintraten, durchaus zustimmten, obwohl sie die Ansicht der Obersten Heeresleitung, daß das deutsche Heer sofort kapitulieren müsse, nicht teilten. Nicht an das Nachbarvolk auf dem Kontinent, das selber durch den Krieg so furchtbar gelitten hatte und damit Schicksalsgenosse Deutschlands war, wandte man sich sondern an den Nutznießer des Krieges jenseits des Ozeans. Nachdem die deutsche Einheitsfront für einen angelsächsischen Frieden gebildet war, entwickelten sich die Ereignisse mit dramatischer Wucht: 5. Oktober Waffenstillstandsangebot, 3. November Meuterei in Kiel, 9. November Abdankung und Flucht des Kaisers, 11. November bedingungslose Unterzeichnung der Kapitulation des deutschen Heers auf den Rat Hindenburgs. Aber erst am 7. Mai 1919 erhielt die deutsche Republik den angelsächsischen Frieden, für den sie sich im Oktober 1918 entschieden hatte, in dem Versailler Vertragsentwurf überreicht, den die Nationalversammlung am 22. Juni 1919 annahm.

Es ist wohl als eine der seltsamsten Erscheinungen der Weltgeschichte zu bezeichnen, daß das deutsche Volk 10 Jahre lang Hilfe gegen den Versailler Vertrag bei den Angelsachsen suchte, obwohl dieser in allen seinen Teilen angelsächsisches Gepräge zeigte, und kein Angelsachse in England und Amerika ernsthaft daran dachte Deutschland von dessen Folgen zu befreien. Die Tragödie Deutschlands im Ruhrkrieg ist dafür ein hinreichender Beweis. Die Abwendung Deutschlands von Thoiry, die Frankreich zwang Sicherheit bei England zu suchen, ist als ein neuer Rückfall Deutschlands in angelsächsische Illusionen anzusehen, der, wenn er anhalten sollte, zu neuen bitteren Enttäuschungen führen muß. Der 10. Jahrestag des Waffenstillstandsangebots hätte der deutschen Presse Anlaß bieten können darüber nachzudenken, welchen Gewinn Deutschland aus seiner 10jährigen angelsächsischen Orientierung eigentlich gezogen hat. Jeder, der sehen will, wird zugeben müssen, daß das Ergebnis durchaus negativ ist. Gewinn war für Deutschland nur dort zu verzeichnen, wo es, leider immer nur zögernd und unentschlossen, sich der von Frankreich geführten Mächtegruppe anschloß. Und so wird es auch in Zukunft sein.



# BALTHASAR WEINGARTZ · DER SOZIALPOLITISCHE STANDORT DER ENGLISCHEN ARBEITERKLASSE



IN einem sehr instruktiven Werkchen hat der deutsche Gewerkschaftsführer Hermann Müller die hohe Bedeutung geschildert, die Karl Marx in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts den Gewerkschaften beimaß; wie er sich eifrig bemühte seinen kontinentalen Freunden den Wert gewerkschaftlichen Strebens klarzumachen<sup>1</sup>. Aber er hat nicht die Verhältnisse geschildert, auf Grund deren Marx überhaupt erst zu seiner Überzeugung kam. Das gerade ist aber für das Verständnis der damaligen Zeit entscheidend.

Auf Marx, der in England lebte, konnten die Ereignisse jener Periode nicht ohne Einfluß bleiben. Im Jahr 1860 begann von London aus die große Bewegung, die mit der Gewerkschaftscharte 1875 endete. Das englische Gewerkschaftswesen wurde außerhalb des gemeinen Rechts gestellt. Es kam jene Glanzperiode, die es den Gewerkschaften ermöglichte ohne staatliche Hilfe den Stand zu erreichen, den sie bis zum Ende des Jahrhunderts innehatten. Die 1899 durch die Gerichte durchlöchernte Charte erhielt durch die Gesetze von 1906 und 1913 eine neue Lebensdauer. Das neue Gewerkschaftsrecht will eine scharfe Trennung zwischen wirtschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung erzwingen, wodurch die Stellung der Labour Party finanziell erschwert wird. Durch den 1868 nach Manchester einberufenen 1. Gewerkschaftskongreß erreichte die Bewegung einen Höhepunkt. Marx stand in direktem Verkehr mit führenden Männern der Gewerkschaften, die unter dem Namen der Junta bekannt wurden, politisch hervortraten und den Boden für die Charte vorbereiteten. Noch unter dem frischen Eindruck jenes Kongresses schrieb Marx 1869 dem Metallarbeiter Haman in Hannover:

»Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, ohne Ausnahme, begeistern die Masse der Arbeiter nur eine Zeitlang vorübergehend. Die Gewerkschaften hingegen fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind imstande eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen.«

Marx neigte also damals vollständig zum englischen Standpunkt. Er hielt die Schaffung einer politischen Partei für überflüssig. Er war der Ansicht, das politische Gebiet müsse dem wirtschaftlichen untergeordnet sein. Bekanntlich haben Anarchisten und Syndikalisten vom Marxschen Standpunkt viel Wesens gemacht, was Wilhelm Liebknecht im Vorwärts dazu verleitete vom »weichen Kehrlichthauen der Gewerkschaftsduselei« zu sprechen. Auch war es sehr unmarxistisch, als man noch 1900 und später die englischen Genossen verunglimpfte, die eine politische "Gewerkschaftspartei" ohne eine auf dem "Klassenkampfstandpunkt" stehende Unterlage schufen. Es ist kein Geheimnis, daß Wilhelm Liebknecht, der so lange an Marxens Seite in England lebte und erst 1868 in die Heimat zurückkehren konnte, Marxens Ansicht nicht teilte. Noch auf dem Kölner Parteitag /1893/ erklärte er:

»Was erleben wir . . . in England? Daß gegenüber den alten, organisch aus den Zünften des Mittelalters hervorgegangenen und verzopft gewordenen Trade Unions, gegenüber dem "Nichts-als-Tradeunionismus" ein neuer Tradeunionismus sich herausgebildet hat, der die Unfruchtbarkeit der einseitigen Gewerkschaftsbewegung begriffen hat, die Notwendigkeit der politischen Bewegung anerkennt und für sie wirkt.«

1) Siehe Müller Karl Marx und die Gewerkschaften /Berlin 1918/.

Gewiß haben die Trade Unions seit 1893 eine geistige Revolution durchgemacht, doch hat sich diese Wandlung ganz anders vollzogen als Liebknecht vorhersah. Das bewies besonders in diesem Jahr, in der 1. Septemberwoche, der 60. Gewerkschaftskongreß. Die Trade Unions sind zwar seit Entstehung der Labour Party politisiert worden, aber das soziale Moment bildet auch heute wie immer das Rückgrat der Bewegung. Eine politische Bevormundung, wie man das einstmals in Deutschland plante, war in England nie möglich. Die Trade Unions wandelten stets ihre eigenen Wege.

Der Gewerkschaftskongreß feierte in diesem Jahr das diamantene Jubiläum, und man ist versucht einen Vergleich zwischen dem ersten und dem letzten Kongreß zu ziehen. Der Kongreß von 1868 behandelte unter anderen folgende Themata: 1. Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation, 2. Gewerkschaften und politische Ökonomie, 3. Einfluß der Gewerkschaften auf die Auslandskonkurrenz, 4. Arbeitszeit, 5. Beschränkung der Lehrlingszahl, 6. Technische Bildung usw. Also, wie man sieht, eine wohlgedachte, von einer zentralen Körperschaft ausgearbeitete Tagesordnung. Leider wurde dieses System von den späteren Kongressen fallengelassen. Die Tagesordnung setzt sich, abgesehen vom Geschäftsbericht, aus den Anträgen der Organisationen zusammen, und der Kongreß läßt dann, so gut es geht, durch die Geschäftsordnungskommission den Weizen von der Spreu aussuchen. Diese recht schwerfällige Art der Geschäftsführung eines großen, über 3 Millionen Mitglieder umfassenden Kongresses erweist sich mehr und mehr als ein Übelstand. Die bedeutendste Aussprache des diesjährigen Kongresses drehte sich um den Teil des Geschäftsberichts, der die bekannten Mond-Turner-Besprechungen behandelt<sup>2</sup>. Aber man kam über allgemeine Redensarten nicht hinaus. Der New Leader schrieb daher am 14. September:

»Allgemein betrachtet war die Aussprache enttäuschend. Wohl hütete man sich vor übereilten Schlußfolgerungen und vermied unkontrollierbare Schlagworte; andererseits hörte man aber auch nichts von den leitenden Grundsätzen, wenn es solche gibt, die hinter den Mondbesprechungen stecken. Citrine und Bevine verlangten zwar Ellenbogenfreiheit für den Generalrat, das ist aber eine Art Rationalisierung nach getaner Arbeit. Auf der Heimreise vom Kongreß fragte mich ein deutscher Journalist, wie lange es nun dauern werde, bis man aus den Diskussionen die logische Schlußfolgerung ziehe und zum Zwangsschlichtungswesen schreite. Ich antwortete ihm, kein verantwortlicher Gewerkschaftsführer befasse sich mit dem Problem. »Um was handelt es sich denn eigentlich?«, fragte er achselzuckend. Die Beantwortung der Frage war mir nicht leicht.«

Die auf dem linken Flügel der Arbeiterpartei stehende Zeitung, die ursprünglich Sturm gegen die Mond-Turner-Besprechungen lief und den Cookschen Standpunkt verteidigte, hat in den letzten Wochen ruhigere Seiten ange schlagen und ihre Gegnerschaft stillschweigend aufgegeben. Das hier wieder gegebene Urteil ist jedoch nicht ohne Bedeutung. Die Frage, was nun werden soll, ist berechtigt. Die Gegner der Mond-Turner-Besprechungen haben sich meistens auf das Problem der Arbeitsgemeinschaft geworfen, ohne sich um die tieferen Probleme zu kümmern. Dem ernstzunehmenden Sozialpolitiker ist es allerdings klar, daß wahre Wirtschaftsdemokratie überhaupt nicht durch stete Gegnerschaft zu den Unternehmern sondern in Gemeinschaft mit diesen durchzuführen ist. Es darf auch nicht vergessen werden, daß in Deutschland selbst die sogenannten Kommunisten das Betriebsrätegesetz

<sup>2</sup> Siehe dazu Weingartz Ein Streifzug durch die geistige Entwicklung des englischen Tradeunionismus, in diesem Band der Sozialistischen Monatshäfte Seite 691 und folgende.

anerkannt haben, obgleich dieses in Artikel 1 den Arbeitsgemeinschaftsgedanken im Betrieb gesetzlich festlegte. Jedoch wird sich der Kampf der nächsten Zeit bei den Engländern weniger um das Problem der Arbeitsgemeinschaft drehen als vielmehr darum, ob sich die gesteckten Ziele ohne staatliche Hilfe durchführen lassen.

**W**ÄHREND der Gewerkschaftskongreß dem Problem staatlicher Eingriffe ins wirtschaftliche Leben scheu aus dem Weg ging, steuerte in der 1. Oktoberwoche der Kongreß der Labour Party dem Staat mit Wucht zu. Im Juni 1929 finden die Wahlen zum Parlament statt, und dieser Kongreß diente ganz der Wahlvorbereitung. Der Parteitag von 1927 hatte den Parteivorstand mit der Ausarbeitung eines Wahlprogramms beauftragt, das im Entwurf diesem Parteitag vorlag und ohne Abänderungen mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Beschäftigte den Gewerkschaftskongreß der Arbeitsgemeinschaftsgedanke im Wirtschaftsprozeß, so lagen vor der Tür der Labour Party Probleme wie diese: Soll es die Partei nach den Wahlen wieder mit einer Minderheitsregierung versuchen, oder soll sie schon frühzeitig auf eine Koalition mit den Liberalen hinwirken? Sie bildeten den Hintergrund für die Kämpfe auf dem Parteitag der Labour Party.

Seit Monaten bemüht sich die in der Independent Labour Party organisierte Linksgruppe dem Programm einen so radikalen Anstrich zu geben, daß alle Koalitionsmöglichkeiten dadurch im Keim erstickt sind. Das Mittel für diese Radikalisierung bildet der Living-Wage-Programmpunkt. Auch dem Gewerkschaftskongreß lag ein dahingehender Antrag vor, über den aber ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen wurde. Nach dem Antrag wäre die Forderung des Soziallohns gar nicht mit gewerkschaftlichen Mitteln durchzuführen sondern »durch eine zukünftige Arbeiterregierung zu realisieren«. In einem Offenen Brief an die Delegierten schrieb der Herausgeber des New Leader, Arthur Fenner Brockway, am 28. September:

»Die Independent Labour Party schlägt eine Zulage von 5 Shilling pro Woche für jedes Kind vor. Schlechter gestellte Arbeiterkategorien wie landwirtschaftliche Arbeiter, Bergarbeiter, ungelernte und angelernte Arbeiter, sowie viele Handwerker würden hierdurch in eine halbwegs gesicherte Lebenslage versetzt. Kinderzulagen haben auch andere Vorteile. Das kapitalistische Lohnsystem kümmert sich um das Wohlergehen der Familien überhaupt nicht. Es wäre allerdings gefährlich die Zulage von den Unternehmern nur für Familienväter zu fordern, da dann sehr bald nur noch Unverheiratete beschäftigt würden. Anders wäre es, wenn der Staat die Mutterpflichten, das heißt Aufbringung der Kinder, anerkennen und hierfür Mittel bereitstellen würde.«

Die Lohnfrage soll nicht dem Klassenkampf sondern der Initiative des Staats überlassen werden, der als erstes durch Gesetz die Kinderzulage einführt. Das soll durch eine Luxussteuer ermöglicht werden. Zur Festlegung des auskömmlichen Lohns wird eine Parlamentskommission eingesetzt, die festzustellen hat, wie hoch der Soziallohn sein muß. Ist das geschehen, dann wird er schnellstens für alle Staats- und Gemeindebetriebe eingeführt. Es handelt sich hier um einen schön ausgearbeiteten Rationalisierungsplan, auf Grund dessen das ganze Wirtschaftsleben des Landes so umgestaltet wird, daß man »am Ende des 1. Jahres der Arbeiterregierung auf eine definitive und greifbare Hebung der Lage der Arbeiterklasse hinweisen« könnte:

»Am Ende der Legislaturperiode [5 Jahre] müssen wir auf eine universelle Besserung des Lebensstandards zeigen können. Soll dieses Ergebnis erzielt werden, dann muß der auskömmliche Lohn den Hauptprogrammpunkt bilden.«

Die Propagierung des politischen auskömmlichen Lohns durch die Vorschläge der Independent Labour Party hat innerhalb der Labour Party Anlaß zu Verwirrung gegeben. Auf einer Bezirkskonferenz der Independent Labour Party sagte das Parlamentsmitglied Alfred Salter:

»Den Vorschlag der Kinderzulage will ich durchaus nicht bekämpfen. Wogegen ich mich zur Wehr setze, ist die Art und Weise, wie der Herausgeber des New Leader an die selbstsüchtigsten materiellen Interessen des Volkes appelliert. In geradezu leichtsinniger und brutaler Art hat er von der Labour Party eine der Bauernfängerei gleichende Propaganda verlangt und es so dargestellt, als ob die Wähler nur den Kandidaten der Labour Party ihre Stimme zu geben brauchten, um als Lohn die Kinderzulage als erste Abschlagszahlung zu bekommen.«

Auf die Parteitagsdelegierten wirkte es erfrischend, als James Ramsay MacDonald den Wert eines Parteiprogramms von höherer Warte aus beleuchtete:

»Wie immer auch die einzelnen Punkte, die schließlich im Programm stehen, formuliert sind, so ist es nicht nur ein Irrtum sondern eine gefährliche Einbildung zu glauben, das Programm müsse einzig und allein auf Wahlversprechungen abgestellt sein. Der Entwurf ist kein nur für den Wahlkampf gedachtes Manifest, er gibt eine theoretische Begründung für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Labour Party unterscheidet sich doch von den anderen Parteien dadurch, daß sie die bestehende Gesellschaftsordnung nicht verewigen will sondern Bausteine für eine künftige und bessere Ordnung der Dinge liefert.«

Die Linksgruppe erlitt eine nicht mißzuverstehende schwere Niederlage. Fenner Brockway schrieb am 5. Oktober im New Leader:

»Dieses umfangreiche Dokument [das Programm] ist kein Wahlmanifest. Um diesen Punkt dreht sich der Gegensatz zwischen der Independent Labour Party und der Labour Party. Wir werden nicht aufhören zu verlangen, daß unsere Forderungen im kommenden Wahlmanifest aufgenommen werden.«

Das alles kann jedoch nicht vergessen machen, daß die Wahlen vor dem nächsten Parteitag stattfinden, und es ist schon so, wie James Maxton, der Vorsitzende der Independent Labour Party, auf dem Parteitag sagte:

»Der Programmentwurf ist kein Programm sondern eine These. Der Kongreß steht auf dem Sprung der nächsten Arbeiterregierung in der Ausarbeitung des Regierungsprogramms freie Hand zu lassen, vorausgesetzt, daß es sich im Rahmen der 65 Artikel des Entwurfs bewegt: sicherlich ein recht dehnbarer Begriff. Nun werden allerdings die Probleme, mit denen sich eine Arbeiterregierung zu befassen haben wird, ganz andere sein als die im Entwurf aufgerollten.«

Leider vergaß auch Maxton die Situation genau zu schildern, die eine eventuelle Arbeiterregierung vorfinden wird. Er beklagte sich nur darüber, daß eine solche Regierung wahrscheinlich »in langsamer, vorsichtiger, friedlicher Art und von Stufe zu Stufe« vordringen werde, und er wollte »große Operationen im Laufschrift« durchgeführt sehen. James Richard Clynes hatte die überwältigende Mehrheit des Parteitags auf seiner Seite, als er erklärte, es sei doch wirklich sinnlos immer wieder zu betonen, nur durch die Einführung des Sozialismus können alle Leiden der Menschheit geheilt werden.

**H**EST steht: Die Vertretung der englischen Arbeiterklasse lehnt utopistische Spielereien ab. Über die Vorschläge ein Programm in Form von Gesetzesvorlagen zu entwerfen, das den sozialistischen Staat im Rohbau enthält, ging man zur Tagesordnung über. Andererseits soll nicht verkannt werden, daß der neue Kurs, der in England eingeschlagen wurde, eine neue theoretische Grundlage schafft. Die geistigen Führer der Independent Labour Party, vor allem Henry Noel Brailsford, haben den Begriff des socialism in our time geprägt. Im Gegensatz zu dem alten negativen Sozialismus des 19. Jahrhunderts spricht man heute auch in England von einem konstruktiven Sozialismus.

Es ist eine banale Wahrheit, daß »aus der Wirtschaft nicht mehr herausgezogen werden kann als drinsteckt«. Das wurde von Philip Snowden in einer allgemein beachteten Rede, die die Presse als eine »Probudgetrede des nächsten Finanzministers« bezeichnete, besonders unterstrichen. Trotzdem wird das Living-Wage-Problem nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden. Auch MacDonald erklärte in seiner Antwort auf Anfragen: »Im Prinzip sind wir mit der Living-Wage-Forderung einverstanden, müssen aber die Stellung der Gewerkschaften abwarten, um dann die Form zu bestimmen, in die die Forderung gekleidet werden soll.«

Das Programm ist frei von jener orthodoxen Dogmatik, an die man sich früher mit Vorliebe klammerte. Der Zwang zur Wirklichkeitspolitik führt dann auch zu einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien. Wurde auf dem Parteitag von einer Koalitionsregierung auch nur andeutungsweise gesprochen, so wird diese Frage doch beim Näherrücken der Wahlen immer dringender. Das Experiment der Minderheitsregierung, wie es in England 1924 angestellt wurde, schreckt. Die Amtsperiode der Labour Party war eine des Spießrutenlaufens und schwerer Demütigungen. Nur zu begreiflich ist es, wenn verantwortliche Parlamentarier der Labour Party einer Koalition das Wort reden. Snowden, Finanzminister der Arbeiterregierung, hat nun zu dem Problem öffentlich Stellung genommen<sup>3</sup>. Nach einer glänzenden Schilderung der Entwicklung der politischen Parteien seit 1900, dem Gründungsjahr der Labour Party, kommt er zu dem Schluß, die Labour Party müsse zu einer Verständigung zur Schaffung einer Koalition gelangen:

»An gleiche Verhältnisse hat man sich auf dem Kontinent längst gewöhnt. Sowohl in Deutschland wie in Frankreich gehören sie zur Tagespolitik. Es besteht auch nichts Ungehöriges in einem offenen parlamentarischen Zusammengehen. Wo keine Partei über die Mehrheit im Parlament verfügt, muß eine parlamentarische Verständigung versucht werden, soll die Regierung lebensfähig sein. Auch die britische Arbeiterpartei wird sich mit diesem Problem zu befassen haben . . . Ich glaube, es war Disraeli, der den Satz prägte: England liebt keine Koalitionen. Aber vorläufig gibt es keinen Ausweg aus der Sackgasse. Kein ernsthafter Politiker glaubt an die Möglichkeit, bei den kommenden Wahlen werde eine der 3 Parteien die Mehrheit bekommen. Was wird also geschehen, wenn die Labour Party einen bedeutenden Machtzuwachs erhält und auch die Liberale Partei anstatt mit 42 mit 70 oder 90 Abgeordneten im neuen Parlament aufmarschiert und das Zünglein an der Wage bildet? Wird man erneut zum bösen Experiment einer Minderheitsregierung schreiten oder gar das Feld für eine liberal-konservative Koalition freimachen?«

Allerdings läuft die kleine und numerisch unbedeutende Gruppe der Independent Labour Party Sturm gegen Erwägungen dieser Art, und der New Leader belobhudelte zuerst Arthur Cook, den Sekretär der Bergarbeiter, was aber nicht hinderte, daß dieser auf dem Gewerkschaftskongreß eine fast jämmerliche Rolle spielte. Recht bemerkenswert ist: Brailsford, der geistige Vater der Living-Wage-Vorschläge, der bis jetzt als der intellektuelle Führer der Linksgruppe galt, hat sich zum Koalitionspolitiker fortentwickelt. Er veröffentlichte jetzt in der New Yorker Vierteljahrsschrift Foreign Affairs einen aufsehenerregenden Aufsatz, in dem er sich die Schlußfolgerungen Snowdens zu eigen macht und eine Koalition für notwendig erklärt. Was er über die Liberale Partei sagt, bestätigt das, was hier über ihren neuen Kurs ausgeführt wurde<sup>4</sup>. Brailsford äußerte sich über sie nämlich also:

3) Siehe Snowden *What is the Future of the British Political Parties?*, im *Pall Mall Magazine* 1928 IX Seite 8 und folgende.

4) Siehe Schippel *Ein Erneuerungsprogramm des englischen Liberalismus*, *Pahl Neue Wege und Ziele der Wirtschaftsreform in England*, in den *Sozialistischen Monatsheften* 1928 I Seite 190, 297 und folgende.

»Einen Aktivposten behält diese Partei: Zweifellos hat sie in ihren Reihen außer dem fähigsten Generalrat eine Gruppe glänzender Denker, Volkswirtschaftler und Journalisten. Geldmittel wurden diesem Stab zur Verfügung gestellt, der nun eine Anzahl hochwichtiger Probleme in Buchform behandelt hat. In 3 gutgeschriebenen und doch billigen Büchern, vollgestopft mit wohlverarbeitetem Tatsachenmaterial und gutausgedachten Vorschlägen, wird dargelegt, wie der Kohlenindustrie, der Landwirtschaft und anderen Industrien geholfen werden könnte. Hier handelt es sich um einen sorgsam ausgearbeiteten und glänzenden Plan zur Restaurierung der englischen Industrie . . . Der Sozialist, der offen sein will, würde in mancherlei Hinsicht weiter gehen wollen, innerlich aber wäre er froh, wenn dieses Programm in die Praxis umgesetzt werden könnte. Der Programmwurf der Labour Party ist im Vergleich zum liberalen Programm fragmentarisch (sketchy). Andererseits folgt unser Entwurf den Richtlinien des liberalen Programms. Nur sind unsere Vorschläge zur Wiederbelebung der Industrie vag und unbestimmt.«

Brailsford kommt zu dem Ergebnis, das eigenartige englische Wahlsystem mache eine Koalitionsregierung zur unabwendbaren Notwendigkeit. Dadurch hat er sich in offenen Gegensatz zu den führenden Männern der Independent Labour Party gebracht, was den Parteitag stark beeinflusste.

Im freikonservativen Observer schilderte am 7. Oktober der Herausgeber, James L. Garvin, in einem Artikel, betitelt Die Katze aus dem Sack, die politische Lage, und er schrieb da unter anderm:

»Was sind die Chancen der Labour Party? Wir glauben an die Möglichkeit, daß die sozialistischen Erfolge bei der kommenden Wahl die beiden anderen Parteien aufs höchste überraschen werden. Zweifellos wächst in den Wahlkreisen die Macht der Labour Party immer rapider. Die Konservativen, vor allem auch fortschrittliche Liberale werden gut daran tun über die Zukunft nachzudenken und mit den Anzeichen zu rechnen, die zu dem Schluß berechtigen, die Arbeiterpartei werde im nächsten Juni mehr Stimmen auf sich vereinigen als je zuvor für eine Partei in unserm Land abgegeben wurden. Aus verschiedenen Gründen könnte sich ein solcher Umschwung im Parlament nicht voll für sie auswirken, jedoch wäre ihre Macht besorgniserregend. Nur eine Vogel-Strauß-Politik kann sich an den Gedanken klammern, die Partei werde vor der Wahl ihre Kraft durch innere Streitigkeiten schwächen. Die zersetzenden Folgen einer Maxton-Cook-Bewegung werden sich, wenn sie überhaupt kommen, erst nach der Wahl bemerkbar machen. Kein praktischer Politiker kann darüber in Zweifel sein, daß die Labour Party im nächsten Jahr einen Mandatszuwachs von wenigstens 60 Sitzen erhalten wird; die Anzahl kann unter Umständen auch auf 100 steigen. Niemand wird ihre Gesamtstärke unter 250 Abgeordneten schätzen wollen, und es würde mich gar nicht überraschen, sollte ihre Zahl auf 270 oder sogar 280 kommen. Aber für die Partei besteht unter dem jetzigen Wahlsystem keine Möglichkeit im Parlament die absolute Mehrheit zu erringen, weshalb sie auch keine unabhängige Regierung stellen kann.«

Die englische Arbeiterklasse wird diese Prognose beachten müssen. Denn die kommenden Parlamentswahlen werden für die Zukunft der englischen Sozialpolitik von besonderer Bedeutung sein.

## WALTHER PAHL · DER JUNGSOZIALISMUS UND DIE JUNGE GENERATION

**M**AN muß feststellen: Die Hoffnung, daß die Kräfte der jungen Generation innerhalb der sozialistischen Bewegung in der jungsozialistischen Bewegung zur Sammlung und Wirkung kommen würden, ist durch die tatsächliche Entwicklung der letzten Jahre leider zuschanden geworden. Die immer wieder gestellte Frage nach dem Sinn einer selbständigen Organisation der jungen Sozialisten neben der Arbeiterjugendbewegung verdeutlicht die Unfähigkeit der gegenwärtigen jungsozialistischen Organisation von ihrem autonomen Wert

zu überzeugen. Die heute allgemein gegebene Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Arbeiterjugend und Jungsozialismus, die höchst banal darauf hinausläuft, daß die jungsozialistische Organisation das Sammelbecken für diejenigen sein soll, die der Arbeiterjugend entwachsen sind, verrät einem vollends, daß der Jungsozialismus heute jeder selbständigen Zielsetzung bar ist. Es wird notwendig dies festzustellen, weil es viele Genossen noch nicht wissen. Man darf sogar aussprechen, daß die jungsozialistische Organisation nur noch insofern ein eigenes Gepräge hat, als sie sich innerhalb der Sozialdemokratie auf die Seite einer bestimmten Gruppe, nämlich der sogenannten sächsischen Opposition, geschlagen hat. Man kann sich heute nicht mehr des Eindrucks erwehren, daß diese sich in der jungsozialistischen Organisation ihren Nachwuchs "züchtet". Darauf mag deren Führung durch den Genossen Engelbert Graf, der nun auch Leipzig im Reichstag vertritt, nicht ohne Einfluß gewesen sein. Abgesehen davon also, daß die jungsozialistische Organisation heute lediglich das Sammelbecken für die "Älteren" ist, die aus der Arbeiterjugend kommen, hat sie nur insofern ein bestimmtes politisches Arbeitsprogramm, als sie sich um die agitatorische Unterstützung jenes "Radikalismus" sächsischer Prägung im ganzen Land bemüht. Wer nach dem Geist der jungen Generation sucht, wird ihn bei den Jungsozialisten heute wohl nur dann finden, wenn er sich damit begnügt diesen "Geist" schon in der einem jugendlichen Alter entsprechenden Radikalität zu erblicken, die, da sie nur dem Lebensalter, nicht dem Temperament entspringt, meist allzu bald in ein Spießbürgertum übergeht, das die radikale Terminologie beibehält, die alten bewährten Schlagworte endlos wiederholt, um sich nicht durch neue Gedanken in der Ruhe seines Besitzes stören zu lassen.

Indes, es *gibt* eine junge Generation innerhalb der jungsozialistischen Bewegung. Gerade weil diese heute innerhalb der jungsozialistischen Bewegung keine Heimstätte mehr hat, mögen die Jungsozialisten auch noch so sehr davon überzeugt sein, daß sie die Jugend vertreten, ist es notwendig den Versuch zu unternehmen ihre geistige Gestalt zu umreißen.

Gewisse Kreise der Jugendbewegung glauben eine einheitliche Front der jungen gegen die alte Generation herstellen zu können. Jenseits des Gegensatzes zwischen bürgerlicher und proletarischer Welt wünschen sie die Sammlung aller jungen Kräfte dieser beiden Welten. Sie sehen es dabei als die vornehmste Aufgabe dieser gesammelten Kräfte an aus dem Geist einer jungen Generation eine neue Welt zu bauen, die den Gegensatz von rechts und links nicht kennt, diesen Gegensatz vielmehr als Erbgut der alten Generation betrachtet. Die Reste des Freideutschtums halten an solcher Illusion fest. Im großen und ganzen hat man aber darauf verzichtet in dieser illusionären Haltung zu beharren. Der Einsicht, daß der Kampf der Generationen von dem Kampf der beiden großen Ideenkreise: der bürgerlichen und der proletarischen Welt, überragt wird, verschließen sich nur noch die wenigsten. Die Erkenntnis, daß eine junge Generation ohne jeden innern Zusammenhang mit Welt und Werk der vorhergehenden ihre Aufgaben nicht zu erfüllen vermag, daß sie sich vielmehr in die gegebenen Fronten hineinstellen muß, um nun hier an die Verwirklichung ihrer generationsbedingten Aufgaben zu gehen, ist das Ergebnis der Entwicklung der Jugendbewegung des letzten Jahrzehnts. Die Jungen haben sich in die Welt hinein-



gestellt. Ihre Generationsaufgabe erwächst ihnen erst aus der vollzogenen Bindung an die überjugendlichen Ideenkreise entweder der bürgerlichen oder der proletarischen Welt. Daß die junge Generation in beiden Lagern gleichartige Aufgaben zu lösen hat, wird zwar erkannt. Ihre aktive Inangriffnahme hindert aber die Vielfalt der besonderen Aufgaben, vor denen die beiden Gruppen der jungen Generation in ihren eigenen Lagern stehen.

Die Entwicklung von der autonomen Jugendbewegung zur Spaltung in eine proletarische und eine bürgerliche Hälfte war eine historische Notwendigkeit. Die Träger der autonomen Jugendbewegung in der Vorkriegs- und Kriegszeit haben nach dem Krieg sehr bald erkannt, daß es utopisch ist den Versuch zur Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung jenseits der durch den Wirtschaftskampf strukturierten Klassen zu unternehmen. Wenn ein großer Teil der autonomen Jugendbewegung, die historisch ein einmaliges Phänomen war, in der Nachkriegszeit zum Proletariat stieß, so glaubte er damit gerade jenem neuen Geist zu dienen, der von ihm als junger Generation verlangt war. Diese Tatsache läßt es vollends als unmöglich erscheinen, daß es heute oder in Zukunft gelingt eine gemeinsame Front der jungen Generation jenseits der Klassen herzustellen. Diejenigen, die aus der autonomen Jugendbewegung zur sozialistischen Bewegung kamen, stellen heute eine Kerntruppe der jungen sozialistischen Generation dar. Gerade sie haben wenig Anlaß mit der jungen Generation der bürgerlichen Welt zusammenzuarbeiten, da sie gerade der Wille zur Realisierung des in der autonomen Jugendbewegung erlebten neuen Geistes in die proletarische Front trieb. Wenn also hier von der jungen Generation innerhalb der sozialistischen Bewegung gesprochen wird, so ist damit eine solche gemeint, deren Bewußtseinsform sich durch die Bindung an die proletarische Klasse und an den marxistischen Sozialismus bestimmt, welche Lehre dieser Klasse erst die Kraft gibt aus ihrem Solidaritäts- und Klassenbewußtsein heraus politisch und gewerkschaftlich planmäßig zu handeln. Es gibt allerdings auch innerhalb der sozialistischen Bewegung noch "junge Generation" pour soi, für die die Parteibindung der Elefant in ihrem sozialistischen Porzellanladen ist. Diese für einen Freisozialismus schwärmende Gruppe muß den Vorwurf ertragen, daß hinter ihrem Willen zur Revision des marxistischen Systems nicht der Wille zur Erfüllung, sondern der zur Vernichtung der marxistischen Lehre steht. Gegen diese Gruppe gilt es hier die von uns gemeinte junge Generation abzugrenzen. Wir möchten also gegen den Verdacht gesichert sein, als ob wir hier gegen den Jungsozialismus die Bezeichnung junge Generation für eine Gruppe in Anspruch nehmen, deren innere Beziehung zur Bewußtseinsform der proletarischen Klasse schwach ist, weshalb sie auch der Marxschen Lehre gegenüber, die das Klassenbewußtsein des Proletariats in gestaltende Kraft umgesetzt hat, geistig versagt.

Man entsinnt sich des Kampfs zwischen der Hofgeismarer und der Hannoveraner Richtung innerhalb der jungsozialistischen Bewegung, der mit einer Niederlage der Hofgeismarer endete. Der Sieg der Hannoveraner zwang die Entwicklung der jungsozialistischen Bewegung in eine Richtung, die zu der gegenwärtigen Gestalt dieser Organisation (von einer Bewegung kann eigentlich keine Rede mehr sein) geführt hat. Wenn gleich zu Beginn ausgesprochen wurde, daß man den Jungsozialisten heute den Anspruch streitig machen müsse im Namen der jungen Generation zu sprechen, und

nummehr eine Begründung dieser These versucht wird, so soll damit aber nicht im entferntesten eine Ehrenrettung der alten Hofgeismarer Richtung unternommen werden. Abgesehen davon, daß es sich dabei um eine nachträgliche Parteinahme in einem Streit handeln würde, der heute nur noch historisches Interesse hat, liegt auch gar keine Veranlassung vor den Ideenkreis der Hofgeismarer gegen die Hannoveraner zu verteidigen. Die Hannoveraner drohten in unkritischer Dogmatik insbesondere in der Frage des Klassenkampfes zu erstarren. Den Hofgeismarern gelang es nicht von der Problematik zu einer wirklich überzeugenden Formulierung ihrer Ideen zu kommen. Zwischen den Begriffspaaren beider Gruppen: Volksgemeinschaft und Nation hier, Klassenkampf und Internationalismus dort, wäre durchaus eine Synthese möglich gewesen<sup>1</sup>. Daß es zu einer Verständigung nicht kam, ist Schuld nicht nur der Sieger sondern mindestens auch ebenso der Besiegten. Erst dort, wo die Fragestellung, ob Klassenkampf oder Volksgemeinschaft, Nation oder Internationalismus, sinnlos geworden ist, beginnt die Aufgabe der jungen sozialistischen Generation.

Der Richtungsstreit, ob rechts oder links, ist ein interner Streit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Die Jungsozialisten haben sich hier größtenteils auf die Seite der vermeintlich linken Opposition geschlagen. Diese Tatsache bedeutet uns ein wichtiges Kriterium dafür, daß sie die Hauptfunktion einer jungen Generation innerhalb der Sozialdemokratischen Partei nicht erkennen. Um den sogenannten Kommunisten (diesen Namen haben bekanntlich die Bolschewisten und ihre ergebenen Anhänger annektiert, obgleich die bolschewistische Praxis zur kommunistischen Gesinnung wie die Faust aufs Auge paßt) das Wasser abzugraben, nähert man sich ihren Methoden, läuft man mit ihnen in angeblich "großen Forderungen" um die Wette<sup>2</sup>. Hier ist es die Aufgabe der jungen Generation innerhalb der sozialistischen Bewegung solche Art Opportunismus abzuwehren und den von dem bolschewistischen streng und grundsätzlich getrennten Weg der Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit der bewußten Abgrenzung zu gehen. Die Jungsozialisten dagegen lassen es heute geduldig zu, daß die ihrem Alter naheliegende Radikalität in den Dienst politischer Radikalismen genommen wird, die aus dem Ideenschatz der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit stammen, in der die oppositionelle Stellung noch nicht zur Verantwortung zwang. Die politischen Ideologien der Jungsozialisten stammen ebenso wie die Ideologie der sächsischen Opposition aus verflossenen Jahrzehnten. Also eine Jugend, die einen überalterten Geist pflegt. Der Sinngehalt des Begriffs junge Generation läßt sich eben nicht durch eine Lebensaltersbegrenzung einengen, er stellt eine Gesinnungsgemeinschaft in einer bestimmten Zeitlage dar. Daher haben die wirklich jungen Sozialisten heute auch eine sehr starke innere Beziehung zu der Arbeit und Gesinnung von Männern wie Max Schippel, Adolph von Elm, Edmund Fischer, Leo Arons, Heinrich Kaufmann und anderen, also zu der eigentlichen Vorkriegsgeneration. Wie es denn überhaupt zutage tritt, daß die heutige junge Generation unmittelbar an die Arbeit der Revisionisten anknüpft. In der Tat, ist es nicht die Aufgabe einer neuen Generation das Alte zu revidieren, um Neuem Platz

1) Siehe Engelhardt Die nationale Frage im Jungsozialismus, in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 89 und folgende.

2) Siehe die Rundschau *Sozialistische Bewegung*, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 521 und folgende.

zu schaffen? »Der Marxismus des 20. Jahrhunderts«, sagt Karl Renner mit Recht, »ist erst zu schreiben. Wer sich dieser Erkenntnis versagt, ist nicht Marxist, ist schon gar nicht revolutionär, er ist ein geistiger Reaktionär.«<sup>3</sup> In diesem Satz steckt ein Glaubensbekenntnis der neuen sozialistischen Generation. Er läßt deutlich erkennen, daß sie in unseren Tagen berufen ist Sachwalter des revisionistischen Erbes zu sein.

Weil junge Generation eine Gesinnungsgemeinschaft bedeutet und nicht etwa bloß ein Lebensalter, ist die Anknüpfung an die Ideen der Vorkriegsgenerationen durchaus möglich. Etwas anderes ist es aber, wenn, wie es bei den Jungsozialisten der Fall ist, die Beziehung zu Vorkriegsideologien zu einem gänzlichen Verkennen der großen Wandlung in der Welt führt. Die Jungsozialisten scheinen gar nicht daran zu denken die nun schon vor 80 Jahren konzipierte marxistische Theorie unserer neuen Gegenwart anzupassen. Wenn sie, ebenso wie wir, eine neue Verbindung von Theorie und Praxis fordern, so wollen sie damit eine Anpassung der Praxis an die alte Theorie und nicht, wie es sinnvoll ist, eine Anpassung der Theorie an die neue Praxis. Zu welcher Monstrosität eine solche dogmatische Haltung bisweilen führt, zeigt dieses Beispiel: In den Jungsozialistischen Blättern bemüht sich Ernst Fraenkel in einem Halbgötterdämmerung überschriebenen Aufsatz die »tieferen Wurzeln des [„Panzerkreuzer“-] Verhängnisses zu verstehen«. Die Ursache erblickt er in der »Überschätzung der Persönlichkeiten« und der »Heldenverehrung der Parteiführer«. Carl Severing hat es diesem Jungsozialisten besonders angetan. Auf dem Kieler Parteitag hatte man einen Film gedreht, daher erschien dort Severing, nach Fraenkel, »in bengalischer Beleuchtung«, und das bedeutet diesem Kritiker eine »Abkehr von den Grundlagen der marxistischen Staats- und Gesellschaftstheorie«, die es verbiete »den einzelnen Mann zum Halbgott zu erheben«. Unter Berufung auf die marxistische Staats- und Gesellschaftstheorie fordert Fraenkel, »daß die Lichtreklame allgemein aus Parteiveranstaltungen verschwinde«. Also das ist »marxistische Analyse der Tagesereignisse«, die die Jungsozialistischen Blätter an einer andern Stelle des selben Heftes fordern.

Gerade das Gegenteil dessen, was die Jungsozialisten tun, muß heute von der jungen Generation verlangt werden: Es kommt darauf an nach einer strengen marxistischen Methode die neue ökonomische Situation zu verstehen und den geistigen Überbau unserer Bewegung von dieser veränderten realen Lage her neu zu gestalten. Die von den Jungsozialisten immer wieder geforderte marxistische "Prinzipienfestigkeit" verlangt eine gründliche Nachprüfung unserer marxistischen Theorien auf Grund der neuen Realitäten. Die junge Generation schult sich in der marxistischen Methode und wird sie wieder zur Anerkennung bringen, aber sie klammert sich nicht an Theorien, die, auch auf Grund dieser Methode, in einem vergangenen Jahrhundert formuliert wurden. Das neue Jahrhundert hat gänzlich neue Realitäten gebracht. Die marxistische Methode ruft nach einer neuen Theorie, die dieser neuen Realität entspricht. In dieser organischen Bindung der neuen Lebensinhalte an die marxistische Bewußtseinsform der Klasse besteht die Hauptaufgabe der neuen Generation. Es gilt der marxistischen Theorie die Probleme einzuarbeiten, die die neue Wirklichkeit stellt. Dies, um, wiederum nach Marx, die Welt nicht nur zu erklären sondern zu verändern.

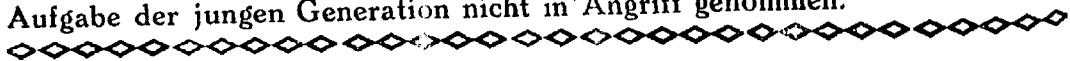
<sup>3</sup> Siehe Renner Auf dem Wege zur großen Erneuerung, in der Gesellschaft 1928 II Seite 293.

Das erfordert im besondern eine Neubegründung der theoretischen Stellungnahme zum Staat. Hier liegt eine Grundfrage des neuen Sozialismus vor, der die Jungsozialisten immer noch ausweichen möchten. Der schon genannte Jungsozialistenführer Ernst Fraenkel läßt sich in dem Blatt *Der Klassenkampf* also aus: »Indem Sturmfels [in seinem Buch *Gewerkschaften und Staat*] die Arbeiterschaft in den Irrtum zu versetzen sucht, die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolge außerhalb der Staatssphäre, geht er daran das Proletariat zu entpolitisieren, von der Idee des Klassenkampfes abzubringen, mit dem Staat zu versöhnen und die Gewerkschaften zu Garantanten des Staatsaufbaus zu machen.« Immer wieder fürchten die Jungsozialisten, daß man sich mit dem Staat »versöhnen« könnte. Als wären die Staaten Europas immer noch jene Vollzugsorgane der herrschenden Klasse, die sie zu Lebzeiten von Karl Marx waren. Die junge Generation der sozialistischen Bewegung ist berufen in einer neuen Staatstheorie die Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, daß das Proletariat heute in dem Staat die Brechstange in den Händen hält das privatkapitalistische System aufzulockern. Allerdings zu produktiven Zwecken: nicht, um bloß das Konsumentenideal des "größten Glücks der größten Zahl" zu verwirklichen sondern um den Forderungen zu genügen, die die Dinge selbst an uns richten. Und gerade deshalb hat sich die junge Generation, diese natürliche Vertreterin des Schaffensgedankens, dazu zu bekennen.

Vor neuen großen Aufgaben steht die junge Generation in der sozialistischen Bildungsarbeit und Kulturpolitik. Hier kommt es vor allem darauf an die Weltanschauung des sozialistischen Menschen neu zu formulieren. An die Stelle des freidenkerisch aufklärerischen Liberalismus in geistigen Dingen müssen starke und tiefe Bindungen für den einzelnen treten. Die Stellung zur Religion bedarf einer gründlichen Revision, und diese wird heute nicht nur von dem Kreis der religiösen Sozialisten in Angriff genommen. An dieser Stelle braucht man die neuen hier vorliegenden Aufgaben nicht eigens aufzuzählen. Sie sind in ihrer Fülle der jungen Generation heute bewußt und stehen in jedem Heft der Sozialistischen Monatshefte zur Erörterung. Daß die Jungsozialisten auf diesem Gebiet ganz untätig sind, soll nicht gesagt werden. Der Wille zu neuem Menschentum und zu wirklicher Gestaltung des sozialistischen Menschen ist unter ihnen lebendig. Jedoch sind sie uns bisher Anregungen schuldig geblieben, die nicht nur in die Weite sondern auch in die Tiefe führen. Auf die Vertiefung kommt es hier aber entscheidend mehr an als auf die bloße Verbreiterung.

Es gibt eine junge Generation innerhalb der sozialistischen Bewegung. Sie sieht die gewaltigen Umwälzungen, die die ökonomische Welt in den letzten Jahrzehnten erfahren hat. Sie steht an den Ambossen in den Werkstätten der Wirklichkeit mit dem Willen keinen Tag auf die Verwirklichung des Sozialismus zu warten sondern Tag für Tag an ihr zu arbeiten. Von dieser jungen Generation werden keine Illusionen genährt. Sie weiß, daß die reifen Früchte uns nicht in den Schoß fallen. Sie steht inmitten des Neuen und beginnt nach der marxistischen Methode die geistige Welt neu zu formen. Hier ist freilich noch fast alles zu tun.

Die Jungsozialisten? Vorläufig haben sie die hier in ihrem Kern skizzierte Aufgabe der jungen Generation nicht in Angriff genommen.



## GÜNTER KROLZIG · VOLKSHOCHSCHULHEIME

**M**AN kann nicht behaupten, daß das gesellschaftliche Gesamtbewußtsein von der Bildungsinstitution der Volkshochschule so zentral durchdrungen ist wie etwa vom allgemeinen Schulwesen. Wohl hat es, wie erinnerlich, kurz nach dem Novemberumsturz hier eine sehr spürbare Berührung gegeben. Aber Volksbildungswille und gesellschaftliche Realität fanden sich dennoch nicht endgültig und organisch. Sicher in der Hauptsache darum, weil man damals bei Lehrern wie bei Hörern bis auf ganz verschwindende Ausnahmen überzeugt war, es gelte durch die Volkshochschule nur Bedürfnisse zu befriedigen, Bildungsgüter, die der Arbeiterklasse bisher vorenthalten waren, ihr zu übermitteln. Auf der andern Seite steht es aber mindestens ebenso unzweideutig fest, daß im Kampf um die Volkshochschule und ihre Stellung in der gesamten Bildungsarbeit trotz den erlittenen Schläppen der Nachrevolutionszeit die Entscheidung immer noch aussteht, ob die Volkshochschule gesellschaftliches Organ wird oder nicht. Diese Fortdauer der Bemühungen um die Gestaltwerdung der Volkshochschule hat nicht nur darin ihren Grund, daß Verlangen nach Vertiefung und Erweiterung der Wissensstoffe nach wie vor vorhanden ist. Vielmehr zwingt zu volkshochschulmäßiger Betätigung, mehr als alles subjektive Bildungsbedürfnis, daß von der Struktur der gegenwärtigen Verhältnisse her solche Leistungen zur Form- und Sinnggebung des Lebens gefordert sind. Es ist dabei ganz deutlich, daß die Hoffnung auf die Volkshochschule, wenn sie auch nicht von der Gesamtheit getragen wird, doch in der Arbeiterklasse lebendig ist. Und das Wertvolle an dieser Hoffnung ist, daß sie weithin nicht nur dahin geht sich etwa Erkenntnisse für den Klassenkampf oder Ergebnisse naturwissenschaftlicher Forschung anzueignen, sondern daß man nach einer Bildung ausschaut, die auf den realen Gesamtbestand und auf den substantiellen Grund des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens bezogen ist. Das auf allen Seiten viel gebrauchte und mannigfach gedeutete Wort Gemeinschaft symbolisiert auch hier das Wollen im Streit. Wer über die Volkshochschule resignierend hinweggeht, tut es meistens, weil sich diese Erwartung auf die Volkshochschulen in Wirklichkeit so wenig erfüllt sieht. Auf seiten der in der Volkshochschulbewegung wirkenden Volksbildner, die ihre Aufgaben umfassend sehen (leider noch immer nicht die Mehrzahl), ist diese Eingliederung ihrer Arbeit in die realen Zusammenhänge grundsätzliches Ziel.

Mit diesem Hinweis auf die geistige Situation der Volkshochschulen ist ihr gemeinsamer Standort charakterisiert. Mehr als die Volkshochschule in ihren Abendkursen und Arbeitsgemeinschaften vermögen die Heime, die zu einem gemeinsamen Leben auf längere Zeit zusammenfassen, der Aufgabe zu genügen, die ihnen im Augenblick gestellt ist. Für die Arbeit aller Volkshochschulheime gilt es so gut wie allgemein, daß die Aufgabe nicht darin besteht Bildungsgüter auszuteilen sondern die totale Wirklichkeit mit Sinnhaltung und Tat zu erfüllen. In dem Heim ist die Möglichkeit gegeben ein Stück solcher Wirklichkeit zur Erfahrung und eigenen Darstellung zu bringen. Die Volkshochschulheime sind der Ort, wo Gemeinschaft weniger mit Worten als mit persönlichem Einsatz errungen und bewährt werden kann. Die Volkshochschulheime sind so mittragendes Element der Volkshochschulbewegung und noch darüber hinaus in den ihnen eigentümlichen Lebensformen berufene

Organe der Gestaltwerdung einer von der gesellschaftlichen Lage her strukturierten Bildung. Auch auf der Seite der Gewerkschaften hat man die besondere Bildungskraft der Heime erkannt. So hat man für die Ausbildung zu unmittelbar gewerkschaftlichen Zwecken die Heimschule an einzelnen Stellen gewählt, wie sie etwa in großem Stil die in Bau befindliche Schule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds darstellen wird. Ganz allgemein ist es bezeichnend, daß die Volkshochschulheimbewegung zeitlich gerade zu dem Zeitpunkt beginnt, da die öffentliche Teilnahme an den Abendvolkshochschulen zu erlahmen scheint. Mit dem Jahr 1924 beginnt ein außerordentlicher Aufschwung der Heimbewegung, und bis heute sind die Gründerjahre offenbar noch durchaus nicht vorüber<sup>1</sup>.

Es ist selbstverständlich, daß man Wirklichkeit, Sinn, Gemeinschaft, Bildung fast in jedem Volkshochschulheim auf eigene Weise begreift und sich darum allenthalben anders methodisch versucht. Jedes Heim prägt seine Individualität im Grunde durchaus selbständig, wie sie eben durch Landschaft, Persönlichkeit des Leiters und Gruppierung der Heimschüler bestimmt wird. Versucht man eine Gruppierung der etwa 60 in Deutschland existierenden Heime, so kann dies nur nach Maß und Art der Einsicht und Deutung der von der Gesellschaft geforderten Aufgaben geschehen.

Am eindeutigsten bestimmt sich die Aufgabe für die Heime, die an der Reichsgrenze liegen. In Schleswig-Holstein und Schlesien sind sie zahlenmäßig im Verhältnis zur Verteilung der Heime im übrigen Reich ziemlich dicht gesät; auch in der Grenzmark sind in letzter Zeit 2 neue Heime gegründet worden. Diese Heime finden leicht und ausgiebig behördliche Unterstützung, denn man verspricht sich von ihnen eine Vertiefung und Wahrung des deutschen Kulturbewußtseins. In diesem Sinn findet man auch das Ziel der Heimtätigkeit meistens formuliert. So ist der Bildungszweck dieser Heime zwar von der realen Situation her bestimmt, aber für die geistige Formgebung der Volksbildung von nicht allzu hoher Bedeutung. Einen grundsätzlich andern Typus Grenzlandheim stellt bis jetzt nur das Volkshochschulheim in Harrisleefeld bei Flensburg dar, das am 29. September dieses Jahres in Gegenwart und mit einer Rede des Reichskanzlers eröffnet wurde. Denn es steht unter sozialistischem Einfluß, und daher ist anzunehmen, daß es seine Wirkungsmöglichkeit so erfassen wird, daß das Heim den Notwendigkeiten einer produktiv zu gestaltenden Zukunft genügt. Die geistigen Forderungen an seine Arbeit werden dabei naturgemäß vom Sozialen her gestellt. Bei den übrigen Grenzlandheimen tauchen aber die soziologischen Probleme im ganzen doch nur sehr peripher auf.

Diese Feststellung kann man bei den ausgesprochenen Bauernhochschulen weniger machen. Denn mit der Beschränkung auf das Bauerntum ist die Möglichkeit gegeben gesellschaftlich strukturierend eine sehr sinn- und wertvolle Arbeit zu leisten, die sachlich dringend gefordert ist. Bei der Erschütterung der bäuerlichen Lebens- und Arbeitsformen und des bäuerlichen Glaubens scheint das Bauernvolkshochschulheim hier als eine dem bäuerlichen Wesen eigentümliche und erste Instanz berufen bäuerliches Bewußtsein zu erfüllen und zu formen. Denn es leuchtet unmittelbar ein, daß Heimgenossenschaft einfach aus ihrer Existenz heraus hervorragend für

<sup>1</sup>) Die Gründungen der einzelnen Volkshochschulheime verteilen sich zeitlich folgendermaßen: 1923 wurden 5 eröffnet, 1924 7, 1925 15 (ebenso viele wie in den Jahren 1919 bis 1922 zusammen), 1927 und 1928 13.

wirtschaftliche Genossenschaften zu bilden vermag. Leider stellen sich die Volkshochschulheime auf dem Land kaum nach dieser Richtung ihre Aufgabe sondern fassen sie im wesentlichen konservativ-volksgemeinschaftlich und christlich-ideologisch; sie sind ja auch von den beiden großen Konfessionen oder einzelnen Pfarrern durchweg gegründet. Wo man etwa neue Formen sucht, wie in Hermannsburg, glaubt man sie doch im Anschluß an überkommene zu finden. So sind die Heime auf Herausbildung und Pflege christlicher Sitte, christlichen Familienlebens oder völkisch-deutschen Bewußtseins bedacht, erfassen also die ihnen von der konkreten Situation gestellten Aufgaben bislang nur sehr teilweise, wenn man ihnen auch eine gewisse Lebensnähe nicht absprechen kann. Diese Heime haben sich in letzter Zeit außerordentlich vermehrt, und weitere entstehen noch. Es ist sehr zu wünschen, daß sozialistisches Wollen hier einmal eingriffe. Für die Lösung der sozialistischen Probleme innerhalb der Landwirtschaft könnte eine derartige Arbeit sehr produktiv wirken.

Die große Mehrheit der Volkshochschulheime überhaupt ist heute weltanschaulich christlich gebunden. Diese Tatsache ist durchaus erklärlich, da man sich auf seiten konfessioneller Geistigkeit über die Notwendigkeit volksbildnerischer Betätigung von jeher im klaren gewesen ist. Man war ja durch die Jahrhunderte hindurch völliger Alleinherrscher auf diesem Gebiet. So sind denn auch die 3 im Jahr 1919 gegründeten Heime sämtlich konfessionell. Es ist aber doch nicht so, als ob in diesen Volkshochschulheimen durchweg traditionelle Christlichkeit gepflegt würde. Gewiß, in einer ganzen Anzahl der Heime geschieht das. Solche Heime können naturgemäß die Schwere des proletarischen Arbeitsschicksals nicht tragen. Ihre Schülerschaft stammt denn auch überwiegend aus kleinbürgerlichen Schichten. Aber es gibt auch Heime, in denen hauptsächlich unter gleichzeitigem Einfluß der Jugendbewegung das gesellschaftlich kritische Moment des Christentums betont wird. Von dieser Stellung aus hat sich ein Heim, der Habertshof bei Schlüchtern, zum Sozialismus gefunden. Damit ist das Verhältnis zur Realität bereits außerordentlich intensiver, und die jungen Arbeiter, die ein Heim dieser Art besuchen, erfahren eine Bildung, die doch immerhin in höherem Grad ihnen gemäß ist als in den Heimen traditioneller Christlichkeit. Allerdings wird auch hier gerade das Spezifische der Bildungsarbeit: die Botschaft des Evangeliums, dem Arbeiter in hohem Maß fremd bleiben; denn die Verbindung von evangelischer Verkündigung und Arbeiterwelt scheint von der Wirklichkeit her doch nicht zu knüpfen.

Auch die weltanschaulich neutralen Volkshochschulheime, als deren vorzügliche Vertreter Dreißigacker und Sachsenburg anzusehen sind, werden von einer großen Anzahl Arbeiter besucht. Mit der grundsätzlichen weltanschaulichen Neutralität stehen diese Heime, wenn auch die wahrhafte Erkenntnis der Wirklichkeit zu ihren Programmpunkten gehört, der Tatsächlichkeit ferner als etwa der Habertshof. Der Zwang der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt in ihnen keineswegs Inhalt und Form des Heimlebens. Problem und Aufgabe bildet hier lediglich der Mensch als Einzelwesen, seine Persönlichkeit zwar in Welt und Menschheit, aber in der idealen Welt des Ethos und in der Menschheit der heroischen Tat, nicht in der realen der Arbeitskämpfe und der Klassen. Eine Bildungsarbeit solcher Grundhaltung kann sinnentsprechend nur bei denen Erfolg haben,

die sich von vornherein der Spannung Individuum und Gemeinschaft bewußt sind, die an Persönlichkeitswerte glauben und sie in ihren Lebenskreisen auch zur Geltung bringen können. Sie kommt also für den Arbeiter allgemein wenig in Betracht. Da nun doch häufig solche Heime von Arbeitern besucht werden, denen das Bedürfnis nach Bildung im Augenblick zunächst wichtiger ist als die gesellschaftliche und weltanschauliche Einordnung des Heimlebens, sind da Erschütterungen der persönlichen Sicherheit im Beruf und der Festigkeit in der gesellschaftlichen Stellung nicht selten. Von hierher schreibt sich dann vielfach, natürlich neben ganz anderen Motiven, das Mißtrauen in Partei und Gewerkschaft gegen die Volkshochschulheime überhaupt. Als gesinnungszuverlässig gelten die sozialistischen Volkshochschulheime, als deren Spitze das Volkshochschulheim Tinz und die Schule des Metallarbeiterverbands in Dürrenberg zu nennen sind. Hier wird für den Sozialismus oder doch für die Organisation geschult. Vielleicht ist man hier im Glauben an die Wirksamkeit der sozialistischen Lehre von allen Heimen am stärksten auf Rationalität der Bildung, auf Übermittlung von Bildungsstoffen gerichtet. Zugleich aber versucht man die inneren Kräfte der Heimgemeinschaft für geistige und gesellschaftliche Gestaltbildung auszunutzen.

Wie Freiheit von weltanschaulicher Gebundenheit und zugleich die reale Beziehung zu Wirtschaft und Beruf erreicht werden kann, läßt das Volkshochschulheim auf dem Darss in Prerow in ganz eigener Form erkennen. Das Heim hat eben darin seinen Sinn und ist bei Erholung an der See und in Ferienzeiten auf »sinngemäßen Ausgleich zwischen Lebenswillen und Berufspflicht« bedacht. Die Anordnung der einzelnen Kurse bringt es mit sich, daß einzelne Berufsgruppen an ihnen teilnehmen und dann die Arbeitsgemeinschaften tragen. Damit ist prinzipiell an die Erfüllung des gegenwärtigen Arbeitsschicksals gedacht.

Überhaupt ist die Stellung zum Beruf eins der wesentlichsten und dringendsten Probleme der Volkshochschulheimbewegung. Oft sind die Heimschüler bei ihrem Eintritt in ihrem Verhältnis zum Beruf bereits erschüttert, das geistige Leben der Heime führt ihnen die Sinnleere ihres beruflichen Lebens dann doppelt zum Bewußtsein. Hier haben die Heime eine umfassende pädagogische Verpflichtung an der Eingliederung in das berufliche Wirken mitzuarbeiten. Über eine bloße Berufsberatung hinaus besteht für die Heimgesellschaft, mehr als es der Berufsberater in seinen Beratungsstunden vermag, Gelegenheit innere Bewährung zu prüfen. Eine Lösung, wie sie das Volkshochschulheim Hainstein gibt, die an die Volkshochschule eine Berufsarbeiterschule für den Beruf eines evangelischen Jugendführers anschließt, ist gewiß produktiv, jedoch für die übrigen Heime kaum durchführbar. Es wird vor allem darauf ankommen mit den sozialen Ausbildungsstätten, etwa den Wohlfahrts- und Wirtschaftsschulen, zusammenzuarbeiten. Diese Aufgabe müßte, bei der Dringlichkeit einer organischen Lösung der Berufsprobleme, in den Heimen weit klarer erkannt und mit erheblich größerem Nachdruck angepackt werden als es bisher dort geschehen ist.

Alle diese Heime liegen auf dem Land oder in kleineren Städten, auf ehemaligen Burgen, Schlössern oder Gütern. Glieder der Großstadt und damit der Lebenswelt der Industriearbeiterschaft können diese Volkshochschulheime ihrer Lage nach nicht sein. Den ersten Einbruch in die Großstadt stellen die Leipziger Volkshochschulheime dar. Gertrud Hermes hat die



Bedeutung der Leipziger Volksbildungsarbeit hier bereits klargelegt und Leben wie pädagogischen Wert solcher Heime ausführlich geschildert<sup>2</sup>. Es bedarf hier nur des Hinweises, daß sich die dort gefundene Form im Rahmen großstädtischer Bildungsarbeit außerordentlich günstig entwickelt hat. Dieser Heimtypus ist von allen Volkshochschulheimen um der größten Lebensnähe willen offenbar der tragfähigste in Zukunft. Er hat in Jena und Saarbrücken und sogar auch in Berlin Fuß gefaßt<sup>3</sup>. Diese Heime können immer nur eine sehr beschränkte Anzahl Schüler (etwa 10 bis 15 im Jahr) aufnehmen. Ein umfassender Erfolg ist ihnen daher besonders sicher, wenn sie, wie in Leipzig, möglichst zahlreich bestehen, so daß die Heimgruppen als solche im Verhältnis zur Masse nicht das Gefühl der Isolierung erfahren.

Symptomatisch für die Bewegung ist, daß das Berliner Heim in Zehlendorf den Namen Jungarbeiterheim führt, und daß das Heim in Leipzig, das jetzt, am 13. Oktober, ein eigenes Haus bezogen hat, Schule der Arbeit heißt. Hier ist die Bezeichnung Volkshochschulheim aufgegeben. Diese Wandlung in der Benennung drückt aus, daß man die Kulturbildung dieser Heime ganz eng an die Produktionsforderung anzuschließen versucht. Gewiß sind diese Bezeichnungen noch nicht endgültig. Sie zeigen aber doch, daß man sich bewußt wird, worauf es in der Heimtätigkeit ankommt, wenn die Benennung auch keineswegs die Totalität dessen faßt, was im Heim erstrebt wird. Der Name Volkshochschulheim befriedigt aber ebenfalls nicht völlig. Denn Volk und Hochschule sind beide in ihrer Existenz vieldéutige Begriffe geworden, weshalb ihre Kombination bei der Fassung eines neuen Begriffs erst recht fragwürdig bleibt. Der neue Symbolbegriff für diese Bewegung muß noch gefunden werden, wenn auch Wesen und Leben in sozialogischer und weltanschaulicher Mannigfaltigkeit geprägt sind.

## ADOLF REICHWEIN · ÜBER DIE SOZIALE SITUATION UND DIE ARBEITERBEWEGUNG NORWEGENS

**R**EIST man heute durch Norwegen, durch dieses gewaltig langgestreckte Land mit seinen 2,8 Millionen Menschen, so bekommt man den Eindruck eines Volkes, das hart um seine Existenz arbeiten muß. Die Kriegskonjunktur ist längst vorüber, der Katzenjammer der Deflationskrise ist geblieben. Die Krise drückt natürlich am härtesten den Bauern, den Industriearbeiter und kleinen Angestellten. Die Folge dieser Depression ist eine Intensivierung und Radikalisierung des politischen Lebens, die nicht nur, wie wir aus Zentral-europa etwa gewöhnt sind, die Stadtbevölkerung ergriffen hat sondern bis in die letzten Bauernhöfe der Täler zu spüren ist. Man begegnet, im Unterschied zu Dänemark, häufig genug größeren Bauern, die sagen, daß sie Arbeiterpartei oder sogar Kommunisten gewählt haben oder wählen werden. Diese politische Wendigkeit ist typisch für den norwegischen Bauern; sie liegt parallel zu seiner starken Aufnahmefähigkeit für alles Technische, für Telephon und Fordcar. Der Norweger ist eine merkwürdige Mischung seelischer Verslossenheit und intellektuellen Offensinns.

<sup>2</sup>) Siehe *Hermes* Die Leipziger Volksbildungsarbeit in ihrer grundsätzlichen Bedeutung, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 552 und folgende.

<sup>3</sup>) Ein Berliner Jungarbeiterheim wird von Walther Pahl und Margarethe Ueckermann in Zehlendorf geleitet. Ein weiteres Heim wird in Tempelhof demnächst von dem Verfasser dieses Aufsatzes eröffnet.

In Norwegen ist, wie in Dänemark<sup>1</sup>, die Schicht der kleinen Bauern, die in den Tälern ihr einfaches Leben fristen, mit ein wenig Kartoffel- und Roggenfeld, etwas Bergwiese, 10 bis 15 Kühen und 30 oder 40 Schafen, für die politische Entwicklung von besonderer Bedeutung. Die Schicht des eigentlichen, reinen Industrieproletariats ist verhältnismäßig noch dünn. Dagegen wächst immer mehr die Schicht jenes gemischten Typus, der Kleinbauer und Waldarbeiter, Kleinbauer und Fischer, Kleinbauer und Bergarbeiter zugleich ist, wechselnd vom Sommer zum Winter. Die Kleinbauern (Smaabruker) sind in einem allgemeinen Verband organisiert, nach dänischem Muster, aber noch nicht so entwickelt wie in Dänemark; die Anzahl der Organisierten beträgt etwa 10 000. Von jenen ganz kleinen Bauern, die zugleich Fischer, Wald- oder Landarbeiter sind, gibt es heute in Norwegen etwa 100 000, reine Kleinbauern, mit weniger als 2 Hektar, 60 000, Betriebe von 2 bis 10 Hektar rund 40 000 und solche über 10 Hektar um 15 000 bis 20 000. In den meisten Bezirken sollen die Besitzer der Betriebe bis zu einer Größe von 5 Hektar für die Bauernpartei stimmen, die politisch etwa zwischen der Arbeiterpartei und den sogenannten Linken liegt, die Besitzer der kleineren Betriebe vielfach schon direkt für die Arbeiterpartei. Die Linken (Venstre) haben stärkern Rückhalt unter den Bauern der westlichen Küstentäler, im Osten sind sie desorganisiert, gespalten unter Bauern- und Arbeiterpartei.

Zum Verständnis der Radikalisierung unter den Bauern ist die Erkenntnis wichtig, daß die Verschuldung der Landwirtschaft infolge der Deflationskrise seit dem Krieg auf etwa das 3fache gestiegen ist. In einigen Gegenden schlossen sich sogar die Bauern und Arbeiter gegen die Gläubiger zusammen, sie entwickelten, wo sie die Mehrheit hatten, eine lebhaft Propaganda gegen die Zinsverschuldung. Es gibt ganze Gemeinden, die nicht mehr in der Lage sind Zinsen zu zahlen und die unter Staatsaufsicht gestellt sind wie ein geschlossener privater Betrieb. Die Gesamtverschuldung Norwegens ist enorm. Bei 2,8 Millionen Einwohnern beträgt sie gegenwärtig 7 Milliarden Goldkronen innere und 1 Milliarde auswärtige Schuld. Während die Krone 1924 nur auf 50 % des Pariwerts stand, steht sie heute auf 99 %; das heißt, es hat sich automatisch eine Schuldenverdopplung um 3,5 Milliarden vollzogen. Die jährliche Zinssumme der Binnenschuld beträgt allein etwa 350 Millionen Kronen, während die gesamten Löhne der Industriearbeiterschaft 1928 zum Beispiel nur rund 320 Millionen Kronen ausmachen (als Kriterium die Zugehörigkeit zur Unfallversicherung zugrunde gelegt).

Als Abschluß dieser Betrachtung sind ein paar Zahlen recht aufschlußreich. In den Stortingwahlen wurden 1927 in den Stadtbezirken 47,9 % aller Stimmen für die Arbeiterparteien abgegeben (42,6 % Norsk Arbeiderparti, 5,3 % Kommunisten). In den Landbezirken entfielen gleichfalls 37,4 % auf die Arbeiterparteien (34,0 % auf Norsk Arbeiderparti). Und zwar war der Anteil der Arbeiterparteien am stärksten in den Landbezirken des Nordens, in Finnmarken (62 %) und Tromsøe (57,5 %), außerdem in der östlichen Hedmark (54 %); dann erst folgen die ersten Stadtbezirke Buskerud (54,8 %), Ostfold (53,8 %), Nordnorge (51,3 %), Trøndelag (50,4 %), Oslo (49,4 %). In diesen Zahlen, die sich beliebig ergänzen ließen, enthüllt sich noch immer, wie in einer Formel, die soziale Struktur des Landes.

1) Siehe dazu Reichwein Kleinbauern und Arbeiterbewegung in Dänemark, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 774 und folgende.

**S**EIT dem Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts war die Norwegische Sozialdemokratische Partei Vertreterin der gesamten Arbeiterklasse Norwegens. Sie blieb es bis zur Spaltung im Jahr 1921. Dieses Ereignis und seine Konsequenzen sind von so großer Bedeutung für das Verständnis der norwegischen Arbeiterbewegung, daß wir ein wenig dabei verweilen müssen.

Während des Krieges bereits hatte sich eine stärkere bolschewistische Tendenz in der norwegischen Sozialdemokratie ausgeprägt; nach dem Krieg, mit Gründung der sogenannten Kommunistischen Internationale, wuchs dieser Flügel, so daß es 1921 gelegentlich der Annahme der Moskauthesen zur Absplitterung der damaligen Minderheit sozialdemokratischer Observanz kam. Bei den Wahlen von 1921 wurden für die Sozialdemokratie nur 80 000, für die Kommunisten (oder exakter: Norsk Arbeiderparti, Sektion der Kommunistischen Internationale) 260 000 Stimmen abgegeben. Indes, noch im gleichen Jahr kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Norsk Arbeiderparti und der Kommunistischen Internationale um die Frage der Einheitsfront und das organisatorische Verhältnis der Partei zur Internationale. Die Norsk Arbeiderparti trat für eine selbständige norwegische Politik und gegen eine unbedingte Einheitsfront auf. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, die ja ihrer Art nach in der Geschichte nicht allein stehen. 1923 folgte der Bruch. Die Norsk Arbeiderparti entschied sich in ihrer Mehrheit für eine Loslösung von Moskau. Die Moskauer Internationale war nicht so klug wie später die Amsterdamer die norwegischen Interessen den Wünschen der Zentrale voranzustellen. Auf dem Parteitag im Herbst 1923 fand ein Beschluß der Moskauer keine Mehrheit. Das Pendel hatte umgeschlagen. Die Folge war Ausschluß der Mehrheit der Norsk Arbeiderparti aus der Kommunistischen Internationale und die Gründung einer kleinen, ökonomisch schwachen Kommunistischen Partei. In den folgenden Jahren hat sich die Norsk Arbeiderparti konsequent mehr und mehr sozialdemokratisch entwickelt, obwohl sie immer noch eine Sonderstellung einnimmt. Sie kann sich schwer von ihrer bolschewistischen Vergangenheit lösen und nimmt Rücksichten auf die in ihren Reihen bemerkbare Opposition, die mit den Bolschewisten sympathisiert. Überhaupt ist die Partei in sich sehr heterogen. Auf der andern Seite ist seit 1927 eine schnelle Konsolidierung zu beobachten. Der Einigungskongreß im Januar 1927 brachte endlich wieder die Verschmelzung der abgesplitterten sozialdemokratischen Fraktion mit der Norsk Arbeiderparti, die organisatorisch, mit Rücksicht auf die besonderen komplizierten norwegischen Verhältnisse, außerhalb beider Internationalen steht.

Friedrich Adler sagte in Oslo, mit Recht, die norwegische Einigung sei wichtiger als der formelle Anschluß an die internationale Organisation. Ein Anschluß der Norsk Arbeiderparti an die Sozialistische Internationale hätte heute wohl noch Absplitterungen nach der bolschewistischen Seite zur Folge.

**E**INGEFÜGT in diese Gesamtsituation kommt der Entstehung und Führung des großen Bauarbeiterstreiks dieses Sommers besondere symptomatische Bedeutung zu. Seine Geschichte ist eigentlich zuletzt in dem Schlichtungsgesetz vom 1. Mai 1927 begründet, das von den Gewerkschaften praktisch nicht anerkannt worden ist. In den nach dem Gesetz bestehenden Schlichtungsaus-

schuß, in dem neben 3 Regierungsvertretern je 1 Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sitzen soll, haben die Gewerkschaften sich bisher andauernd geweigert überhaupt einen Vertreter zu entsenden. Das Schlichtungsgesetz ist seinerzeit mit den Stimmen der Venstre, die im wesentlichen die Kleinbauern repräsentieren, und der (Groß-) Bauernpartei angenommen worden. Die Konservativen wurden nur "bewogen" gleichfalls dafür zu stimmen. Sie hatten früher mit den Arbeitern zusammen, die parlamentarische Mehrheit also, aus grundsätzlichen Bedenken gegen solche gesetzlichen Festlegungen Stellung genommen. Im April 1927 fielen die Konservativen um, weil sie sich gelegentlich eines damaligen Arbeitskonflikts mit den Arbeitgebern identifizierten, und das Gesetz in jener Konfliktsituation eine Aussicht bot die Arbeiteraktion zu drosseln. So wurde es gegen die Stimmen der Arbeiterpartei angenommen, und zwar als Interimgesetz bis zum 1. Mai 1929<sup>2</sup>. Das mit konservativer Hilfe durchgebrachte Gesetz ist in seiner jetzigen Form als ein symptomatisches Zeichen für die Verschärfung der Arbeitskämpfe aufzufassen. Die latente Deflationskrise, die seit Jahren wie ein Alpdruck auf Norwegen lastet, wird nach den Angaben, die mir zugänglich gemacht worden sind, von Arbeitgeberseite offenbar benutzt die Lohnquote stärker zu beschneiden als die Deflationsbewegung allein zu rechtfertigen vermag; auch dies eine Erscheinung, die uns aus früheren Ereignissen wohl bekannt ist. Die am 1. April 1926 getroffene Lohnreglung für die Bauarbeiter Norwegens galt bis zum 1. Januar 1927. Dann erfolgte entsprechend der Senkung des allgemeinen Lebenshaltungsindex eine Kürzung um 6,7 %. Am 1. April 1928 war wiederum eine Lohnreduzierung fällig; sie hätte entsprechend dem Fortschritt der Deflation höchstens 8,1 % betragen dürfen. Aber der Schiedsspruch forderte 12 %<sup>3</sup>. Außerdem war im Spruch eine Änderung der Bemannungsskala vorgesehen; das bedeutete einen Eingriff in die Organisation auf dem Bau. Dazu forderte der Schiedsspruch eine Kürzung der Ferien. Er wurde abgelehnt, und man trat gegen den staatlichen Spruch wie bei jedem privatwirtschaftlichen Kampf in den Streik. Da in dem Gesetz bestimmt ist, daß die Gewerkschaften finanziell haftbar sind, wenn sie die Sabotage von Schiedssprüchen stützen, so erklärte sich die Leitung der Gewerkschaft offiziell gegen diesen Streik, als eine ungesetzliche Maßnahme<sup>4</sup>. Die Arbeiterpresse aber nahm einheitlich für den Streik Stellung, und in allen Versammlungen ergab sich einhellige Streikannahme. Das geschah trotz schärfstem Boykott, der den Streikenden von

2) Von historischem Interesse, auch von politischem im besondern, ist die Tatsache, daß 1920 ein früheres Schiedsgerichtsgesetz mit den Stimmen der Arbeiterpartei, und zwar unterstützt von Bauern und Venstre, angenommen worden ist, weil damals, mehr noch in den Jahren 1922 und 1923, die sogenannten Thiuskeschiedssprüche für die Arbeitersseite günstig waren. So stark verschob sich danach in 4 Jahren die soziale Situation.

3) Nach dem Schiedsspruch sollte zum Beispiel der Stundenlohn für Zimmerleute 1,15 Kronen betragen. Da in Norwegen mit 1600 Arbeitsstunden jährlich gerechnet werden muß, ergäbe das einen Jahreslohn von 1700 Kronen. Und das ist für das norwegische Preisniveau unbedingt zu niedrig.

4) Infolgedessen war eine reguläre Unterstützung des Streiks durch die Gewerkschaften auch nicht möglich. Und Sammlungen für die Streikenden sind gesetzlich verboten. So ergab sich eine recht schwierige Lage. Einige bekannte Arbeiterführer und Parlamentarier, von denen bekannt wurde, daß sie Beiträge in die Streikkasse gegeben hätten, wurden Anfang Juni in der Tat verhaftet. Daraufhin griff man zu einem sehr eigenartigen und drastischen Mittel. 4000 Personen in Oslo zahlten je 1 Krone in die Streikkasse und veröffentlichten ihre Namen gemeinsam in den Zeitungen. Zunächst verurteilte man 5 von ihnen zu je 500 Kronen Geldstrafe oder 18 Tagen Gefängnis; die Betroffenen appellierten an das Höchste Gericht. Aber dann ergab sich, daß man 4000 Menschen um solchen Delikts willen in einer Stadt doch nicht verurteilen könnte. Und so mußte die Strafaktion im Sand verlaufen. Ich hörte Torg, den erst 35jährigen Vorsitzenden der Norwegischen Arbeiterpartei, bei einer öffentlichen Kundgebung für die Streikenden mit bissiger Ironie bemerken: »Wenn man jene 4000 bestrafen wollte, wie das Gesetz es befiehlt, so könnte man die Bauarbeiter mit dem Bau von Gefängnissen beschäftigen.«

allen Seiten angekündigt wurde; man ging so weit von seiten der kommunalen und staatlichen Krankenkassen mit Entziehung der Unterstützung für die Familien der Streikenden zu drohen. Im ganzen genommen erwies sich die Lage der streikenden Arbeiter bald als verhältnismäßig günstig. Der Streik hatte mit der Bausaison begonnen. Und der Schiedsspruch gilt nur für die im Arbeitgeberverein organisierten Unternehmer, bei denen nur die Hälfte aller Bauarbeiter beschäftigt ist. Die kleineren Baubetriebe sind meistens nicht organisiert; sie profitierten also von der heiklen Situation der bestreikten Unternehmer. Das Ergebnis des Streiks war ein Sieg der Bauarbeiter nach Punkten, wenn dieser Ausdruck hier erlaubt ist.

Aus diesem Streik, den ich vor allem in Oslo, Bergen und Trondhjem beobachten konnte, ergab sich für mich das Bild einer wieder verhältnismäßig einheitlich operierenden, schlagkräftigen Gewerkschaftsorganisation. Insbesondere fiel mir auch hier etwas in die Augen, das mir für die skandinavischen Länder geradezu typisch geworden ist: die spontane, lebendige, schnelle Bereitschaft zur Solidarität und eine besonnene Treue im Kampf.

Die norwegischen Gewerkschaften haben in den Jahren 1911 bis 1918 eine Bolschewisierungsbewegung erlebt, die schließlich zu ihrem Austritt aus der Amsterdamer Internationale führte. Die Konsequenz war eine engere Verbindung mit der Moskauer Organisation. Die Führung hat in den Jahren 1924 bis 1927 mehrere Male versucht einen Wiederanschluß an Amsterdam zu erreichen. Aber die Zeit war offenbar dafür noch nicht gekommen. Auf dem Kongreß von 1927 wurde mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, daß man außerhalb beider gewerkschaftlichen Organisationen, der Amsterdamer Internationale und der Moskauer, stehen und für eine gewerkschaftliche Einheitsfront arbeiten wolle. Seit 1927 ist innerhalb der norwegischen Gewerkschaften eine vorsichtige Schwenkung nach Amsterdam festzustellen. Diese Bewegung, sowenig man ihr Tempo und ihre Intensität überschätzen darf, gliedert sich ganz in das Gesamtbild der gegenwärtigen norwegischen Arbeiterbewegung ein. Die schweren Spaltungen der norwegischen Bewegung lassen sich indes nur langsam überwinden. Sie werden es um so eher, je mehr die Gewerkschaften in sich erstarren. 100 000 norwegische Industriearbeiter sind organisiert, 200 000 sind noch zu organisieren.

## MAX KALTHOFF · VOM SEGEN DER KRANKHEIT

**L**EGEN wir vorerst einen Gedanken fest, der als Voraussetzung dieser Abhandlung wesentlich ist: Durch die Welt der Erscheinungen ringt die Weltseele, der Urgeist, die Gottheit nach Erlösung. Denn die Gottheit ist leidvoll, da sie ist. Alles Sein ist Leid. Ohne Leid wäre alles ohne Spannung, kraftlos, und ein Sein ohne Drängen, Ringen, Spannung ist unausdenkbar und unnachfühlbar, ist leeres Nichts. Und unerlöst ist die Gottheit. Denn erlöst sein heißt: nicht mehr sein, heißt ohne Sein sein, ein leeres Nichts, unausdenkbar. Gott aber ist. Alle Wesen in der Welt der Erscheinungen sind Teile der Weltseele, des Urgeistes, sind göttlich. Auch der Mensch ist göttlich. Auch er trägt Gottes Leid. Wenn dieses Menschen Leid schärfer umrissen, wenn es deutlicher mit einigen Worten ausgedrückt werden soll, so nennen wir es: das harte Unbefriedigtsein. Aber Leid schenkt Spannung, und das Furchtbare der Friedlosigkeit gebiert eine Kraft in uns, die uns jetzt erst und dann erst zu Gottes

Gleichen macht: das Schöpferische. Erst durch die schöpferische Tat wird eine Einheit mit Gott errungen. Und da diese Einheit mit Gott das letzte, zwingende Ziel aller Wesen der Erscheinung und also auch des Menschen ist, so müssen wir, als wollende Gottesdiener, alle Möglichkeiten herbeisehen, die uns in unserm Dienst und damit dem großen Zweck wesentliche und tragende Unterstützung schenken. Denn wir wollen bescheiden von uns Menschen denken. Wir wollen bekennen, daß der Weg zu dieser Einheit von vielen, vielen um uns herum noch nicht beschritten wird. Wir wollen bekennen, daß Stumpfheit der Sinne, satt zufriedenes Hinkriechen so manchen gottlos macht. Und gottlos, ohne Qual und ohne Schaffen, darf kein Wesen sein; dieses wäre die tiefe Sünde.

Wenn wir den Kräften nachspüren, die auch in dem vegetierenden, in dem hindämmernden Menschenkind den Funken der Gottheit zum Entzünden bringen können, so finden wir unter manchem andern auch die Krankheit. Gerade die Krankheit ist ein Impuls, den wir niemals aus dem Menschheitskomplex heraus wünschen dürfen.

Krank sein heißt doch wohl Leid erleben, Leid in seiner simpelsten Form, dem Unbehagen, bis zu dem Gipfel seiner steilsten Kurve, dem körperlichen, wahnsinnigen Schmerz, der alles Seelenleben tötet. Doch dieser Schmerz ist wohl überall in zivilisierten Ländern ausgerottet durch das Können der Wissenschaft, und sei es auch nur durch irgendwelche Medikamente. Und das ist gut so: dies ist im Sinn der Gottheit getan, die alles schuf, um durch das tiefste Wesen des Geschaffenen, durch vollkommene Herausstellung des Wesentlichen im einzelnen Erschaffenen den Urgeist und also auch sich selbst von der Qual seines Leids und seines Daseins zu erlösen. Und das Wesentliche des Menschen ist der Geist. Soweit wir erdgebundenen Wesen überhaupt uns bewußt im selben Rhythmus erleben können wie die Gottheit; dieses wenige, das wir erkennen können, zwingt uns immer weiter dort den Körper zu besiegen, wo seine Physis die Seele ermordet, diesen Mord zu verhindern ist unsere Pflicht als dienende Gotteshelfer.

Dieses Ziel hat der Mensch in den zivilisierten Ländern ungefähr erreicht; in anderen Teilen unserer Erde wird ihm entgegengesprochen von Menschen wie Albert Schweitzer und anderen. Aber wir wollen uns darüber klar sein, daß wir die Krankheit als solche nicht ausrotten können. Wenn die eine, wie Pest und Lepra, im Erliegen ist, so steigt die andere als Parasit der jeweiligen Zivilisationsform wieder empor. War es einmal die Pest, so waren es vor kurzem die Tuberkulose und die Syphilis; so ist es jetzt der Unfall und der Krebs und wird es später dieses oder jenes sein. Krankheit schenkt Leid, schenkt es auch dem primitiven, dem hindämmernden Menschen. Sie schenkt ihm etwas, das ihn aus seiner Taubheit, seiner Blindheit, seiner Gottlosigkeit aufrütteln kann. Sie zwingt ihn aus seiner Schneckenschale heraus, denn irgendwie wird jeder kranke Mensch in die Problematik hinausgestoßen. Irgendwie, und wenn auch nur schwach und angedeutet, empfindet er die Wucht des Keils, der zwischen Ich und Sein getrieben ist. Auch der vegetierende, der gottlose Mensch wird durch die Krankheit mit hartem Zwang aus seinem Hindämmern aufgeschreckt. Er muß, schon aus Selbsterhaltungstrieb, wenigstens *eine* schöpferische Gegenaktion wagen: den Kampf des Geistes mit dem kranken Körper, mit dem einfachsten Leid. Gewiß

erliegen sehr sehr viele stumpf und dumpf der Krankheit; der Typus des Unheroischen ist stets und überall zur Verdammnis bestimmt. Aber in jenen anderen, in jenen zahlreichen, denen nur die harte Faust gefehlt hat, in diesen anderen erzeugt die Krankheit eine Kraft, die zu dem embryonalen Zustand der Weisheit, zur Reife hinführt, die uns, weil am deutlichsten, so oft beim kranken Kind in schönes Erstaunen setzt.

Es ist sicher, daß für jene, die diese Gedankengänge in irgendeiner Form und, wenn auch vielleicht abgeändert, aber doch im gleichen Rhythmus für sich selbst als richtig anerkennen, daß für alle jene ein schöpferischer Ethos entsteht. Für sie ist Krankheit nur ein kleiner Sonderfall des ganzen Menschenleids. Und ihr Ethos läuft in seiner praktischen Auswirkung nicht darauf hinaus das Leid zu vermindern sondern es zu vertiefen. Nicht fortzunehmen sondern zur Erkenntnis zu bringen. Daß auch die Betäubung irgendeiner übermäßigen Qual mit zu diesem Ethos gehört, ist selbstverständlich. Aber jene, von denen wir sprechen, wissen, daß Linderung nur eine Frage der seelischen und physischen Heiltechnik ist.

Denn sie wissen um den Sinn aller Leiden.

## ARNO NADEL · MAJA

**D**IE Bilder blühen auf  
 Aus Gedanken der Mutter,  
 Schaumwolken,  
 Eng in einander geflossen,  
 Schauend in göttlicher Blindheit,  
 Treiben Gestalten hervor.

Und Dinge dringen  
 Aus Mitternachtsbläue,  
 Sich selbst zum Gefallen.

Aber schon verdichtet sich  
 Die Sehnsucht zum Auge,  
 Es träumt das Leben herauf,  
 Und bald wird Schrei sein  
 Und Zweifel.

Sorgenlos weicht die Gebärerin,  
 Den Götterzeuger im Arm.

Der Schmerz soll versinken,  
 Wenn tief aus dem göttlichen Herzen  
 Die Weisheit emporwächst,  
 Die einzig von Zeus kommt.

Was aber geschieht, soll gedeihen.  
 Bis, ohne Zeiten,  
 Das ganze Rätsel und selber wir  
 Freudig im Vater entschwinden.

# HILTGART VIELHABER · JEAN GIRAUDOUX

Vergib mir, Krieg, daß ich, so  
oft ich durfte, dich geliebkost  
habe. Giraudoux



NIETS ist bezeichnender für Jean Giraudoux als dieses Motto, das er der Adorable Cléo vorangestellt hat. Giraudoux geht nicht fühllos vorüber am Leid der Unzähligen. Aber aus jenem Abgrund von Qual und Tod sprießen für ihn noch Blumen empor. Die Anmut seelischer Beziehungen, der sättigende Trost des Wiederfindens lang verschollener Freunde scheint noch beglückender zu sein, weil in der Tiefe der nie rastende Strom des Leidens dahinfließt.

Giraudoux, der die Welt kennt, hat als Diplomat Sitten und Wesen vieler Völker gesehen. Allein vor diesem Hintergrund, der eben nur als solcher empfunden wird, sieht er einzig den einzelnen oder die einzelne. Der Massenausbruch Zolas ist ihm fremd, ja würde sein größter Gegensatz sein. Jeder Vertreter seiner Art wird von ihm als Individuum gefaßt. Selbst wo der Dichter und Kenner einen Typus schildern muß, wie in *La grande bourgeoisie*. Er soll hier vom "Objekt" sprechen. Aber er bekennt gleich zu Anfang, daß er nur das "Subjekt" behandeln will. Der erlebende, sich wandelnde Mensch spricht selbst Besseres als man über ihn jemals aussagen kann. So wählt der Dichter auch in vielen seiner Bücher die Form des Ich als des Berichtenden. Er verkleidet sich selbst in diesem und enthüllt sich zugleich. Wie Jugend und eigene Vergangenheit immer wieder aufsteigen, wie Erlebnisse hervorgeholt, ja fast als bekannt vorausgesetzt werden, wie Menschen wiederkehren, und ein bestimmtes Milieu, einmal gekennzeichnet, seine Wesensart für immer behält, das erinnert zuweilen an Herman Bang. Auch er hat nur selten den Ring des eigenen Lebensschicksals ganz durchbrochen.

Gerade dem, der unendlich vieles und Unterschiedliches sieht, werden gewisse Dinge nur wesentlich, drängen sich gewisse Normen immer wieder als Ausgangs- und Vergleichspunkte auf. Das Seltsamste ist: Giraudoux hat wenig Verse veröffentlicht (vielleicht nicht einmal geschrieben?), und doch entfluten seinen Büchern eine Poesie, ein Wohlklang der Wortgestaltung, ein Bilderreichtum und eine Empfindungs Zartheit, wie sie sonst nur in der bändigenden Form der Strophe sich entfaltet. Seine vielen Romane sind nur der ungebundenen Fassung nach Prosa. Dem Gehalt, dem gefühlsrhythmischen Verlauf nach sind sie reine Poesie. Die Gedanken wandern nicht logisch verknüpft wie bei Flaubert oder mehr noch bei Stendhal sondern irrational aus dem Unterbewußten quellend. Die Verknüpfung ist da und wird fühlbar. Doch sie liegt im Verborgenen. Das ist Giraudoux' Kraft, daß er von den Müttern kommt und den tiefen Zusammenhang alles Wirkenden und Webenden nachempfindet, daß er schweigen kann, wo andere lärmen; daß er darum Worte findet, wo andere verstummen müssen. Wenn es Entdeckungen gibt in den verschatteten Gärten unserer Seele, so hat Giraudoux solche Entdeckungen gemacht. Nicht laut das neu Gefundene preisend sondern nur mit heimlichem Entzücken buchend, was ihm sich offenbart. Eine Geste wie die Bellas, als sie die Verbrennung der inkriminierten Papiere bekennt, wer hätte sie vorher gesehen, ja zu schildern gewagt? Wo die Seele triumphiert, hat nur das Seelenhafte Geltung. Anderes wird auch geschildert, wie Rebendart in seiner zielstrebigen Geschäftigkeit. Aber es wird abgelehnt, als wesensfremd, als den Mächten nur dieses Lebens ergeben. »Was



mir am meisten an dieser Familie auffiel, deren Spuren man bis auf Heinrich II zurückverfolgen kann, war das Fehlen von Künstlern. Das Wissen um die Staatspflicht und die Arbeit im Staat war die einzige Leuchte für ihr Hirn, so daß diejenigen, für die sie ausgelöscht war, unmittelbar in die Blutschande und in die Ausschweifung stürzten . . . Ihre Hände verstanden weder den Ton noch den Stein noch die Bronze zu liebkosen, nicht einmal ihre eigenen Hände, die sie getrennt hielten, als gehöre jede zu einem andern Teil der Familie.« Wie anders daneben die Brüder Duhardeau! Wie Weise aller Epochen, Kraft und Willen zeitlos in den Dienst der Ewigkeit gestellt.

Giraudoux liebt die Einsamen, und das Lasso seiner Sehnsucht fällt immer wieder über die, die, nur aus eigenen Tiefen zehrend, Leid und Schicksal dieses Lebens zu fassen suchen, wie in Simon le pathétique, in Juliette au pays des hommes, in Bella, in Eglantine. Fassung im Unglück und Zärtlichkeit im vereinsamenden Leid; das sind die Tugenden des alternden Edelmanns Fontranges. »Er dachte, das würde der Anfang zu einer neuen Trauer sein . . . Es war der Anfang zu einer neuen Liebe.« Ein leiser Hauch, der an die Troubadours gemahnt, zieht fast durch alle Werke Giraudoux'.

Dann aber ist er auch dem Leben unserer Tage ergeben. Ja, er nimmt Stellung im Für und Wider der Ideen und Ansichten. Nicht, daß er verdammt, nur daß er bekennt. Dabei nicht nur als Jean Giraudoux sondern als Philippe Duhardeau, als französischer Freund des Herrn von Zelten im Siegfried et le limousin, als der Günstling des Schicksals, der sich fast seines schnellen Vorwärtkommens schämt, in Simon le pathétique, und als Studienfreund aus der gemeinsamen Münchener Pension in der Adorable Clio. Franzose im primären Empfinden, im treffenden Ausdruck des Erlebten, in der leisen Ironie, die immer einen Mitklang aus der Tiefe des Mitleidens enthält, ist Giraudoux dennoch Kosmopolit. Wo er Anregung empfindet, erkennt er an, wo er den Zuwachs geistiger und seelischer Bereicherung gespürt, beugt er sich ehrfurchtsvoll vor wahrer Größe. Und wie Amerika ihn im starken Schwung des Zweckbewußten fesselt, so fühlt er im deutschen Geist die Möglichkeit zum Echo seiner eigenen Wesenheit. »Ich hatte den Eindruck, daß ich nur schwer ohne Deutschland leben könnte . . . Deutschland ist ein großes Land voller Menschlichkeit und Poesie. Die meisten Deutschen haben es heute vergessen. Allein ich hatte nichts gefunden, was mir dafür Ersatz geboten, obwohl mich mein Weg nach Cincinnati und nach Granada geführt.«

Schicksale, die seinen Weg gekreuzt, bleiben ihm lebendig. Sie steigen bei dem leisesten Anstoß als Gegenwärtiges vor ihm auf, wie die ganze Schar seines Münchener Bekanntenkreises, als er in Siegfried et le limousin plötzlich von Paris her in die bayrische Hauptstadt fährt. Die Fabel von Siegfried von Kleist, der als der Franzose Forestier, verwundet, gefangen und von völliger Gedächtnislosigkeit befallen wird, so daß ihm selbst die Kenntnis der Muttersprache abhanden kommt, und der nun zum Deutschen erzogen wird und als deutschnationaler Schriftsteller lebt, das ist ein echtes Motiv Giraudoux'. Das Wunderbare, aber immerhin Mögliche zieht ihn an. Die aus der Bahn Brechenden oder aus der Bahn Geschleuderten, die auf eigenen Wegen suchen, wie in Juliette au pays des hommes, in Suzanne et le Pacifique und anderm mehr. Nur wer Eigenes empfindet, erprobt und für sich zur Erfahrung gestaltet, kann anderen etwas geben. Giraudoux schreibt keine Bücher, die eine Fülle von Personen und Erlebnissen bewältigen. Man kann

das Geschehene meist in wenigen Sätzen erzählen. Der Inhalt dieser Bücher liegt auf einem andern Gebiet. Man könnte ihn besser als den Gehalt bezeichnen. Nicht, was bewegt wird, wird gezeigt, sondern mehr das oder der Bewegende selbst. Die Analyse, nicht als Abhandlung, wird meist aus tausend feinen Zügen aufgebaut. Alle Menschen Giraudoux' haben in gewissem Sinn Vergangenheit, so jung sie oft sind, wie Juliette. Sie tragen ihre Herkunft an sich, wie Moise seine Entwicklungsjahre im Orient.

Benjamin Crémieux sagt, daß Giraudoux oft schnell geliebt würde und nachher zuweilen enttäuschte. Das kann nur bei denen geschehen, die ihm nicht folgen wollen sondern an ihrer Vorstellung, was oder wie ein Roman sein soll, festhalten. Giraudoux beginnt zu erzählen. Er redet von dem, was er liebt. Es scheint kein fester Plan, nach dem er schafft. Aus einem Wort ergibt sich das andere. Ein Bild lockt ein neues herbei, eine Erinnerung weckt eine weitere auf. Was er vor dem Krieg geschrieben, wie *L'école des indifférents*, ist eine Vorstufe. Das eigentliche Schauen beginnt für ihn erst durch den Weltbrand, der plötzlich so viele Fäden zur Vergangenheit und zu geliebten Freunden zerriß, und der nun aus Leid und Verzicht die Sehnsucht das Entschwundene nicht zu verlieren gebiert. So in *Lectures pour une ombre*. Giraudoux erlebt den Krieg anders als Duhamel, obschon er am Bosphorus und in den Schützengräben Frankreichs gekämpft hat. Seine Natur, die nach Glück verlangt, die Honig noch aus den welkenden Blüten saugt, findet auch im Krieg noch Momente der Schönheit. Die Nacht in Châteauroux. Er selbst, Jean, wie er sich hier unverhüllt nennt, wird bei einer Mission von plötzlicher Krankheit überfallen. Man bringt ihn in das nahe Lazarett von Châteauroux. Ein anderer Patient, in anderm Raum, sieht die Einlieferungsliste durch und findet seinen Namen. Er schreibt an Jean, ob er der sei, der einst mit ihm in einer Münchener Pension zusammen wohnte. Jean jubelt auf, er kennt den längst verlorenen Freund und bittet, daß er ihn besuchen möchte. Da gesteht der Freund in dem neuen Brief, daß er nicht kommen könne, ja, daß er schon am nächsten Morgen das Lazarett verlassen müsse, um sein verstümmeltes Bein operieren zu lassen. Nun wandern die Briefe und Zettelchen hin und her. Die amerikanischen Krankenschwestern (in ihrer tätigen Anmut geschildert) verstehen, was hier vorgeht, und eilen unermüdlich von Raum zu Raum, von Bett zu Bett, die Grüße auszutauschen, die kurzen und die langen Briefe, die der Zauber gemeinsamer Jugend und unvergeßlicher Freundschaft übergoldet. Wir sehen das Maskenfest in München, das Café Luitpold, den Ausgang aus dem Café Stefanie, als Wedekind, seine Frau auf dem Rücken tragend, herauskommt, als Kurt Eisner langsam seine Zigarettenspitze säubert und Max Halbe seine frohe Wohlbeleibtheit vor sich her trägt. Wir können ihre Stimmen hören, das Bellen des treuen Hundes Yourf, und spüren das Beben verliebter Jünglingsherzen, wenn zarte Zeichen einer Neigung der schönen Mädchen sie gestreift. Dann bringt die Krankenschwester die deplorable Uniform des Freundes zu Jean, diese Uniform, die die entsetzliche Verwüstung des verwundeten Beines ahnen läßt. Bei allem herzerreißenden Erschrecken noch Dank für dies Erlebendürfen, noch Zärtlichkeit. Später, in der *Adorable Clio*, die Erzählung vom Einzug der Franzosen in Zabern. Keine Klage gegen Deutschland. Aber inniges Verstehen der kindhaften Hoffnung der Elsässer, daß das sonnige Frankreich nun alle ihre Wünsche erfüllen werde. Dann der Ausklang der *Adorable Clio*, das *Adieu à la guerre*.


Seit dem Ende des Weltkriegs erschienen jene Werke Giraudoux', die seine Eigenart am besten zum Ausdruck bringen: *Amica America*, *Simon le pathétique*, die seltsame Transversion der Homerischen Zyklopeninsel im Elpénon (hier begegnen wir das einzige Mal wenigen Versen), dann *Suzanne et le Pazifique*, diese moderne Robinsonade, *Siegfried et le limousin*, *Juliette au pays des hommes*, *Bella*, *Eglantine* und jetzt *La grande bourgeoise*.

Ferdinand Lion hat kürzlich darauf hingewiesen, daß Giraudoux im Gegensätzlichen das Eigenartige seiner Helden darzutun pflegt. Das drängt sich auf, sobald man 2 oder 3 seiner Werke las. Das Verhalten zweier Menschen einem dritten gegenüber, ihr Verhalten in ähnlicher Situation wie bei Moise und bei Fontranges zu der jungen Eglantine. Rebendart und Duhardeau in *Bella* stellen wieder 2 Pole dar. Feiner, souveräner noch und spielender ist dies in *La grande bourgeoise* zwischen den beiden, die gleiche Frau liebenden Männern geschildert. Allein dies technische Hilfsmittel gibt wohl Gelegenheit zu den reizvollsten Vergleichen, zu Preis und Ablehnung, zu ironischer Kontroverse. Doch ist es nicht die Hauptsache. Das Verhalten der Dritten gibt den Ausschlag. *Bella* greift zur ultima ratio, vernichtet das die Parteien trennende Dokument und stirbt. *La grande bourgeoise* endlich vergißt das Liebesspiel mit beiden Freunden über dem angehenden Verbrecher, dem Fürsorgezögling. Mit sicherm Instinkt schlägt sie die Brücke zu ihm hinüber, indem sie die Vorstellung, sie gehöre zur Halbwelt, bei ihm erweckt. So faßt er Zutrauen zu der gleichfalls Außenstehenden, schließt die verschlossenen Tore seines Innern auf und fühlt den Trost sich verstanden zu wissen.

Man hat Giraudoux' Bücher (von denen einige auch deutsch, in schönen Ausgaben des Inselverlags, erschienen) formlos genannt, weil sie sich schwer mit den üblichen Forderungen an den Roman vereinen lassen. Doch dem hingebenden Leser wird bald klar, daß sie nur ihre eigene Form besitzen. Das gleiche Empfinden, das bei dem Dichter an die Troubadours denken läßt, mahnt bei Giraudoux auch immer an die herrschende Idee, an das leuchtende Fanal der Troubadourzeiten: an den Triumph der Seele über den Körper.

## WLADIMIR VOGEL · DEUTSCHE KAMMERMUSIK

1928

RGELKOMPOSITIONEN, Kantaten, Filmmusiken und Kammeroperen beherrschten dieses Jahr das Kammermusikfest in Baden-Baden. Das Niveau dieser Gattungen, sicher ein exklusives, bewirkte die Tatsache, daß das große Publikum der sonst an neuer Musik Interessierten diesem Fest weniger Interesse entgegenbrachte und es als mehr für Fachleute bestimmt betrachtete; worin es, sozial musikalisch gesehen, nicht ganz unrecht hatte. Auf diese Weise sah nur der letzte Abend mit den Kammeropern, von dem man sich auch Unterhaltung versprach, einen vollen Saal. Sonst ließ das Organisatorische diesmal viel zu wünschen übrig. Da wurden Werke jäh abgesetzt, andere hinaufgesetzt. Also eine Vorarbeit, die nicht zufriedenstellen konnte.

Bei der Besprechung, geschweige bei der Bewertung der Veranstaltungen, deren Programme nicht nach bereits bestehenden Werken zusammengestellt sind sondern nach Kompositionen, die erst nach einer Veranstaltung zugrunde gelegten Gedanken komponiert werden, kommt man in hohem Grad

dem Zweifel nahe, ob man die Idee oder die Kompositionen, die nach dieser Idee geschaffen worden sind, zum Hauptausgangspunkt dieser Bewertungen nehmen und für den Maßstab und das Niveau des Festes als Ganzes verantwortlich machen soll. In der Kunst heißt es, mehr noch denn woanders: Der Sieger hat recht. Glückt das Experiment, so ist man geneigt auch die Idee als gerechtfertigt anzusehen, mißlingt es, so kompromittiert es des öftern die Idee und jedenfalls die Ausführenden.

So war es auch im Fall der *Orgelkompositionen*, die uns vorgeführt wurden. Die Versuche die durch Kirche und Romantik belastete Orgel wieder zum Sprachrohr des heutigen Musikwillens zu machen scheiterten fast durchweg, und zwar sowohl an der Unrichtigkeit der Aufgabestellung wie an der Unzulänglichkeit der kompositorischen Ausführung. Das Anhören dieser Darbietungen ließ uns zu einigen Schlüssen kommen, die vielleicht im Gegensatz zu vielen bisher gehegten Anschauungen über die Orgelmusik stehen.

Zunächst ist die Orgel gewiß kein Kammermusikinstrument, sie gehörte also nicht gerade in den Rahmen von Kammermusikveranstaltungen. Sowohl den Ausmaßen ihrer klanglichen Proportionen wie ihrer historischen Vergangenheit nach ist sie immer in einen Massenraum zu projizieren; Massenraum nicht nur nach der Größe sondern nach einer kollektiven Bestimmung dieses Raums: Kirche, Dom, Kapelle, Theater, alles Plätze für Massenkundgebungen. Die Monumentalität, die Schwerfälligkeit, die daraus entspringende notwendige Einfachheit: klarer plastischer Bau jeder einzelnen Phrase neben bestimmter Farbgebung, und sogar im stärksten polyphonen Gewebe durchsichtige Harmonik, das alles zeichnet die Richtung, in der sich die Orgelmusik bewegen muß und auch bewegt hat. Daraus resultiert auch die innere psychisch künstlerische Haltung der Orgelmusik. In den Massenraum projiziert darf sie nicht verwickelt, versponnen umherirren sondern muß jeden Augenblick eindeutig in der Wirkung sein. Was bei Kammermusik unter anderm den Wert steigert: die besonders feine Individualisierung des Ablaufs, ist bei der Orgelmusik nicht am Platz. Alles schreit nach Primitivität, faßbarem, eindeutigem, man möchte sagen schablonenklarem Ablauf.

Ebenso war festzustellen, daß die Orgel kein Instrument zum absoluten, abstrakten, nur sachlichen Musizieren sei. Ziel- und sinnlos hörten sich die vielen kunstreichen Kanons und Doppelkanons an, deren Zweck es war polyphone Geschehnisse abzuwickeln. Ihrem Sinn gemäß wären die selben Aufgaben in anderm Material zu realisieren, zum Beispiel im Kammerorchester. Die Übertragung der orchestralen Dimensionen und Effekte klang bei allem Raffinement der modernen Registratur doch nur als Details oder sehr schwerfällig und unorgelmäßig.

Ferner ist die Orgel das unselbständigste Instrument. Nicht im Klanglichen, selbstverständlich, sondern im Räumlichen, besser sogar im Örtlichen; denn fast jedes andere Instrument kann man sich örtlich überall vorstellen, die Orgel aber ist räumlich gebunden. Man stelle sich zum Beispiel eine Orgel im Cabaret vor: wie grotesk; oder im Wald: wie banal "romantisch"; sogar im Kino ist sie gefährlich und in einem Kursaal überflüssig. Wie überflüssig dieses Instrument in den bürgerlichen Gesellschaftsräumen in Baden-Baden war, sahen wir schon daran, daß bei der ersten Gelegenheit, in der Pause, eine überwiegende Mehrzahl der Hörer den Saal verließ. Diese räumliche Gebundenheit der Orgel zeigt uns noch klarer, daß sie in erster

Linie ein Bestimmungsinstrument für Massenwirkungen ist, hinter denen ein diese Masse vereinheitlichender Kollektivgedanke steht. Als solche gehört die Orgel entweder der Vergangenheit (Kirche) oder, nach Überwindung kirchlicher Assoziationen, der Zukunft (Arbeiterversammlung) an.

Von allen Orgelkompositionen wäre Philipp Jarnachs Romanzero III als das reifste Werk zu nennen. Die beiden Organisten Kurt Utz aus Prag und Heinrich Boell aus Köln zeigten sich als hochqualifizierte Künstler.

Die *Kantate*, die ganz allgemein als ein begleitetes Vokalwerk kleinen Formats aufgefaßt werden kann, hat schon durch textliche Bindung innerlich viel mehr Beziehung zur Gegenwart. Menschliche Stimmen und Instrumente lassen sich leichter, selbständiger fast in jeden Raum projizieren.

So konnten Hugo Herrmanns Galgenlieder, nach Christian Morgenstern, für Chor, 3 Soloinstrumente (Flöte, Saxophon und Kontrabaß, in der grotesken Zusammenstellung der Idee des Galgenhumors angepaßt) einen starken Eindruck hinterlassen. Ohne Bedürfnis nach dem Grad der Modernität und nach der Richtung zu fragen, hatte man von den prägnanten, von dem Geist und Material des Chors bestimmten und gut realisierten Einfällen, die unbedingt aus dem Heutigen kamen, eine direkte und starke Wirkung: Zeichen von kräftigem, gesundem Handwerk. Darius Milhauds Kantate Die Rückkehr des verlorenen Sohns, nach Worten André Gides, gaben intime Familienauseinandersetzungen in rezitativisch dialogischer Form für 4 Solisten und Kammerorchester. Es war hier schon viel schwieriger einzelne prägnante Einfälle festzuhalten. Im Gegensatz zu Herrmann gab es außer einigen lyrischen Stellen keine Auskomponierung des Textes. Die Musik verlief parallel nebenher, sich den Worten anschmiegend. Anders als bei Herrmann blieben daher nicht einzelne Einfälle in der Erinnerung haften sondern die Vergegenwärtigung eines Stils, einer Richtung: mit allen Vorzügen der Traditionen eines Debussy und Ravel und der Jungfranzosen. Nähme man Einzelheiten daraus, fände man auch vieles Schwache dabei, wenn auch in allen entscheidenden Momenten doch das Richtige herauskam. Josef Matthias Hauer, der im Zwölftonsystem komponiert, versucht in seinem Kammeroratorium für Bühne oder Konzertsaal nach Hölderlins Wandlungen sich in das Heutige einzufühlen, einen eigenen Kunststil zu schaffen, der sich bei ihm nicht nur aus ästhetischen sondern aus Erlebnistiefen formt. Trotz starker Dogmatik überwindet er mit seinem Drang nach individueller Gestaltung die nur theoretischen und ästhetischen Formeln. Es entsteht eine Wechselwirkung, ein Kampf zwischen äußerer Form und Inhalt, die von einer wirklichen Zeugungskraft spricht und, vielleicht den "Stil" überwindend, eine Art schaffen wird. Hermann Scherchen hat das erkannt, er tritt daher seit einiger Zeit mit großer Überzeugung und Erfolg für Hauer ein. Dem Symbolischen des Textes angepaßt, postierte Scherchen die einzelnen Solostimmen in die Proszeniumslogen. Von dort aus erklangen unsichtbar die prophetischen, drohenden, klagenden und jauchzenden Solostimmen, denen ein Madrigalchor, der Stuttgarter Chor Hugo Holles, aus dem Orchester Antwort gab. Die Wirkung bewies die Richtigkeit des Vorsatzes und brachte sowohl dem Komponisten wie den Künstlern den größten Erfolg des Festes.

Ganz dem Bedürfnis des Heutigen waren die *Filmmusik*versuche zugewandt. Diese lagen im wesentlichen nicht in prinzipiell musikalischen Problemen

sondern vorwiegend in technischen: Einwirkung völliger Gleichzeitigkeit zwischen dem projizierten Bild- und dem dirigierten Musikmoment durch ein Synchrometer von K. R. Blum, die bei der Musik Ernst Toch's zu einem gezeichneten Trickfilm *Lustige Abenteuer Felix des Katers* erprobt wurde. Diese Versuche scheiterten zuerst an der Verschiedenheit der Stromstärken in Berlin, wo der Apparat konstruiert, und in Baden-Baden, wo er vorgeführt wurde. Im letzten Moment gelang es, ohne genügende Proben, den Apparat vorführungsreif zu machen. Zuverlässiger erwies sich die Ineinanderkopplung des mechanischen Steinway-Welte-Klaviers mit dem Filmprojektionsapparat selbst bei der Vorführung des Richter-Hindemith-Gräfe-Films. Es wurden dabei die Notwendigkeit und die Vorzüge des Zusammenarbeitens von Filmdichter, Regisseur und Komponisten bewiesen.

Es bleibt noch über die gespannt erwartete *Kammeroper* zu berichten. Es wäre aber gleich vorwegzunehmen, daß diese Erwartungen enttäuscht wurden. Ihr höheres Niveau im Vorjahr gab entscheidende Maßstäbe, und die große Wirkung des Mahagonny-Songs von Kurt Weill war allen noch zu stark in Erinnerung, als daß man ganz unvoreingenommen an das Hören der diesjährigen Stücke hätte gehen können. Der Clou kam dann eben nicht.

Die *Opera buffa* Gustav Kneips, eine lustige Angelegenheit für ziemlich harmlose Hörer, von bürgerlicher Komik, die für eine musikalische Wirkung die Situation schuf, mit guten musikalischen Einfällen, konnte die Hörer nicht packen. Hermann Reutter steigert in seinem *Saul* einen sehr starken naturalistischen Einakter *T. Lernet-Hollenias* zu den Höhen des Expressionismus. Das Neuartige und für dieses Stück Zwingende lag in den beiden Gesangspartien (*Saul* und die *Hexe von Endor*, ein epileptisches Bauernmädchel), mitten in 5 Sprechrollen. Dadurch hob Reutter die Hauptpersonen der Handlung aus der naturalistischen Ebene ins Überlebensgroße, Mystische bis an die Grenze einer nur subjektiven Wirklichkeit (*Samuels Vision*). Seine Musik, ohne ausgeprägten individuellen Stil, ist voll von starken Vorstellungen des Dramatischen und unterstrich und verdeutete die Bühnenwirkungen aufs wesentlichste. Reutter schuf mit diesem Stück unbedingt einen Präzedenzfall für die weitere Ausbildung einer neuen Bühnengattung. *Walter Gronostays In 10 Minuten*, ein guter literarischer Einfall, wäre auf den Brettern eines Unterhaltungstheaters oder einer Kleinkunstabühne ein wirkungsvolles und erfolgreiches Stück. In den Räumen, in denen zuvor Orgeltöne erklangen und tiefsinnige Symbole herabgesungen wurden, wurde das Stück mit falschem Maßstab gemessen. Es wurden Kunstwertungen tiefsinnig und ernst geübt. Wiederum Verkennung der Bestimmung des Raums, in dem das Stück zur Aufführung gelangt.

Von allen vorgeführten Gattungen erwies sich also die Kantate, trotz aller Verschiedenheit der Behandlung der Kompositionen, der Stile, wie sie Morgenstern, Hölderlin, Gide bedeuten, als die erfolgreichste; denn sie hat ein ihr adäquates Publikum gefunden. Die Kammeroper enttäuschten die Neuschuchenden, verärgerten den Altbürger und ließen die Genießer und Snobs unbefriedigt. Auch diese Gattung hat noch nicht ihren sozialen Rahmen und ein ihr kongruentes Publikum gefunden, geschaffen. Und ganz und gar versagte die Orgel, die ebenso ihren Hörer nicht mehr und noch nicht vorfand.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Hans Simons

Schippel † Vor nun 4½ Monaten ist Max Schippel gestorben; am 6. Juni, an dem Tag, da der Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei zustimmte, daß die Partei die Führung bei der Regierungsbildung übernehme. In 12 Rundschau rubriken ist Schippels besonders gedacht. Nichts zeigt deutlicher den Verlust, den sein Tod bedeutet, als die Dringlichkeit des Wunsches zu den großen Aufgaben und Schwierigkeiten der Partei wie des Volkes sein Urteil zu hören, ihn die Fragen des politischen Tageskampfs auf ihre grundsätzliche Bedeutung zurückführen zu sehen und sich seiner unübertroffenen Kunst der Zusammenfassung wirtschaftlicher und politischer Probleme wie der Aussonderung des Wesentlichen anzuvertrauen. Dem Berichterstatter, der die Zeiten leidenschaftlichster Wirksamkeit Max Schippels in der Bewegung und damit seine aktivste innenpolitische Tätigkeit nicht miterlebt hat, steht es nicht an die Nachrufe zu ergänzen, die Joseph Bloch, Paul Kampffmeyer und Robert Schmidt hier veröffentlicht haben. Aber auch er darf bezeugen, welche Hochachtung eine politische Leistung einflößt, die das Schwergewicht ihres Bemühens auf die Klärung der theoretischen Voraussetzungen legte, so daß, was nicht überflüssig ist zu sagen, die politische Absicht sich erst ändern konnte, wenn in unermüdlicher Arbeit die Einsicht geändert war. In einer Periode, da die taktische Aushilfe ein unvermeidliches Mittel der praktischen Politik ist, kann man nicht anders als sich bewundernd und dankbar eines Führers erinnern, der es vermocht hat sein politisches Handeln und Wollen unmittelbar aus der Einheit seines politischen Weltbilds zu rechtfertigen: aus einer um so großartigern Einheit, als sie nicht einfach sondern, wie ein Blick auf den thematischen Umfang der Arbeiten Max Schippels zeigt, vielfältig umfassend war.

Deutsche Wah- Gleichzeitig mit den Reichstagswahlen fanden, wie in Preußen, so auch in anderen deutschen Ländern Wahlen zu den Landtagen statt. Sie hatten die folgenden Ergebnisse (die in Klammern beigefügten Zahlen bedeuten den alten Stand):

In Bayern gestaltet sich die Verteilung der Abgeordnetenmandate wie folgt: Bayrische Volkspartei 46 (46), Sozialdemokratische Partei 34 (23), Bayrischer Bauern- und Mittelstandsbund 17 (10), Deutschnationale Volkspartei 13 (11), Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 9 (23), Kommunistische Partei 5 (9), Deutsche Volkspartei 4 (3 und 1), Deutsche Demokratische Partei 0 (0), Reichspartei des Deutschen Mittelstands 0 (0). In Württemberg: Sozialdemokratische Partei 22 (13), Württembergische Zentrumspartei 17 (17), Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund 16 (17), Deutsche Demokratische Partei 8 (9), Kommunistische Partei 5 (8), Deutschnationale Volkspartei (Württembergische Bürgerpartei) 4 (2), Deutsche Volkspartei 4 (3), Christlicher Volksdienst 3 (0), Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 0 (3), Reichspartei des Deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei) 0. In Oldenburg: Sozialdemokratische Partei 15 (9), Landesblock 9 (15), Zentrumspartei 9 (10), Deutsche Demokratische Partei 5 (5), Christlich Nationale Bauern- und Landvolkpartei 3 (0), Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 3 (15), Wirtschaftliche Vereinigung 2 (0), Völkisch-Nationaler Block 1 (0), Kommunistische Partei 1 (0). Diese Wahlen haben keine erhebliche Wirkung gehabt. In Bayern, in Württemberg und Oldenburg sind die Regierungen nahezu unverändert geblieben; die Kunststücke, die im einzelnen ermöglichten die rechtsgerichteten Regierungen trotz der Verschiebung des politischen Gewichts beizubehalten brauchen nicht aufgezählt zu werden. Doch ist erwähnenswert, daß dazu in Bayern die "Auflösung" des Sozialministeriums gehört hat, das sich in eine Abteilung mit einem eigenen Staatssekretär ver wandelte. Das bayrische Wahlergebnis ist auch deshalb beachtlich, weil es die Mängel des Listenwahlrechts an besonders krassen Beispielen zeigt. Die Demokratische Partei hat nur 749 Stimmen weniger als die Deutsche Volkspartei, aber keinen gegen 4 Abgeordnete; die Wirtschaftspartei mit nur 3724 Stimmen weniger blieb ebenfalls ohne Sitz. Ein Ergebnis der Reichstagswahlen ist besonders wichtig: Die Stimmen der nationalen Minderheiten sind so sehr zurückgegangen, daß sie kein Mandat mehr erhielten. Die Polnische Volkspartei

zum Beispiel sank von 81700 auf 64390 Stimmen. Von dem Verlust entfallen allein 12000 Stimmen auf Oberschlesien, also auf ein Gebiet mit seßhafter Polenbevölkerung. Es ergibt sich daraus, daß er nicht etwa durch Abwanderung entstanden ist sondern dadurch, daß eine verständige deutsche (und preußische) Minderheitenpolitik zusammen mit den Sicherungen, die in Oberschlesien völkerrechtlich geschaffen sind, der polnischen Bevölkerung das Gefühl einer benachteiligten Minderheit allmählich genommen und sie parteipolitisch der deutschen Wählerschaft eingeordnet hat.

**Deutschland:  
Regierungs-  
wechsel**

Der Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei beschloß am 6. Juni mit ganz großer Mehrheit: »In dem Ergebnis der Reichstagswahl hat das deutsche Volk den Willen bekundet, daß die Sozialdemokratische Partei die Führung bei der Regierungsbildung übernimmt. Der Parteausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß die Fraktion die notwendigen Verhandlungen hierfür einleitet.« Nachdem der Reichskanzler Marx am 12. Juni dem Reichspräsidenten die Demission des Kabinetts überreicht hatte, wurde Hermann Müller mit der Kabinettsbildung beauftragt. Er ließ sich leider durch den Wunsch dem neuen Kabinetts eine möglichst sichere Grundlage zu geben zu Programmverhandlungen mit den einzelnen Fraktionen verleiten. Auf diesen Weg wurde er allerdings dadurch gedrängt, daß das Zentrum alsbald eine Kommission für die Regierungsbildung einsetzte, die um ihres eigenen Zusammenhalts willen sogleich Richtlinien aufzustellen begann. Auch die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei hielt es für nötig bestimmte Forderungen zu fixieren. Daraus entwickelte sich allmählich ein maßstablos geführter Kampf um Nebenfragen, der überhaupt nur zu verstehen ist, wenn man berücksichtigt, daß die großen Gegensätze zwischen den an der Regierung zu beteiligenden Parteien unter der Nachwirkung des Wahlkampfes aus den praktischen Problemen in die politische Symbolik abgelenkt wurden. Bei aller Würdigung dieser Symbolik wird man doch weder das Panzerschiff A noch den Nationalfeiertag als tatsächliche Wertobjekte des Koalitionskampfes anerkennen können. Wirklich einigte man sich, während man hierüber stritt, über die wichtigsten Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Es zeigte sich, daß man beim Ausweichen

auf den Punkt nicht des geringsten sondern des größten Widerstands gestoßen war. So scheiterte der Versuch durch Ausarbeitung eines Gesamtprogramms der Partei eine regelrechte Koalitionsregierung zu bilden. Hermann Müller blieb mit Zähigkeit auf dem einmal eingeschlagenen Weg, und er hat diese Verhandlungen zu Ende, ihre Methode damit ad absurdum geführt. So mußte er schließlich zu einem Ausweg kommen, der nach dem Fehlschlag ein Notbehelf war, vorher aber zu einer vollgültigen Lösung geführt hätte: ein Programm der Personen zu machen und darauf die Parteien zu verpflichten. Das ist immerhin gelungen. Am 28. Juni wurde das Reichskabinetts in folgender Zusammensetzung ernannt; Reichskanzler wurde Hermann Müller (Sozialdemokratische Partei); in ihren Ämtern bestätigt wurden Außenminister Gustav Stresemann (Deutsche Volkspartei), Wirtschaftsminister Julius Curtius (Deutsche Volkspartei), Reichswehrminister Wilhelm Groener, Postminister Georg Schätzel (Bayrische Volkspartei); neu ernannt wurden Innenminister Carl Severing (Sozialdemokratische Partei), Finanzminister Rudolf Hilferding (Sozialdemokratische Partei), Arbeitsminister Rudolf Wissell (Sozialdemokratische Partei), Ernährungsminister Hermann Robert Dietrich (Demokratische Partei), Justizminister Erich Koch (Demokratische Partei), Verkehrsminister, zugleich Minister für die besetzten Gebiete, Theodor von Guérard (Zentrum). Es ist unnötig alle Stadien vergeblicher Versuche bis zu diesem Ergebnis zu schildern. Festzustellen ist, daß die so gebildete "Regierung der Persönlichkeiten" sowohl an den Programmverbindungen hängen blieb, die sich in den vorhergehenden Fraktionsverhandlungen entwickelt hatten, wie an den Schwierigkeiten, die dabei bestehen geblieben waren. Die Regierungserklärung zeigt das mit aller Deutlichkeit. Im Rahmen dieser Rundschau sind 4 Punkte hervorzuheben, die nur einen ganz kleinen Raum der wesentlich die Außenpolitik und Wirtschaftspolitik behandelnden Programmklärungen einnehmen: Ankündigung einer Wahlreform, Bekenntnis zur Notwendigkeit einer Reichsreform, Zustimmung zu einem früheren Reichstagsbeschuß über die Reform des Reichs- und Staatsangehörigkeitsrechts, Ankündigung eines neuen Beamtenrechts. Einzelheiten, die gegenüber früheren Erörterungen aufschlußreich wären, sind aber nicht angegeben.



**Panzerschiff-  
affäre**

Als am 10. August das Reichskabinett beschloß die

1. Rate für den Bau des

Panzerschiffs A endgültig bereitzustellen, die im Haushaltsplan für das Jahr 1928-1929 vom Reichstag bereits bewilligt war, aber auf Grund eines Reichsratsbeschlusses erst nach neuer Prüfung der Finanzlage angewiesen werden sollte, da zeigte sich an einem besonders einfachen und dazu eindrücklichen Beispiel, wie mangelhaft das Ergebnis der Regierungsbildung war. Die innenpolitische Entwicklung dieses Falls wird darzustellen sein, wenn die Sozialdemokratische Partei und der Reichstag entschieden haben werden. Schon jetzt ist zu berichten, daß die wesentliche Schwierigkeit der Lage aus dem Hin und Her zwischen grundsätzlicher und taktischer Behandlung herzuleiten ist. Der Widerstand gegen den Bau des Panzerschiffs begann, unter preußischer Führung, im Reichsrat. Wenn er dort auch von grundsätzlichen Bedenken gegen die Wehrpolitik des Reichswehrministeriums bestimmt gewesen ist, so sind doch für die Absetzung der 1. Rate nur finanzpolitische Gründe angeführt worden, die an sich auch allein durchschlugen. Im Wahlkampf hat unsere Partei die Symbolkraft dieses Kampfobjekts benutzt, aber nicht bedacht, wie diese Kraft nachwirken würde. Amtlich ist dann die Frage wieder mit den vom Reichsrat und Reichstag bereitgestellten finanztechnischen Argumenten behandelt worden. Und nun klafft der Gegensatz zwischen volksführender und nur verwaltender Politik. Es war ein schwer verständlicher Irrtum der Kommunisten, zu glauben, daß sie diesen aus der Abneigung gegen allzu viel Taktik hervorgerufenen Gegensatz nun auf Kosten der Sozialdemokratischen Partei rein taktisch ausnutzen könnten. Der glatte Fehlschlag, den das kommunistische Volksbegehren erlitten hat, ist eines von vielen Zeichen dafür, daß in der öffentlichen Meinung das Bedürfnis nach Eindeutigkeit und Einfachheit der politischen Entscheidungen immer stärker wird. Es ist müßig die Stimmzahlen der Kommunistischen Partei von der letzten Reichstagswahl mit den Eintragungszahlen zu vergleichen. Denn wenn man davon ausginge, daß nur Kommunisten sich an dem Volksbegehren beteiligten, wäre das Resultat nicht schlecht angesichts der außerordentlichen Hemmungen, die im Eintragungsverfahren gegeben sind. Aber das Volksbegehren sollte nach der Ab-

sicht der Kommunistischen Partei den Sinn haben die Anhänger anderer Parteien in großer Zahl zu ergreifen. Daß es das offenbar überhaupt nicht getan hat, bedeutet seinen Mißerfolg.

Dieser Mißerfolg gehört aber doch, soweit er die Kommunistische Partei unmittelbar trifft, mit zu den Anzeichen einer Parteienerschütterung, die seit den Wahlen derart zugenommen haben, daß auf sie hingewiesen werden muß. Zwar hat sich bei der "radikalen" Linken wie Rechten, wo diese Krise zunächst begann, bereits manches geklärt. Die Nachwirkungen, die sich da auf persönlichem Gebiet zeigen, dürfen nicht überschätzt werden. Dagegen stehen die Deutschnationale Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei in offener, das Zentrum in verdeckter Auseinandersetzung, und bei den Parteien, die für prinzipielle Auseinandersetzung nicht den programmatischen Stoff haben, wachsen sich taktische Differenzen ins Große aus. Freilich treten die Einzelheiten nur deshalb so stark in den Vordergrund der politischen Erörterung (Fall Lambach als Beispiel), weil man im Hintergrund eine wachsende Unruhe der Wähler spürt.

**Totenliste**

In Kopenhagen starb am 25. März *Nina Bang*; die erste Frau, die in einem europäischen Land Minister war (siehe die Rundschau Frauenbewegung, in diesem Band Seite 904). Sie gehörte von 1924 bis 1926 dem Kabinett Stauning, der ersten sozialdemokratischen Regierung Dänemarks, als Mitglied an. Anfang April starb in New York *Chauncey Depew*, der "grand old man" der Vereinigten Staaten; im selben Monat wäre er 94 Jahre alt geworden. Er war früher ein republikanischer Politiker von Einfluß; zur 2. Nominierung Abraham Lincolns /1864/ hielt er eine wichtige Rede auf dem Parteikonvent. Hinter den Kulissen der Republikanischen Partei blieb er einer der mächtigsten Leute. Er war enorm reich und durch seine witzigen Nachtschreden berühmt. Bei national wichtigen Anlässen zog man ihn gern heran; so bei der Einweihung der von Frankreich geschenkten Freiheitsstatue im New Yorker Hafen, bei der er die Einweihungsrede hielt. Am 17. Juli starb der frühere italienische Ministerpräsident *Giovanni Giolitti*. Er wurde am 27. Oktober 1843 in Mondovi geboren, wurde 1874 Generalinspekteur des Steuerwesens, 1877 Generalsekretär der Obersten Rechnungskammer, war seit

1882 liberaler Abgeordneter, 1889 bis 1890 Schatzminister, 1892 bis 1893 Ministerpräsident, 1901 bis 1903 Minister des Innern und 1903 bis 1905, 1906 bis 1909, 1911 bis 1914 sowie noch einmal 1920 bis 1921 Ministerpräsident. Seine große Zeit hatte er also vor dem Weltkrieg. Seine Erfolge verdankte er der im guten Sinn opportunistischen Geschicklichkeit eines weitherzigen Liberalen. Dem frühern Italien brachte er innenpolitisch die Durchführung der Koalitionsfreiheit und die Erweiterung des Wahlrechts, außenpolitisch die Eröberung von Tripolis. Nach dem offenen Mißerfolg der letzten Ministerpräsidentschaft zog Giolitti sich aus der Politik zurück. Erst in letzter Zeit fand er eine klare Stellung zum Fascismus, dessen Wahlreform er noch kurz vor seinem Tod durch ein letztes eindrucksvolles Auftreten im Senat bekämpft hat.

Am 5. August starb in einem Krankenhaus in Rotterdam *Christian Tischendörfer*, im Alter von 70 Jahren. Sein Tod ruft die Erinnerung an die kurze Geschichte der Nationalsozialen Partel wach, die in den neunziger Jahren durch Friedrich Naumann ins Leben gerufen wurde, und um die sich eine Reihe von bürgerlichen Geistigen scharte, die der bürgerlichen Denkweise entwachsen waren (und später teils, wie Göhre, zur Sozialdemokratie, teils, wie Naumann selbst, zum Linkliberalismus abwanderten).

Mitte August starb der liberale Politiker *Sir George Trevelyan* auf seinem Landsitz bei London, 90 Jahre alt. Er war der Neffe Macaulays, dessen Leben er liebevoll beschrieben hat. Später verfaßte er auch eine Biographie Charles Fox'. Sein ältester Sohn ist bekanntlich ein Führer der Labour Party und war im Kabinett MacDonalds Unterrichtsminister; der andere Sohn ist als Biograph Garibaldis bekannt geworden.

Der Führer der kroatischen Bauern *Stefan Raditsch* erlag am 8. August der schweren Verletzung, die ihm am 20. Juni in der Skupschtina beigebracht worden war (siehe die Rundschau Nationale Bewegung, in diesem Band Seite 895). Er wurde in Kroatien geboren. Schon als junger Mensch war er für die kroatische Unabhängigkeit tätig. Das führte ihn zunächst in stärkste Opposition gegen die ungarische Regierung und brachte ihn in Verbindung mit der panslawistischen Bewegung in Rußland. Er hat im Lauf seines Lebens mit allen Kräften paktiert, die ihm geeignet schienen die kroatische Bauerndemokratie zu

fördern, die er mehr kulturell und organisatorisch als wirtschaftlich zu begründen suchte. Unveränderlich war sein politisches Tun nur in einem: der Gefolgschaft der kroatischen Bauern, die ihn auf all seinen verschlungenen Wegen auch nie verlassen haben.

Am 19. August starb auf seinem Besitz in Schottland *Richard Burdon Lord Haldane* (siehe die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band Seite 786). Er war am 30. Juni 1856 geboren, kam 1885 ins Unterhaus und war 1905 bis 1911 Kriegsminister. Dann wurde er ins Oberhaus berufen. 1912 bis 1915 war er Lordkanzler, ebenso 1924, da er im Kabinett MacDonald noch einmal hervortrat.

Am 2. September verunglückte der französische Handelsminister *Maurice Bokanowski* tödlich durch Flugzeugabsturz (siehe die Rundschau Wirtschaft, in diesem Band Seite 797). Er kam zuerst 1914 in die Kammer. Im Krieg zeichnete er sich besonders aus. 1919 kehrte er in die Kammer zurück und war bis 1926 Generalberichterstatter für das Budget und Präsident der Finanzkommission. Im März 1924 übernahm er im Kabinett Poincaré das Marineministerium. 1926 wurde er Handelsminister, nachdem er als ein Führer der Opposition gegen das Linkskartell Poincarés Finanzpolitik mitvorbereitet hatte.

**Kurze Chronik** Am 30. Juni hörte die *Tägliche Rundschau*, die in ihrem 48. Jahrgang stand, auf zu erscheinen. ◊ Am 1. Juli hielt die Liberale Vereinigung in Berlin einen *Liberale Tag* ab, der unter dem Eindruck des Wahlergebnisses den Zusammenschluß des liberalen Bürgertums fördern sollte. ◊ Am 9. Juli entschied der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich die Klage der Stadt Potsdam gegen die preußische Regierung wegen der sogenannten *Flaggennotverordnung* dahin, daß diese Notverordnung mit der Verfassung Preußens nicht zu vereinbaren sei. ◊ Am 10. Juli wählte der *Preussische Landtag* endgültig sein Präsidium, und zwar den Abgeordneten Friedrich Bartels (Sozialdemokratische Partei) zum Präsidenten, die Abgeordneten Wolfgang von Kries (Deutschnationale Volkspartei) und Felix Porsch (Zentrum) zu Vizepräsidenten. ◊ Am 13. Juli wurde die *Amnestievorlage* der Reichsregierung mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen. ◊ Am 22. August trat das Ministerium *Thüringens* zurück. Eine neue Regierung kam noch nicht zustande.

## Literatur

Die umfassende Besprechung der Literatur zum *Reich-Länder-Problem* in den Sozialistischen Monatsheften, die Walther Koch hier (in seinen Artikeln Die Frage des Deutschen Einheitsstaats in historisch-politischer Beleuchtung und Politische und wirtschaftliche Selbstverwaltung in der Gestaltung des deutschen Einheitsstaats, in diesem Band Seite 663, 757 und folgende) bereits zusammenhängend gegeben hat, sei angesichts der bevorstehenden Verhandlungen des Ausschusses für die Reichsreform durch einen kurzen Hinweis auf einige weitere Veröffentlichungen ergänzt, die insofern wichtig sind, als sie die Erörterung über den gesamten Fragenkomplex gefördert und damit zur Klärung beigetragen haben. Es wird nirgends mehr bestritten, daß die Reichsreform ohne den Versuch zur Lösung der Schwierigkeiten, die sich aus dem Verhältnis Reich-Preußen ergeben, erfolglos bleiben muß. Den entscheidenden Anstoß zu dieser Diskussion gab Wilhelm Kitz (Reichsland Preußen, ein Beitrag zur Verfassungs- und Verwaltungsreform /Düsseldorf, L. Schwann/), wenn auch Einzelheiten seines Vorschlags zweifellos überholt sind, und die Beschränkung auf eine Sonderlösung für Preußen abzulehnen ist. Die besondere Bedeutung Preußens und der in Preußen erörterten Probleme der Verwaltungsreform für die Gesamtfrage einer staatlichen Neuordnung in Deutschland legt der Staatssekretär im Preußischen Ministerium des Innern Wilhelm Abegg eindringlich dar (Die preußische Verwaltung und ihre Reform, Länder und Reich /Berlin, Sieben-Stäbe-Verlag/). Bei der Stellung des Verfassers überrascht es nicht, daß er die Wiederherstellung einer einheitlichen und unbeeinträchtigten Länderverwaltung für die Voraussetzung einer gesunden Reichsreform erklärt. Von dem Gedanken einer Gesamtreglung, die Nord- und Süddeutschland, große und kleine Länder gleichzeitig zu umfassen hätte, geht Otto Frielinghaus aus (Der dezentralisierte Einheitsstaat /Berlin, Reimar Hobbing/). Er lenkt die Aufmerksamkeit besonders auf die Ausgestaltung der Mittelinstanz und trifft damit den Punkt, der in der öffentlichen Erörterung als einer der wichtigsten für die theoretische Klärung und praktische Durchführung inzwischen allgemein anerkannt worden ist. Zur Beurteilung des gesamten Problems bietet der Ministerialdirektor in der Säch-

sischen Staatskanzlei Alfred Schulze wertvolles Material (Das neue Reich /Dresden, Wolfgang Jeß/). Schulze legt mit Recht der Frage des Finanzausgleichs die größte Bedeutung bei. Es ist wohl möglich, daß vor Abschluß der theoretischen Erwägungen und Beratungen von dieser Frage aus das Problem der Reichsgliederung angesichts der angekündigten Fehlbeträge im Reichshaushalt eine Neueregung verlangt. Dann wird auch die Arbeit Karl Sommers Bundesstaat, Einheitsstaat und die Höhe der öffentlichen Ausgaben /München, R. Oldenbourg/ besondere Beachtung finden; sie ist der erste Versuch die außerordentlich wichtige Frage zu klären, wie sich eine Neuordnung der Zuständigkeiten und Gebietsabgrenzungen finanziell auswirken würde. Das vom Verfasser der Schrift beigebrachte Material reicht für endgültige Schlußfolgerungen allerdings noch nicht aus. Man wird außerdem zweifeln können, ob der finanzielle Gesichtspunkt, stärker als es etwa die Not verlangt, bei einer so großen politischen Entscheidung in den Vordergrund geschoben werden sollte. Daß neben den äußeren Verhältnissen auch örtliche Zustände den Wunsch nach Änderung immer dringlicher werden lassen, zeigt die vom Landeshauptmann der Provinz Sachsen Johannes Hübener herausgegebene Denkschrift über die Wirkung der innerstaatlichen Schranken (Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit /Merseburg, Friedrich Stollberg/). Sie fördert eine Menge höchst interessanten und zum Teil kuriosen Materials über die Verwaltungsschwierigkeit in dem staatlich zerrissenen mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet zutage und ist besonders wertvoll durch die praktischen Verbesserungsvorschläge, die im Anschluß an die Materialsammlung gemacht sind. Rechtzeitig hat Gerhard Anschütz Bruchstücke eines Kommentars zur Verfassung des Deutschen Reichs herausgegeben, die Hugo Preuß hinterlassen hat (Reich und Länder /Berlin, Carl Heymann/). Die Artikel 1 bis 22 der Reichsverfassung werden hier unter Verarbeitung alles gesetzgeberischen Materials, der wissenschaftlichen Literatur und der Staatspraxis ausführlich kommentiert; besonders der Abschnitt Allgemeines zu Artikel 6 bis 14 wird inmitten der Erörterungen über die Zuständigkeitsverteilung als ein wertvoller Aufschluß über die Grundgedanken des Schöpfers der Weimarer Verfassung begrüßt werden.

**Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann**

**Tagungen** Die Zeit der Kongresse liegt hinter uns. Ihre Fülle ist so groß, daß es nicht einmal möglich ist alle die Kongresse oder wenigstens die Teile der Verhandlungen, die sich mit kommunalen Fragen beschäftigten oder für die kommunale Verwaltung von Interesse waren, hier ihrer Bedeutung entsprechend zu behandeln. So kann hier auf die *Internationale Soziale Doppelwoche* in Paris in der 1. Hälfte des Juli nicht weiter eingegangen werden, obgleich ihre Verhandlungen für die kommunale Verwaltung ohne Zweifel wichtig waren. Man muß sich auf die Kongresse beschränken, die sich im besonderen die Behandlung deutscher Fragen zur Aufgabe gemacht hatten.

An der Spitze steht hier die Jahresversammlung des *Deutschen Städtetags*, die am 25. September in Breslau eröffnet wurde, und an der ungefähr 200 Vertreter deutscher Stadtgemeinden aus allen Teilen des Reichs teilgenommen haben. Im Anschluß daran fand am folgenden Tag die Jahresversammlung des *Preußischen Städtetags* statt. Das Wesentliche dieser beiden Tagungen wird in den folgenden Abschnitten behandelt.

Der *Württembergische Städtetag* nahm in seiner Mitgliederversammlung am 14. September zu dem neuen Entwurf einer Gemeindeordnung Stellung und erhob gegen eine Reihe wichtiger Bestimmungen Einspruch. Er verlangte grundsätzliche Anerkennung des Selbstverwaltungsrechts in der Gemeindeordnung und Ausbau der Rechtsbeschwerde gegen Verfügungen der obersten Verwaltungsinstanzen, Aufhebung entbehrlicher Fesseln der Staatsaufsicht und der staatlichen Genehmigungspflicht, Wiederherstellung der Finanzfreiheit der Städte, Beseitigung der Teilgemeinden usw.

Der *Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik* tagte am 5. Oktober in Ulm und beschäftigte sich ebenfalls mit der Neuordnung der Dezentralisation im Reich (Referent Ministerialdirektor Arnold Brecht) und mit der Eingliederung der Städte in den Reichsumbau (Referent Oberbürgermeister Theodor Kutzer).

**Reichsaufbau und Kommune** Das Verhältnis des Reichs zu den Kommunen bildete das eigentliche Thema des

Deutschen Städtetags. Der Hauptvortrag über Reichsaufbau und Verwaltungsreform wurde vom Präsidenten Oskar Mulert gehalten. Er knüpfte in diesem Vortrag an die Forderungen des

Städtetags in Magdeburg an: die Einsetzung eines Kommunalpolitischen Ausschusses im Reichstag, die Bildung einer Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern, die ausreichende Vertretung im Reichswirtschaftsrat. Diese Forderungen sind noch nicht erfüllt worden. Sie müssen daher von neuem erhoben werden. Im Lauf der Tagung erklärte der Reichsinnenminister Carl Severing, daß er in seinem Ministerium eine Kommunalabteilung einrichten werde, um die engere Fühlung mit den Gemeinden aufzunehmen und deren Sachkenntnis beim Erlaß für sie wichtiger Reichsgesetze auszunutzen. Mulert hob hervor, daß diese Forderung nach Einrichtung einer Kommunalabteilung im Reichsministerium keineswegs bedeute, daß die Städte reichsunmittelbar werden wollten; sie dächten nicht daran aus dem Verband der Länder, in denen sie wurzelten, auszuschneiden. Besonderes Interesse verdienen die Ausführungen, in denen sich der Redner mit der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und mit der Stellung der Unternehmerorganisationen zur wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden auseinandersetzte. Er betonte gegenüber der Forderung wirtschaftlicher Selbstverwaltung, die gleichmäßig von den Verbänden der Unternehmer wie der Arbeiter erhoben wird, daß dieser Selbstverwaltung das entscheidende Merkmal der kommunalen fehle, »die Wahrnehmung der allgemeinen öffentlichen Interessen im Rahmen einer Gebietskörperschaft«. Im vorliegenden Fall zeigte sich wieder einmal deutlich, wie durch die Verbindung unklarer Schlagworte nicht nur unbegründete politische Forderungen sondern auch unglückliche Organisationsversuche entstehen. Ausgehend von dem Schlagwort "Wirtschaft ist Schicksal", wobei sich jeder denken mag, was er will, komme man dazu die politischen Körper als überlebt zu bezeichnen, woraus sich dann mit Notwendigkeit die weitere Forderung ergebe die wirtschaftliche Betätigung dieser politischen Körper wieder aufzuheben und damit zu überwundenen Zuständen zurückzukehren. Mit Recht hob demgegenüber Mulert hervor, daß die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden neben der privaten Wirtschaft zu einem unentbehrlichen Faktor der deutschen Volkswirtschaft geworden sei. Sie sei längst nicht mehr an die Ländergrenzen gebunden; daher dürfe auch das kommunale Grundrecht der Universalität der Zuständigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet nicht in einzelnen Ländern durchbrochen werden

Kernfragen des modernen Straßen-, Kraft- und Luftverkehrs könnten nur unter Führung des Reichs von den Ländern und Gemeinden gelöst werden. Wie auf diesem, so sei auch auf dem sozialen Gebiet wie auf dem der Kulturpolitik eine Reglung der Zuständigkeit durch das Reich unbedingt notwendig. Ihre einheitliche Reglung müsse ergänzt werden durch den Erlaß einer Reichsstädteordnung, wie sie vom Städtetag 1921 gefordert worden sei. Der Städtetag werde demnächst einen den veränderten Verhältnissen angepaßten Entwurf einer Reichsstädteordnung vorgelegen. Man darf auf das Aussehen dieses Entwurfs gespannt sein. Insbesondere auch, in welcher Weise der Entwurf die schweren Bedenken beseitigt, die gegen eine solche Vereinheitlichung der städtischen Organisationsformen unter anderm auch an dieser Stelle geltend gemacht wurden. Man sollte es vermeiden sich durch Nöte des Augenblicks bestimmen zu lassen, die voraussichtlich, wenigstens verglichen mit dem Leben eines Volks, in kurzer Zeit überwunden sein werden. Ein Vergleich englischer und amerikanischer Städtegeschichte zeigt hier eine einheitliche Städteordnung mit einheitlicher und trotz aller Elastizität doch nicht für alle Fälle ausreichender Organisationsform, dort im freien Spielraum eines föderativen Staatswesens die Möglichkeit den immer neu vom Leben gestellten Aufgaben mit neuen Organisationsformen zu begegnen. Der von der Versammlung gegen eine geringe Minderheit angenommene Beschluß faßte das Referat in seinen wichtigsten Forderungen zusammen.

Selbstverwaltung und Staatsmacht

Während sich das Referat Mulerts, wie schon sein Titel zeigt, mit der zukünftigen

Organisation des Reichs und der Stellung beschäftigte, die die deutschen Städte darin einnehmen sollten, stellte der preußische Innenminister Albert Grzesinski in seiner sehr bemerkenswerten Rede diese Fragen zurück. Er erörterte die gegenwärtigen Probleme, die für das Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden wichtig sind und unmittelbar auf den Nägeln brennen. Er nannte unter diesen den Finanzausgleich, mit dem sich das Referat des Frankfurter Universitätsprofessors Wilhelm Gerloff auf dem Preußischen Städtetag beschäftigte, die Zuständigkeit der örtlichen Selbstverwaltung, den kommunalen Lastenausgleich und die preußische Verwaltungsreform. Gewiß eine Fülle

der wichtigsten Fragen. Die Äußerungen des preußischen Ministers, der für ihre Bearbeitung in erster Linie zuständig und verantwortlich ist, verdienen ohne Zweifel größte Aufmerksamkeit und, wenn nötig, schärfste Kritik. Auch der Minister bekannte sich als entschiedenen Anhänger der Universalität der örtlichen Selbstverwaltung auch auf wirtschaftlichem Gebiet und erklärte, daß er allen Bestrebungen sie sachlich einzuschränken oder der Kontrolle der Aufsichtsbehörden zu unterwerfen schärfsten Widerstand entgegensetzen werde. Das ist eine sehr erfreuliche Kundgebung. Auch hier kann ein Blick auf die amerikanischen Verhältnisse, in denen die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen nur auf dem Gebiet der Wasserversorgung eine gewisse Bedeutung, sonst aber neben den privaten Organisationen kaum einen Platz hat, außerordentlich belehrende Aufschlüsse geben. Die privaten Monopole sind dort geradezu der Sitz und Kernpunkt der Korruption in der städtischen Verwaltung. Die Erklärung des Ministers ist angesichts der zähen Tätigkeit des privaten Kapitals auf dem Gebiet der Ferngasversorgung besonders wichtig. Hier hätte er Gelegenheit von Worten zu Taten zu kommen.

Um die Dezentralisation der Staatsverwaltung zu fördern, will der Minister nicht nur einzelne Spezialgebiete als Selbstverwaltungsangelegenheiten überweisen, über die schon länger verhandelt wird, sondern vor allem auf dem Gebiet der Polizei eine reine Scheidung vornehmen und alles, was Wohlfahrtspolizei ist, den Kommunen als Selbstverwaltungsangelegenheit übertragen. Dabei war er aber sehr ängstlich besorgt seinen Zuhörern klarzumachen, daß wirkliche polizeiliche Funktionen nicht der Selbstverwaltung übertragen werden sollen, denn die Polizei müsse stets Staatsangelegenheit bleiben. Daß der Polizeistaat mit allen seinen Kräften an diesem alten Standpunkt des preußischen Staatsrechts festhielt, ist verständlich; der Minister eines demokratischen Staatswesens hätte aber allen Anlaß gehabt sich die Frage vorzulegen, ob denn wirklich dieser Satz auch heute noch mit der Unbezweifelbarkeit eines Glaubensbekenntnisses hingenommen werden muß. Die reinliche Scheidung hat man oft gefordert und sich eben so oft an ihr versucht. Immer wieder aber hat sich gezeigt, daß die Grenzlinien niemals gezogen werden können, und daß immer große Teile der Wohlfahrtspflege oder Fürsorge, oder, wie man das Gebiet

nennen will, zum polizeilichen Gebiet geschlagen werden mußten, wenn man sich eben nicht entschloß die Ortspolizei der Kommune als Selbstverwaltungsangelegenheit zu übertragen. Und wie hier so liegen auch auf dem Gebiet der Staatsaufsicht die Verhältnisse gleich. Jede Bevormundung will der Minister vermieden wissen, und er glaubt ein geeignetes Merkmal für die Scheidung der Gebiete der Aufsicht und der Freiheit gefunden zu haben. Was lediglich Sache der örtlichen Selbstverwaltung sei, führte er aus, was in seinen Konsequenzen über den örtlichen Kreis nicht hinausgehe, dafür solle allein die örtliche Selbstverwaltung zuständig und verantwortlich bleiben; auch »für Dummheiten auf eigene Kosten«. Wo dagegen eine Angelegenheit nicht nur örtliche Bedeutung besitze, wo die allgemeinen Interessen stark berührt werden, wo insbesondere das Interesse des Staats als solchen in Frage komme, werde eine Einwirkung des Staats nach wie vor unentbehrlich bleiben. Mit den gleichen Sätzen hat die alte Bureaucratie immer gearbeitet, und sie hat es dabei vortrefflich verstanden die Staatsaufsicht immer weiter und auf immer kleinere Angelegenheiten auszudehnen. Es widerspräche, meint der Minister, der Rolle, die die kommunale Selbstverwaltung im Staatsganzen spielt, wenn sie sich mit dem übergeordneten Staatswillen, von dem sie ihre Existenz herleitet, in Widerspruch setzte. Der Minister vergißt nur dabei, daß der übergeordnete Staatswille, soweit er nicht in Gesetzen ausgedrückt ist, nicht immer so klar zutage liegt, und daß die staatliche Bureaucratie sehr dazu geneigt ist ihren Willen als den Staatswillen zu proklamieren und durchzusetzen. Sehr eingehend beschäftigte sich Grzesinski mit den Fragen der Dekonzentrierung der großstädtischen Verwaltung, wie man sie neuerdings zu nennen beliebt. Man redet heute sehr viel von der Gemeinschaft. Auf allen Gebieten des menschlichen Lebens wird ihr Verlust beklagt. Hier in der Kommunalverwaltung geht die Klage um den Verlust der örtlichen Gemeinschaft, die durch den Zusammenschluß selbständiger Gemeinwesen zu Großgemeinden verloren gehe, und deren Verlust aufgehoben oder wiedergutmacht werden soll. Diese Aufgabe muß denen um so dringender erscheinen, die die Bildung solcher Großgemeinden als Produkt natürlicher Entwicklung hinnehmen und für notwendig halten. Man will nun dieses Gefühl örtlicher Gemeinschaft dadurch

wieder gewinnen, daß man eine Dekonzentrierung der Verwaltung vornimmt. Der Sinn dieses Vorgehens ist nicht recht klar. Entweder man gibt den neu entstehenden Stadtteilen wieder eine Selbstverwaltung, wenn auch nur in beschränktem Umfang; dann macht man einmal den Zusammenschlußprozeß so weit wieder rückgängig, wird aber weiter das örtliche Gemeinschaftsgefühl nur dann wieder entstehen lassen können, wenn man der Einwohnerschaft und ihrer Vertretung auch wirklich Selbstverwaltung und damit Selbstverantwortung für das eigene Schicksal gewährt, nicht nur für Kanalisation oder Müllreinigung sondern für Gebiete, die wirklich dafür von Wichtigkeit sind. Ist die Dekonzentrierung aber nichts anderes als die Schaffung von Verwaltungsnebenstellen mit mehr oder weniger großen Aufgaben in den örtlichen Bezirken, so erreicht man damit für das örtliche Gemeinschaftsgefühl überhaupt nichts. Zum Schluß setzte sich Grzesinski noch mit dem Verhältnis zwischen Städten und Landkreisen auseinander, insbesondere mit den auf dem Landkreistag aufgestellten beiden Forderungen nach festen unverrückbaren Grenzen und nach der neuen Organisationsform, dem Großkreis. Was er dabei über die Schaffung möglichst dauernder Grenzen sagte, wird man unterschreiben können. Wenn man eine Neugliederung vornimmt, macht man sie doch hoffentlich so, daß sie nicht schon während ihres Entstehens überholt ist. Bei dem schnellen Tempo aber, in dem sich unsere ganze gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere in den wirtschaftlich bedeutenden Landesteilen, vollzieht, ist dieser Satz leichter ausgesprochen als befolgt. Man kann keinem Landkreis die Garantie geben, daß sein Gebiet 30 Jahre unverändert besteht. Man kann aber auch den im Kreis wachsenden Städten nicht das Ausscheiden verbieten, wenn man einmal die Existenz besonderer Stadtkreise zugelassen hat und an ihr festhalten will. Die preussische Gesetzgebung hatte der kreisangehörigen Stadt einen unbedingten Anspruch darauf gegeben, wenn sie eine bestimmte Bevölkerungszahl erreicht hatte. Eine Prüfung, ob das Ausscheiden im allgemeinen Interesse sei, wurde dabei nicht noch einmal vorgenommen. Der Gesetzgeber ging eben davon aus, daß, wenn eine Stadt die vorgeschriebene Größe erreicht hat, die allgemeinen Gründe für das Ausscheiden die für das Verbleiben im Kreis überwiegen. Nun will der Minister mit dieser gesetz-

lichen Reglung brechen und den Satz des Gesetzes vom 27. Dezember 1927, daß Kreisgrenzen nur durch Gesetze verändert werden können, auch auf die Fälle des Ausscheidens einer kreisangehörigen Stadt anwenden. Weshalb er in der Festsetzung einer bestimmten Bevölkerungszahl eine unbegreifliche Selbstbindung des Gesetzgebers sieht, wird von ihm nicht näher ausgeführt. Unverständlich ist nur seine Argumentation. In der Bevölkerungszahl sieht er nur ein rein äußerliches Merkmal für das Ausscheiden aus dem Kreis. Aber der Gesetzgeber hat selbstverständlich, als er die Bevölkerungszahl festsetzte, dies deshalb getan, weil in diesem Fall die allgemeinen Interessen, die nicht nur durch Landkreise sondern ebenso sehr auch durch die Städte vertreten werden, bei dieser Bevölkerungszahl das Ausscheiden fordern, dieses also gerade dem öffentlichen Wohl, wenn auch nicht meist vorgeschützten Interessen des Landkreises dient. Denn tatsächlich ist noch kein Landkreis an dem Ausscheiden von Städten zugrunde gegangen. Und ebenso anfechtbar ist die weitere Konzession, die der Minister den Kreisen machen will: die Kompetenzkompetenz. Das bedeutet nicht nur, daß der Kreis für Aufgaben, die »gut und überhaupt nur überörtlich gelöst werden können, und die vom Kreise nur in Angriff genommen werden können, wenn sie nicht gleichzeitig auch von einzelnen Gemeinden unternommen werden, die ausschließliche Zuständigkeit beanspruchen kann«. Beanspruchen kann er sie auch heute schon. Die Frage ist nur, ob er sie erhält. Wenn aber die Kreise von Kompetenzkompetenz reden, so verstehen sie darunter, daß der Kreis die Kompetenzen selbständig bestimmt und ihm niemand weiter hineinreden kann. Die Kreise aber, oder, wie man richtiger sagen sollte, die Leiter der Kreise, die Landräte, vertreten mit hinreichender Deutlichkeit den Satz, daß der Kreis das Prius und die Gemeinden das Posterius sind, während der Fall tatsächlich umgekehrt liegt. Nach ihrer Auffassung sind die untersten Stellen des Staats die Kreise, und sie reden in solchem Zusammenhang von den Gemeinden überhaupt nicht mehr. Es ist höchst bedenklich, wenn der Minister, hier wohl auch gleichzeitig das Sprachrohr seiner Bürokratie, eine solche Reglung für selbstverständlich hält, wenn er, von dem Schlagwort rationelle Planwirtschaft geblendet, Gegner der gleichen örtlichen Selbstverwaltung wird, als deren Schut-

herrn er sich in einem frühern Teil seiner Rede bezeichnet hat. Alle kommunale Selbstverwaltung, die über die Gemeinde hinübergeht, ist nur verkleidete Kommunalbürokratie. Es ist begreiflich, daß die kreisangehörigen Städte, die vor allem im Reichsstädtebund organisiert sind, in einer Denkschrift und auf ihrer Tagung in Heidelberg am 6. September 1928 auf das entschiedenste gegen diese Zentralisierung der Selbstverwaltung im Landkreis Front gemacht haben und nun wieder die Pyramide von der Spitze auf ihre Grundfläche setzten. Mit Recht verlangte der Rastatter Oberbürgermeister Renner, daß grundsätzlich die einzelnen Gemeinden Trägerinnen der Selbstverwaltung sein müßten, höhere oder überörtliche Kommunalverbände aber nur zur Ergänzung der örtlichen Selbstverwaltung für solche Aufgaben in Betracht kommen dürften, die die Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden übersteigen. Zellen des Staats sind auch heute noch die Gemeinden, während die Kreise und Provinzen Verwaltungsbezirke sind, deren Änderung durch Verwaltungsakt auch heute noch jederzeit, meist ohne Schwierigkeit, vorgenommen werden kann.

**Kleinstwohnungen** Der Verwaltungsrat des Deutschen Vereins für Wohnungsreform sprach sich in seiner Sitzung vom 13. Juli für die Zulassung von Kleinstwohnungen (Wohnungen von 30 bis 48 Quadratmeter) aus, allerdings nicht einstimmig sondern gegen eine immerhin beachtenswerte Minderheit. Wo die Schichtung der Bevölkerung und des nachgewiesenen Bedarfs es rechtfertigen, wünscht der Verein den Bau solcher Kleinstwohnungen und die Beteiligung der mit der Verwaltung der Hauszinssteuer Mittel betrauten Stellen an der Finanzierung solcher Wohnungen. Allerdings soll bei ihrem Bau darauf geachtet werden, daß sie nach Beseitigung der Wohnungsnot durch Umgruppierung vergrößert werden können. Die Geber der Hauszinssteuerhypothenken sollen sich daher grundbuchlich das Recht sichern lassen die unter Ziffer 2 vorgeschlagene Zusammenlegung mehrerer Wohnungen bei nachgewiesenem Bedürfnis zu fordern. In der Begründung wird auf die Untersuchungen der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen hingewiesen, insbesondere auf das 1. Sonderheft ihrer Veröffentlichungen, in dem ein Arbeitsausschuß Vorschläge für die Gestaltung von Kleinstwohnun-



gen macht (siehe die Rundschau Kunstgewerbe, in diesem Band Seite 733). Dieser Ausschuß hat Grundrisse für Einfamilienhäuser mit einer Wohnfläche von 45,2 Quadratmeter und für Geschößwohnungen von 28,55 bis 48,9 Quadratmeter ausgearbeitet. Die Begründung behauptet, damit sei der Nachweis erbracht, daß in diesen Kleinstwohnungen Familien in durchaus menschenwürdiger Weise untergebracht werden können, und daß diese Wohnungen im Vergleich zu solchen, die mit Fremden geteilt werden müssen, geradezu einen Idealzustand bedeuten. Die Grundrisse mögen durchaus einwandfrei sein; es handelt sich aber um die Belegung. Die Kundgebung behauptet, daß in der allerkleinsten Wohnung von 28,5 Quadratmeter mit abgeschlossenem Flur und Badezimmer eine Familie mit einem Kind in durchaus menschenwürdiger Weise untergebracht werden könne. Was ist menschenwürdig? Darüber gehen die Ansichten sehr weit auseinander. Ist es menschenwürdig, wenn die ganzen Lebensfunktionen einer Familie mit 1 Kind sich in einem einzigen Zimmer (denn mehr dürfte die erwähnte Wohnung wohl kaum enthalten oder es sind Löcher) abspielt? Auch der Hinweis, daß in zahllosen Fällen viel weniger Wohnraum den Familien zur Verfügung steht, beweist nichts dafür, daß deshalb Zwergwohnungen gebaut werden müssen, weil es dann vielleicht möglich werde statt 200 000 Wohnungen deren 300 000 mit den vorhandenen Mitteln herzustellen. Die Begründung vernachlässigt hier die ganze wichtige Frage der Mietpreise. Ein Herabdrücken des Wohnungsstandards hat noch niemals zu einer Senkung der Mietpreise sondern nur zu einer Steigerung der Grundrente geführt. Für die Kleinstwohnungen wird sich der Mietpreis nicht geringer stellen als für eine etwas größere Wohnung. Auch das Argument geht fehl, daß die Höhe der Miete, die heute von einem großen Teil der arbeitenden Bevölkerung nicht getragen werden könnte, eine Reduzierung der Wohnungsgröße im Interesse der Mietsenkung erforderlich erscheinen lasse. Weil die Mieten niedrig gehalten werden, sind die Löhne niedrig, und wir verschenken in den mit den niedrigen Löhnen hergestellten Waren das Produkt unserer Arbeit an das Ausland. Ebensowenig ist das Argument richtig, daß der Kapitalmangel in Deutschland zu einer Herabsetzung der Wohnungsgröße führen müsse. Mit Recht kann man darauf hinweisen, daß es sich bei dem Kapital-

mangel zum großen Teil um Fehlleitungen des Kapitals in der Produktion handelt, und daß durch eine andere, bessere Steuergesetzgebung die notwendigen Geldmittel beschafft werden könnten. Der hohe Stand der Baukosten ist ein Fehler wirtschaftlicher Organisation. Hier, also in einer Herabdrückung der Baukosten der neuen Häuser, insbesondere der Baumaterialien (Ziegel, Zement, Holz usw.) muß angesetzt werden, nicht aber in einer Verringerung des Wohnraums für die arbeitenden Klassen. Denn der Aufstieg von dem herabgedrückten Wohnungsstandard zu einem höhern würde die Arbeit von Jahrzehnten sein, wie die Geschichte des Wohnungswesens aller Länder uns gezeigt hat.

**Totenliste** Am 8. Januar starb der frühere sozialdemokratische Bürgermeister Hamburgs *Otto Stolten*, kurz vor Vollendung seines 75. Lebensjahrs. Stolten war einer der führenden Männer der hamburgischen Sozialdemokratie, in der ganzen Partei bekannt und wegen seines Ernstes aufs höchste geachtet. Schon unter dem Sozialistengesetz wirkte er, damals junger Schlosser, für die Arbeiterbewegung. 1885 nahm Johannes Wedde, der die Bürgerzeitung redigierte, ihn als Berichterstatter für die Hamburger Bürgerschaft an: eine Tätigkeit, die nun Stolten neben seinem Beruf ausübte. Später wurde er selbst Redakteur des Nachfolgers der Bürgerzeitung, des Hamburger Echos. Am 15. Februar 1901 wurde er in die Bürgerschaft gewählt: der erste Sozialdemokrat im Hamburger Parlament. Nach der Novemberumwälzung wurde er Senator und dann 2. Bürgermeister. Bis in die letzte Zeit hinein hat er mit nie nachlassender Spannkraft sein Amt verwaltet, das in diesen Nachkriegsjahren schwer genug war.

Am 15. März starb der erste sozialdemokratische Stadtpräsident Kopenhagens *Jens Jensen*, in seinem 69. Lebensjahr. Jensen begann seine Laufbahn als Hirtenjunge, wurde später Dekorationsmaler und kam dann nach Kopenhagen. Dort nahm er bald eine führende Stellung in der Sozialdemokratischen Partei ein, auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen /1910/ erregte er allgemeines Aufsehen. Denn er war damals schon eins der einflußreichsten Mitglieder der Stadtverwaltung Kopenhagens, seit 1903 Finanzbürgermeister; und daß ein Sozialdemokrat an der Spitze der Landeshauptstadt stehen könnte, war eine für deutsche Verhält-



nisse damals noch unfaßbare Erscheinung. Im Jahr 1924 wurde Jensen dann Oberbürgermeister von Kopenhagen. Der Volkspark, ein mustergültiges Hospital sowie zahlreiche Schulen modernster Art verdanken ihm ihre Entstehung.

Am 11. Mai starb in Frankfurt der frühere Stadtkämmerer *Heinrich Bleicher*, 67 Jahre alt. Er war der Hauptmitarbeiter Franz Adickes', dessen Biographie er noch in seinen letzten Lebenstagen vollendete, und man kann ihn als den eigentlichen Vater der Frankfurter Universität bezeichnen. Seit 1890 widmete Bleicher ohne Unterbrechung seine Dienste der Stadt Frankfurt, bis 1926 verwaltete er das Finanzdezernat. Nach seinem Rücktritt wurde er Professor für Kommunalpolitik und Statistik an der Frankfurter Universität. Mitte Juni starb in Bad Kissingen *Hermann Wendelstadt*, 65 Jahre alt. Er wirkte längere Zeit als Arzt und Universitätsdozent in Bonn, später an der Akademie für Praktische Medizin in Düsseldorf. Von 1912 bis 1924 gehörte er der Gemeindevertretung von Godesberg an. Von 1912 bis 1925 war er dort Erster Beigeordneter. Er hat für Godesberg viel getan. Sein Tod bedeutet dieser Stadt einen großen Verlust.

In der Nacht vom 7. zum 8. August starb in Berlin der Beigeordnete des Deutschen und des Preußischen Städtetags *Wilhelm Spickernagel*, im Alter von erst 38 Jahren. Er leitete zuletzt die Presseabteilung des Deutschen Städtetags, und es gelang ihm die Mitteilungen des Deutschen Städtetags zu einer vielbeachteten Zeitschrift auszugestalten.

**Kurze Chronik** Die von dem Professor *Walter Norden* an der Berliner Universität eingerichteten Kommunalwissenschaftlichen Übungsräume wurden in ein *Universitätsinstitut* umgewandelt. Dieses Kommunalwissenschaftliche Institut, das erste seiner Art in Deutschland, vermittelt studierenden Juristen und Nationalökonom, die später leitend in der Verwaltung tätig sein wollen, ein spezielles kommunalwissenschaftliches Studium. Daneben sollen auch für weitere Kreise in engster Zusammenarbeit mit der Praxis in Vortragsreihen die kommunalen Probleme wissenschaftlich dargestellt werden. ◊ Die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer Sitzung vom 4. Oktober den Vorschlag des Magistrats: aus laufenden Mitteln 15 Millionen für den Bau von 2080 Wohnungen bereitzustellen, an.

### Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

**Wille †** Am 4. September starb auf seinem Besitztum am Bodensee, in Senftenau bei

Lindau, in seinem 69. Lebensjahr einer der Priester der berühmten Friedrichshagener literarischen Gemeinde: *Bruno Wille*. Die Blütezeit dieser Gemeinde, der auch Gerhart Hauptmann, Richard Dehmel, Heinrich und Julius Hart, Detlev von Liliencron, Peter Hille, Otto Erich Hartleben und, als Gast, auch August Strindberg usw. angehörten, fiel etwa um das Jahr 1890. Wille war in erster Linie Kulturpolitiker und Literat. Sein bleibendstes Werk ist die Freie Volksbühne, deren Errichtung ihm zu danken ist. Daneben war er auch Gründer einer Freien Hochschule für Arbeiter und Hauptprediger der Berliner Freireligiösen Gemeinde. Unter Willes Veröffentlichungen sind neben 2 Romanen, von denen der eine: *Die Abendburg*, mit einem Preis ausgezeichnet wurde, eine Sammlung Lyrik: *Einsiedler und Genosse*, und ein philosophisch-politisches Bekenntniswerk: *Philosophie der Befreiung durch das reine Mittel*, zu nennen, in dem er einen friedlichen Anarchismus predigt. In der kleinen Schrift *Das Gefängnis zum Preußischen Adler* schildert Wille seine Erlebnisse mit der preußischen Polizei, die ihn wegen seiner freireligiösen Propaganda nicht nur mit Strafmandaten überhäufte sondern auch einmal ins Gefängnis sperrte.

Eine der markantesten Persönlichkeiten aus der Aufstiegszeit der literarischen und sozialistischen Bewegung der neunziger Jahre ist aus dem Leben gegangen.

**Frankreichs Lehrer in Deutschland** Im April dieses Jahres unternahmen als Delegierte des Lehrerverbands Frank-

reichs, des Syndicat National des Institutrices et Instituteurs Publics de France et des Colonies, das 78 000 Mitglieder umfaßt, etwa 50 Volksschullehrer und -lehrerinnen aus allen Teilen Frankreichs und aus Algier eine Studienreise nach Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei. Die Reise war nicht nur als eine pädagogische Angelegenheit gedacht sondern gleichzeitig als positives und symbolisches Bekenntnis der französischen Lehrer zum Gedanken der deutsch-französischen Annäherung. Sie führte die Teilnehmer über München, Wien, Prag nach Berlin und von hier über Hamburg und Köln wieder nach Frankreich zurück. Die Delegation hat ihre Reiseindrücke nunmehr in einem

Bericht zusammengefaßt und diesen in ihrem Verbandsorgan veröffentlicht. Darüber hinaus ist der Reisebericht auch als gesonderte, den Berufsgenossen der Gastländer gewidmete Broschüre unter dem Titel *Le Voyage de la délégation du Syndicat National en Allemagne et dans l'Europe Centrale* /Paris, Imprimerie du Syndicat National/ der breitem Öffentlichkeit Frankreichs zugänglich gemacht worden. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn er auch in deutscher Übersetzung der deutschen Volksschullehrerschaft und der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt würde, weil er nicht nur über den Geist des für die französische Volksschullehrerschaft repräsentativen Berufsverbands eine bei uns immer noch sehr wünschenswerte Aufklärung verbreiten könnte, sondern weil auch die Eindrücke, die die französischen Besucher auf ihrer Reise gewonnen haben, für das Problem Deutschland-Frankreich von Wichtigkeit sind.

Zur Orientierung mögen hier zunächst einige Bemerkungen über den französischen Lehrerverband vorausgeschickt werden. Er gehört im Rahmen eines größeren, erst in diesem Jahr gegründeten Verbands, der *Fédération Générale de l'Enseignement*, die auch andere Berufsweige des öffentlichen Bildungswesens von Frankreich mitumfaßt, dem Gewerkschaftsbund, der *Confédération Générale du Travail*, und durch diesen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale an. Innenpolitisch vertritt er den Gedanken der gewerkschaftlichen Berufsorganisation, -vertretung und -fortbildung sowie der in religiöser Hinsicht neutralen, auf dem Prinzip der Gewissensfreiheit der Lehrpersonen begründeten Staatsschule, der *école laïque*, mit humanitärem Erziehungsziel. Nach außen sucht er im Sinn seiner Bestrebungen auf 2 Wegen Einfluß auszuüben: 1. auf dem über das gewerkschaftliche *Sécritariat Professionel International* in Amsterdam, an das außerdem an ausgesprochenen Lehrgewerkschaften noch 6400 Holländer, 2200 Österreicher (Freie Lehrgewerkschaft Österreichs) und 1000 Deutsche (Gewerkschaft Deutscher Volksschullehrer) angeschlossen sind; 2. auf dem über die *Fédération Internationale des Associations d'Instituteurs* in Paris, einem Dachverband großer nationaler Lehrerbünde, dem unter anderen auch der Deutsche Lehrerverein mit 150 000 Mitgliedern, die National Union of Teachers Englands mit 121 000 Mitgliedern sowie Lehrerbünde Bulgariens, Estlands, Hollands, Lettlands, Litauens, Polens,

Schwedens, der Schweiz, Südslawiens und der Tschechoslowakai mit zusammen 493 000 Mitgliedern angehören.

Wie hat nun, was die französischen Lehrer auf ihrer Reise sahen und hörten, auf sie gewirkt?

In München zum Beispiel machen auf die Franzosen besonders Eindruck die schönen, großen, modern eingerichteten Volks- und Fortbildungsschulen, mit ihren Werkstätten, Zeichensälen, Turnhallen, Küchen, Duschen, Projektionsapparaten usw. Schon bei der ersten Zusammenkunft mit deutschen Kollegen stellt sich heraus, daß im Durchschnitt mehr deutsche Lehrer Französisch sprechen oder in Frankreich gewesen sind als umgekehrt. Als den Franzosen bei der Besichtigung einer Münchener Volksschule unter den Wandbildern und den Schülerzeichnungen Bilder auffallen, die offenkundig von militaristischem Geist inspiriert sind, wird ihnen vom Leiter der Schule gesagt, es hinge dies mit der natürlichen Reaktion eines besiegten Volks auf den Krieg und mit jener Kriegspsychose zusammen, die auch in Frankreich nicht ohne Wirkung auf die Schule geblieben sei. Dabei wird auf das 1923 von den Süddeutschen Monatsheften veröffentlichte Sonderheft über die Rolle des nationalistischen Deutschenhasses in französischen Schulbüchern hingewiesen. In seiner Erwiderung auf die offiziellen Begrüßungsansprachen, die am Abend von deutscher Seite durch Vertreter der Universität, der Neuphilologen und der Volksschullehrerschaft an die französischen Gäste gerichtet wurden, erinnert der französische Sprecher daran, daß die französischen Lehrer erst kürzlich 2 prominente Vertreter des Münchener Geisteslebens, nämlich Heinrich Mann und Ludwig Quidde, in Frankreich hätten begrüßen können. Was die von den Süddeutschen Monatsheften namhaft gemachten Bücher anlange, so sei es ein bedauerlicher Irrtum gewesen solche französischen Bücher und Alba als Schulbücher zu bezeichnen, die von einigen großen Buchhandlungen als Prämiens- und Geschenkbücher verkauft worden seien, und deren Inhalt und Gebrauch der Kontrolle des Lehrpersonals entzogen sei. »Zweifellos haben einige unserer Schulbücher Stellen enthalten, die wenig geeignet waren der Annäherung zu dienen, von der wir träumen. Wir haben sie im Rahmen der Grenzen, die uns unsere Gesetzgebung im Hinblick auf ihre Ausscheidung zieht, bekämpft. Die gelesensten Autoren haben die be-

anstandeten Stellen in den Neuausgaben von selbst weggelassen. Wir sind gewillt aus unseren Büchern und aus unserem Unterricht jede kriegerische und chauvinistische Tendenz zu verbannen, die geeignet ist zwischen den Völkern einen Zustand moralischer Feindseligkeit aufrechtzuerhalten.« Wer etwa meinen sollte, das seien nur schöne Worte, dem sei dringend empfohlen einmal das Februarbulletin des Syndicat National zur Hand zu nehmen und sich in das darin enthaltene Kapitel Livres bellistes zu vertiefen. Er wird aus ihm mit Überraschung entnehmen, welchen unterschiedenen und wirksamen Kampf der französische Lehrerverband von der Pariser Zentrale aus und durch seine provinziellen Verbände bereits seit 1924 gegen untergeordnete provinzielle Schulbehörden und gegen die Verfasser und Verleger zahlreicher Schulbücher im Sinn der Bekämpfung jeder Verherrlichung des Kriegs, des Chauvinismus und der Haßpropaganda führt. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch in Deutschland die dort mitgeteilten Dokumente und Listen boykottierter, aus den Schulen verbannter und unter der Wirkung dieses Kampfs umgearbeiteter Schulbücher durch die Fach- und Tagespresse bekannt gegeben würden.

In Wien studieren die französischen Besucher den großartigen Neuaufbau des städtischen Schulwesens, der hier in engster Verbindung mit fruchtbarer Sozialpolitik auf den Gebieten des Wohnungs- und Siedlungswesens, der Heimerziehung, des Mutterschutzes, der Kleinkinderfürsorge und dergleichen von der sozialdemokratischen Gemeinde- und Schulverwaltung geleistet worden ist. Während die französischen Besucher in Wien sind, tagt hier gerade der im Amsterdamer Sekretariat zusammengefaßte Internationale Verband der gewerkschaftlich organisierten Lehrervereinigungen, an den, wie oben erwähnt wurde, der Lehrerverband Frankreichs ebenso angeschlossen ist wie an die umfassendere Internationale Vereinigung der Lehrerverbände. Unter dem Einfluß der Kritik, die von Vertretern der Freien Lehrergewerkschaft Österreichs und der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer an der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände geübt wird, faßt die Wiener Tagung der Amsterdamer Lehrergewerkschaften einen Beschluß, der dem französischen Syndicat National nahelegt aus der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände auszutreten. Der Vertreter des französischen

Syndicat National erklärt jedoch, daß sich seine Organisation nicht in die speziell deutschen Gegensätze zwischen der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer und dem Deutschen Lehrerverein hineinziehen lassen wolle und für sich das Recht eigener Entscheidung darüber in Anspruch nehmen müsse, ob und aus welchen Gründen sie auch weiterhin gleichzeitig der gewerkschaftlichen Lehrerinternationale von Amsterdam und der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände (die im Pariser Völkerbundsinstitut für Geistige Zusammenarbeit ihr Sekretariat hat) angehören wolle.

In Prag lernen die französischen Besucher aus eigener Anschauung die praktischen Schwierigkeiten und kulturellen Aufgaben kennen, vor die sich das Unterrichtswesen der jungen Tschechoslowakischen Republik dadurch gestellt findet, daß von den 2,2 Millionen Jugendlichen beider Geschlechter, die seine Schulen (einschließlich der Hochschulen) besuchen, nur 1,5 Millionen tschechoslowakischer Nationalität sind, während sich die übrigen 700 000 auf die Kinder der deutschen, jüdischen, magyarischen, polnischen und russisch-ruthenischen oder ukrainischen Staatsbürger verteilen. Sie beobachten einen starken französischen Einfluß im Anschauungsmaterial der Schulen und in den Unterrichtsmethoden, aber auch einen starken deutschen Einfluß in der Anlage und der Einrichtung neuer Schulbauten.

Die nächste Station ist Berlin. Der Aufenthalt in der Hauptstadt des Deutschen Reichs steht im Zeichen der beiden Kongresse des Deutschen Lehrervereins und der Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände. Einen ausführlichen offiziellen Bericht über diesen letztgenannten Kongreß enthält das Juliheft der Vierteljahrsschrift Fédération Internationale des Associations d'Instituteurs. Der größere Teil der französischen Besucher findet in Berlin auch Gelegenheit an den Vorträgen, Debatten und Besichtigungen des vom Deutschen Lehrerverein veranstalteten Pädagogischen Kongresses teilzunehmen. Georg Kerschenteiner, dessen Schulen sie in München besichtigt haben, legt ihnen seine Ideen von der erzieherischen Mission des Lehrers dar. Otto Glöckel spricht über die Leitgedanken seiner Wiener Schulreform. Der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins spricht über die Organisation der Volksschule in Deutschland, ein Berliner Stadtschulrat über das Schulwesen der Stadt Berlin. Ein preußischer Ministerialbeamter schil-

dert die Rolle der Volksschule im Rahmen des gesamten deutschen Unterrichtswesens, und der preußische Kultusminister legt dar, wie er sich die Aufgabe der nationalen Erziehung in Einklang gebracht denkt mit der Aufgabe der Erziehung zu einem internationalen Geist, der die Völker zu übernationalem Zusammenschluß drängt. An der mit dem Kongreß verbundenen Ausstellung beteiligten sich die Franzosen durch Einrichtung einer Französischen Abteilung mit Schülerzeichnungen, auch Anschauungsbildern und Lehrbüchern. Die Rede des französischen Delegierten Edouard Péron bei der großen Kundgebung im Kröllschen Saal mit ihrem feurigen Bekenntnis zur friedlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit und zur sozialen und humanitären Mission des Volksschullehrers bildet ein tief ergreifendes Bekenntnis der französischen Lehrer vor ihren deutschen Berufsgenossen und den zahlreichen anwesenden Vertretern des Volksschullehrerberufs aus anderen Ländern. Es muß leider festgestellt werden, daß die große deutsche Tagespresse in der Wiedergabe und Würdigung des bedeutungsvollen Inhalts dieser Rede so gut wie völlig versagt hat. Möchte sich ihr Inhalt dafür um so tiefer in die Herzen aller deutschen Lehrer eingepreßt haben, die jener Kundgebung beigewohnt haben.

Auf das, was die französischen Besucher nach ihrem Berliner Aufenthalt noch in Hamburg und in Köln erlebt haben, kann an dieser Stelle nicht mehr eingegangen werden. Es wäre zu wünschen, daß einer gleichfalls aus allen Teilen Deutschlands entnommenen Delegation des Deutschen Lehrervereins und der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer bald einmal Gelegenheit gegeben würde eine ähnliche Studienreise, wie die französischen Lehrer sie nach dem Osten unternommen haben, nach dem Westen, etwa nach Belgien, Frankreich und der Südwestschweiz, zu unternehmen. Vielleicht ließe sich eine solche Reise am besten so organisieren, daß sie mit der Teilnahme am 2. Jahreskongreß schlosse, den die Internationale Vereinigung der Lehrerverbände im kommenden Jahr in der Südschweiz zu veranstalten gedenkt.

**Studententum** Auf dem Kongreß, den die *Deutsche Studentenschaft* Ende Juli zu Danzig abhielt, wurde eine Resolution angenommen, nach der der Studententag den preußischen Studentenschaften dafür dankte, daß sie sich durch ihre Abstim-

mung vom 30. November 1927 den vom Kultusministerium gestellten Vorbedingungen für ein weiteres Bestehen einer amtlich anerkannten Studentenvertretung in Preußen nicht gebeugt hätten. Der Anspruch auf staatliche Anerkennung sei durch die Ablehnung der preußischen Ministerialverordnung vom 23. September 1927 nicht aufgegeben. Inzwischen sei die Studentenschaft entschlossen die studentische Selbstverwaltung in Preußen auch ohne amtliche Anerkennung fortzusetzen. Die auf dem Gedanken der großdeutschen Zusammenfassung der Deutschen Studentenschaft aufgebaute Würzburger Satzung schließe jedweden Druck auf die auslandsdeutsche Studentenschaft ihren innern Aufbau zu ändern vollkommen aus.

Ende August fand dann in Paris die diesjährige Vollversammlung der Studenteninternationale, der *Confédération Internationale des Etudiants*, der 23 Nationen als ordentliche und 25 als außerordentliche Mitglieder angehören, statt. Da es eine amtlich anerkannte deutsche Studentenvertretung augenblicklich nicht gibt, so war die deutsche Studentenschaft durch die Nachfolgeorganisation der ehemaligen Deutschen Studentenschaft und durch den Deutschen Studentenverband vertreten. Die grundsätzlichen Verschiedenheiten, die beide Verbände von einander trennen, kamen so in bedauerlicher Weise auch vor einem internationalen Forum zum Vorschein, das entweder unbedingte Einheitlichkeit der nationalen Repräsentanz oder gänzliche Nichtvertretung als wünschenswert erscheinen läßt. Es wäre zu wünschen, daß das deutsche Auswärtige Amt in solchen Fällen diejenigen Maßnahmen ergreift, die eine Desavouierung seiner eigenen Auslandspolitik oder eine uneinheitliche Vertretung der deutschen akademischen Jugend gegenüber dem Ausland verhindern könnten. Die *Confédération* hat aus der peinlichen Situation einen Ausweg zu finden gesucht, indem sie die deutschen Studenten aufforderte sich binnen 6 Monaten über eine einheitliche Außenvertretung zu verständigen. Auch diese bedauerlichen Vorkommnisse lassen es als geboten erscheinen, daß die Frage einer gesetzlichen Vertretung der deutschen Studenten von der Reichsregierung entschieden wird.

**Filmwesen** Wie im englischen Unterhaus mitgeteilt wurde, sind in England seit der Einführung des Filmkontingentsystems bis Ende Juni 1928 112 britische und 872

ausländische Filme registriert worden. Vor Einführung der Kontingentierung seien jährlich nur 28 britische Filme hergestellt worden. Die englische Regierung hofft, daß mit Hilfe des Film-schutzgesetzes vom 1. Januar 1928 der Schwerpunkt der Filmindustrie in einigen Jahren von Amerika nach Europa verlegt werden könne. Im August ist auf einem Kongreß, den der Reichsverband Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer nach Berlin einberufen hat, und an dem 11 europäische Nationen teilnahmen, die Gründung eines Europäischen Lichtspiel-syndikats beschlossen worden. Die entscheidende Resolution, die zur Gründung dieser internationalen Föderation führte, brachte der französische Delegierte Brézillon ein. Dagegen erklärte der englische Delegierte keine Vollmachten für den Anschluß zu besitzen.

In Verbindung mit der Tatsache, daß auf der Berliner Rundfunkausstellung von der Triergongesellschaft ein von dem Regisseur Ruttman und dem Komponisten Meisel hergestellter Tonbildfilm Rundfunk Deutschland vorgeführt wurde, hat eine öffentliche Diskussion darüber begonnen, welchen Einfluß man sich von der Verbindung der Kinematographie mit der Aufnahme und Wiedergabe von Geräuschen und Tönen versprechen soll (siehe die Rundschau Bewegungskunst, in diesem Band Seite 825). Man redet von "tönender" Wochenschau, die nicht nur dem Auge eine Parade zeigt sondern auch das Klappen der Griffe, den Marschtritt der Soldaten und die Regimentsmusik vernehmen läßt. Weiter meldet sich der "sprechende" Film an, der die Zwischentexte durch die sprechenden Filmschauspieler ersetzt. Bedeutende Führer der russischen Filmkunst, wie S. Eisenstein, W. Pudowkin, G. Alexandrow, stellen die Prognose, daß der sprechende Film wahrscheinlich nur dahin führen werde den naturalistischen Charakter der Filmproduktion zu verstärken. Dagegen sehen sie neue Möglichkeiten der Entwicklung, wenn der Ton in eine Beziehung zum visuellen Montageteil gesetzt wird, die sie als »kontrapunktische Ausnutzung« bezeichnen. Außerdem versprechen sie sich von der Anwendung der kontrapunktischen Methode bei der Schaffung tönender Filme nicht nur eine künstlerische Höherentwicklung der Filmkunst sondern auch eine stärkere Bedeutung des Films als eines Mittels internationaler Volkserziehung. Es bleibt abzuwarten, ob der geistvollen Theorie die große schöpferische Tat folgt.

**Zeitschriften** Unter der Leitung von Henri Barbusse und unter Mitherausgabe international bekannter Persönlichkeiten wie Albert Einstein, Maxim Gorkij, Upton Sinclair, Miguel de Unamuno und anderer erscheint seit einiger Zeit in Paris eine illustrierte Wochenschrift *Le Monde*, die man nach der Art, wie in ihr die aktuellen Fragen der Politik, des Wirtschaftslebens, der Wissenschaft, Literatur und Kunst in propagandistische Beleuchtung gerückt und volkstümlich dargestellt werden, als vorbildlich bezeichnen kann. Auch über das geistige Leben in Deutschland enthält das Organ gute laufende Beiträge, wie es umgekehrt allen denjenigen, die in Deutschland das geistige Leben Frankreichs und der übrigen Welt mit Interesse verfolgen, eine reiche Fülle von sachlichen Informationen und von Anregungen bieten kann. Die kritische Basis, von der aus in dem Blatt zu den Ereignissen und geistigen Strömungen Stellung genommen wird, ist ein undoktrinärer Sozialismus mit kultureller Zielsetzung.

Als Organ der Deutsch-Französischen Gesellschaft, die seit dem Januar besteht, erscheint, wie in dieser Rundschau (1928 I Seite 63) bereits angezeigt, in Paris die *Revue d'Allemagne* und in Berlin die *Deutsch-Französische Rundschau*. Auch diese letztgenannte Zeitschrift ist eine reiche Fundgrube zur sachlichen Information über die laufenden Erscheinungen des geistigen Lebens in Frankreich wie in Deutschland und vereinigt unter ihren Mitarbeitern eine große Anzahl führender Persönlichkeiten aus beiden Ländern, die dem Ziel einer deutsch-französischen Verständigung und Annäherung freundlich gegenüberstehen. Im April gab da Edgar Stern-Rubarth eine dankenswerte Übersicht über die in Frankreich bestehenden Verständigungsorganisationen, mit allgemeiner Charakteristik ihrer Entstehung, Zusammensetzung und besondern Art. Als umfassendste aller derartigen französischen Organisationen ist das seit Anfang 1927 bestehende Comité Français de Coopération Européenne anzusehen, dessen Seele der Abgeordnete und frühere Minister Emile Borel ist, das aber durch andere Vorstandsmitglieder, wie Aulard, Le Trocquer, Fontaine, Jouhaux, Lange, Loucheur, Lichtenberger, auch mit anderen Organisationen von ähnlicher Tendenz in enger Verbindung steht. Dieses Komitee stellt die französische Parallele zur deutschen Spitzenorganisation des Bundes für Europäische Verständigung

dar, in dem Wissell, Sollmann, Schücking, Giesberts, Hoetzsch und andere deutsche Parlamentarier aus den verschiedensten Lagern mitwirken. Stern-Rubarth stellt am Schluß seiner Übersicht dies fest: »Alle, die diesen Plänen ihren Namen und Kräfte leihen, folgen damit dem Beispiel Briands, der an der Spitze all dieser Organisationen, sei es als Ehrenpräsident, sei es als stiller Förderer und Befürworter, steht.«

Als wichtige Zeitschrift für das geistige Leben im belgischen Sozialismus ist die von Camille Huysmans in Brüssel herausgegebene Monatsschrift *L'Avenir Social* zu nennen. Im Juniheft dieses Jahrgangs befindet sich unter anderm eine interessante vergleichende Analyse Joseph Saxes über die letzten Wahlen in Frankreich und Deutschland.

**Jubiläen** 3 große deutsche Verlagsanstalten konnten am 1. Oktober ein Jubiläum feiern.

Das bedeutendste ist das des 100jährigen Bestehens des berühmten Verlags *Philipp Reclam* in Leipzig. Es erübrigt sich hier auf die große kulturelle Bedeutung der Reclamschen Universalbibliothek hinzuweisen, die im Lauf der Jahre eine Volksbildungsarbeit von außerordentlichem Umfang geleistet hat. Angesichts der Bedeutung des Verlags hatte die Regierung einen Vertreter zur Feier entsandt. Thomas Mann sprach für die Sektion für Dichtkunst in der Preussischen Akademie der Künste, und der Leipziger Oberbürgermeister teilte mit, daß die Stadt Leipzig zur Ehrung des Verlags die Leipziger Rathausstraße in Reclamstraße umgetauft habe.

50 Jahre besteht der Dresdener Verlag *Carl Reißner*. In der Zeit des deutschen Naturalismus widmete sich der Verlag dessen Schöpfungen; er war es, der das klassische Beispiel dieses Naturalismus herausbrachte: Arno Holz' und Johannes Schlafs *Papa Hamlet*, als dessen Autor die Verfasser, die beginnende Ibsenzeit humorvoll ausnutzend, einen imaginären Skandinaven Bjarne P. Holmsen nannten. Später ging der Verlag mehr zur Politik über; bedeutende politische Memoiren- und Sammelwerke sind dort herausgekommen; so neuestens Gustav Stresemanns Reden und Schriften.

25 Jahre besteht der Münchener Verlag *Georg Müller*, dem wir die Herausgabe einer ganzen Reihe der schönsten literarischen Gesamtwerke verdanken (von denen leider manche unvollständig blieben). Daß er Strindberg herausgab, ist sein unvergängliches Verdienst.

**Kurze Chronik** Der erste der *Schüleraustausche*, die von den Schulverwaltungen Deutschlands und Frankreichs organisiert werden, fand in den diesjährigen großen Schulferien statt. Nachdem die deutschen Schüler 6 Wochen lang französische Gastfreundschaft genossen hatten, speziell von der Stadt Paris 8 Tage lang eingeladen worden waren und dort alles Sehenswerte besichtigen konnten, brachten sie 200 der neugewonnenen französischen Freunde nach Berlin mit, die hier die gleiche Gastfreundschaft fanden. Sehr lebendig schilderte ein von der Vossischen Zeitung am 9. August veröffentlichter Brief eines deutschen Austauschschülers an seinen Vater die Eindrücke des jungen Deutschen in Frankreich. Er ist begeistert von der Aufnahme, die sie überall fanden, den zahllosen Einladungen, die jeder für sie bereit hatte, dem köstlichen, überreichlichen Essen, der Landschaft, den Bewohnern, dem stürmischen Pariser Leben, der Feier des Nationalfeiertags; kurz, man muß annehmen, daß solche Jugendeindrücke wirklich etwas für das Leben bedeuten. Auch die französischen Schüler haben sich in Deutschland sehr glücklich gefühlt und sicher in diesen paar Wochen mehr gelernt als Bücher ihnen hätten sagen können. ◊ Ein Komitee, das die Beziehungen europäischer Wissenschaftler unter einander pflegen will und aus Professoren der Frankfurter Universität und der Pariser Sorbonne besteht, verschaffte im Jahr 1927 mehreren französischen Studenten und Gelehrten *Stipendien* aus Frankfurter Stiftungen für einen Studienaufenthalt in Frankfurt. Jetzt wies umgekehrt das Pariser Institut *Germanique de la Faculté des Lettres*, im Einverständnis mit dem französischen Kultusministerium, deutschen Studenten, die in Paris weiter studieren wollen, 3 Stipendien von je 3000 Francs an. Das Frankfurter Komitee soll die Stipendiaten vorschlagen. ◊ Die belgische Regierung stellte dem Pariser *Völkerbundsinstitut für Geistige Zusammenarbeit* eine außerordentliche Beihilfe von 20 000 französischen Francs zur Verfügung; ebenso die ägyptische Regierung eine Beihilfe von 15 000 Goldfrancs. ◊ Auf Anregung des Ministerialdirektors Arnold Brecht und des Reichskunsthauptwirts Edwin Redslob wurde am 24. Juni, dem 6. Todestag Walther Rathenaus, in seinem Haus in Berlin-Grunewald eine *Walther-Rathenau-Gesellschaft* gegründet, die bei allen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben

des Staates für die Hervorhebung auch der kulturellen und ethischen Forderungen wirken soll.  $\diamond$  Am 23. September wurde in Berlin unter dem Vorsitz Heinrich Lux' eine neue *Freie Hochschule* eröffnet, deren Leiter Max Apel ist. Sie will in der Form einer Volkshochschule nach den Worten des Leiters nicht nur Wissen sondern »in lebendiger Gemeinschaftsarbeit wahre Geistesbildung« übermitteln. Dem Ehrenrat gehört unter anderen Albert Einstein an.  $\diamond$  Der Internationale Historikerkongreß, der im August in Oslo stattfand, und auf dem zum erstenmal auch wieder die deutsche Geschichtswissenschaft vertreten war, hat der Frage des *Geschichtsunterrichts* in der Schule einen breiten Raum gegeben. Die Finanzierung des Kongresses wurde zum größten Teil dadurch ermöglicht, daß die Laura-Spelman-Rockefeller-Stiftung dem Internationalen Komitee für Geschichtsforschung eine größere Summe überwies.  $\diamond$  Das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung legte die Geschäftsordnung für eine *Prüfstelle für Lehrbücher* fest. Diese Stelle soll Gutachten darüber liefern, inwieweit die Lehrbücher den Anforderungen und dem Geist der neuen Lehrplanbestimmungen für die Höheren Schulen entsprechen, und inwieweit sie mit dem gesicherten Ergebnis der Wissenschaft in Einklang stehen. Von einer erzieherischen Beeinflussung der Jugend im Sinn der republikanischen Staatsform ist jedoch weder in dem Erlaß noch in den Richtlinien die Rede.  $\diamond$  Das gegen den Dichter Johannes Robert Becher in Berlin wegen seiner Schrift *Levisit* und anderer Dichtungen eingeleitete *Hochverratsverfahren* ist auf Grund der politischen Amnestie eingestellt worden. Ebenso verfuhr man mit den Prozessen, die gegen Friedrich Wilhelm Foerster, Otto Lehmann-Rußbüdt und Carl Mertens inszeniert worden waren. Daß man diese Sachen fallen ließ, kann das Ansehen Deutschlands in der Welt nur stärken.  $\diamond$  An Stelle des verstorbenen Hendrik Antoon Lorentz wurde vom Völkerbundsrat der Professor für Geschichte an der Universität Prag *Joseph Susta* als Mitglied in die Völkerbundskommission für Geistige Zusammenarbeit berufen. Die Arbeiten Sustas erstrecken sich auf böhmische Wirtschaftsgeschichte und Kirchengeschichte. Seit mehreren Jahren gibt Susta, der übrigens vorübergehend auch tschechoslowakischer Kultusminister war, eine mehrbändige *Politische Geschichte Europas* heraus.

### Nationale Bewegung / Günter Kelsler

Raditsch † Als am 20. Juni ein serbisch-nationalistischer Abgeordneter auf den Kroatenführer Stefan Raditsch schoß, verließen die Kroaten das Belgrader Parlament, um es nicht wieder zu betreten. Man betete in Agram für die Wiederherstellung des nationalen Führers, veranstaltete auf dem Markusplatz eine große kirchlich-nationale Demonstration. Aber Raditsch sollte nicht wieder von seinem Krankenlager aufstehen. Er starb am 8. August, 57 Jahre alt. Man hat Raditsch hemmungslos, unbeständig, wirr, schillernd, sprunghaft, voll prunkhafter Ideen genannt. Wahrscheinlich mit Recht. Er war ein ganzer Sohn seines Volkes, ein echter Bauer, in dem der Instinkt noch mit ungetrübter Vehemenz, alle Logik umstürzend, lebendig war, dessen gewaltige Intensität immer neu wie ein kühner Rausch aufsprang und verklang. Über dem allen aber war er ein Mensch von einer grandiosen Polarität, der sein Volk in einem Atem der engen Heimerde und den Weiten des Slawentums, Europas, der Menschheit verpflichtete. Er war ein Revolutionär, der ohne den Gedanken etwas erlösen zu müssen nicht leben konnte, aber, und das ist vielleicht das Größte an ihm, ein Revolutionär, dem, sein ganzes Leben lang und bis zur letzten Stunde, das gültige Lächeln nicht vom Gesicht wich. Raditsch war für sein Volk das, was Saglul für Ägypten, Sun Jat Sen für China war. In ihm, in der Liebe und Treue zu ihm wurden die Kroaten zur Volkspersönlichkeit, er zündete sie zu hoher Bewegung, er gab ihnen Ziele voll starken Ethos, er schuf ihnen den festen Halt der Organisation. Er erfüllte und vollendete in Wahrheit sein Leben, das ein einziger Dienst, eine immer neue Revolution war, als er an der Kugel starb. Das kroatische Volk hat jetzt seinen toten Heros, und der tote Heros, von dem die Schlacken der kleinen Schwächen abfallen, von dem nur das Große und Unvergängliche lebt, verpflichtet mehr zu unerbittlichem Dienst an der Idee als ein lebender Führer.

Südslawien Nation und Staat der Südslawen sind durch die mörderischen Schüsse des ehemaligen Bandenführers und spätern repräsentativen Mitglieds der Regierungspartei Punitscha Ratschitsch in eine Krise gestürzt worden, bei der es um Sein und Nichtsein geht. Stämme sind



hier 1918 zu einem Ganzen verbunden worden, die bis zur Stunde der Einigung einander, wenn auch gezwungen, mit den Waffen bekämpften, die nichts mit einander gemeinsam haben als Sprache und Blut. Heute zeigt sich, daß die Einheit Südslawiens doch mehr eine Ideologie, ein Wunschbild war, ein »nur von Intellektuellen gehegter, vom Volk niemals verstandener Dichtertraum« (Predawatz). Es zeigt sich, daß all diese südslawischen Menschen letzstens nur die Blutgemeinschaft des Stammes, nicht aber die der Nation zu empfinden vermögen. Es zeigt sich vor allem, daß eine nationale Gemeinschaft eben weniger auf einer Gemeinsamkeit der Sprache und des Bluts beruht als vielmehr auf einer Gemeinsamkeit der Tradition, des Kämpfens, des Erlebens und der daraus hervorgehenden Lebensanschauungen und Lebensordnungen. Und eben diese Gemeinschaft fehlt einstweilen noch im Reich der Südslawen. Die Serben, diesseits Drin, Sawe und Donau, haben sich äußerlich aus dem byzantinischen und dem türkischen Reich herausgekämpft, in einem ebenso heroischen wie brutalen und skrupellosen Kampf, der zwischen Held und Mörder keinen Unterschied kannte. Innerlich aber sind sie, vielleicht eben wegen der Art des Befreiungskampfs, immer Osten, Balkan, Byzanz geblieben. Die Serben jenseits der 3 Flüsse, die Kroaten und Slowenen dagegen, haben sich ihre Eigenvolklichkeit im Rahmen eines westlichen, eines europäischen Staats und mit den zivilisierten Mitteln der politischen Organisationen erarbeitet, wie sie einem solchen Rahmen angemessen sind. Die Wasserscheide jener Drin-Sawe-Donau-Linie ist darum zugleich eine Scheide der Kultur. Diese Front der Preszani, der Jenseitigen, gegen die Serbier, entstanden aus dem Gefühl kultureller Fremde, verstärkt durch das Erleben wirtschaftlich ausgebeutet, administrativ mißhandelt zu werden, erhält nun ihr volles drohendes Gewicht erst dadurch, daß sie sich zum Teil mit 2 anderen Fronten deckt, die gleichfalls am Unterbau des Staatswesens der Südslawen rütteln: das ist einmal die Front des kroatischen Nationalismus, der sich, genährt durch eine jahrhundertalte Tradition völkisch-politischen Eigenlebens, dagegen auflehnt in dem Schmelztiegel eines indifferenten oder großserbisch vorgefärbten Südslawentums aufzugehen; dann die Front der Bauerndemokratie gegen die Usurpation des Staats durch eine kleine großstädtische Oligarchie privilegierter

Familien, wie sie der Balkan überall kennt, und die Raditsch und die Seinen als Zinzarentum an den Pranger stellten. Diese 3 Fronten: Preszani gegen Serbier, Kroatie gegen Großserbe, Bauer gegen Zinzare, sind heute durch die Gewalt der Ereignisse zu einer einzigen verwachsen und zerreißen von Stunde zu Stunde mehr den staatlichen Rahmen, der sie umspannt. Dem Mord an den 3 kroatischen Abgeordneten in Belgrad ist der Mord an einem Revolverjournalisten in Agram gefolgt; es brannte, vermutlich angezündet, das kroatische Bauernheim; die Agramer Sonderdelegation zur Berliner Tagung der Interparlamentarischen Union trug bewußt den Streit nach außen, in die internationale Öffentlichkeit; Belgrad droht mit dem Staatsschutzgesetz; in Agram ertönen aus den radikalisierten Massen Hochrufe auf eine Kroatische Republik; und die Presse diesseits und jenseits übersteigert sich in maßlosen Anfeindungen. Kurz, zum äußersten entschlossene Erbitterung hier, verblendete Verständnislosigkeit da stehen sich gegenüber, und die lieben Nachbarn vor den Toren nützen gern die gute Stunde. Der Dichtertraum Südslawiens scheint zu Ende, seit der Versuch ihn mit der Wirklichkeit der großserbischen Hegemonie zu erfüllen mißglückt ist. Und doch wäre nichts törichter als darüber voll Schadenfreude zu frohlocken. Denn die Zukunft Europas braucht ein starkes, einiges, großes Südslawien, freilich auch ein demokratisches Südslawien.

#### Ägypten

Fast zur gleichen Zeit sind in Ägypten und in Syrien die Parlamente aufgelöst oder suspendiert worden, und zwar in beiden Fällen letzstens aus außenpolitischen Gründen. In Ägypten spielt freilich in dem Gewaltakt der Auflösung sicher noch allerlei Innenpolitisches hinein: Der König nutzt die Machtmittel, die ihm die Verfassung leider bietet, gern wieder einmal für seine autokratischen Ziele aus. Die Konstitutionell-Liberale Partei bietet ihm dazu die Folie der nötigen Minister, weil die grundbesitzenden und großbourgeois Kreise, die diese Partei repräsentiert, periodisch Angst vor der wachsenden Machtstellung der Fellachenpartei bekommen: Wer weiß auch, wie lange sich diese noch so ganz auf den äußern Feind ablenken läßt wie bisher? Dazu, wie seit jeher in Ägypten, viel rein Persönliches: Reibereien zwischen den Führern, gekränkter Ehrgeiz, Haß, Paschawirtschaft,



Eigennutz: Wie fänden sich sonst auch diesmal wieder Männer wafdistischer Vergangenheit bereit in das Diktaturministerium einzutreten? Aber all das ist schließlich unbedeutend gegenüber dem Kernmotiv der Auflösung, von dem das Dekret freilich klugerweise nicht spricht; Der König, die vernünftigen Beamten, der britische Kommissar wollen durch die Auflösung freie Bahn gewinnen für den Ausgleich mit England, wie sie ihn verstehen. Sie wollen den im Frühjahr vom Wafdparlament brüsk abgelehnten Vertrag mit England, der die 4 britischen Vorbehalte der Unabhängigkeitserklärung von 1922 konkretisieren und modifizieren sollte, doch noch in irgendeiner Form zustande bringen, sie wollen verhindern, daß die im April vor dem anrückenden englischen Geschwader nur aufgeschobenen Versammlungsgesetze im Herbst wieder hervorgeholt werden, daß in der Frage der Aufhebung der Kapitulationen durch die 100prozentigen Forderungen der Nationalen schließlich alles beim alten bleibt. Kurz, sie wollen mit dem Empire sukzessive, von Reform zu Reform, von Vertrag zu Vertrag, ins reine kommen, ohne durch die Leidenschaft, das nationale Pathos, die Unbedingtheit des Wafd ständig in Krisen und Spannungen gestürzt zu werden. Es sei daran erinnert, daß auch die Unabhängigkeitserklärung von 1922 nur unter Standrecht erfolgen konnte, daß die Annahme der brutalen britischen Forderungen nach der Ermordung des Oberkommissars Stack Ende 1924 nur nach 2maliger Parlamentsauflösung und durch ein fast genau wie das jetzige zusammengesetztes Diktaturministerium möglich war. Was damals gelang, wird vermutlich auch jetzt gelingen; Großbritannien wird zu seinen Vertretern kommen, und Ägypten ein paar weitere Schritte auf dem langen Weg zur Freiheit tun können. Was damals nicht gelang, wird auch sicher heute nicht gelingen: Der Wafd wird nicht desorganisiert oder gar zerschlagen, das ägyptische Volk wird nicht von seiner nationalen Leidenschaft abgebracht werden.

Syrien  
In Syrien ist der Aufstand des Jahres 1926 jetzt so weit abgeklungen, daß Frankreich eine Regierung aus gemäßigten Nationalisten einsetzen, eine Teilamnestie erlassen und die Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung ausschreiben konnte. Dabei gewannen, trotz einem ungünstigen Wahlgesetz, die radikalen Nationalisten mehr als 75 %

der Stimmen. Das Parlament wurde Anfang Juni eröffnet und brachte bereits in 2 Monaten die Hauptzüge seines Entwurfs zustande, der sich in vielem an das Vorbild jener Verfassung hielt, die das freie Parlament des Syrischen Staats im Jahr 1920 entworfen hatte, ehe der selbstgeschaffene Staat durch das Diktat von San Remo zerschlagen und entmündigt wurde. Die kritische Frage der Staatsform wurde zugunsten der Republik entschieden, obwohl die extreme Gruppe und die Beduinen heftig für einen König aus dem Haus Ibn Saud eintraten; zur Staatsreligion wurde der Islam erklärt. Die Wiedervereinigung mit den von Frankreich abgetrennten und verselbständigten Gebieten des Libanon mit der Küste, des Djebel Orus und der Alautenprovinz fand in der Verfassung zunächst ihren Niederschlag in der drohenden Formel: »Kein syrisches Territorium darf an einen andern Staat abgetreten werden.« Sie erinnert an die Wilnaformel der neuen litauischen Verfassung. So lange ging alles gut. Als aber der Entwurf für die Syrische Republik ganz neue Grenzen insbesondere gegenüber Palästina festlegte, die Errichtung einer nationalen Armee, einer eigenen Vertretung im Ausland und dergleichen verfügte, griff Frankreich ein. Und da, wie im Parlament von 1920, nur die Gemäßigten und die Regierung, nicht aber die Mehrheit der Radikalen nachzugeben bereit war, erfolgte rasch die Vertagung des Parlaments, der die Auflösung folgen dürfte.

China  
Mit dem Fall Pekings und dem Tod Tschang Tso Lins (siehe die Rundschau Außenpolitik, in diesem Band Seite 784 und folgende) endete jähler als erwartet der chinesische nationale Bürgerkrieg, der mit dem Nordmarsch der Kantoner Truppen im Sommer 1926 begonnen hatte. Der Generalkrieg, der ihn, wie es für eine Weile schien, ablösen sollte, kam trotz scharfen Spannungen nicht; und zwar sieht es ganz so aus, als ob nach dem gemeinsamen Sieg auch jene Generale, die nichts sind als eben Generale, der Gewalt der nationalen Idee, der Macht des Volkswillens, erlegen wären; wohl zum erstenmal in Chinas Geschichte. Die 4 Marschälle fanden sich am Verhandlungstisch zusammen, und damit begann eine neue Phase der chinesischen Nationalrevolution, die statt unter dem Zeichen der Waffen unter dem der Beratung, der Verhandlung steht; und da die Chinesen in diesen

Dingen allzeit größere Künstler waren als im Kriegführen, hat man ein Recht die Zukunft Chinas lichter zu sehen. Der Auftakt bereits zeigte die Polarität der Kräfte, die in dieser Epoche der Verhandlungen um die Macht im neu zu bauenden Staat ringen werden: Parallel zur Marschallkonferenz in Peking und mit kaum verschleierter Front ihr gegenüber tagte zu Nanking eine Allchinesische Finanzkonferenz, berufen vom Finanzminister Soong und getragen von einem Kreis Schanghaier Industrieller, Bankiers, Großkaufleute und den hinter diesen stehenden Kreisen der reichen Emigration, die seit jeher die Nationalbewegung finanziert haben. Die Finanzherren wissen, daß kein General, ja keine Regierung heute ohne ihre Hilfe leben kann, weil die Masse der Bauern und kleinen Leute in ganz China als Steuerquelle zu Ende geschröpft ist, und sie geben darum ihre Hilfe nur dem, der ihre Wünsche respektiert. Einen Monat nach diesem Doppelspiel, durch das immerhin eine offene Aufteilung Chinas in Generalzonen verhindert wurde, war man bereits so weit, daß man es wagen konnte beide Machtkreise an einen Tisch zu setzen, und zwar zur 5. Plenarsitzung des Zentralen Vollzugsausschusses der Kuomintang. Es ist ungemein charakteristisch, daß von Rechts wegen weder die Generale, außer Tschiang Kai Schek, noch die Finanzherren an diesen Tisch gehörten, den sie in zumindest halber Breite einnahmen. Vielmehr verteilten sich die 24 rechtmäßigen Mitglieder des Vollzugsausschusses auf ein ganz anderes Kräftepaar, das nicht minder scharf mit einander ringt: das Zentrum, das heißt die bürgerlich-intellektuelle Richtung der Kuomintang, die zurzeit die Verwaltungsmacht in der Hand hat, und die Linke, die noch immer in den Geheimgesellschaften der Massen wurzelt, und die seit einem Jahr in heftiger Opposition außen steht. Die also spannungsgeladene Konferenz war ein Erfolg im typisch chinesischen Sinn. Es gelang, wenn auch erst nach schweren Mühen, wenigstens Teile der Linken mit an den Tisch zu bringen, und der Vollzugsausschuß trug der veränderten Wirklichkeit Rechnung, indem er sich, bei formaler Wahrung des Parteigefüges, in einen 46köpfigen Politischen Rat umformte, in dem alle 4 Gruppen: die Generale, die Finanzherren, das Zentrum und die radikale Linke, mit ihren Führern vertreten sind. Es wurde konkret nichts von Bedeutung beschlossen; alle großen Fragen wurden Kommissionen überwiesen.

Überraschend schnell kam dann aber die wichtigste dieser Kommissionen: die Verfassungskommission, zu einem Abschluß. Doch was sie vorlegt, ist bewußt keine Verfassung sondern nur ein »organisches Gesetz«. Denn nach der Theorie der Schule Sun Jat Sens befindet sich China erst in der 2. Phase seiner Revolution, der »Epoche der Belehrung«, in der der Partei Kuomintang das Recht der Herrschaft zukommt, und noch nicht in der 3., der demokratisch-konstitutionellen Epoche. Das organische Gesetz schafft also nur das System für die Verwaltung Chinas in der kommenden Übergangszeit: ein eigenartig-sinnvoll verschachteltes System. Das Rückgrat der neuen Verwaltung bilden 5 Körperschaften, die 5 Jüans, die eine enge Anlehnung an alte chinesische Grundformen staatlicher Ordnung darstellen. Im Jüan der Verwaltung bündelt sich die gesamte Exekutive, untergegliedert in die 8 im Westen üblichen Ministerien, die durch 4 Kollegien für chinesische Spezialaufgaben ergänzt werden. Unabhängig daneben stehen die Justiz und die Gesetzgebung als eigene Körperschaften. Ganz altchinesisch sind die Jüans der Kontrolle und der Examina, von denen das letzte wohl vor allem als Mittel gedacht ist, um, anknüpfend an die noch ungebrochene Ehrfurcht des Volkes vor der Institution des Examens, der Nankinger Zentrale durch das Prüfungsmonopol langsam, aber sicher die Autorität über den auch innerhalb der Partei kräftig entwickelten Provinzföderalismus zu verschaffen. Die eigentliche Herrschaft über China liegt formell nach wie vor beim Vollzugsrat der Partei, effektiv aber bei dem neuen Staatsrat, der sich zurzeit aus den 5 Präsidenten der Jüans und aus 7 Generalen und Politikern zusammensetzt, und dessen Präsident Tschiang Kai Schek ist. Die Zusammensetzung des Staatsrats offenbart die Labilität der Machtverteilung im heutigen China: Von den 5 Präsidenten der Jüans sind 3 alte Männer der (bürgerlichen) Revolution von 1911: davon hat der geistige Führer des gemäßigten Zentrums, Hu Han Min, das politisch entscheidende Kommissariat für Gesetzgebung inne. Von den Führern der Linken dürfte nur Wang hereingenommen worden sein. Ohne einen Jüan sitzen im Staatsrat außer Tschiang der Sohn Sun Jat Sens, Sun Fo, und die Generale Feng, Jen, Li /Kanton/, Li /Hankau/ und, ein einzigartiger Erfolg chinesischer Ausgleichstechnik, Tschang Hsü Liang, der Herr der Mandschurei.

Damit ist die Einheit Chinas zumindest formell geschaffen und der Rahmen gewonnen, in dem die widerstreitenden Kräfte bis zu dem gleichfalls beschlossenen Zusammentritt des Chinesischen Nationalkongresses am 1. Januar 1929 um einen Ausgleich mit einander ringen können. Es streben gegen einander: 1. der Wille zur Erhaltung des alten autokratischen Tutschunsystems mit der Reichsgewalt nur als außenpolitischem Instrument, 2. der Wille einen modernen, bürgerlich - kapitalistischen Ordnungsstaat zu bauen mit einer Einparteienherrschaft bei irgendwie formaler Demokratie; 3. der Wille einen Volksstaat, getragen von den Massen und ausgerichtet auf die soziale Not der Massen, zu begründen. Angesichts dieses erbitterten Ringens von sich mehr oder minder aufgehenden Ideen bleibt zunächst nur der Wunsch, daß nicht aufs neue die eine oder die andere Seite zu den Waffen greift, und daß nicht eine plutokratische Diktatur jedes ernste Streben nach einer neuen Volksordnung im Keim erstickt.

**Kurze Chronik** Ende August tagte in Genf der 4. *Europäische Minderheitenkongreß*, der sich vor allem fordernd mit der Minderheitenpolitik des Völkerbunds befaßte und gegen die Ernennung eines Spaniers zum Leiter des Minderheitensekretariats protestierte. ◊ Bei der letzten Reichstagswahl erhielten die *Minderheiten Deutschlands* zirka 70 000 Stimmen gegen 120 000 bei der Maiwahl 1924. Die schärfsten Verluste erlitten die Polen (64 000 gegen 100 000) und die Dänen (2755 gegen 7620). Da die Polen auch in Preußen nicht die nötigen 40 000 Stimmen in einem Wahlkreis erreichten, haben die Minderheiten weder im Reichs- noch im Landtag ein Mandat. ◊ 200 000 deutsche Sänger weilten im Juli in Wien. Aus dem Sängerfest wurde ein *Anschlußfest*, durch eine Reihe von Rednern in die Provinz hinausgetragen. Die erregte internationale Diskussion, die sich daran schloß, zeigte, wie wenig man noch begreift, daß die österreichische Lösung ein Teil der gesamteuropäischen Lösung sein muß. ◊ In der *Innern Makedonischen Revolutionären Organisation*, jenem Staat im Staat Bulgariens, tobt wieder einmal der blutigste Bürgerkrieg, nachdem eben erst der 4jährige Krieg zwischen Autonomisten und Föderalisten durch Ausrottung und Vertreibung der Föderalisten beendet worden war. Den Anlaß gab die Ermordung des alten Führers Protogerow auf Befehl des jungen Extremisten

Michailow. Seitdem wütet der Bandenkrieg in den Tälern der Struma und Mesta, dringt bis in die Straßen und Cafés Sofias. ◊ Kemal hat die Einführung der lateinischen Schrift in der *Türkei*, an Stelle der arabischen, befohlen. ◊ Der *Niederländischindische Volksrat* soll endlich eine asiatische, freilich nach wie vor zur Hälfte ernannte Mehrheit bekommen, und in dem Rat von Indien, der höchsten politischen Körperschaft Indonesiens, sollen 2 Indier sitzen.

#### Literatur

Mit besonderer Freude begrüßt man in *Hans Kohns* Geschichte der nationalen Bewegung im Orient /Berlin, Kurt Vowinkel/ das erste umfassende und wissenschaftlich wie politisch gleich qualifizierte Werk über das Leiden und Werden der Völker des Orients in den letzten 100 Jahren. Neben einer Einzelanalyse der nationalen Bewegung und Geschichte jedes der orientalischen Völker bringt das Buch in den systematischen Stücken, die dem Wandel des Islams, dem Verhältnis Englands und dem Rußlands zum Orient gewidmet sind, ungemein aufschlußreiche Einsichten in die Gesamtstruktur der Statik und Dynamik des weltpolitischen Heute. Zu bedauern ist die Vernachlässigung des Verhältnisses Frankreichs zum Orient (das für uns, vom kontinentaleuropäischen Standpunkt aus, von besonderer Wichtigkeit ist), ebenso, damit zusammenhängend, das völlige Auslassen der nordafrikanischen Gebiete. Auch verführt das Thema gelegentlich den Verfasser zu einem Übersehen der nicht im Nationalen wurzelnden Triebkräfte der Politik, so besonders bei der Behandlung der zentralarabischen Bewegung. ◊ Eine Fundgrube historischen Tatsachenmaterials ist *Mustafa Kemals* großer 6tägiger Rechenschaftsbericht vor dem letzten Kongreß seiner Partei, der jetzt unter dem Titel *Der Weg zur Freiheit*, mit guten Hilfsmaterialien, leider auch einigen einleitenden nationalistischen Phrasen versehen, deutsch herauskam /Leipzig, K. F. Koehler/. Das Buch besteht zu mehr als zwei Dritteln aus Originaltelegrammen und -dokumenten. Selten sind wohl das Aufstreben eines Volkes und das Werk eines in seiner Idee unbeirrten Führers so streng eindringlich, plastisch in seinen tausendfältigen kleinen Einzelakten dargestellt worden wie in diesem Bericht. Freilich ist das Lesen durch das enge Gebundensein dieser Einzelakte an unzählige, den meisten unbekannte Orte, Personen, Organisationen usw. nicht ganz einfach.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Stritt †

Am 16. September starb Marie Stritt in Dresden. Sie wurde am 18. Februar 1855 in Schäßburg in Siebenbürgen geboren, war die Tochter des Landesadvokaten Josef Bacon. Sie wurde Schauspielerin und heiratete Alfred Stritt, einen hervorragenden Tenor der Dresdener Oper. 1889 gab sie ihre Bühnenlaufbahn auf, um in die Frauenbewegung einzutreten, die damals im Beginn ihrer Entwicklung stand, und in der sie bald eine bedeutende Führerin wurde. Im Jahr 1894 gründete sie in Dresden den ersten Rechtsschutzverein für Frauen, nach dessen Vorbild bald in anderen Städten eine Reihe ähnlicher Vereine entstanden. In dieser von sozialem Verantwortungsgefühl diktierten Beratungstätigkeit schufen sich die Frauen einen gründlichen Einblick in die Verhältnisse und gewannen so die Grundlage für die Reformarbeit am Recht der Frau. Dem Kampf um eine würdigere Stellung der Frau vor allem im Ehe- und Familienrecht widmete Stritt in den folgenden Jahren vorwiegend ihre Kräfte, seit 1895 als Mitglied der Rechtskommission des Bundes Deutscher Frauenvereine, die bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine lebhafteste, allerdings kaum von Erfolg begleitete Propaganda entfaltete. Stritt war auch unter den ersten, die die Arbeit für den Friedensgedanken als eine besondere Aufgabe der Frauen erfaßten. Seit 1894 warb sie unter den Frauen für diese Idee. 1899 wurde sie an Stelle Auguste Schmidts zur Vorsitzenden des Bundes Deutscher Frauenvereine gewählt, den sie bis 1910 leitete. Gleichzeitig gab sie das Zentralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine heraus. In Wort und Schrift war sie unermüdlich für die Befreiung der Frau tätig. Als wichtigste Voraussetzung dafür galt ihr die politische Gleichberechtigung, für die sie, seit 1911 Vorsitzende des Verbandes für Frauenstimmrecht, mit Nachdruck kämpfte. Bei ihrer Arbeit war sie stets darauf bedacht den Zusammenhang mit der internationalen Frauenbewegung lebendig zu erhalten. 1904 leitete sie den internationalen Frauenkongreß in Berlin. Auch im engern Kreis wirkte sie im Dienst des Ganzen; sie war mehrere Jahre hindurch Stadtrat in Dresden. Ihr Geist hatte einen weiten Horizont. Ihrer Persönlichkeit, von der eine starke Werbekraft ausging, verdankt die Frauenbewegung einen erheblichen Teil ihres Aufstiegs.

**Sexualreform** Wirklich helfen kann man nur, wenn man von dem ausgeht, was ist, wenn man an Stelle der zerbrechenden alten Formen neue Verantwortlichkeit zu schaffen sucht. In diesem Sinn arbeiten die Verbände und Persönlichkeiten, die sich Anfang Juli 1928 in Kopenhagen zur Weltliga für Sexualreform zusammenschlossen. Die Liga kämpft für eine Ehe-reform, Toleranz der freien Liebesbeziehungen, Schutz der unehelichen Mütter und Kinder, für Geburtenreglung und eugenische Beeinflussung der Nachkommenschaft, Verhütung der Prostitution und Geschlechtskrankheiten, für sexuelle Erziehung und Aufklärung und Umgestaltung des Strafrechts. Daß gegen die stark um sich greifende Abtreibung kein gesetzlicher Zwang mehr hilft, zeigen die steigenden Zahlen der Verurteilung. Diese stiegen, nach einer Zusammenstellung Siegfried Weinbergs, von 191 im Jahr 1882 auf 1678 im Jahr 1914, 4388 im Jahr 1921, 5629 im Jahr 1924. Dabei wird bekanntlich nur ein ganz kleiner Teil aller Abtreibungen überhaupt gerichtlich erfaßt. Nach einer neuern Berechnung auf Grund einer Umfrage bei Krankenkassen und Frauenkliniken werden in Deutschland jährlich etwa 1 Million Abtreibungen vorgenommen, bei denen 6 bis 7 % der Frauen, also 60- bis 70 000 zugrunde gehen. Die Kriminalstatistik zeigt außerdem, daß von den verurteilten Personen nur ein im Verhältnis zu anderen Verurteilten geringer Prozentsatz vorbestraft war, und daß ein verschwindender Bruchteil zu den gewerbsmäßigen Verbrechern gehörte. Man trifft mit diesen Strafen keine verbrecherische Gesinnung, nicht einmal in erster Linie Leichtsinns oder Frivolität, sondern Menschen, die aus Not handeln. Aus den Untersuchungen des Moskauer Arztes A. B. Genns über die Ursachen der Abtreibung auf dem Land geht hervor, daß in den meisten Fällen die Unterbrechung aus materieller Not gewünscht wird, nur in 21 % der Fälle bei unehelichem Verkehr aus Furcht vor der "Schande". Aus den Erfahrungen der Sexualberatungsstelle in Frankfurt am Main berichtet Hertha Riese in der Neuen Generation, daß Frauen mit der Bitte um Unterbrechung der Schwangerschaft im allgemeinen erst bei der 6. oder 7. und, wenn sie gesund sind, erst bei der 8. Schwangerschaft erscheinen. Es mehren sich die Stimmen, die sich über die Milderungen hinaus, die der neue Entwurf des Strafgesetzbuchs bringt,

gegen die Verurteilung der Abtreibung wenden. Die Vorsitzende des Bundes Deutscher Ärztinnen, Hermine Heusler-Edenhuizen, verlangte im Berliner Tageblatt vom 14. April 1927 die Aufhebung der Strafparagrafen. Sie verneint das häufig vorgebrachte Argument, daß sie einen Schutz der Frau gegen den Mann bilden sollen, wo sie doch ganz allein die Frau treffen. Sie fordert die Befreiung der Frau von mittelalterlichem Zwang und Hilfe durch Fürsorge und Schutzgesetze. Das Organ des Österreichischen Bundes für Fraueninteressen, Die Frau und ihre Interessen, veröffentlicht eine Resolution bürgerlicher Frauen, die gegen die Beibehaltung der alten Bestimmungen im Strafrecht Protest erheben und verlangen, daß unter Mitarbeit der Frauen der betreffende Paragraph umgearbeitet wird. In der Schweiz befürworteten 5 Züricher Oberrichter in einer Eingabe an die Kommission des Nationalrats, die eine Reform des Strafrechts vorbereitet, die Freigabe der Abtreibung, wenn sie während der ersten 3 Monate von einem patentierten Arzt ausgeführt wird. Die zwingende äußere Not zeigt den Weg, der gegangen werden muß; Ob die Frau Mutter werden will oder nicht, muß sie selbst bestimmen. Das bedeutet, daß damit auch die Verantwortung auf die Frau gelegt wird. Es bedeutet, daß durch aufklärende und erzieherische Einwirkung das Gefühl der Verantwortung, wo es nicht vorhanden ist, geweckt und lebendig erhalten werden muß. Die Natur bietet dafür selbst eine starke Stütze, da die künstliche Unterbrechung niemals gefahrlos ist. Zwingend ergibt sich die Notwendigkeit einer Geburtenreglung überhaupt, bei der die Abtreibung immer erst als letztes und möglichst zu vermeidendes Mittel in Anwendung kommt. Aufsätze in den letzten Jahrgängen der Neuen Generation von Henriette Fürth, Hertha Riese und Auguste Kirchhoff weisen auf die hohen Krankheitszahlen in großen Familien, auf die Verkümmern eines großen Teils der proletarischen Kinder, auf die Säuglingssterblichkeit vor allem bei Unehelichen hin: alles erschütternde und erschreckende Belege "mißbrauchter Frauenkraft". Die Bewegung, die sich den Kampf für Geburtenreglung zur Aufgabe machte, begann vor etwa 50 Jahren. Am weitesten vorgeschritten ist sie in Holland und England. In Holland wurde sie durch die warmherzige und mutige Ärztin Aletta Jacobs gefördert. In England durch Stella Browne, die

unter den Frauen der Bergarbeiter das Interesse an dieser Frage weckte. So wird die Bewegung hier vor allem von den Frauen der Labour Party getragen. Auf private Initiative hin wurden Beratungsstellen für Geburtenreglung gegründet. Kürzlich sind auch die amtlichen Mütterberatungsstellen (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 489) ermächtigt worden in diesen Fragen Aufklärung zu geben. In Amerika wurde die erste Beratungsstelle für Geburtenreglung im Jahr 1923 von Margaret Sanger, deren Buch Die neue Mutterschaft von Regine Deutsch ins Deutsche übersetzt ist (Dresden, Sibyllenverlag), errichtet. Die ratsuchenden Frauen hatten meist eine große Familie, viele hatten Fehlgeburten gehabt. Die Beratungstätigkeit wird teilweise noch durch ein Gesetz gehemmt, das Ratschläge für Empfängnisverhütung nur zum Zweck der Verhinderung von Krankheiten gestattet. In Deutschland ist die Bestimmung in dem neuen Entwurf des Strafgesetzbuchs, die die strafrechtliche Verfolgung der Verbreitung empfängnisverhütender Mittel aufhebt, soweit sie nicht Anstand und Sitte verletzt, als Fortschritt und als Erleichterung für die Arbeit der Sexualberatungsstellen zu verzeichnen. Eine Denkschrift der sächsischen Regierung vom Anfang des Jahres 1928 kündigt die Einrichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen an, die auch einer sachlich begründeten Geburtenreglung dienen sollen. In Berlin hat sich der Verband der Krankenkassen mit dem Bund für Mutterschutz zu einem Komitee für Geburtenreglung zusammengeschlossen und eine Beratungsstelle speziell für Geburtenreglung eröffnet. Auf dem Sozialistenkongreß in Brüssel begegnete jedoch der Antrag Marie Juchacz', der Kongreß möge Schritte unternehmen, um das Verbot der Verbreitung antikonzepzioneller Mittel allgemein abzuschaffen, geteilter Aufnahme; er wurde zurückgestellt.

Der Sinn der ganzen Bewegung ist natürlich nicht die Geburten schlechthin zu beschränken sondern sie dem Willen und der Verantwortung des Menschen zu unterwerfen. Eingeschränkt werden sollen sie, wo die Bedingungen für das Heranwachsen gesunder Kinder nicht gegeben sind, oder wo sie die Kräfte der Frau überschreiten. Das weitere Ziel aber, das allerdings nur bei einer Umgestaltung der sozialen Verhältnisse zu erreichen wäre, ist: die Bedingungen für das Aufblühen einer gesunden und starken neuen Generation zu schaffen.

**Prostitution** Die Reglementierung der Prostitution, diese Institution schlimmster Entwürdigung der Frau, verliert allmählich immer mehr an Boden. Der Bericht über die Sitzung des Völkerbunds ausschusses gegen den Mädchenhandel im Jahr 1927 läßt erkennen, daß bei der Diskussion über die Aufhebung der Bordelle niemand mehr auf ihrer Aufrechterhaltung bestand. In Deutschland ist durch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 1. Oktober 1927 die Reglementierung im Prinzip aufgehoben. Freilich gibt dieses Gesetz doch noch verschiedene Möglichkeiten eine Kontrolle alter oder neuer Art (zum Beispiel durch die Gesundheitsbehörden) wieder einzuführen. Es kommt ganz auf die Durchführung des Gesetzes an, wie weit sein Grundsatz: die Behandlung der Prostitution und der Prostituierten aus einer Angelegenheit polizeilicher Bewachung zu einer Sache gesundheitlicher und menschlicher Fürsorge zu machen, verwirklicht wird. Eine Umfrage in 84 Städten über die Wirkungen des Gesetzes ergab denn auch, wie Anna Pappritz im Nachrichtenblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine im Juni berichtete, daß die Aufhebung der Reglementierung noch keineswegs überall durchgeführt ist. Vielfach haben die Gesundheitsbehörden einfach die Kontrolle von der Polizei übernommen, vielfach bestehen auch noch Bordelle oder bordellartige Betriebe. Auf der andern Seite haben sich jedoch auch die Befürchtungen derer, die von dieser Maßnahme eine Verschlimmerung der Zustände und eine Zunahme der Prostitution erwarteten, nicht bestätigt. Es sind auch schon positive Wirkungen des Gesetzes zu verzeichnen; es ist gelungen eine große Anzahl von Männern der Behandlung zuzuführen und andererseits eine Reihe von Bordellmädchen, die sich häufig selbst bei den Pflegeämtern melden, für ein geordnetes Leben und berufliche Tätigkeit zu gewinnen. Die Stadt Berlin hat durch ihre Vorbeugungs- und Fürsorgetätigkeit in der Bekämpfung der Krankheiten erhebliche Erfolge erzielt. Er sind in den ersten 3 Monaten zirka 1000 Anzeigen wegen Krankheitsverdacht erstattet worden, die sich gleichmäßig auf Männer und Frauen verteilten, und von denen sich 90 % als begründet erwiesen. Die Krankheitszahlen sind zunächst gestiegen (infolge der neu erfaßten Fälle), dann aber bald gesunken. An den Kern des Elends freilich, der ja tief im Menschlichen und im Sozialen

liegt, reichen diese Methoden, die ja nur die letzten Symptome bekämpfen, noch nicht heran. Um an die Wurzel zu gelangen, ist durch die Aufhebung der Reglementierung erst nur der Weg frei oder freier gemacht worden. Diesen Eindruck, daß mit dem neuen Gesetz ein großes Hindernis für die Bekämpfung der Prostitution beseitigt wird, zugleich aber einen Einblick in die unendlichen Schwierigkeiten, die diesem Kampf vom Seelischen her im Weg stehen, gewinnt man aus der Untersuchung Elga Kerns Wie sie dazu kamen /München, Ernst Reinhardt/. 35 Lebensfragmente bordellierter Mädchen sind da nach Gesprächen aufgezeichnet. Aus 100 beobachteten Fällen sind diese 35 ausgewählt, und es scheint, daß die Auswahl kein eigentlich typisches Bild ergibt. Der Typus der geistig minderwertigen Prostituierten, der nach anderen Untersuchungen 30 bis 50 % der Gesamtheit bildet, ist hier nur in ganz wenigen Fällen vertreten. Auch stammen die meisten dieser Mädchen aus geordneten Verhältnissen, aus den Schichten der gehobenen Arbeiter oder des Mittelstands; auch darin dürfte das Bild, sollte es den Durchschnitt charakterisieren, wohl nicht ganz zutreffen. Die sozialen Hintergründe der Prostitution werden nicht richtig beleuchtet. Aber darauf kam es Kern auch jedenfalls nicht an. Sie wollte eine psychologische Untersuchung anstellen, ursprünglich als Material für eine künstlerische Darstellung, und wählte deshalb die psychologisch interessantesten Fälle aus. Unter diesem Gesichtspunkt sind dann ihre Lebensbilder in mancher Beziehung aufschlußreich. Einmal für die Motive, die in den Fällen, wo nicht unmittelbar drängende Not vorliegt, Mädchen auf diesen Weg treiben. Fast immer sind es, neben völliger Unerfahrenheit, Haltlosigkeit und Hilflosigkeit, Mangel an Ausdauer, zuweilen, wenn es mit einem festen Verhältnis anfängt, Gewöhnung an ein bequemes Leben, zuweilen auch, nach der Aussage einzelner, Mangel an ordentlicher Ausbildung für eine bestimmte Tätigkeit. Fast nie ist erotische Begehrlichkeit im Spiel, es reizt nur das leichte Geldverdienen. Diese Mädchen sind dem Leben nicht gewachsen und lassen sich treiben; so geraten sie in diese Laufbahn. Sind sie aber erst einmal diesem Leben verfallen, so ist es, als ob die Atmosphäre, die sie umgibt, dann jeden Rest von Selbstbestimmungskraft töte. Es fällt in den Berichten geradezu auf, wie diese Mädchen, bei normaler, zu-

weilen ungewöhnlicher Intelligenz, bei vollständiger Einsicht in ihre Lage, bei oft sehr differenzierter Gefühlsmöglichkeit, fast ganz willenlos sind. Sehr viele sagen, das Leben im Bordell sei schrecklich, nie würden sie hineingehen, wenn sie es noch einmal zu entscheiden hätten, nie würden sie einem Mädchen dazu raten; aber sich wieder zu befreien finden sie nicht die Kraft. Einige führen ein seltsames Doppelleben, sie empfinden die Niedrigkeit ihres Zustands und ziehen gleichsam einen Strich zwischen sich und dieser Welt; andere wieder verlieren jedes Gefühl dafür, so daß sie, wenn sie doch einmal den Entschluß fassen das Bordell zu verlassen, etwa zu heiraten, noch so lange darin bleiben, bis sie ihre Aussteuer verdient haben. Für manche Mädchen bedeutet so gewiß die Aufhebung der Bordelle eine Befreiung, verschiedene sprechen das auch geradezu aus; für die meisten aber dürfte es wohl zu spät sein. Ähnliche Eindrücke vermittelt das Buch Gertrud Burdett-Burchards *Seelenschicksale* /Hamburg, Volkswachtverlag/. Die Verfasserin schildert, was sie bei ihrer Fürsorgerätigkeit an Straßenprostituierten erlebte. Es spricht schöne menschliche Wärme aus dem Buch. Die Verfasserin empfindet Achtung vor dem Schicksal und dem Elend und sucht mit zartfühlendem Verständnis Licht in verdüsterte Seelen zu bringen. Aber der Gesamteindruck ist auch hier, daß wirkliche Hilfe fast niemals möglich ist, weil das Verlangen sich helfen zu lassen erstorben ist. Nirgends wird so klar wie hier, wie grundverkehrt das Weiblichkeitsideal früherer Zeit war: die anschniegender, unselbständige Frau; dieses Ideal, dessen Wirkungen immer noch nicht aufgehört haben, und zu dem man heute manchmal fast Neigung zeigt zurückzukehren (man sehe den Aufsatz Johanna Thals *Die selbständige Frau* in der Vossischen Zeitung vom 2. Dezember 1927, in dem von dem Anlehnungsbedürfnis der Frau die Rede ist, und die Erwiderung Michael Ostens *Dame ohne Kavalier* am 11. Dezember, in der sogleich geschlossen wird, daß wir »an der Wende von der Selbständigkeit zur Abhängigkeit der Frau« stehen). Wichtiger als alles andere in der Erziehung der Mädchen ist (auch unter jedem andern Gesichtspunkt, aber hier als einzige wirkliche Schutzwehr), daß sie zur selbständigen Persönlichkeit gebildet, daß sie fähig gemacht werden auf eigenen Füßen zu stehen. Weniger dagegen dürfte der weiblichen Jugend

mit einer Gesinnung zu helfen sein, wie sie aus der Schrift Willibald Jaehns *Wer wirft den ersten Stein?* /Stuttgart, Walter Hädecke/ spricht. Der Verfasser ist Direktor des Vereins *Wohlfahrt Weiblicher Jugend* und zeichnet nach eigenen Wahrnehmungen Mädchenschicksale auf. Sie sind gewiß in der guten Absicht Verständnis und Hilfsbereitschaft zu wecken geschrieben, auch werden einzelne soziale Mißstände scharf kritisiert. Aber man vermißt in dem Buch doch jedes wirkliche Verständnis der jugendlichen Seele und der verwandelten Zeit und stößt statt dessen sehr oft auf absprechende Urteile über Leichtsinn und Sittenlosigkeit. Statt Erziehung zur Freiheit und Selbständigkeit werden herablassende Liebe und Barnherzigkeit gepredigt. So werden die Erwartungen, die der Titel des Buches erweckt, im ganzen doch nur mangelhaft erfüllt.

#### Wahlrecht

Der Deutsche Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit erblickt in der Kenntlichmachung der *Wahlen nach Geschlechtern* einen Verstoß gegen Artikel 125 der Verfassung und will jede nach Geschlechtern getrennte Wahl anfechten (siehe dazu auch den Artikel Siemsen *Die Frauenwahlen*, in diesem Band Seite 573). Es steht zu bezweifeln, ob die Anfechtung Erfolg haben wird, denn der Sinn des Artikels ist das individuelle Wahlgeheimnis zu sichern, um eine Beeinflussung zu verhindern. Eine solche ist bei der Trennung nach Geschlechtern nicht zu fürchten, während die Ergebnisse gerade für die Frauen von Interesse sein können. In *Litauen* ist den Frauen das gleiche Wahlrecht wie den Männern gewährt worden, das aktive Wahlrecht mit 24, das passive mit 30 Jahren. In *Frankreich* sind durch Gesetz vom 26. Juli 1925 und Erlaß vom 14. April 1928 die Frauen bei den Wahlen zu den Handwerkskammern den Männern gleichgestellt worden. Am 19. Juni stand im Senat ein Antrag Martin zur Verhandlung den Gesetzesvorschlag für das Frauenwahlrecht zu beraten. Der Antrag wurde mit 176 gegen 123 abgewiesen. Die Tribüne, auf der sich viele Frauenrechtlerinnen eingefunden hatten, beantwortete die Ablehnung mit überaus stürmischen Protestkundgebungen. Am 30. März wurde in *England* mit 387 gegen 10 Stimmen das neue Wahlgesetz angenommen, das die weiblichen Wähler den männlichen gleichstellt.



In der Schweiz will das Frauenwahlrecht noch keine Fortschritte machen. In Basel wurde seine Einführung mit 14 917 gegen 6152 Stimmen abgelehnt.

In die Nationalversammlung Spaniens sind zum erstenmal Frauen gewählt worden. Es gibt da jetzt 13 weibliche Abgeordnete, vorwiegend Schriftstellerinnen und Stadträtinnen.

Für die Volksvertretung in Palästina haben die Frauen nach längeren Verhandlungen nunmehr das unbeschränkte Wahlrecht erhalten.

Das südafrikanische Parlament hat einen Gesetzentwurf angenommen, der den Frauen das Wahlrecht verleiht.

In Cuba ist den Frauen von 21 Jahren an durch ein mit großer Mehrheit angenommenes Gesetz das Wahlrecht zuerkannt worden. Es ist der erste Staat in Süd- und Mittelamerika, der sich zu diesem Schritt entschlossen hat.

In der Provinz San Juan in Argentinien ist den Frauen das Stimmrecht verliehen worden, das ihnen in Südamerika sonst noch vorenthalten wird.

#### Totenliste

Am 25. März starb in Kopenhagen eine der bedeutendsten Sozialistinnen, Ni-

na Bang, im Alter von 62 Jahren. Sie war von deutscher Abstammung, lebte aber von früher Jugend an in Kopenhagen, studierte dort und wirkte seit Beendigung des Studiums wissenschaftlich und politisch in diesem ihrem eigentlichen Heimatland Dänemark, wo sie sich 1895 mit Gustav Bang verheiratete. Sie wurde, nachdem sie von der Sozialdemokratie ins Oberhaus entsandt war, unter der Ministerpräsidentenschaft des Genossen Stauning Unterrichtsminister, zeichnete sich als solcher so aus, daß ihr selbst die Konservativen höchste Anerkennung zollten. Ihre wissenschaftlichen Leistungen liegen vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte. Sie widmete sich der Durchforschung des im Kopenhagener Staatsarchiv ruhenden wirtschaftlichen Aktenmaterials und schuf zu dieser langwierigen Arbeit eine eigene Organisation, zu deren Kosten zahlreiche Regierungen und Stadtverwaltungen beisteuerten. In der Sozialdemokratie war sie ihr Leben lang tätig. Nicht nur der Partei ihres Landes, auch der sozialistischen Internationale galt ihr tiefstes Interesse. Durch den Tod dieser warmherzigen, bescheidenen und geistig hervorragenden Frau hat die Sache des Sozialismus eine nicht leicht zu ersetzende Mitarbeiterin verloren.

Mitte Mai starb in Berlin die langjährige

Schriftführerin und Mitleiterin des Jüdischen Frauenbundes *Henriette May*, im Alter von 66 Jahren. Sie hatte ihr Leben von früh an der Wohlfahrtspflege gewidmet. Ursprünglich arbeitete sie zusammen mit Jeannette Schwerin und Albert Levy im Verein für Ethische Kultur, dann war sie Mitbegründerin der jüdischen Frauenbewegung, des Vereins für Gesundheitspflege und des Vereins für Hauspflege. Sie griff ein, wo es in der Wohlfahrtsarbeit an Kräften fehlte.

Kurze Chronik Von den 490 Mitgliedern des in diesem Jahr gewählten Reichstags sind 33 Frauen, im Preussischen Landtag sind es von 450 Mitgliedern 45; der Prozentsatz der weiblichen Abgeordneten hat sich gegenüber der vorhergehenden Periode kaum verschoben. Die Sozialdemokratische Partei hat im Reichstag 20 weibliche Abgeordnete (im Landtag 16), die Kommunistische Partei 3 (2), das Zentrum 2 (8), die Demokratische Partei 2 (2), die Deutsche Volkspartei 2 (3), die Deutschnationale Volkspartei 2 (8), die Bayerische Volkspartei 1. ◊ Am Ende des Jahres 1926 betrug in Deutschland die Anzahl der weiblichen Gewerkschafter in den Verbänden aller 3 Richtungen 970 678, bei einer Gesamtzahl von 6 075 035. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl erheblich zurückgegangen: um 11,7%. Der Verlust betrifft fast ausschließlich die Arbeiterverbände und unter ihnen besonders die christlichen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte im Jahresdurchschnitt 1927 650 501 weibliche Mitglieder. Im Jahr vorher waren es 659 499. Doch stieg die Zahl der organisierten Frauen im letzten Halbjahr, so daß für das nächste Jahr wieder eine Zunahme zu erwarten ist. ◊ Zu der Konferenz des Völkerbunds Ausschusses für Wirtschaftsfragen wurde, als einzige weibliche Delegierte, die Genossin Emmy Freundlich von der österreichischen Regierung entsandt. ◊ In Spanien ist ein Gesetzentwurf für eine Mutterschaftsversicherung ausgearbeitet worden, der für alle Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten zwischen 16 und 50 Jahren eine Versicherungspflicht und als Leistungen Geburtshilfe und geldliche Unterstützung vor und nach der Geburt vorsieht. Die Mittel sollen von den Versicherten und den Arbeitgebern und zu einem erheblichen Teil vom Staat aufgebracht werden. ◊ In England hat die Vereinigung der Ärztinnen, um die in einer Zeitung aufgestellte Behauptung, das



medizinische Frauenstudium sei häufig verschwendet, zu widerlegen, durch eine Umfrage bei ihren 1000 Mitgliedern festgestellt, daß nur etwa 9 % sich infolge Verheiratung aus der ärztlichen Praxis zurückgezogen haben. ◊ In Wien wurde zum erstenmal das Werk einer *Bildhauerin*, Hanna Gärtner, ein Brunnen mit Figuren aus dem Tierkreis, inmitten eines Kinderspielplatzes aufgestellt.

## Literatur

Unter dem Titel *Führende Frauen Europas / München, Ernst Reinhardt/* hat Elga Kern 16 *Selbstschilderungen* von Frauen vereinigt, die auf verschiedenen Gebieten des geistigen und öffentlichen Lebens tätig sind. Die Auswahl hätte vielleicht etwas anders getroffen werden können; die literarisch-wissenschaftliche Gruppe ist unverhältnismäßig zahlreich und nicht immer durch die bedeutendsten Erscheinungen vertreten; doch soll noch ein 2. Band folgen, der manches ausgleichen kann. Aus der Frauenbewegung kommen zu Wort: Alice Salomon, die den mühsamen Weg aus einengender Familientradition zu selbständigem Schaffen eindringlich schildert, Margery Irma Corbett-Ashby, die Präsidentin des Internationalen Frauenbunds, und Henni Forchhammer, dessen Vizepräsidentin, Kristine Bonnevie, Dozentin der Zoologie in Oslo und Mitglied der norwegischen Völkerbundsdelegation, die Wiener Rechtsanwältin Marianne Beth, die Kommandantin der englischen Frauenpolizei Mary S. Allen, und dazu Alexandra Kollontaj; die Frau in der Wissenschaft wird durch 5 Dozentinnen dargestellt, meist Naturwissenschaftlerinnen, von denen die Schweizer Chemikerin Gertrud Woker durch ihre Bekämpfung des Giftgaskriegs bekannt ist, und durch Gina Lombroso, die sich hauptsächlich mit der Psychologie der Frau beschäftigt und hier ihre eigene seelische Entwicklung eingehend beschreibt, die Frau in der Kunst durch 3 Dichterinnen, unter denen Selma Lagerlöf ihre dichterischen Anfänge eindrucksvoll schildert, durch die Dirigentin Elisabeth Kuyper und durch ein Selbstbildnis Käthe Kollwitz'. Die Sammlung im ganzen bietet ein interessantes und lebendiges Bild, und die einzelnen Beiträge, fast alle sehr sachlich und ohne Selbstbespiegelung und Ruhmredigkeit geschrieben, vermitteln einen Eindruck von dem Aufquellen starker Kräfte, die sich oft gegen harte und zähe Widerstände den Weg zur Entfaltung bahnen mußten.

## WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Hausteijn

Fließ †

Am 13. Oktober starb Wilhelm Fließ in Berlin nach langem schweren Leiden.

Er wurde am 24. Oktober 1858 in Arnswalde geboren, studierte in Berlin Naturwissenschaften und Medizin und bildete sich vor allem unter Hugo Kronecker physiologisch aus. Seine Studienreisen führten ihn zunächst nach Paris, wo er bei Jean Martin Charcot arbeitete, dann nach London und Wien. Er war nicht nur ein warmherziger, kluger Mensch, der jeden entzückte, der mit ihm in Berührung kam, nicht nur ein zuverlässiger Arzt, den eine große Schar von Patienten dankbar verehrte, sondern vor allem ein Biologe eigener starker Prägung. Er hat zwar nicht den Universitätskreisen angehört, sich aber durch seine physiologischen Forschungen über Körpersegmente, seine biologischen über die Periodenlehre und seine Arbeiten über die innere Sekretion einen internationalen Ruf auf diesen Gebieten geschaffen. Seine biologisch höchst bedeutungsvollen Anschauungen über die Gesetzmäßigkeit des Lebens sind in dieser Rundschau (1926 Seite 490 und folgende) dargestellt und gewürdigt worden. Der wissenschaftliche Streit über die Richtigkeit seiner Lehre ist noch nicht verstummt, und es bleibt abzuwarten, ob sich seine Anschauungen in ganzem Umfang an den noch zu sammelnden Erfahrungen werden beweisen und halten lassen. Gewiß ist aber heute schon, daß er, gestützt auf ein umfangreiches biologisches und naturwissenschaftliches Material, den überzeugenden Beweis führen konnte, daß sich unser Dasein nach einem innern Mechanismus regelt, und daß ein inniger Zusammenhang der Wesen gleicher Abstammung besteht. Aus diesen Tatsachen ergaben sich für ihn Folgerungen, die er dann unmittelbar auf das Leben anwandte. So ist für ihn der Tag des Todes von den Verfahren des Individuums bedingt und steht in engstem Zusammenhang mit den Geburtstagen der Kinder und Kindeskinde. So konnte für den Dahingegangenen, dem wir eine wesentliche Befruchtung der neuzeitlichen Biologie zu verdanken haben, der Tod, wie sein Schüler, der Biologe Hans Schlieper, in der Vossischen Zeitung schrieb, nur ein Zeugungsvorgang sein, »in seinem euphorischen Auftakt sogar verknüpft mit einem Stück der unbändigen Zeugungslust, die in allem Lebendigen tobt«.

**Tiergeographie** »Einer der umfangreichsten und schwierigsten Zweige der Naturwissenschaft ist die Tiergeographie«, schreibt Wilhelm Richard Eckardt in Petermanns Mitteilungen; »denn ein erfolgreiches Forschen dieser Disziplin setzt nicht nur umfassende Kenntnisse in Systematik, Physiologie, Ökologie und Phylogenie der Tiere sondern auch Vertrautheit mit der Paläontologie, Paläogeographie, der Klimatologie der Gegenwart und der geologischen Vergangenheit, der Geologie und der Pflanzenverbreitung sowie naturgemäß auch mit der geographischen Forschungsmethode voraus.« Für diese sehr umfangreiche Wissenschaft bedarf man nun vor allem noch einer guten zoologischen Vorbildung, die bei dem heutigen Stand der Zoologie meist fehlt.

In der Tiergeographie hat man 2 Richtungen: die ökologische und die genetische oder historische, von denen jede, einseitig betrieben, leicht zu falschen Anschauungen und Folgerungen führen kann. Friedrich Dahl hat in seinen Grundlagen einer ökologischen Tiergeographie /1921/ sich hierzu ausgesprochen und den Standpunkt vertreten, daß die Forschung sich vor Einseitigkeit bewahren müsse: »Untersuchungen über die geographische Verbreitung der Tiere müssen, wenn sie zu einem befriedigenden Resultat führen sollen, mit ökologischen Untersuchungen über die Art ihres Vorkommens eng Hand in Hand gehen; denn wenn das Fehlen einer Tierart in einer Gegend feststeht, muß man vor allen Dingen wissen, ob Orte, an denen dieselbe sich dauernd erhalten kann, Orte, welche ihren Bedürfnissen also in jeder Hinsicht entsprechen, in der Gegend vorhanden sind. Erst nachdem das Vorhandensein geeigneter "Biotope" in der Gegend sicher festgestellt ist, kann man der Frage nähertreten, wie es erdgeschichtlich zu erklären ist, daß die Tierart trotzdem in der Gegend fehlt, warum sie mit den ihr eigenen Ausbreitungsmitteln bisher noch nicht in die Gegend und an die für sie geeigneten Biotope gelangen konnte.« Die ökologische Forschungsmethode erweist ihre Wichtigkeit damit, daß die ökologischen Bedingungen, die das Paläoklima bot, ausschlaggebend waren für die frühere Verbreitung der Lebewelt und die Änderung jener Faktoren für das Aussterben oder Abwandern vieler Tierformen. Die rein genetische Forschung läuft ohne Berücksichtigung der ökologischen Verhältnisse Gefahr zu unvollkommenen Resultaten zu gelangen,

und das die genetische Tiergeographie begründende Meisterwerk Alfred Russel Wallaces *The Geographical Distribution of Animals* /1876/ war nicht rein genetisch sondern berücksichtigte in großen Zügen ökologische Verhältnisse. Diese Gesichtspunkte treten besonders hervor in den Büchern Othenio Abels Grundzüge der Paläobiologie der Wirbeltiere /1912/, Die vorzeitlichen Säugetiere /1914/, Lebensbilder aus der Tierwelt der Vorzeit /1922/. Einem weiteren Versuch die tiergeographische Betrachtungsweise unter physiologischen Gesichtspunkten zu erweitern trat Friedrich Dahl entgegen, aus der Befürchtung heraus, daß hierdurch das Hauptziel: die erdgeschichtliche Bedeutung der Verbreitung festzustellen, ganz aus den Augen verloren würde. Die Tiergeographie soll vor allem die Verbreitung der Tiergruppen auf der Erde geben und sie ökologisch und geschichtlich zu erklären suchen. Ein strenger Unterschied zwischen ökologischer und physiologischer Tiergeographie wird sich überhaupt nicht immer ganz durchführen lassen; denn wohl alle ökologischen Erscheinungen sind auch physiologisch bedingt; so die Wanderungen, Winter- und Trockenschlaf, Brut- und Trächtigkeitsdauer. Die Einteilung der Erdoberfläche in große Tierregionen erleichtert die Übersicht und ist daher für den Geographen unentbehrlich. Da aber zahlreiche Formenkreise sich nicht auf bestimmte zoologische Regionen beschränken, werden gerade die interessantesten tiergeographischen Zusammenhänge nicht beachtet. Eine wichtige Rolle in der Tiergeographie spielt die Klimatologie. In der Bioklimatologie finden sehr viele physiologische Probleme der Tierverbreitung ihre Lösung. Die Bioklimatologie hat die Aufgabe die Beziehungen der meteorologischen Faktoren zu den Organismen festzustellen. Zusammen mit den Meteorologen hat der Bioklimatologe seine Probleme zu erforschen; denn allein mit physikalischen Hilfsmitteln ist nicht weiter zu kommen, da organische Vorgänge nicht durch physikalische Apparate nachgeahmt werden können. Die Abhängigkeit von den klimatischen Erscheinungen liegt naturgemäß in der Botanik viel klarer als sie bei der Geographie der Tiere einschließlich des Menschen zutage tritt. Philipp Wilhelm Schimpfers Pflanzengeographie auf physiologischer Grundlage /1898/ legt hierfür Zeugnis ab. Auch für die Verbreitung der Tiere und des Menschen muß eine derartige

Untersuchung durchgeführt werden. Hierbei ist die Forderung Johannes Strohls (Physiologische Gesichtspunkte in der Tiergeographie /1921/) zu erfüllen: möglichst viele Tierformen physiologisch zu charakterisieren, und zwar solche, die besonders geeignet zur Lösung tiergeographischer Probleme erscheinen. So sei festzustellen, was zum Beispiel die besondere Eignung eines Tiers oder einer Gruppe als Wüstenbewohner ausmache, wie sich physiologisch 2 nahe verwandte Formen unterscheiden, zum Beispiel Schneckenarten eines Genus, von denen die eine auf feuchtschattige, die andere auf trockenheiße Umgebung angewiesen ist; worin sich tropische Formen von verwandten in der gemäßigten und kalten Region unterscheiden usw. Die Organismen sind für die Probleme der Biogeographie nicht nur als morphologische und historisch gewordene Einheiten sondern auch als funktionelle Komplexe zu würdigen. Das umschrieb Dahl mit den Worten: »Der Bau und die Lebensweise eines Tieres bilden zusammen eine Einheit. Deshalb müssen die Lehre vom Bau und die Lehre von der Lebensweise der Tiere eng Hand in Hand gehen. Eine Betrachtung des Baues ohne Berücksichtigung der Lebensweise, wie sie bisher in der vergleichenden Morphologie üblich war, ist etwas Unvollkommenes, etwas Halbes.« Diese Orientierung der Forschung bedeutet eine Erweiterung des zoologischen Arbeitsfelds und wird zur Klärung der heutigen Verbreitung der Tierformen führen, die das Ergebnis eines langwierigen und höchst komplizierten Entwicklungsprozesses ist, bei dem geohistorische und ökologische Momente von gleicher Bedeutung waren. Auf dem Gebiet der Paläobiologie wird man von der Annahme ausgehen müssen, daß die Organismen der Vorwelt das selbe Wärmebedürfnis wie ihre jetzt lebenden Verwandten gehabt haben, und man wird die Änderung des Wärmebedürfnisses als unbekannt in die Untersuchung einführen. Von besonderem Interesse für dieses Problem ist noch Alfred Wegeners Verschiebungshypothese, nicht nur für die Tier- sondern auch für die Pflanzengeographie; steht doch mit der Hypothese der Kontinentalverschiebungen naturgemäß das Problem der geologischen Klimate in engster Verbindung. Die meisten dazu veröffentlichten Schriften stimmen darin überein, daß die biogeographischen Tatsachen gut zu Wegeners Anschauungen passen, und daß die Verschiebungstheorie einfachere Lö-

sungen der in Frage kommenden Verhältnisse bietet als jede andere Theorie, zu denen in erster Linie auch die sogenannte Brückentheorie gehört. Man kann auch von wirklichen tiergeographischen Beweisen für das Vorhandensein zahlreicher Landbrücken namentlich zwischen den Kontinenten der Südhalbkugel während des Känozoikums nicht reden; denn viele Eigentümlichkeiten der Tierverbreitung lassen sich allein mit der Voraussetzung einer früher größern Verbreitung der betreffenden Tierart erklären. Das Problem der Landbrücken während des Känozoikums läßt sich nach Eckardt dahin zusammenfassen, daß wenigstens zeitweise ein Zusammenhang zwischen Nearktis und Paläarktis bestand, daß das eine wiederholt mit Südamerika, das andere mit Afrika und dem Orient in Verbindung stand, während die Trennung der heute noch in Australien erhaltenen einzigartigen Entwicklungsreihe der Marsupialier von denen, die noch in Amerika leben, allem Anschein nach bereits im Mesozoikum erfolgte. Welche Bedeutung aber das Fehlen rein geographischer Schranken für das Fortbestehen ganzer Faunen hat, weil bei Klimaänderung durch Wanderungen ökologische Klimagebiete mit gleichartigen ökologischen und physiologischen Einwirkungen für die Lebewelt aufgesucht werden, zeigt der afrikanische Kontinent, wo sich die miozän-pliozäne Fauna Süd- und Südosteuropas bis auf den heutigen Tag, entsprechend umgebildet, erhalten hat, während die heutige indomalaiische Fauna zwar viel vom Charakter der europäischen Miozänfauna bewahrt, aber an Artenreichtum infolge Änderung der Lebensbedingungen stark abgenommen hat. Eine umfassende Tiergeographie fehlt uns bisher, aber in der von Eckardt herausgegebenen Sammlung Borntreager soll von Alexander Sokolowsky innerhalb Jahresfrist ein derartiges Buch erscheinen. Hier wird von der Umwelt als Grundlage der tiergeographischen Untersuchung ausgegangen, und die ökologische Entwicklung im Tierleben wird durch die gegebenen Verhältnisse der Lebewesen begründet. Diese Veröffentlichung wird eine Vertiefung unseres Wissens über die Probleme der Beziehungen zwischen der Außenwelt und dem Leben der Tiere vermitteln.

Forschungs-  
reisen

Hans Böker /Freiburg/ und  
Bernhard Panzer /Heidel-  
berg/ haben sich, mit Unter-  
stützung der Deutschen Notgemeinschaft

und des badischen Unterrichtsministeriums, auf eine Studienreise nach Brasilien begeben, um *zoologisch-biologische* Forschungen vorzunehmen. Zum erstenmal soll versucht werden in bestimmten tiergeographisch einheitlichen Gebieten von festen Standorten aus das Typische über die biologischen Umweltbedingungen einzelner Tierarten zu untersuchen, lebend gefangene Tiere zu beobachten und anatomisch das festzustellen, was die einzelnen Tiere befähigt gerade in dieser ihrer Umgebung zu leben. Die Ausbeute der Expedition soll zwischen dem Freiburger Anatomischen Institut und den bayrischen Staatssammlungen geteilt werden. Zuerst wird die Insel Marajo in der Amazonasmündung zu Beobachtungen im Urwald, Galeriewald und im Brackwassergebiet aufgesucht, dann soll für 1½ Monate die Wüste Sertao, ein Kaktus bestandenes Trockengelände, durchforscht werden.

Auf eine *pflanzenphysiologische* Forschungsreise hat sich, unter Gewährung des Tropenstipendiums des Auswärtigen Amts sowie mit Unterstützung der Deutschen Notgemeinschaft, der mecklenburgischen Regierung und der Rostocker Universitätsgesellschaft, der Botaniker der Rostocker Universität Hermann von Guttenberg, einer der bedeutendsten Pflanzenphysiologen der Welt, Ende September nach Ceylon begeben. Dort und auf Java wird er im Winterhalbjahr tropenphysiologische Probleme der Lösung näherzubringen suchen, zu denen schon im Vorjahr in Süditalien Vorversuche von ihm unternommen wurden.

#### Gemeinverständliche Schriften

Eine ausgezeichnete gemeinverständliche Darstellung der *Anatomie* bildet die jetzt von Emil Ballowitz in Münster herausgegebene, völlig umgearbeitete Bardelebensche Anatomie des Menschen, deren 4. Teil, der jetzt in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, G. B. Teubner/ herauskam, die Eingeweide behandelt. Dieses Büchlein schildert den Aufbau des Verdauungs-, des Atmungs- sowie des Harn- und Geschlechtsapparats. Der verdienstlichen Veröffentlichung, die überall das lebendige Wort durch vorzüglich klare und sehr instruktive Abbildungen unterstützt, sei die größte Verbreitung gewünscht.

Einen Wegweiser zu Entdeckungsfahrten des Auges, ja eine Entdeckung des *Sehens* überhaupt, bildet das auf hinterlassenen Schriften August Endells sich aufbauende Buch *Zauberland des Sichtbaren*

/Berlin, Verlag der Gartenschönheit/. Mit farbigen Naturstudien des Verfassers geschmückt, erschließt es die Wunder der Schönheit nicht nur in der Natur sondern namentlich auch in der Stadt, der Großstadt, und offenbart uns durch das Auge des wahren Künstlers neue Werte in der sichtbaren Welt.

**Totenliste** In der 1. Hälfte des Aprils starb der Ordinarius für Botanik an der Universität München *Karl Giesenhagen*, im Alter von 68 Jahren. Er ist durch seine Untersuchungen über Befruchtung und Vererbung im Pflanzenreich /1907/ und vor allem auch durch seine Mitteilungen über seine Studienreise nach Niederländisch Indien bekannt geworden.

Am 6. Juli verschied im Deutschen Krankenhaus zu Genua nach längerer Krankheit die außerordentliche Professorin für Zoologie und vergleichende Anatomie an der Universität Zürich *Marie Daiber*, im Alter von 60 Jahren.

Anfang Juli starb in Liegnitz der frühere Stadtbaurat *Theodor Becker* im Alter von 88 Jahren. Er war einer der bedeutendsten Insektenforscher und hat besonders über Zweiflügler gearbeitet, von denen er 181 Gattungen und 2335 Arten neu bestimmte. Im vorigen Jahr schenkte er seine Sammlungen dem Berliner Zoologischen Museum. Am 23. Juni 1920, an seinem 80. Geburtstag, war er zum Ehrendoktor der Breslauer Philosophischen Fakultät promoviert worden.

**Kurze Chronik** Im Westerwald wurde durch eine Verordnung der preussischen Regierung ein Teil des Neuhochsteinerbergs zum *Naturschutzgebiet* erklärt. ◊ Auf der Tagung der *Kriminalbiologischen Gesellschaft*, vom 30. September bis zum 3. Oktober in Dresden, wurde unter anderm über Wesen und Systematik des biologischen Typus, über die Bedeutung der biologischen Persönlichkeitstypen für die Strafrechtspflege, über die Methode der kriminalbiologischen Untersuchung, über Kriminalbiologie und Strafzumessung, über die empirische Erbprognostik in der Psychiatrie und ihre Beziehungen zur Kriminalbiologie verhandelt. ◊ Vom 26. bis zum 28. Oktober veranstaltet der Deutsche Bund für Volksaufartung und Erbkunde in Berlin eine *Eugenische Tagung*. Von den Vorträgen seien hervorgehoben: Erwin Baur *Der Untergang der Kulturvölker im Lichte der Biologie*, Fritz Lenz *Die biologischen Grundlagen*

der Begabung, Georg Löwenstein Erbbiologie und Franz Scheidt Familienforschung und Erbbiologie.  $\diamond$  In Österreich hat sich unter der Leitung Julius Wagner-Jaureggs eine *Gesellschaft für Volksaufartung und Erbkunde* gebildet, die den Zweck verfolgt den modernen Schädigungen körperlicher und geistiger Art entgegenzuwirken, die eine Verschlechterung des Menschengeschlechts und dessen Entartung herbeizuführen geeignet sind.  $\diamond$  Das Forschungsinstitut für Anthropologie in Berlin veranstaltet durch seinen Direktor Eugen Fischer und durch den Abteilungsleiter Hermann Muckermann eine Umfrage über das Problem der *differenzierten Volksvermehrung*. Dabei soll die Behauptung untersucht werden, daß alles "Begabte" sich selbst auszumerzen scheint, während das "Minderwertige" den stärksten Nachwuchs aufweist.  $\diamond$  Für das Fach der menschlichen Erbkunde *habilitierte* sich an der Universität Berlin Otmar von Verschuer, Abteilungsleiter an dem eben genannten Forschungsinstitut.  $\diamond$  Der Zoologe der Königsberger Universität *Max Braun* beging am 31. Juli sein 50jähriges Jubiläum als Dozent der Zoologie. Am bekanntesten wurde er durch seine Arbeiten über die tierischen Parasiten des Menschen und der Haustiere.  $\diamond$  Am 28. September vollendete der Marburger Zoologe *Eugen Korschelt* sein 70. Lebensjahr. Er war in Zittau geboren, studierte bei August Weismann in Freiburg, promovierte 1882, arbeitete dann bei Rudolf Leukart in Leipzig und habilitierte sich 1885 in Freiburg. 1887 siedelte er nach Berlin über, 1892 wurde er Ordinarius in Marburg, wo er bis zu seiner Emeritierung 1928 sein Lehramt ausübte. Er begann mit vergleichend anatomischen Untersuchungen bei primitiven Ringelwürmern, zeichnete sich durch eine Reihe gründlicher Zellstudien aus, die vor allem über die Bedeutung des Kerns in der Zelle wichtige Aufschlüsse gaben. Entwicklungsgeschichtliche Untersuchungen schlossen sich an. Grundlegend sind seine Untersuchungen über Regeneration und Transplantation /1907/. In seinem Werk *Lebensdauer, Altern und Tod*, das 1924 bereits in 3. Auflage erschien, folgte er den Spuren Weismanns. Besonders hervorzuheben ist noch das mit seinem Freund Karl Heider verfaßte Lehrbuch der vergleichenden Entwicklungsgeschichte der wirbellosen Tiere /1902 bis 1910/, ein Band, der noch heute die Grundlage der vergleichenden Embryologie bildet.

## Literatur

Eine Einführung in die National- und Sozialbiologie gibt *Wilhelm Winkler* /Leipzig, Quelle & Meyer/. Die Sozialbiologie setzt sich zum Ziel das Leben einzelner Menschengruppen wie der gesamten Menschheit, wie es unter sozialen Einflüssen verläuft, in seiner Bedingtheit und Gesetzmäßigkeit zu erforschen. Unter Heranziehung der Ergebnisse der Soziologie und der Biologie, besonders der Rassenbiologie und Vererbungslehre wie der Bevölkerungsstatistik, werden die sozialbiologischen Grundlagen der Bevölkerungsbewegung und der Volksgesundheit untersucht. Die Tragfähigkeit des Bodens bedingt nicht mehr allein Masse und Lebensstandard der Menschheit, in immer größerer Ausdehnung hängen sie von den Gesetzen des Gesellschafts- und des Gemeinschaftslebens ab. Die einzelnen Erscheinungen, so das Zwei- und Einkindersystem, sind nicht rein zahlenmäßig statistisch zu erfassen, sondern es ist nach den tieferen Ursachen zu forschen, deren Kenntnis allein zu notwendigen Reformen führen kann. Von höchster sozialbiologischer Bedeutung sind in neuester Zeit die große Bevölkerungsdichte, die starke Wanderbewegung und speziell die ideelle Demokratisierung der Welt geworden. Die intensive horizontale und vertikale Mischung, diese Bastardisierung im großen, muß zunächst zu physiognomischer und charakterologischer Verflachung, dann aber auch zur Entstehung und Entwicklung neuer, besonderer Eigenschaften und Leistungsfähigkeiten führen. Die Voraussetzung für die Erhaltung Deutschlands und Europas ist biologischer Art und besteht in der Pflege und Erhaltung der erblich bedingten geistigen Fähigkeiten. Diese Möglichkeit bezweifelt der Verfasser, da ihre Träger sich allem Anschein nach ungenügend vermehren, und der soziale Aufstieg einer Familie unter den heutigen sozialbiologischen Verhältnissen ihren baldigen Niedergang bedeutet. Die Denkweise des Verfassers charakterisiert sich durch folgende *Schlußsätze*: »So saugt die Kultur heute ganz anders als früher an den biologisch wertvollsten Kräften der Völker weißer Rasse. Statt dessen belasten wir uns heute aus christlichen und sozialistischen Beweggründen mehr denn je mit minderwertigen Elementen, die im Kampf um den Lebensraum keine Hilfe sondern nur eine Erschwerung darstellen.« Gleichwohl regt das Büchlein zum Nachdenken über die angeführten Fragen an.

**Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt**

**Soziologie** Das Buch des Berliner Professors *Alfred Vierkandt*, das den Titel *Gesellschaftslehre* führt, liegt jetzt in neuer, völlig umgearbeiteter Auflage von fast 500 Seiten vor (Stuttgart, Ferdinand Enke). Das Programm des Verfassers blieb unverändert. »Dieses Buch«, so kündigt es das hier wiederabgedruckte Vorwort der 1. Auflage an, »behandelt weder die Urgeschichte der Ehe noch den Ursprung des Staates, es fragt nicht nach den Gesetzen des geschichtlichen Lebens oder nach universell verbreiteten Kulturstufen. Auch erörtert es weder den sozialen Aufstieg oder das Wesen des Berufs, noch befaßt es sich mit Sozialpolitik oder Kriminalstatistik und ebensowenig mit dem Rassenproblem oder der Beeinflussung der natürlichen Auslese durch die Kultur oder den Leistungen des Krieges in dieser Hinsicht. Den Gegenstand des Buches bilden vielmehr die letzten Formen, Kräfte und Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens schlechweg und damit Gebilde, die unabhängig von allem historischen Wandel aus dem Wesen der Gesellschaft folgen.« Vierkandt verfolgt das selbe Ziel, »das bereits Simmel vorgeschwebt hat«, das aber erst »durch die Entwicklung der Phänomenologie, die uns in ganz neuer Weise umfassende Reihen letzter apriorischer Tatbestände festzustellen ermöglicht«, erreichbar geworden ist. Diese als Phänomenologie bezeichnete philosophische Methode bietet »die Möglichkeit die unübersehbare Fülle der Tatsachen auf einen verhältnismäßig geringen Bestand von Urphänomenen zurückzuführen, ähnlich und zugleich völlig anders wie die rationalen Naturwissenschaften alle Erscheinungen aus letzten Elementen und Naturgesetzen ableiten; und damit die weitere Möglichkeit statt empirisch-induktiver, oft mehr oder weniger zufälliger Typen solche aufzustellen, die einen unbedingt logischen Vorzug darin besitzen, daß sie aus dem "Wesen" der Dinge folgen«. In inhaltlicher Hinsicht ergebe sich durch dieses Verfahren, »daß alles gesellschaftliche Leben einen spezifischen innern Zustand seiner Träger bedeutet, nämlich eine spezifische innere Verbundenheit in sich enthält, die von allen Anpassungs- und Nützlichkeitsverhältnissen grundverschieden ist. Was Tönnies in seiner Entdeckung der Gemeinschaft als einer besondern Lebensform begonnen hatte, ist hier folgerecht zu Ende geführt.«

Die Idee einer allgemeinen grundlegenden Soziologie, die auf dem Gebiet der sozialen Erkenntnis ähnliches leisten werde wie die rationalen Naturwissenschaften auf dem ihrigen, wirkt im ersten Augenblick bestechend. Aber nicht nur, daß man im Buch Vierkandts vergeblich nach irgendwelchen Gründen sucht, die eine solche These stützen könnten; eine einfache Überlegung läßt den Gedanken, daß eine allgemeine formale Soziologie jemals eine solche Rolle spielen könnte, utopisch und schimärisch erscheinen. Denn diese allgemeine formale Soziologie, wie Vierkandt sie anstrebt, erschöpft sich eben darin im gesellschaftlichen Verhalten der Menschen zu einander verschiedene, typisch unterschiedene Grundzüge und Arten des sozialen Verhaltens zu fixieren und kann es auf diesem Weg nie zur präzisen Formulierung irgendeines "Gesetzes" bringen. Gewiß ist die Geschichte das Produkt von Menschen, vergesellschafteter Menschen, und gewiß offenbart sich in den gesellschaftlichen Gebilden zugleich das, was man zusammenfassend menschliche Natur nennt: der so wunderbar verschlungene Komplex von Trieben und Kräften, die in dem menschlichen Gattungscharakter angelegt sind. Aber es ist nicht abzusehen, was durch eine solche soziologische formale Betrachtungsweise der allgemein menschlichen Natur für die Erkenntnis historisch sozialer besonderer Gesellschaften und ihrer Fortentwicklung gewonnen werden kann. Was für Interesse zum Beispiel Vierkandts Ausführungen über den »Instinkt des Selbstgefühls«, den »Unterordnungstrieb«, den »Hilfstrieb«, den »Kampftrieb«, die »Sympathie«, die »Nachahmung«, die »Ausdrucksfähigkeit« und anderes mehr in einzelnen Partien bieten mögen, die Methode soziologischer Forschung wird dadurch nicht berührt. Das wirkliche soziologische Interesse, wie es sich im Rahmen der bürgerlichen Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts und weiterhin in ständig wachsendem Maß entwickelt hat, steht mit der von Simmel aufgeworfenen und von Vierkandt besonders betonten Frage nach einem gemeinsamen Merkmal aller gesellschaftlichen Beziehungen überhaupt und mit den Fragen, wie sich im Rahmen dieses allgemeinen Merkmals typisch verschiedene Grundformen des sozialen Verhaltens unterscheiden lassen, in keinem innern Zusammenhang. Geschweige daß eine solche formale Soziologie die Bedeutung einer prinzipiellen Grundlegung für die sozialge-

schichtliche Forschung erhalten könnte. Wie weit beides auseinanderklafft, erhellt besonders schlagend ein Passus in dem Vorwort Vierkandts selbst, daß jene »spezifische innere Verbundenheit« von Menschen, die ihm als gemeinsames Merkmal jeder gesellschaftlichen Beziehung überhaupt gilt, »von allen Anpassungs- und Nützlichkeitsverhältnissen grundverschieden ist«. Vierkandt sieht gar nicht, wie unfruchtbar und leer eine Gesellschaftslehre ausfallen muß, die in ihren Ausgangspunkten von »Nützlichkeitsverhältnissen«, damit also, muß man schließen, auch vom menschlichen Zweckhandeln, das sich doch überall um Nützlichkeitsverhältnisse im sozialen Leben dreht, abstrahiert; eine solche Schematik gemahnt an das berühmte Lichtenbergsche Messer ohne Klinge, dem der Griff fehlt. Absehen von den Nützlichkeitsverhältnissen heißt absehen von den Bedürfnissen und Zielen, die bei der Gestaltung jeder historischen Gesellschaft am Werk sind, heißt die Gesellschaftslehre zur leeren Hülse machen, aus der für das entwicklungsgeschichtliche Verständnis nichts herauspringt. Vierkandts weitere Ausführungen wenden sich insbesondere der Betrachtung solcher typischen Verhaltensweisen zu, die auf dem von Tönnies als Gemeinschaft bezeichneten Gebiet eine besondere Rolle spielen. In diesem Sinn wird der soziale Typus der Gruppe von dem Verfasser ausführlicher behandelt, woran sich dann im letzten Abschnitt über die wichtigsten historischen Formen der Gruppe weitergreifende Ausblicke, so auf »Stände, Klassen und politische Parteien« wie auf »Volk, Stamm und Nation als kulturelle Gruppen« schließen. Der Name Marx wird in dem Buch, auch in der Einleitung, die einen Überblick über die verschiedenen soziologischen Richtungen geben will, nur flüchtig erwähnt. Von einem Versuch sich über die bahnbrechende Bedeutung dieses machtvoll originellen Geistes Rechenschaft zu geben ist keine Rede.

Und doch liegt hier der Kern, mit dem sich eine Gesellschaftslehre betitelt Arbeit auseinandersetzen müßte. Dem Marxschen Grundgedanken, daß ein Verständnis der Gesellschaft unabtrennbar ist von der Einsicht in die Sonderart ihres sich ständig forterhaltenden materiellen Lebensprozesses, der Produktion und Produktionsverhältnisse, kommt, wie umstritten einzelne Wendungen der Marxschen Geschichtsauffassung seien, wegweisende soziologische Bedeutung zu. So wurde dem zerstreuten Treiben so-

ziologischer Betrachtung, die sich sonst leicht ins Uferlose verliert, etwas wie einheitgebender umfassender Gesichtspunkt zugeführt; ein Gesichtspunkt, dessen wunderbare Kraft und Tiefe sich offenkundig in dem überall von historisch-soziologischen Ausblicken durchzogenen Marxschen Kapital, wie Hand in Hand damit in seiner realistischen Umprägung der sozialistischen Gedankenwelt, manifestiert. Das Zurückgehen auf die Genesis, den Gesamtzusammenhang, die Entwicklungstendenzen und Klassengegensätze der modernen Gesellschaft gibt ihm zugleich das Rüstzeug für seine Auffassung der kommenden Entwicklung an die Hand.

Erst der innere, ganz neue und eigenartige Konnex, in den Marxsens soziologische Auffassungsweise so zu der Idee einer die Menschheit aufwärtsführenden Entwicklung der Gesellschaft tritt, gab seinem Lebenswerk den ungeheuren Einfluß nicht nur auf die Arbeiterbewegung sondern auf das geistige Leben der ganzen Epoche. Die formalistische Gesellschaftslehre, wie sie nach dem Vorgang Simmels von Vierkandt und anderen heute vielfach betrieben wird, kapselt sich von jeglichem Kontakt mit diesem Großen ab, und zwar ohne in dieser ihrer formalistischen Beschränkung Wege aufzeigen zu können, die die sozialgeschichtliche Betrachtung fruchtbar weiterführen. Ein gewisser Hang zum Spielerischen in Simmels Spekulation, von dem Alfred Vierkandt gelegentlich in seinem Buch spricht, wirkt unzweifelhaft auch in dieser ganzen, von Georg Simmel inaugurierten Richtung mit.

**Kapitalismus und Sozialismus** In einem Heft der von der Reichsleitung der Jungsozialisten herausgegebenen Jungsozialistischen Schriftenreihe /Berlin, E. Laub/ stellt *Alfred Braunthal* unter dem Titel *Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft* der im 1. Band des Kapitals entwickelten Konzentrationstheorie, die mit den Ausführungen des 2. Bandes über Reproduktion und Zirkulation des Gesamtkapitals widerspruchslos zusammenstimme, die sogenannte Katastrophentheorie gegenüber, derzufolge eine wachsende Ausdehnung der kapitalistischen Produktion zu immer gewaltigeren Absatzstockungen und so zu einem schließlichen Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsweise führen werde. Die Darstellung ist lichtvoll und geschickt. Sie wendet sich insbesondere gegen die überaus künstlichen Argumentationen,



mit denen Rosa Luxemburg in ihrem bekannten Werk über die Akkumulation die Auffassung eines einstigen unentzerrbaren Zusammenbruchs des Kapitalismus zu stützen versucht hat. Nicht nur, daß derartigen Prognosen logisch zwingende Beweiskraft abgeht, sie können unter Umständen zu einer fatalistischen Stimmung führen, die das Interesse an den aktuell notwendigen Aufgaben der Partei schmälert. Den Abschluß bildet eine eingehende Darstellung der Marxschen Konzentrationstheorie, die trotz gewissen, vom Revisionismus mit Recht hervorgehobenen Einschränkungen in den Grundzügen ihre Geltung behalte und die Basis liefere, auf der sich eine schrittweise Umbildung der kapitalistischen Organisation in eine sozialistische überhaupt nur denken lasse. Die Idee eines inmitten allgemeinen kapitalistischen Zusammenbruchs plötzlich improvisierten Sozialismus laufe auf lauter Widersprüche hinaus. Aber ebenso selbstverständlich sei es, daß die fortschreitende Konzentrationstendenz innerhalb des Kapitalismus von sich aus keinen Sozialismus schaffen könne sondern nur einen Hebel darstelle, den eine zielbewußte Aktion der Arbeiterklasse für ein solches Ziel planmäßig in Bewegung setzen kann. Die gleichfalls in der Jungsozialistischen Schriftenreihe veröffentlichte Arbeit *Klaus Zweilings* Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Gesellschaft steht dem Braunthalschen Schriftchen bei weitem nach. Sie bietet wenig, was sich der Phantasie und dem Denken der jugendlichen Leser lebendig einprägt. Das Buch *Adolf Casparys* Maschinenutopie; Das Übereinstimmungsmoment der bürgerlichen und der sozialistischen Ökonomie /Berlin, David/ erfüllt in vollem Maß die Befürchtungen, die sein seltsamer Titel weckt. Dem Autor ist es völlig ernst mit seiner Lieblingsthese, daß die Maschinenteknik nicht etwa nur in der kapitalistischen sondern ebenso auch in jeder denkbaren sozialistischen Gesellschaft zur Erhöhung der Bedarfsdeckung respektive zur Verkürzung der gesellschaftlichen Arbeitszeit nichts beitragen könne. Er unterstellt den Ökonomen, die von arbeitsparenden Maschinen reden, allem Anschein nach das groteske Mißverständnis: sie vergäßen, daß, wenn in den Betrieben einer Branche durch Anwendung neuer Maschinerie der Aufwand lebendiger Arbeit in diesen Betrieben gegen früher herabgesetzt werde, diese Maschinerie selbst wiederum ein Arbeitsprodukt sei,

das so und so viel Arbeitszeit zur Herstellung verlange, die dann bei Bestimmung der mit Hilfe der neuen Maschinerie erzeugten Güter mit in Anschlag zu bringen ist. In der Tat, soll durch Gebrauch verbesserter Maschinerie bei einer Branche Arbeit gespart werden, so setzt das natürlich einen sonst nicht erforderlichen Arbeitsaufwand zur Produktion der betreffenden Maschinerie voraus. Das ist ebenso selbstverständlich, wie es weiter selbstverständlich ist, daß die Maschinerie vom kapitalistischen Unternehmer nur benutzt wird, wenn durch ihre Anwendung die vom Unternehmer erzielte Herabsetzung der Lohnarbeit in seinem Betrieb und damit die Herabsetzung des von ihm zu zahlenden Lohnbetrags so beträchtlich ist, daß sie die Mehrausgabe zum Ankauf der betreffenden Maschinen überwiegt, und wie es selbstverständlich ist, daß eine sozialistische Gesellschaft nur solche Maschinen produzieren wird, die, aufs Stück der mit ihrer Hilfe zu erzeugenden Güter gerechnet, fortlaufend mehr Arbeit sparen als ihre, der Maschinerie, Herstellung verlangt. Aber dieser simple Tatbestand verdreht sich bei dem Autor in die funkelnagelneue These, das Resultat maschineller Technik könne überhaupt nur eine bloße Verschiebung innerhalb der Produktion, jedoch in Wahrheit nie und nimmer eine Verkürzung der zur Gütererzeugung gesellschaftlich notwendigen Gesamtarbeit sein. Darum könne auch der Marxsche Sozialismus, der jenen Glauben an die die Arbeit kürzende maschinelle Technik teilt, den Arbeitern keinerlei Milderung ihres heutigen Elends bringen. Um die arme Menschheit ist es, zumal der Autor selbst die Rückkehr zu einer maschinenfreien, agrarisch-handwerksmäßigen Produktionsweise für unmöglich hält, daher übel bestellt. Zum Trost wird man in einer mystischen Andeutung des Schlusses auf ein neues Reich verwiesen, das jenseits aller maschinellen Technik wie aller primitiven Agrar- und Handwerkswirtschaft dereinst erblühen könne.

**Totenliste** Der unerwartet frühe Tod *Max Schelers* (siehe die Rundschau Philosophie und Religionswissenschaft, in diesem Band Seite 703 und 713), dem bei seinem ungewöhnlichen Vermögen jugendliche Kräfte anzuregen eine sichtbare und glänzende Dozentenlaufbahn bevorzustehen schien, bedeutet auch für die Sozialwissenschaften einen sehr schweren Verlust. Seine Publikationen nach



Beendigung des Weltkriegs, in dessen Verlauf er noch die mystisch-lyrische Apotheose *Der Genius des Krieges /1915/* ins Land warf, tragen in geradezu überraschender Weise den Stempel fortschreitender Befreiung von romantisierendem Gespensterspuk. Und sein rastloser Geist, dem ein ausgedehntes Wissen zur Seite stand, warf sich nun auf das Gebiet der soziologischen Forschung. Der von ihm im Auftrag des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaft in Köln herausgegebene Sammelband: *Zur Soziologie des Wissens /1924/* ist wohl die reifste Frucht dieser seiner letzten Lebensperiode. Die Fülle neuer Gesichtspunkte, die er hier in seiner einleitenden Abhandlung aufrollt, traf bisher noch kaum beobachtete und dabei äußerst charakteristische Züge der modernen Gesellschaft.

**Kurze Chronik** Der Reichsverband der Deutschen Volkswirte hat seinen Stellennachweis zu einer *Arbeitsvermittlungsstelle* auf allen Gebieten der öffentlichen und privaten Verwaltung sowie verwandter Tätigkeitszweige, insbesondere bei wirtschaftlichen Interessenvertretungen, Vereinen, Kartellen, Kammern, Genossenschaften und Erwerbsunternehmen, ausgestaltet. Dieser Stellennachweis erstreckt sich auf das ganze Reichsgebiet und das deutschsprachige Ausland. Auch für literarische Arbeiten und Vorträge werden volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich, juristisch gebildete Kräfte nachgewiesen.  $\diamond$  An der Universität *Leipzig* wurde, auf Antrag der Sozialdemokraten, ein Lehrstuhl für marxistische Gesellschaftswissenschaft errichtet. Ferner wurde dort vom sächsischen Volksbildungsministerium mit finanzieller Unterstützung des Reichs ein Institut für mittel- und südosteuropäische Wirtschaftsforschung gegründet, das auch dem Universitätsstudium dienen soll. Das neue Institut steht unter der Leitung des Ordinarius für Nationalökonomie Kurt Wiedenfeld.  $\diamond$  Die Technische Hochschule in *Braunschweig* errichtete ein Institut für Betriebswissenschaft, dessen Leitung die Professoren Meyenberg und Schmitz übernahmen.  $\diamond$  Als Nachfolger O. Schneiders auf dem Lehrstuhl der Nationalökonomie an der Universität Königsberg erhielt der Kölner Professor *Wilhelm Vleugels* einen Lehrauftrag. Vleugels, ein Schüler Schmalenbachs und von Wieses, habilitierte sich 1923 mit einer Abhandlung über die Bedeutung der Freudschen Psychoanalyse für die So-

ziologie in Köln. Von weiteren Arbeiten sind *Der Achtstundentag in Deutschland /1924/* und *Das Ende der Grenznutzentheorie? /1925/* zu nennen. Mit Georg Fuchs zusammen gibt er die Sammlung *Die Genossenschaft* heraus.  $\diamond$  Der Oberregierungsrat im Preußischen Statistischen Landesamt *Rudolf Meerwarth* wurde Ordinarius der Statistik an der Universität Leipzig.  $\diamond$  An der Universität Frankfurt *habilitierte* sich Georg Scheller für das Fach der Betriebswirtschaftslehre, an der Universität München Georg Halm für Volkswirtschaftslehre; ferner für Staatswissenschaften an der Universität Berlin Charlotte Lorenz, mit einer Antrittsvorlesung über die wirtschaftspolitischen Strömungen der Gegenwart, und an der Universität Gießen die Assistentin am Staatswissenschaftlichen Seminar Charlotte von Reichenau mit einer Arbeit über die Kapitalfunktion des Kredits.

**Literatur** Der Greifswalder Professor *Karl Muhs* läßt einen *Antimark* erscheinen, von dem einstweilen ein 1. dicker Band herauskam /Jena, Gustav Fischer/. Von tendenziösem Klopffechtertum, woran der Titel bei dem heutigen Feldgeschrei konservativer Blätter gegen den Marxismus leicht denken läßt, hält sich der Autor völlig fern. Das zeigt sich schon in der Einleitung, in der er seine Aufgabe näher umgrenzt. Die Forderung, die er aufstellt, daß eine Kritik der Marxschen Theorie, statt Einzelheiten herauszureißen, den Gesamtbau daraufhin zu prüfen haben werde, ob seine Glieder innerlich zusammenstimmen, hat gewiß ihr gutes Recht und kann auch in dem immer zunehmenden Kreis solcher Marxisten, die eine selbständig freie Stellungnahme zur Lehre dieses großen Denkers erstreben, auf Zustimmung rechnen. Nur daß diese da, wo sie auf Lücken und auf Brüche stoßen, im Gegensatz zu Muhs, der im Rahmen dieser von ihm verlangten Methode großenteils schon bekannte Einwände wiederholt, die Aufgabe einer Marxkritik nicht für erledigt halten werden; vielmehr im Bewußtsein der bahnbrechenden, auf soziologischem Gebiet unvergleichlichen Leistung, die Marxens Arbeit vollbracht hat, in der etwaigen Aufzeigung von Mängeln und Widersprüchen seiner Formulierungen nur den Hinweis auf Probleme sehen, auf die eine von der Zeit geforderte kritische Fort- und Umbildung des Marxschen Systems, die an dem Grundzug Marxschen Denkens fest-

hält, ihr Augenmerk zu richten haben wird.

◇ Ein Theorie der reinen Wirtschaft sich betitelnder umfangreicher Band *Achille Loria*, mit dessen gegen Marx gerichteten Verdächtigungen Friedrich Engels im Vorwort zum 3. Band des Kapitals seinerzeit abgerechnet hat, liegt in deutscher Übersetzung vor /München, Duncker & Humblot/. Der Grundbegriff, mit dem der Verfasser operiert, ist der des Einkommens. Von einer Besinnung darauf, was denn eine Theorie der modernen Volkswirtschaft zu leisten haben werde, und welche Methoden sich daraus ergeben, ist nicht die Rede. Der Leser wird nach langer, durch die schwerfällige Ausdrucksweise doppelt mühseliger Wanderung mit dem Gefühl nicht klüger geworden zu sein von dem Buch Abschied nehmen.

◇ Einen Überblick über das Krisenproblem in der neuern nationalökonomischen Literatur gibt eine größere Seminararbeit *Kurt Zimmermanns* /Halberstadt, H. Meyer/.

◇ Unter dem Titel *Das Dorf als soziales Gebilde* /Leipzig, Duncker & Humblot/ veröffentlicht *Leopold von Wiese*, der Kölner Soziologe, eine Anzahl ausgewählter Arbeiten seiner Schüler, mit denen er einen Exkurs auf Dörfer des Hunsrück unternahm. Sie sollten aus eigener Beobachtung und nach Rücksprache mit Eingewesenen darüber berichten, was ihnen in der Lebensweise und den sozialen Beziehungen der Dorfbewohner als spezifisch charakteristisch erschien. Ein Schema allgemeiner Gesichtspunkte, die der Untersuchung eine nähere Grundlage und Richtung geben sollten, war vereinbart worden. Die Aufsätze bringen mancherlei Interessantes, so über Person und Individualität, über Nachbarschaftsverhältnisse, über das, was Wiese Distanz nennt, über Haltung und Umgangsformen, über Familien- und Geschlechtsverhältnisse wie über das Dorf als Lebensgemeinschaft. Sie stellen nach der Ansicht des Herausgebers einen konkreten kleinen Beitrag zu der von ihm propagierten Beziehungslehre vor, in der er eine der Hauptaufgaben der Soziologie sieht.

◇ Als Festgabe zum 75. Geburtstag Georg von Schanz' liegen 2 starke Bände *Beiträge zur Finanzwissenschaft*, herausgegeben von Hans Teschenmacher, vor /Tübingen, J. C. B. Mohr/, die Aufsätze einer großen Anzahl von Gelehrten bringen, darunter solche über die finanzielle Bedeutung der internationalen öffentlichen Unternehmungen, über die Verteilung der finanziellen Lasten in der Sozialversicherung, über Revolutionsfinanzen und anderes mehr.

### Geschichte / Walther Koch

**Menschheitsgeschichte** Während sich das politische und das wirtschaftliche Weltbild über Europa hinaus immer mehr zur Weltpolitik und zur Weltwirtschaft erweiterten, laufen Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung im großen und ganzen noch die alten Bahnen von Rankes Zeiten her weiter. Weltgeschichte ist den meisten keineswegs die Geschichte des Erdballs sondern nur die Geschichte der europäisch abendländischen Welt, das heißt im wesentlichen der germanisch-romanischen Völker, wozu noch die slawischen Grenzvölker getreten sind. Nur wenn Europa in kriegerische Verwicklungen mit außereuropäischen Völkern wie Indern, Chinesen oder Japanern trat, wurde an der betreffenden Zeitstelle die jahrtausendealte Entwicklung dieser Völker mit ein paar Worten nachgeholt. Nur in einzelnen Ansätzen umspannt heute Geschichtsforschung wirklich die ganze Welt. Hier ist vor allem der bedeutende Versuch einer Geschichte der Menschheit zu nennen, den der Berliner Kulturhistoriker und Soziologe *Kurt Breysig* unternommen hat. Zwar seine Geschichte der Menschheit selbst ist nicht über den 1. Band *Die Völker der Urzeit* /Berlin, Georg Bondi/ hinausgediehen. Aber es liegt einerseits nunmehr die 2., stark vermehrte Auflage seines grundsätzlichen Buchs *Der Stufenbau und die Gesetze der Weltgeschichte* /Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/ vor, das wie kein anderes seiner Werke Sinn und Leistung seines Schaffens zusammendrängt. Andererseits eröffnet der 3., abschließende Band seines großen Werks *Vom geschichtlichen Werden, der Der Weg der Menschheit* genannt wird /Stuttgart, J. G. Cotta Nachfolger/, die Perspektive auf den ungeheuren Horizont des ganzen Erdballs. Hier, in Breysigs *Wollen und Wagen* haben wir also tatsächlich die Ansätze zu einer planetarischen Geschichtsauffassung, die erst wirklich den Namen einer Weltgeschichte voll verdient.

Im Stufenbau werden zunächst die Stufenalter der Menschheit behandelt, die alle Völker in allen Lebensbereichen, in verschiedener Weise, mit verschiedenem Erfolg durchlaufen. Viele beharren auf der Kindheitsstufe der Urzeit, sind aber deswegen nicht weniger historische Völker, die ein Werden kennen, als die meist so genannten Kulturvölker. Durch die Gesellschaftsschichtung aller Urzeitvölker hindurch findet sich überall die selbe Ge-

schlechterverfassung, der Breysig mit besonderer Liebenahege. Im Geistigen tritt auf dieser Stufe der Heilbringerglaube auf, dem Breysig ein besonderes Buch gewidmet hat (Die Entstehung des Gottesglaubens und der Heilbringer /Berlin, Georg Bondi/). Die Altertumsreiche kennzeichnet die Herrschaft eines starken Königtums, die die genossenschaftliche Bindung der Urzeit ablöst. Überhaupt sieht Breysig 2 große Grundtendenzen sich ständig in einem gewissen Rhythmus ablösen: den Persönlichkeitstrieb und den Gemeinschaftsdrang, im Verfassungsleben also eine mehr herrschaftliche und eine mehr genossenschaftliche Grundrichtung. Die mittelalterliche Stufe, die von den verschiedenen Völkern zu ganz verschiedenen Zeiten erreicht wird, zeichnet sich wieder durch das Vorwiegen bestimmter genossenschaftlicher Einungen, besonders in Form der Adelsaristokratie, aus. Erst durch den Vergleich des europäischen Mittelalters mit den ihm entsprechenden außereuropäischen Bildungen kann dieser Sozialorganismus in seiner Eigenheit im Gefüge der Gesamtentwicklung ohne romantische Überschätzung recht erkannt werden. Breysig hat hier in der vergleichenden Betrachtung der Entwicklung der Stände des Mittelalters in ihrem Aufbau und ihren Kämpfen eine soziologische Geschichtsmethode angewandt, die der ökonomischen Geschichtsauffassung eines recht verstandenen Marxismus verwandt ist. Die Stufe der neuern und der neuesten Geschichtsentwicklung ist durch eine außerordentliche Steigerung des Staatsgedankens bestimmt, wie sie sich zunächst in der Ausbildung des fürstlichen Absolutismus zeigt. Diese Stufe ist nur von wenigen Völkern, nämlich von den neuuropäischen der germanisch-romanischen Kulturwelt und von den alteuropäischen der Antike, erreicht worden. In der neuesten Geschichte schließt sich die Menschheit zur Geschichtseinheit zusammen, was Breysig an den übernationalen Organisationen bis hin zum Völkerbund demonstriert. Auf die Betrachtung dieser neuesten Zeit soll im folgenden noch näher eingegangen werden, um an diesem Ausschnitt aus dem Gesamtwerk Breysigs die Fruchtbarkeit dieser Gedankengänge auch für das Verständnis unserer gegenwärtigen Zeit- und Weltlage aufzuzeigen.

Die neueste Zeit beginnt mit der Großen Französischen Revolution, die dem 19. Jahrhundert seinen Charakter gegeben hat. Sie eröffnet das Zeitalter des Liberalismus, der Demokratie und

schließlich des Sozialismus. In dem Mutterland der Verfassungsentwicklung, in Frankreich, setzt sich die Bewegung in den Revolutionen von 1830 und 1848 fort. Kurz nach dem Entstehen dieser großen demokratischen Bewegung scheint sie von dem imperialistischen Zäsarismus Napoléons durchbrochen. Aber einmal ist ja ersichtlich, daß dieser Napoléonische Imperialismus, auch seine Nachahmung durch Napoléon III, in weitem Maß die revolutionären Energieen aufnimmt und konsolidiert. Dann aber erwächst aus dem Problem des Nebeneinanders zweier scheinbar so grundverschiedenen Tendenzen wie der demokratischen, massenindividualistischen, wie sie im großen und ganzen im 19. Jahrhundert vorgeherrscht hat, und der imperialistischen Napoléons gerade die Frage, ob nicht in der neuesten Zeit eine erhebliche Abweichung von dem Entwicklungsverlauf aller anderen Geschichtsstufen zu konstatieren ist. Die Frage nach dem innern Verhältnis der demokratisch-sozialistischen zu der imperialistischen Grundrichtung ist nicht nur durch die Fortsetzung der Großen Revolution durch Napoléon gestellt, sondern sie wird auch heute aufs neue lebendig. Seit 1900 etwa bis zum Weltkrieg datiert Breysig das Vorherrschen imperialistischer Tendenzen in allen Staaten. Freilich ist der Imperialismus Großbritanniens weit ältern Datums. Oft verbinden sich auch mit einander Imperialismus in der Außenpolitik und demokratische Massenströmungen im Innern, so daß Breysig zu der Frage kommt, ob nicht die Zukunft statt des Sieges entweder der Demokratie oder des Imperialismus eine Verschmelzung beider Tendenzen in einer neuen Form bringen wird. Eine sozialistische Anschauung, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften vertreten wird, die weit von dem bloß massenindividualistischen Liberalismus der Demokratie abrückt und sich anderseits nicht durch den Popanz Imperialismus schrecken läßt, sondern die Bildung immer größerer Wirtschafts- und Staatsverbände in großen Weltreichen, in Imperien, sich vollziehen sieht und anerkennt, wird eine solche höhere Verbindung, wie sie Breysig möglicherweise kommen sieht, durchaus bejahen. Schon Napoléon hat einzigartig diese kommende Staatenverbindung des europäischen Kontinents angestrebt. Diese weltgeschichtliche Sendung Napoléons, die ihn zu einer einzigartigen Persönlichkeit der Menschheitsgeschichte machte, ist in den Sozialistischen Monatsheften dargestellt und gerade den Sozialisten immer wieder

vor Augen geführt worden. Es ist nun ein großes Verdienst Breysigs, daß auch er die ganz überragende Bedeutung Napoleons in seinen meisten Werken so stark hervorgehoben hat. Er stellt ihm neben Alexander und Caesar, mißt ihm mit Recht noch größere Bedeutung zu. Wie diese schließt Napoléon eine revolutionäre Epoche ab und eröffnet die Entwicklung eines großen Imperiums, die durch seinen Sturz zwar vorübergehend zurückgeschraubt ist, aber in der Zukunft sich unaufhaltsam entwickeln wird.

Breysig stellt die Frage der Zukunftsgestaltung: »Was für die Zukunft zu erwarten ist, hängt vor allem von der Entscheidung darüber ab, ob wirklich von 1899 ab ein Zeitalter des erklärten Imperialismus (mit zäsaristischen Einschlägen) angebrochen ist, oder ob sich weiter das demokratisch-sozialistische Zeitalter, von dem dann die Zeit von 1789 bis 1899 nur der erste Abschnitt gewesen wäre, noch auf lange hin fort- und durchsetzt, in welchem Falle die imperialistische Welle von 1899 bis 1918 nur Episode gewesen wäre.« Wir glauben dies nicht sondern sehen, wie gerade auch der Sozialismus mehr und mehr trotz aller andersscheinenden Phraseologie die Bildung großer Weltreiche, die sich zu einem großen Menschheitsorganismus zusammenfügen, zu begreifen beginnt. Der Sozialismus ist gerade auch von Marx und Lassalle aus gesehen durchaus keine Fortführung liberal-demokratischer Tendenzen sondern gerade im Gegenteil auf stärkste gegen den Liberalismus des freien Spiels der Kräfte und gegen das Ideal des Individualismus gerichtet.

Breysig sieht die wahrscheinlichste Lebensform der nächsten absehbaren Zukunft das Vorwalten eines gemäßigt sozialistischen Demokratismus für die innere, des Gedankens des beständigen Friedens mit dem Ziel eines europäischen oder Weltstaatenbunds für die äußere Staatsentwicklung an. Gewiß ist damit der Gemeinschaftsdrang in absehbarer Zukunft als maßgebend angenommen. Aber es ist durchaus anzunehmen, daß sich dieser Gemeinschaftsdrang nicht massenindividualistisch orientiert sondern in der organischen Bildung von genossenschaftlichen Verbindungen bis hin zur Staatenverbindung Europas seine Weltreichform findet. Breysig findet diesen Staats- und Wirtschaftssozialismus, der den Massenindividualismus überwindet, in dem bolschewistischen Rußland verwirklicht. Die Tatsache, daß der Bolschewismus marxistisch zu sein vorgibt und gar den Namen Kom-

munismus (dessen Ansätze auf dem russischen Land er in Wahrheit vernichtete) annektiert hat, sollte aber nicht den Blick dafür verdunkeln, daß der marxistische Sozialismus nicht das Heil des einzelnen sondern die neue Gesellschaftsordnung, die neue Wirtschaft, den neuen Staat will. Mit Recht hat aber Breysig hervorgehoben, daß dieser Prozeß der Versachlichung gerade in Karl Marx seinen großen Verkünder gefunden hat. »Die wahrhaft seherische Kraft, mit der Marx der Forscher, der Marx dem Völkerführer, Gesellschaftsformer an Stärke kaum nachstand, Wirtschaft und Gesellschaft, Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte sah und wertete, hat sich vielleicht in keiner Einzelheit so übergroß bewährt wie darin, daß er sein großes Werk Das Kapital, nicht Der Kapitalist oder Der Bourgeois, nannte und in diesem Sachsinne formte.« Nicht immer haben die deutschen Historiker mit solchem Verständnis von der Bedeutung und der Leistung Marxens gesprochen.

**Frankreich:** In der Gegenwart wird Staatsentwick- wieder erneut um das Problem lungen "Unitarismus oder Föderalismus?" gekämpft. Die deutsche Geschichte wird zum Kronzeugen für den Partikularismus herangezogen. Andererseits weist man auf das Schreckgespenst eines zentralistischen Unitarismus in Frankreich hin. Da ist es aufschlußreich einmal das Verhältnis von Unitarismus und Föderalismus in der französischen Geschichte kennenzulernen, wie es jetzt durch das großzügige und zugleich gründliche Buch *Hedwig Hintzes* Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ möglich ist. Hier ist ein Beitrag zu einer historisch-systematischen Klärung des Problems von Staatseinheit und Föderalismus geliefert, das an der französischen Staatsbildung untersucht wird. In der Tat stellt das Werk eine sehr gute Verbindung begrifflicher Systematik politischer Grundfragen und historischer Einzelforschung dar. Ein reiches Material ist da ausgebreitet, zugleich aber begrifflich verarbeitet, so daß es nie den Leser bedrückt. Andererseits geht uns nie im luftleeren Raum begrifflicher Konstruktionen der Atem aus, allenthalben werden wir von der Fülle der geschichtlichen Tatsachen gespeist. Aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß man in Frankreich keineswegs von einer eindeutig konsequenten Ausbildung des

zentralistischen Einheitsstaats sprechen kann, daß vielmehr ganz wesentliche Elemente eines eigentümlichen Föderalismus in verschiedenen Formen schon im alten Frankreich lebendig waren und sich noch in der Revolutionszeit auswirkten. Ein korporatives Zusammengehörigkeitsgefühl, das von unten den Staat aufbauen wollte, lag im Widerstreit mit einem strengen Einheitswillen. Hintze zeigt das Versagen des föderalistischen Liberalismus der Girondisten, deren klassenmäßige Bindung sie auf Grund ihrer ökonomischen Lage klar entwickelt. Diese ökonomische Betrachtungsweise ist ein weiterer Vorzug des Werkes. Offenbar ist die Verfasserin mit beeinflußt von der Auffassung Jean Jaurès', der ohne allen Dogmatismus in seiner *Histoire socialiste de la Révolution Française* die klassengeschichtlichen und letztthin wirtschaftlichen Triebkräfte der anscheinend rein politischen Revolutionsgeschichte untersucht hat. So kann das Werk Hintzes hier als ein deutliches Zeichen begrüßt werden, daß Jaurès auch als Historiker weiter zu wirken begonnen hat.

Mit dem Jahr 1793 schließt die eigentliche Arbeit Hintzes. Die Napoléonische Epoche beleuchtet sie nur kurz, wobei sie Napoléon nicht gerecht wird. Auch die das 19. Jahrhundert durchziehenden Versuche einer Dezentralisierung des von Napoléon endgültig geschlossenen Einheitsstaats werden von ihr nur erwähnt. Schließlich werden die modernen Bestrebungen regionalistischer Art im heutigen Frankreich, wie sie hauptsächlich von Jean Hennessy und Etienne Clementel vertreten werden, aufgezeigt. Erfolge hat dieser Regionalismus vor allem in der Schaffung von Wirtschaftsprovinzen gehabt, während der Kulturregionalismus von der Action Française, besonders von Charles Maurras, zu reaktionären Zwecken mißbraucht wird. Übrigens ganz wie bei uns die Heimatbestrebungen. Hedwig Hintze will den welthistorischen Vorgang aufzeigen und durchleuchten, in dem die französische Staatseinheit in ihrer heutigen Form und Prägung geschmiedet worden ist. Schon die alte Monarchie hat die französische Staatsbildung in weitem Maß in konsequentem jahrhundertelangem Aufbauprozeß vollzogen, wie das in einem Einleitungskapitel deutlich gemacht wird. Dieses Werden des Einheitsstaats drückt sich sowohl in der Entwicklung der Verfassung wie der Verwaltung aus und ist daher das Rückgrat der innenpolitischen Geschichte, wie es umgekehrt auch von der

außenpolitischen Lage abhängt, aber auch auf sie einwirkt. Diesen Zusammenhängen ist ja auch Otto Hintze in seinen meisterhaften verfassungs- und verwaltungsgeschichtlichen vergleichenden Studien immer wieder nachgegangen. »Nach dem großen Vereinheitlichungsprozeß, der fast ein Jahrtausend gedauert hatte, war im 18. Jahrhundert die Staatsform Frankreichs im wesentlichen festgelegt.« Ein Föderalismus im extremen Sinn, der die Einheit Frankreichs gefährdet hätte, war nun nicht mehr möglich. Aber wohl machten sich vor wie während der Revolution zunächst gemäßigte Ideen der Selbstverwaltung und des föderativen Staatsaufbaus von unten her bemerkbar. Hedwig Hintze behandelt diese Tendenzen sehr gründlich. In der Provinz war der Widerstand gegen die monarchistische Zentralisation lebendig; hier ging man häufig auf die Rechte der Stände zurück. Die Pläne des Abbés Sieyès wollten jede Selbsttätigkeit der Provinzen vernichten. Er stieß dabei auf den lebhaften Widerspruch der betroffenen Bevölkerungsschichten und Landschaften. Ein besonderes Kapitel ist der Frage der Städteverfassung gewidmet, die in der Konstituante heiß umstritten wurde. Einen Höhepunkt der ersten revolutionären Begeisterung für die neue Einheit bildete dann bekanntlich das Föderationsfest vom 14. Juli 1790, das heute noch nicht seine Bedeutung in Frankreich verloren hat. In dieser Föderationsbewegung nahm das Volk in seinen verschiedenen Schichten und Teilen wirklich den Gedanken der bisher vom Absolutismus ihm aufgezwungenen Einheit als eigene nationale Angelegenheit auf. Hier lag ein Versuch vor die Staatseinheit, die bis dahin ausschließlich herrschaftlich organisiert war, genossenschaftlich zu begründen und zu vertiefen. In diesen Tagen erfaßte auch alle edlen Geister in Deutschland ein Rausch der Begeisterung für die neuen Freiheitsideale der Französischen Revolution. Hedwig Hintze sieht mit Recht in dieser ersten Begegnung deutschen und französischen Geistes eine der großen Möglichkeiten deutsch-französischer Zusammenarbeit. Sie zitiert die schönen Worte Jaurès' über die Föderationen des Jahres 1789-1790: »Wundervolle Bewegung, die erst ihr Ende finden wird, wenn in einer zugleich tiefen und weiten Revolution alle Nationen der Erde, von dem großen Sturmwind der Einheit und des Friedens erfaßt, die Menschheitsföderation bilden werden. Glücklicherweise das Proletariat, das die heilige Mis-

sion hat dieses große Werk vorzubereiten.« Vom sozialistischen Standpunkt aus ist die Kritik Hintzes an den Ursachen der Doktrinen der Girondisten besonders interessant. Sie hebt hervor, daß Jaurès es ausdrücklich abgelehnt habe den großen Gegensatz zwischen den Parteien der Revolution streng marxistisch zu interpretieren, da es sich hier um keinen eigentlichen Klassenkampf sondern um den Kampf zwischen 2 politischen Parteien, die klassenmäßig gar nicht scharf geschieden waren, handelte. Gleichwohl schwangen nach ihr im Ringen dieser ganz gewiß in erster Linie politisch bestimmten Parteien Gegensätze klassenmäßiger und ökonomischer Natur mit, wie schließlich auch der Föderalismus ein (allerdings sehr schwer zu entschleiendes) ökonomisches Antlitz zeigte. In den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Kriegszeit mußte der ökonomische Liberalismus der Girondisten immer mehr versagen, die staatssozialistische Tendenz der Bergpartei die Oberhand gewinnen. Auch den starken Gegensatz zwischen einigen Departements und Paris erkennt Hintze als zum Teil ökonomisch bedingt. So hat ihr Werk das große Verdienst von einer bloß heroisch gefärbten oder allzu eng politisch orientierten Geschichtsauffassung abzurücken, die ökonomischen Triebkräfte der inneren Kämpfe aufzudecken. Haben wir so gesehen, daß die ökonomische Geschichtsauffassung, in der Art, wie sie in dem Werk Hedwig Hintzes zur Geltung kommt, unserm Denken entspricht, so haben wir in den Sozialistischen Monatsheften noch besonders Grund uns über das neue Buch zu freuen. Schließt dieses wissenschaftliche Werk doch mit einem Bekenntnis zur deutsch-französischen Verständigung. Saint-Simon, Ernest Renan, Victor Hugo, Jean Jaurès werden als Zeugen für den zum europäischen Zusammenschluß bereiten Geist Frankreichs angeführt. In der Aufgabe der Völkergemeinschaft findet auch der Gedanke des Föderalismus immer neue Nahrung. Die Vereinheitlichung der Menschheit wird nach dem Ausspruch Jean Jaurès' nur durch »die freie Föderation autonomer Nationen« erfolgen. Hedwig Hintze schließt ihr Buch mit dieser Erinnerung: Am 15. September 1871 schrieb Ernest Renan an David Friedrich Strauß: »Nehmen wir alle zusammen wieder die großen und wahren Probleme in Angriff, die sozialen Probleme, die sich dahin zusammenfassen lassen: eine vernünftige und möglichst gerechte Organisation der Menschheit zu finden.«

Gemeinverständliche  
Schriften

Eine recht brauchbare Übersicht über *deutsche Wirtschaftsgeschichte* des Mittelalters gibt Theodor Mayer in einem Bändchen der Sammlung Wissenschaft und Bildung /Leipzig, Quelle & Meyer/. Der Verfasser will sich darauf beschränken die großen Linien zu ziehen und die treibenden Kräfte der Entwicklung zu kennzeichnen. Aber diese Zusammenhänge sind von einer den neuesten Stand der Forschung berücksichtigenden Kenntnis der einzelnen Tatsachen unterbaut. Die wichtigste Literatur ist bei jedem Kapitel beigefügt. Streitfragen sind umsichtig und kritisch besprochen. Das Büchlein eignet sich also durchaus zur Einführung und Zusammenfassung. Der russische Bolschewismus will als die Verkörperung des Gedankens der sozialen Revolution gelten und bemüht sich daher auch die *Revolutionsgeschichte* im Sinn dieses seines Anspruchs den europäischen, insbesondere den deutschen Massen darzustellen. Eine Frucht dieses Strebens ist die *Illustrierte Geschichte der Russischen Revolution*, die, im Verein mit einer *Illustrierten Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland*, im Neuen Deutschen Verlag in Berlin herauskam. Daß die bolschewistische Tendenz die Tatsachen umbiegt, braucht nicht wunderzunehmen. (Es geschieht übrigens nicht in der ans Grotteske streifenden und damit komisch wirkenden Weise wie etwa in den, von den Berliner Intellektuellen natürlich angestaunten und gerühmten Oktoberfilmen Pudowkins und Eisensteins (siehe die Rundschau Bewegungskunst, 1928 I Seite 451).) Für kritische Leser, deren es freilich in dieser Sache nur wenige bis jetzt in Deutschland gibt, sind die genannten beiden Werke nicht ohne Nutzen. Denn sie bringen eine Reihe von Dokumenten, die, ebenso wie die Abbildungen, von bleibendem Wert sind. Aus diesem Grund kann die Lektüre solchen Lesern nur empfohlen werden. Gewissermaßen als geistige Fortsetzung dieser Bücher erscheint jetzt auch eine *Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution* /Berlin, Internationaler Arbeiterverlag/. Die Redaktion dieses Werkes, von dem bis jetzt nur einige Lieferungen vorliegen, besorgen Paul Frölich (als Luxemburgerausgeber hier schon gewürdigt), Rudolf Lindau und James Thomas. Dieses Werk kann man um so eher als Material gebrauchen, als es ja wegen der Nähe der Tatsachen in Deutschland viel leichter ist eine sachliche Korrektur dieser Geschichtsschreibung vorzunehmen.

**Kurze Chronik** Die Philosophische Fakultät der Universität Berlin stellte für 1928-1929 die folgende *Preisauflage*: »Die Entwicklung des römischen Adels im 10. und 11. Jahrhundert.«  $\diamond$  Eine *Historische Reichskommission* wurde in Deutschland ins Leben gerufen. Ihr wurde die Aufgabe übertragen die Akten des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreichs sowohl durch ihre Publikation als auch durch auf den Akten fußende Darstellungen für die Forschung zu erschließen. Ihr Vorsitzender wurde Friedrich Meinecke. Zu ihren Mitgliedern gehören unter anderen Erich Brandenburg, Walter Goetz, Fritz Hartung, Heinrich Herkner, Otto Hintze, Otto Hoetzsch, Erich Marcks, Gustav Mayer, Hermann Oncken, Aloys Schulte, Hermann Schumacher, Heinrich Triepel.  $\diamond$  Eine Sammlung alter *hebräischer und arabischer Manuskripte* wurde in Moskau entdeckt. Besonderes Interesse erweckt eine hebräische Handschrift aus dem Jahr 1530, in der über die Entdeckung Amerikas berichtet wird.  $\diamond$  In München hat sich bei der Frage der Nachfolge des nach Berlin berufenen Historikers Hermann Oncken ein bezeichnendes Intermezzo abgespielt. Nachdem es nicht gelungen war den Wiener Historiker Heinrich Ritter von Srbik nach München zu bekommen, und nachdem der Leipziger Historiker Erich Brandenburg angeblich seines hohen Alters wegen abgelehnt worden war, sandte die bayrische Regierung den von der Fakultät eingereichten Vorschlag von 3 Nachfolgern zurück, mit der Begründung, daß alle 3 zu sehr einer protestantisch-norddeutschen Geschichtsauffassung huldigten, daß man aber in München auf eine katholische und süddeutsche Geschichtsanschauung sehen müsse. Dabei existieren in München eine durch Konkordat festgelegte katholische Geschichtsprofessur und eine Professur für bayrische Landesgeschichte. So bedeutet diese Stellungnahme der bayrischen Regierung einen schweren Eingriff in die akademische Lehrfreiheit. Der dadurch in ganz Deutschland hervorgerufene Protest hat sie zum Einlenken veranlaßt. Wenigstens ist nunmehr der (politisch übrigens durchaus rechts orientierte) Göttinger Historiker Arnold Oskar Meyer Nachfolger Onckens geworden.  $\diamond$  Am 30. Juli wurde Alfred Weber, der Bruder Max Webers, der noch an der Universität Heidelberg wirkt, 60 Jahre alt. Seine Schriften Deutschland und die europäische Kulturkrise /1924/ und Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa /1925/ sind auch historisch von Belang.

## Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

**Justizreform** Im Zusammenhang mit der Reform der Verwaltung wird zugleich eine durchgreifende Justizreform gefordert. Über die Notwendigkeit einer solchen Reform besteht Einigkeit, nicht dagegen über die Wege und Ziele. Man wird sich klar werden müssen, daß eine mehr technische Reform nach der formellen Seite allein (Verfahren) keine wesentliche Besserung bedeuten würde, während jede weitergehende sogleich an die Wurzeln der Justiz herangreifen müßte, wovor bekanntlich die meisten unserer Offizienten eine heilige Scheu empfinden. Wer sich über die Grundfragen eingehend unterrichten will, muß das Buch des ehemaligen Reichsjustizministers Eugen Schiffer Die deutsche Justiz /Berlin, Otto Liebmann/ zur Hand nehmen. Zwar wird er, wenn er eine Lösung der Probleme an ihrer Wurzel erwartet, enttäuscht sein, aber er wird doch die Wurzeln der Probleme selbst bloßgelegt finden. Schiffer geht etwa auf folgendes aus: Die sogenannte Vertrauenskrise der deutschen Justiz ist nur eine Augenblickskrise. Hier Radikalmittel ansetzen zu wollen ist deshalb verkehrt. Die wahre Unzufriedenheit mit der Rechtsprechung beruht auf der Entfremdung zwischen Volk und Recht, sie ist eine Dauerkrise und hat ihre Gründe in dem Aufpfropfen des dem deutschen Wesen fremden römischen Rechts. Daneben muß man eine übersichtliche Sammlung des Rechts und eine Beschränkung der Gesetzgebung vornehmen. Diese Maßnahme wiederum muß durch eine Einschränkung der Rechtspflege ergänzt werden. Bagatellobjekte unter 20 Mark sollen nicht klagbar sein. Im Strafprozeß soll das Prinzip der Legalität gelockert sowie die Eröffnung des Hauptverfahrens beseitigt werden. Auch die Rechtsmittel im Zivil- und Strafprozeß will Eugen Schiffer eingeschränkt sehen. Zur besseren Konzentration der Rechtspflege sollen die Entscheidungen des Reichsgerichts in bestimmtem Umfang mit Gesetzeskraft ausgestattet werden, wodurch praktisch wichtige Streitfragen, die bei jedem Gesetz auftreten, in einer gesetzmäßigen Verbindlichkeit entschieden werden, ohne daß man deswegen den Gesetzgebungsapparat in Bewegung zu setzen brauchte. Zur Entlastung der richterlichen Tätigkeit wünscht Schiffer einen Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit nach österreichischem Vorbild. Soweit freiwillige Gerichtsbarkeit bisher von



Richtern ausgeübt ist, soll sie weitgehend auf die Bureaubeamten übergehen. Auch sollen die Ehescheidungen aus dem Prozeßverfahren in die freiwillige Gerichtsbarkeit übergeleitet werden. Das Verfahren im Zivilprozeß ist wesentlich zu vereinfachen. Besonders bei kleineren Objekten soll an die Stelle des starren formalen Verfahrens ein freies Verfahren treten. Schließlich will Schiffer unter Beseitigung der Landgerichte die Viergliederung der Gerichte auf eine Dreigliederung zurückführen. Zu diesem Zweck soll die 1. Instanz den größten Teil der landgerichtlichen Sachen zugewiesen erhalten. Die daraus folgende starke Zusammenlegung von Gerichtsbehörden wird im Zeitalter des Automobilverkehrs in Kauf genommen werden müssen. Gerade der letzte der Schifferischen Vorschläge führt aber auf das Kernproblem der Justizreform: die Qualität des Richters. Hier will Schiffer das Ziel durch Schaffung einer untern Altersgrenze von etwa 35 Jahren erreichen, durch Auswahl der Richter aus einem Kreis von Personen, die sich als Anwälte, in Handel oder Industrie oder in einer Verwaltung praktisch besonders bewährt haben; ihnen ist eine nach Besoldung und Berufssachtung besondere beamtenrechtliche Stellung zu verleihen, in Verbindung aber das aktive und passive Wahlrecht sowie jede politische Betätigung zu versagen. Auch wenn man sich mit den Schifferischen Gedankengängen nicht einverstanden erklären kann, sind sie im ganzen doch bedeutend genug, um eine eingehende Würdigung jener Stellen, die es angeht, zu erfahren; wobei diese dann nicht aus den Augen verlieren sollten, daß die Lösung des Kernproblems, ohne die jede Justizreform ein Torso bleiben muß, nämlich die Auswahl und Stellung der Richter, eine völlige Neuorientierung der bisherigen allzu traditionellen Personalpolitik zur unumgänglichen Voraussetzung hat. Denn so notwendig die Neugestaltung und die Rationalisierung des Justizapparats sind, so bedeuten sie nichts, wenn die Justiz nicht in Hände gelegt wird, die der Größe und Schwere der Aufgabe gewachsen sind.

**Staatsangehörigkeit** Schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts herrschten für die Staatsangehörigkeitsgesetzgebung Frankreichs bevölkerungspolitische und militärische Erwägungen vor. Die Novelle vom 26. Juni 1889, der schon am 15. Juli das mit ihr zusammenhängende Rekrutierungsgesetz

folgte, ging auf diesem Weg weiter, indem sie über das *ius sanguinis* hinaus neben der Naturalisation von dem *ius soli* einen sehr weitgehenden Gebrauch machte, so weitgehend, daß man ihn im Jahr 1893 auf ein vernünftiges Maß zurückführen mußte. Die dem Jahr 1889 ähnlichen »politischen und demographischen Umstände«, wie es im Kammerbericht heißt, haben das neue französische Staatsangehörigkeitsgesetz vom 10. August 1927 veranlaßt. Seine Vorläufer gehen auf Entwürfe aus den Jahren 1913 und 1916 zurück. In formeller Hinsicht ist bemerkenswert, daß es zum erstenmal als selbständiges Gesetz erscheint, während es bisher in den Code civil (Artikel 8 bis 21) eingearbeitet war. Das in 15 Artikel zusammengefaßte Staatsangehörigkeitsrecht ist damit aus dem Privatrecht ins Öffentliche Recht gestellt, wohin es gehört.

Anknüpfend an die 1889 maßgebenden Tendenzen erleichtert es den Erwerb der Staatsangehörigkeit in einem Maß, das in der Gesetzgebung aller europäischen, ja selbst außereuropäischen Staaten einzig dasteht. Man sieht deutlich hinter den einzelnen Artikeln den drohenden Schatten der fortschreitenden Entvölkerung auftauchen. Nach dem der Kammer erstatteten Kommissionsbericht hat der Geburtenrückgang Frankreichs seit 1889, verstärkt durch den furchtbaren Krieg, erschreckende Fortschritte gemacht. Mit ungeschminkter Sachlichkeit wird diese Tatsache hervorgehoben: »Les cartes de la France, qui montrent les départements où les décès excèdent les naissances, ce noircissent toujours d'avantage, marquant aussi les progrès de la dépopulation.« Auf der andern Seite ist die Anzahl der Ausländer, die in Frankreich leben, zumal seit dem Krieg, ständig gewachsen. Es erscheint nach französischer Auffassung nicht mehr als recht und billig diesen Elementen, die die Vorteile der französischen Kultur genießen, die weitgehende Möglichkeit zu schaffen sich in die französische Nation einzugliedern. Unter diesen Verhältnissen ist das Gesetz vom 10. August 1927 ohne weiteres verständlich. Die gewaltige Schar der etwa 2 Millionen Ausländer soll der Bevölkerungsanwachsung dienstbar gemacht werden, um so wenigstens zum Teil den Geburtenausfall auszugleichen. In erster Linie ist hierfür die an ein Minimum von Voraussetzungen geknüpfte Naturalisation vorgesehen, die obendrein noch durch äußerst niedrige Gebührensätze begünstigt wird. Es genügt schon 3jähriger ununterbrochener



Aufenthalt in Frankreich, der bei volkswirtschaftlich wertvollen Elementen sogar auf 1 Jahr ermäßigt wird. Die Aufnahme kann um so großzügiger erfolgen, als das Gesetz eine Wiederentziehung der Staatsangehörigkeit innerhalb 10 Jahre vorsieht, wenn der Naturalisierte sich als unerwünschter Bevölkerungszuwachs entpuppt. Innerhalb dieses Zeitraums genießt er noch nicht die vollen politischen Rechte. Nach statistischen Berechnungen, die seit Inkrafttreten des Gesetzes angestellt sind, wird die jährliche Bevölkerungszunahme allein durch Naturalisation etwa 138 000 betragen. Neben die erleichterte Naturalisation tritt als außergewöhnliche Neuerung der nahezu unbeschränkte Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt auf französischem Boden, indem jedes von einer französischen Mutter in Frankreich geborene Kind ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit des Vaters Franzose wird. In ihrer ganzen Tragweite wird diese Bestimmung erst erfaßt, wenn man die sie ergänzende hinzunimmt, wonach eine Französin, die einen Ausländer in Frankreich heiratet, die französische Staatsangehörigkeit nicht verliert, es sei denn, daß sie sie durch ausdrückliche Erklärung ausschlägt (Artikel 8). Sie verliert ihre Staatsangehörigkeit ipso iure nur noch, wenn sie ihren ersten ehelichen Wohnsitz außerhalb Frankreichs hat und nach der Gesetzgebung des Landes, dem ihr Mann angehört, durch die Eheschließung die Staatsangehörigkeit des Mannes erwirbt. Die Kinder aus der Ehe eines Deutschen, der eine Französin in Frankreich heiratet, werden sonach Franzosen. Da sie aber ebenso wie die Mutter nach deutschem Staatsangehörigkeitsrecht Deutsche werden, so erlangen sie eine doppelte Staatsangehörigkeit (*sujet mixte*); umgekehrt erwirbt eine Ausländerin, die einen Franzosen heiratet, die französische Staatsangehörigkeit nur, wenn sie bei der Eheschließung einen entsprechenden Antrag stellt, oder wenn sie nach der Gesetzgebung ihres Landes mit der Eheschließung ihre Staatsangehörigkeit verliert (wie eine Deutsche). Der so in Frankreich rechtlich sanktionierte Grundsatz der Selbständigkeit der Staatsangehörigkeit der Ehefrau geht weit über die Bevölkerungspolitik hinaus. Das in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvolle Problem hat auch die öffentliche Meinung anderer Staaten eingehend beschäftigt. Mit positivem Erfolg bisher leider nur in Amerika und Rußland. In Deutschland sind vielfach Anregungen,

auch im Parlament, unbeachtet geblieben. Die Forderung, die ein Stück weiterer Emanzipation der Frau enthält, wird aber wohl auch bei uns nicht zur Ruhe kommen, bis sie in dieser oder anderer Form erfüllt ist.

Der endgültige Erfolg des französischen Staatsangehörigkeitsgesetzes steht dahin. Jedenfalls hat Frankreich sich in ihm ein Mittel geschaffen, das zunächst geeignet erscheint die aktuellen Gefahren des Geburtenrückgangs zu mindern und den Volkskörper zu sanieren.

#### Tagungen

Die 6. Tagung der *Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* fand vom 22. bis zum 25. April in Wien statt. Behandelt wurden Wesen und Entwicklung der Staatsgerichtsbarkeit und die Überprüfung von Verwaltungsakten durch die ordentlichen Gerichte. Bei aller Verschiedenheit der Auffassungen erkannte man die Notwendigkeit der Rechtskontrolle gegenüber Rechtssetzung und Verwaltung sowie das Streben nach weiterer Sicherung des Rechtsstaates allseitig. Ende Mai wurde in Rom der Kongreß der *Internationalen Vereinigung für Gewerblichen Rechtsschutz* eröffnet. Fragen der Rundfunksendung, des internationalen Markenrechts sowie der Schutz des wissenschaftlichen Eigentums wurden eingehend erörtert. Beim letztgenannten Punkt ergab sich, daß mangels Klärung des Begriffs an eine Regelung des Schutzes noch nicht gedacht werden kann. Mitte Juli trat im Genfer *Völkerbundssekretariat* die Unterkommission für Literatur und Kunst unter dem Vorsitz des frühern belgischen Ministers für Kunst und Wissenschaft Jules Destrée zusammen. An der Konferenz nahmen unter anderen Felix Weingartner, Paul Valéry, John Galsworthy teil, von deutscher Seite außerdem der Direktor des Kunstgewerbemuseums in Leipzig Ernst Graul und der Leiter des Inselverlags Anton Kippenberg. Im Vordergrund der Beratungen stand die Stellungnahme zu den Vorschlägen, die die kürzlich in Rom abgehaltene Diplomatenkonferenz zur Revision des Berliner Abkommens über die Urheberrechte gemacht hat.

#### Totenliste

Nach längerer Krankheit starb, ungefähr einen Monat, nachdem er am 1. April seinen 85. Geburtstag begehen konnte, *Ludwig Enneccerus* in Marburg. Er war einer jener wenigen großen Wissenschaftler, die, bei all ihrem Fachgelehrtentum, doch stets neuen Anregungen zugänglich

sind. Sein Name wurde vor allem berühmt durch sein Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, das 1900 in 2 Teilen erschien und es dann auf mehr als 20 Auflagen gebracht hat. Noch in den letzten Jahren arbeitete er daran dieses Werk intensiv nachzuprüfen und das neueste Material zu verwenden. Enneccerus gehörte als ordentlicher Professor von 1873 bis 1921 der Universität Marburg an. Von 1893 bis 1903 war er auch Mitglied des Reichstags, in dem der feine und differenzierte Gelehrte eine besondere Stellung einnahm; manchem wird die Rede, die er dort bei der Beratung der ersten Tirpitzschen Flottenvorlage hielt, in der Erinnerung geblieben sein.

**Kurze Chronik** Die American Arbitration Association in New York hat für ein *Preis ausschreiben* zur Förderung der Schiedsgerichtsbewegung 500 Dollars einem aus deutschen Schiedsrichtern bestehenden Preisgericht zur Verfügung gestellt. Die Aufgaben lauten: 1. Wie läßt sich die Schiedsrechtspflege im Rahmen des geltenden Rechts durch die Gestaltung der Schiedsgerichtsordnungen und auf andere Weise fördern? 2. Die geschichtliche Entwicklung des Schiedsgerichtswesens in Deutschland. Die völkerrechtliche Schiedsgerichtsbarkeit ist außer Betracht zu lassen. Die Bewerbung läuft am 31. März 1929 ab. Die Arbeiten sind an den Professor Arthur Nußbaum in Berlin abzuliefern. ◊ In der Tschechoslowakei trat am 10. April das neue Wechselgesetz in Kraft. Es enthält offensichtlich zur Erleichterung späterer Angleichung an das kommende *Weltwechselrecht* eine Reihe von Bestimmungen des Haager Entwurfs des Weltwechselrechts von 1912. ◊ Am 30. Mai wurde das *Internationale Institut für Vereinheitlichung des Privatrechts* in Rom in Gegenwart der italienischen Regierung, die es gegründet hat, und des Völkerbundsrats eröffnet. Das Institut wird zweifellos den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas fördern, wie jede Rechtsangleichung die betroffenen Nationen überhaupt einander näher bringt. Aus diesem Grund ist hier wiederholt gefordert, daß die handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich notwendig durch Angleichung des entsprechenden Handelsrechts der beiden Völker ergänzt werden müssen. ◊ Der österreichische Jugendgesetzentwurf enthält, zum erstenmal, die *unbestimmte Verurteilung*. Bekanntlich wird diese Forderung auch für den Entwurf eines

Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs erhoben. Falls der österreichische Jugendgesetzentwurf mit dieser Bestimmung verabschiedet wird, wäre eine neue Möglichkeit zur praktischen Erprobung des Rechtsinstituts der bedingten Verurteilung gegeben. ◊ Der Völkerrechtswissenschaftler *Hans Wehberg* in Berlin ist als Professor für Völkerrecht an die kürzlich begründete Genfer Völkerbundsuniversität, das Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales, berufen worden. Wehbergs wissenschaftliche Arbeiten begannen mit einer Dissertation über das Beuterecht im Land- und Seekriege /1908/. Sein Werk über das Genfer Protokoll wurde von der Tschechischen Friedensgesellschaft mit einem Preis gekrönt. ◊ Der Greifswalder Professor *Walter Schönfeld* übernimmt das Ordinariat für Deutsches und Bürgerliches Recht an der Universität Tübingen als Nachfolger Philipp von Hecks. ◊ In der Berliner Juristischen Fakultät *habilitierte* sich Gerhard Leopold für Staats- und Völkerrecht; in seiner Antrittsvorlesung behandelte er die Probleme des fascistischen Verfassungsrechts. Der Würzburger Rechtsanwalt Helmut Mayer wurde als Privatdozent für Strafrecht, Strafprozeß und Rechtsphilosophie in die Juristische Fakultät der Universität Erlangen aufgenommen.

**Literatur** Ein Buch, das die weiteste Öffentlichkeit interessieren muß und interessieren wird, ist die Darstellung des Falls Kölling-Haas, die der Magdeburger Rechtsanwalt *Heinz Braun* nach Gerichtsakten und Zeitungsdokumenten gegeben und durch 18 Bilder und 2 Faksimiles erläutert hat (Am Justizmord vorbei /Magdeburg, W. Pfannkuch & Co./). Ein Verbrechen an einem Unschuldigen ist diesmal noch glücklich vermieden worden: aber nur durch größte Energie unerschrockener Menschen. Dieses spannende Kriminalbuch wird vielleicht den Sinn für Gerechtigkeit in Deutschland etwas aufrütteln. Gustav Radbruch, der es durch ein Vorwort eingeleitet hat, zieht die Konsequenz des ganzen ungeheuerlichen Vorgangs: »Die Leiden der durch die Magdeburger Irrung Betroffenen wären nicht umsonst gewesen, wenn sie die Einsicht in die Gefahren unseres Strafverfahrens, zumal in einer Zeit, die geneigt ist das Strafverfahren politischen Machenschaften dienstbar zu machen, geweckt, wenn sie einen entschiedenen strafprozessualen Reformwillen aufgerufen hätten.«

## KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Klabund † Die Schwindsucht verzehrte den lebensfrohen und nach jederlei Heiterkeit und Ge-  
nuß, sogar nach der Warmherzigkeit mit den Nebenmenschen verlangenden Alfred Henschke, der sich den Dichternamen Klabund gab. Sein Körper war schon Jahre hindurch ausgehöhlt. Dann sank der Dichter plötzlich, in Davos am 14. August, wie ein trockener Staubhaufen zusammen, noch nicht 37 Jahre alt. Cabaret und Literatur, Kunst und Geschwätz, Boheme und Dandytum, Volkstümliches und Gestelztes: alles das war in Klabund gemischt. Er ernährte seinen Geist, indem er unaufhörlich produzierte. Es schien, als wenn er nur spielte. Er mußte die Methodik des Improvisierens für seine Geistesarbeit wählen. Zur massiven Geduld fehlte ihm der robuste Körper. So kam in seine Verse die improvisierte Lockrigkeit, manchmal auch die Loddrigkeit. Doch es blieben einige Strophen, die Klabund zur Familie der genialen Vagabunden, François Villon, Johann Christian Günther, Peter Hille, gesellen. Bänkelsängerei, sublimiert durch Genie, das ist die Begabung. Dann die merkwürdige Neigung Klabunds rhapsodische Prosa zu schreiben, durch die einige Kraftmenschen von übermenschlichem Format, etwa Napoleons schönster General Moreau oder die blutrünstigen Inzestverbrecher, die Borgias, gefaßt werden sollten. Da schwelgt der immer wieder niedergeworfene Patient in Orgien und heroischer Sinnlichkeit. Klabund beginnt für die Bühne zu schreiben. Er schreibt kindlich sentimentale Reiser: den Kreidekreis, die legendäre Tragödie des kleinen Freudenmädchens, das alle Liebe und allen Glanz des Schicksals durch ihre Engelsgeduld und rührende Schönheit an sich bringt. Dieses dramatische Märchen wird sein stärkster Erfolg. Es wird da ein Urtrieb der Zuschauer im Parkett und auf den Galerien berührt. Klabund versteht es ihnen Worte einzulüftern, die jedes Bedenken der Logik betäuben. Das Jünglingsherz ist nicht zu töten, selbst dann noch nicht, als es schon beinahe versagt. Er dichtet den artistischen Rostand um, entdeckt in dem Aiglou des schwungvollen Franzosen einen Genossen seiner Leiden und seiner besondern Ephebenart und verdeutscht das französische Stück so merkwürdig, daß es vollkommen in den seltsam rüh-

renden Typus Klabund eingetaucht wird. Und schließlich das letzte Theaterwerk, das nach seinem Tod auf die Bühne kommt; eine Komödie X Y Z. Der Graf, das Mädchen und der Hochstapler spielen durcheinander. Der Hochstapler ist liebenswürdiger als der standesbewußte Graf, und das Mädchen fliegt ihm jubelnd an den Hals. Ein Künstler, der kaum noch Kraft und Recht zum wirklichen Leben hatte, kämpft gegen den Tod, leise, fröhlich, in sich siegesgewiß, doch am Ende betrogen, weil es dem Schicksal nicht mehr behagt ihm noch Existenz zu gönnen. Nicht zufällig standen die jungen Menschen mit Tränen an seinem Grab, deklamierten Verse, durch die alle Überschwenglichkeit der werdenden hindurchklang.

Gegenwarts-epik Als man eben das Denkmal für Maurice Barrès feierlich in Frankreich enthüllte, besann das zivilisierte Europa sich wiederum auf die verklärte Größe der französischen Literatur. Barrès war ein Artist im engen Sinn des Begriffs, sobald er zwischen seinen wundervoll aufgestellten Büchern hauste. Er wäre in Deutschland, auch in England nur ein Artist geblieben; in Frankreich konnte er auch ein produktiv wirksamer und sogar aufrüttelnder Mann des Tages sein. Es ist eben in Frankreich möglich, daß man mit einer weltmännischen Toleranz die Eskapaden des Schriftstellers duldet. Man ist dort nicht "amerikanisiert", und der Schriftsteller kann nützlich sein und trotzdem seinem Eigensinn leben. Der Roman *André Gides* Die Falschmünzer, den der Formkünstler Ferdinand Hardekopf fern von allem die deutsche Sprache immer fataler verderbenden Schlendrian übersetzte /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, konnte nur auf dem alten, seit Jahrhunderten kultivierten Literaturboden Frankreichs geschrieben werden. Ein Naturalist und gleichzeitig ein Artist delikatester Natur führt die Feder. Selbst Morde und Selbstmorde, Prostitution, Verführung der Unschuld, Betrug und ähnliche Spitzbüberei wachsen nicht ins Ungeheuerliche. Die Gesamtheit dieser meisterhaft verkitteten französischen Gesellschaft übersteht alle solche Prüfungen vollkommen. André Gide kann daher mit seiner ausgezeichneten Ironie und Sachkenntnis alle diese Erschütterungen schildern. Was er schildert, wirkt erst dann aufregend, wenn es der Betrachter von außen her in seine Gedanken aufnimmt.

Man meinte bisher, auch die englische Gesellschaft biete ihren Schriftstellern einen Überfluß an solchen Sicherungen. Man schätzte den irischen Rebellen George Bernard Shaw, der sich über diese etwas sauer und langweilig gewordene Gesellschaft lustig machte, eben nur als einen grimmigen Spaßmacher. Das Ausland goutierte Shaw mit Respekt und Pffiffigkeit, während der Minister des Home Office im britischen Unterhaus erklären durfte: »Bernard Shaw? Ich hörte, er soll ein Mann sein, der schreibt.« Nun versuchte *John Galsworthy* seit 2 Jahrzehnten nachzuweisen, daß in dieser bürgerlichen Organisation Englands schon seit Ewigem die Fermente gären. Die Forsyte Saga hat er fortgesetzt über den Weißen Affen hinaus und den Roman *Der silberne Löffel*, bis zum Schwannengesang, der in dem England unserer Tage spielt. Das Geschlecht der reinblütigen Briten konnte nicht ganz britisch gehalten werden. Es strömte durch den Willen des gälischen Schriftstellers das französische Blut auch in die Adern der Lords und geruhigen Bürger. Dieses alte französische Blut, das bei den Lieblingen André Gides schon fast müde geworden zu sein scheint (aber Frankreich scheint ja schon seit Jahrhunderten "dekadent", um dann immer wieder in verblüffender Regeneration sich an die Spitze Europas zu stellen), bringt eine geradezu überraschende Frische über den Kanal. Also wirkt das französische Element enervierend und rebellierend. Dieser Austausch ist sehr erfreulich, wie wir dann in Galsworthys neuestem Band lesen. Galsworthy erzählt, daß der ganze Kreis um die Forsytes eigentlich dem ödesten Lebensdilettantismus verfiel. Ob sie sich mit nationalökonomischen Neuerungen oder mit Politik oder mit Kunst befassen, sie nehmen nichts mehr ernst, sie produzieren nichts Rechtes mehr. Im Parlament sitzen sie, weil sie doch nicht den ganzen Tag Golf spielen oder auf Boxer wetten können. Die große soziale Frage, die Frage des Proletariats und der Arbeitslosigkeit, das dämmert noch gar nicht in den Gehirnen dieser bürgerlichen Gesellschaft. Der um 1920 älteste Forsyte äußert den Gedanken: Wer sich Sorge macht, ist kein Patriot. Und nach dieser Devise wird alles gedacht und gehandelt. Galsworthy hat das unzweifelhafte und sehr bedeutende Verdienst hier auf die Muffigkeit hinzuweisen und zu zeigen, daß dieser Traditionsgeist zusammenschrumpfen und sogar verschwin-

den muß, wenn England nicht ein ganz verkalkter Staat mit einer ebenso verkalkten Oberschicht werden soll. Er ist ein witziger, fleißiger und gewissenhafter Schriftsteller und dabei ein heiteres Gemüt. In seinen Dramen, etwa in *Gesellschaft* oder in *Justiz* oder in *Sensation* oder in der *Zigaretten-dose*, setzt er diese Entlarvung des britischen Cants eifrig fort. Er ist nicht einmal wählerisch in seiner literarischen Taktik. Deutschland liest jetzt die Werke Galsworthys in einer deutschen Gesamtausgabe, für die sich der literarisch so überaus lebendige Verlag Paul Zsolnay in Wien kulturbeflissen einsetzt.

#### Merkwürdige Geschichten

Unter den Engländern, die sich aus Patriotismus keine Sorgen machen, lebt der famose Kriminalerzähler *Arthur Conan Doyle*. Jedes Buch, das er schreibt, fesselt, weil der neugierige Kindertrieb wundervoll gekitzelt wird. Seine in allen Weltteilen berühmten Abenteuer des Sherlock Holmes sind jetzt schon klassische Detektivliteratur und, wie die *Tillergirls*, oft kopiert, nie erreicht. Man kennt sie in Deutschland aus den bekannten Ausgaben der Lutzschen Kriminalromane, in denen sie aber auch eine besondere Stellung einnehmen. Einige Nachleseerzählungen erschienen vor kurzem in der *Illustrierten Kriminalbücherei* des Verlags Hugo Wille in Berlin. Und nun ist Arthur Conan Doyle, den sein freigebiger König längst zum Ritter schlug, unter die Spiritisten gegangen. Er hat in seiner Selbstbiographie *Memories and Adventures* (siehe diese Rundschau, 1925 Seite 122) erzählt, wie er zu dem Glauben an die überirdischen Kräfte gelangte. Er sträubte sich mit allen Mitteln des freien Denkers dagegen. Dann aber erschien ihm der Geist seines seligen Vaters und seines verstorbenen Sohnes. Sie gaben ihm sehr sachliche Ratschläge, wie er Erbangelegenheiten regulieren sollte. Sein Bruder, der General Doyle, erhielt sogar durch den Geist seiner verstorbenen Gattin Mitteilung von der Adresse eines vorzüglichen Kopenhagener Masseurs, der den General von seinen rheumatischen Beschwerden heilen sollte. Kurz, Conan Doyle wurde Spiritist und wegen seiner Tüchtigkeit Führer der Viertel-million Spiritisten, die in England für die kommenden Wahlen sogar eine eigene Partei gegründet haben. Alles, was Conan Doyle real begegnet, wird bei ihm zum Geschichtenbuch. Darum schrieb

er einen spiritistischen Roman *Das Nebelland* /Berlin, Hugo Wille/. Geschildert wird die Bekehrung eines ganz ungläubigen Naturforschers zum Glauben an die Offenbarung des Jenseits durch die medialen Individuen. Conan Doyle erzählt diese Bekehrungsgeschichte nicht etwa schwer und im Traktätchenstil sondern lustig und derb. Man ist erstaunt, wie lebensstüchtig und alltäglich die durch die Botschaften aus dem Jenseits inspirierten Leute sind.

Joyce

Abseits von diesen realistischen Engländern, die auch dann noch nicht den Boden der Wirklichkeit verlieren, wenn sie mit den Bewohnern der Geisterwelt familiäre Beziehungen anknüpfen, schrieb der Ire James Joyce sein Riesenwerk *Ulysses*, das der Rheinverlag in Basel in einer deutschen Privatausgabe für subskribierende Liebhaber herausbrachte. Es soll die Welt der gegebenen Dinge und Menschen entwurzeln und den tiefen Mystiker durchleuchten, der die *Ulysses*-fahrt ins Unbestimmte unternimmt. Es ist ein Riesenwerk, nach ästhetischen Regeln nicht zu messen, die Manifestation eines sehr merkwürdigen Geistes. Das Abstrakte soll sich in dem plastisch Gestaltenden offenbaren. Es scheint, daß Joyce, der Irländer, ein esoterischer Schriftsteller auch dann bleiben wird, wenn er örtlich gebundene Erzählungen von kuriosen Heroen seiner Heimatstadt Dublin aufzeichnet. Dieser Geschichtenband *Dublin* /Basel, Rheinverlag/ ist auch allorts Selbstbekenntnis. Der Schriftsteller ist origineller als seine Originale. Dieser Ire wurde in der Romantik der Kirchen und Katakomben erzogen. Die Küster und höheren Kirchenherren setzten natürlich ihren Stolz darein den aufgeweckten Knaben nicht in die Gemeinschaft der Modernen abrutschen zu lassen. Doch es brodelte in dem lebenswürdigen Jungen, den die Geistlichkeit an die Hand nimmt, die Breughelnatur. Der Dichter rettet sich rechtzeitig genug, um auch mit genügend wachen Sinnen bei den Ungläubigen, bei den Besitzlosen, sogar bei den Sittenlosen zu landen. Und nun wirft er Frömmigkeit und Laster durch einander, er will Paradies und Hölle vereinigen. In den Roman (kann man das Werk so nennen?) *Ulysses* sind auch dramatische Stücke eingefügt; allerdings ruchlose Dialoge von proletarischen Frevlern. Die Unwürdigkeit des Weibes wird nirgends so stark gehehelt wie in die-

sem Riesenbuch Joyces. Es kommen die Eiferer aller Jahrhunderte hervor, um sich zu beklagen, weil die Geburt aus dem Adamsstück so unvollkommen geraten ist. Manchmal erinnern diese Gleichnisse an biblische Stücke. Überhaupt ist an Joyce das Interessanteste die ungeheure Fähigkeit die Welt des Fremden aufzunehmen. Alle Stile sind durch sein Buch zu beweisen, angefangen von der epischen Rhapsodie der Alten bis zur Bänkelsängerei des Matrosentingeltangels. Die literarische Öffentlichkeit wußte damit nichts Rechtes anzufangen. Man hat Verschiedenes über das Buch geschrieben, aber man sprach mehr an ihm vorbei als von ihm. Am sympathischsten hat sich Iwan Goll für das Werk eingesetzt. Was er schrieb, zeigt jedenfalls, daß in diesem *Ulysses* etwas Neues liegt, das daher auch neue Ansprüche stellt. Diesen ist der Leser unserer Zeit zumeist nicht gewachsen, sie stören ihn aber aus seiner Selbstzufriedenheit auf. Und das ist schon viel.

**Junges Schaffen** Als der Reclamverlag in Leipzig das Jubiläum seiner 100jährigen Existenz beging, gab er auch den jüngsten deutschen Schriftstellern ein Geschenk. Es wurden einige von den noch unbekannteren zur Lieferung ihrer Werke eingeladen. Einige von ihnen kamen. Die *Runen Gottes* von *Martin Beheim-Schwarzbach* sind Phantasieen eines kultivierten, an Anatole France und deutscher Artistik geschulten Schriftstellers. Das Originelle fehlt, gewiß, wenn Originalität sich darin zeigen soll, daß der Anfänger seine fiebernde Seele unverkennbar persönlich eröffnet. *Beheim-Schwarzbach* erzählt sein Bestes, wenn er sich an Vorbilder anlehnt und etwa eine gedankentiefe symbolische Erzählung aus dem Christusmythos heraus schöpft. Das edle Bemühen ist verdienstvoll. *Wolfgang Hellmert*, auch in diesen Jugendbund aufgenommen, ist größer, doch lebendiger. Diesen jungen Menschen hat die Zeit unmittelbar gestochen. Der Fememörder, den er psychologisch in seiner schädlichen und kindischen Bestialität schildert, in seiner *Novelle Fall Feme* *Holzendorf*, ist ein Kind und ein Stiefkind unserer Zeit. Der Schriftsteller erfindet nicht viel, wahrscheinlich kann er nicht viel erfinden, da er sich noch nicht fand, doch das Erlebnis, durch das er geschleudert wurde, blieb stark und eindrucksvoll an ihm hangen. *Bert Schiff* wurde offenbar mit sich und seinem li-

terarischen Stoff bald fertig. Er erzählt in seinem Roman Iwan und Feodora eine spannende Kriminalgeschichte, den Mord, den ein sprödes Mädchen beging, weil sie es nicht vertrug ihren endlich erhörten Liebhaber als einen gewöhnlichen Roué zu erkennen. Diese banale Geschichte wird aber sehr geschickt kompliziert. Die Ortschaft ist polnisches Land und Schweizer Höhenlandschaft. Bert Schiff meistert als Maler schon die dunkle Großstadt und die helle Firnenwelt. Er hat alle Anlagen ein volkstümlicher, in die Breite wirkender Erzähler zu werden. Von einigen anderen Dichtern dieser Reihe wird man vielleicht noch später zu berichten haben. Der Reclamverlag hat da sicher einige gute Entdeckungen gemacht. Erwähnt sei nur noch, daß unter diesen Büchern sich auch eine Erzählung *David Luschnats* Die Reise nach Insterburg befindet. Diesen Dichter braucht man hier nicht mehr zu charakterisieren, da die Leser ihn aus einer Reihe von Dichtungen kennen, die im Lauf der letzten Jahre in den Sozialistischen Monatsheften erschienen. Der Verlag J. M. Spaeth in Berlin läßt eine Zeitschrift *Die Neue Bücherschau* erscheinen. Gerhard Pohl ist der Herausgeber. Die Zeitschrift will vor allen Dingen der Weltliteratur dienen, die sie nach den Scheusäligkeiten des Krieges zu der Glückseligkeit des Friedens zurückzuführen trachtet. Die Talente fehlen nicht. Und der Herausgeber lehnt mit lobenswerter Energie alles ab, was verkalkt und nationalistisch verkappt ist. In der Kritik gibt es da freilich auch manches Fehlurteil, doch das fällt nicht allzu sehr ins Gewicht.

Dieses Forum der Jungen macht einen bessern Eindruck, es übt auch einen weitem Einfluß aus als die Zeitschrift, die sich wörtlich diesen Titel, *Forum der Jungen*, beilegt (Magdeburg, Elynor Heidrich). Erich Reinhardt, der Herausgeber, zieht sehr gütig die unbekanntesten Dichter heran, unterscheidet aber noch zu wenig. Gewiß ist es verdienstvoller und schwieriger die Werdenden zu fördern als die Gewordenen und schon Überwundenen zu ködern und zu konservieren. Aber zu dem guten Willen muß ein sicheres Gefühl fürs Richtige kommen. Wir wünschen, daß es, bei dem guten Streben, sich auch hier einstelle.

**Kurze Chronik** Der literarische Nachlaß *Michael Georg Conrads* wurde von der Stadt München für die Stadtratsbibliothek erwor-

ben. Er enthält 20 000 Briefe, darunter wichtige Beiträge zur Geschichte des deutschen Naturalismus und der neuern deutschen Dichtung, über 10 000 Blätter mit Dichtungen des Verstorbenen und eine Bibliothek von etwa 3000 Bänden.  $\diamond$  Auf dem Stahnsdorfer Friedhof bei Berlin wurde ein *Denkmal für August Stramm* und seinen Sohn, der dem Vater mit 20 Jahren im Tod folgte, aufgestellt, eine Arbeit des Bildhauers Alexander Küpper, mit der Inschrift »Tränen kreißt der Raum« aus Stramms Gedicht *Die Menschheit*.  $\diamond$  Für *Arno Nadel*, der am 3. Oktober seinen 50. Geburtstag feierte, haben hingebungsvolle Freunde würdige Ehrungen erdacht. In der Kölnischen Zeitung, in der Vossischen Zeitung und anderen großen deutschen Blättern erschienen literarische Würdigungen der universellen Persönlichkeit Arno Nadels.  $\diamond$  Vorher, am 10. August, wurde der Dichter *Alfred Döblin* zu seinem 50. Geburtstag begrüßt. Erwartete nicht erst ab, daß die anderen seine Biographie schrieben, er berichtete über sich selbst (Im Buch-Zu Haus. Auf der Straße / Berlin, S. Fischer!). Diese Selbstbiographie enthält einiges, was den Lebensweg Döblins bestimmt, der im Berliner Osten seinen Arztberuf ausübt und dann seine Bücher schreibt. Oskar Loerke versucht dazu die geistige Bedeutung dieses originellen Geistes nach der Selbstbiographie zu erfassen.

### Musik / Max Balling

**Kurzopern** Immer wieder ist man gezwungen, wenn man die Entwicklung des musikalischen Schaffens unserer Tage betrachtet, der Anregungen zu gedenken, die von den Donaueschinger Musikfesten der letzten Jahre ausgegangen sind. In jedem Jahr haben die Leiter der Musikfeste den Komponisten neue Aufgaben gestellt, und es war vielleicht einer der interessantesten Versuche kurze Bühnenwerke (man mag sie Kammeroper oder opéra-minute nennen) aufzuführen. Über die Werke des vorigen Jahres ist in dieser Rundschau (1927 I Seite 157 und folgende) schon berichtet worden. Über die in diesem Jahr aufgeführten kleineren Opern Hermann Reutters, Gustav Kneipps und Walter Gronostays kann in dieser Rundschau nicht im einzelnen berichtet werden, da es dem Bearbeiter nicht möglich war das Musikfest in Baden-Baden zu besuchen; die Leser seien auf das verwiesen, was Wladimir Vogel in seinem Artikel *Deutsche Kammermusik*

1928 (in diesem Band Seite 875 und folgende) darüber ausgesagt hat. Das Interesse für diese Art Werke war jedenfalls groß. Wenn es trotzdem so geringe Nachwirkung hatte, so scheint das daran zu liegen, daß die Opernhäuser mit den Kurzopern nichts anzufangen wissen, und ein künstlerisch wirklich hochstehendes Cabaret, das wir brauchen, in Deutschland nicht existiert.

Der Charakter dieser Kurzopern ist in den meisten Fällen der des Sketches. Eine richtige kleine Oper hat eigentlich nur *Ernst Toch* in seinem Werk *Die Prinzessin und die Erbse* gegeben. Einen ganz eigenen Charakter haben die 3 von der Universaledition in Wien herausgegebenen Werke *Darius Milhauds* Die verlassene *Ariadne*, Der befreite *Theseus* und *Die Entführung der Europa*. Der Stil dieser Operchen, die je 8 bis 12 Minuten dauern, ist stofflich dadurch bestimmt, daß eine Geschichte, aus der man eine abendfüllende Oper schreiben könnte, in wenigen Augenblicken erzählt und dargestellt wird. Chöre, Arien, Ensembles hört man. Der Chor erzählt oder glossiert. Man erlebt ein glossiertes und persifliertes antikes Drama aus der Vogelperspektive. Die Musik bleibt bei aller Instrumentierungskunst *Milhauds* allerdings in seiner wenig charakteristischen Gesinnung befangen, ist im geistigen Kern nicht bedeutend. Erstaunlich ist aber die formale Abgerundetheit; in dieser Hinsicht sind die Stücke zweifellos vollendet.

Es ist bemerkenswert, daß ein so kluger Bühnenkomponist wie *Kurt Weill* sich entschlossen hat aus dem Sketch *Mahagonny* eine Oper zu machen; wir erwarten ihre Uraufführung in Berlin in diesem Winter. Hält er die praktischen Wirkungsmöglichkeiten für das ausgezeichnete Stück für so gering? Es wäre sehr zu bedauern, wenn das Interesse für die kurzen Werke wieder einschlief; denn wenn genug Werke vorhanden wären, müßte das ersehnte gute Cabaret auf alle Fälle kommen. Die Oper ist in unseren Tagen allerdings das einzige Gebiet, in dem sich die große Musik nicht nur behauptet sondern auch weittragende Publikumerfolge aufweist. Solch Erfolg war *Weills* Einakter *Der Zar* läßt sich photographieren, eine opera buffa nach einem Text *Georg Kaisers* (Wien, Universaledition), die am 14. Oktober auch in Berlin, in der Städtischen Oper, aufgeführt wurde. *Kurt Weills* Stil wird immer leichter und eleganter, und er bleibt immer der gute Musiker. Ob er freiwillig auf eine gewisse Intensität verzichtet, oder

ob seiner Musik diese innere Stärke fehlt, ist nicht ohne weiteres zu entscheiden. Praktisch ist bei diesem Stück die Frage unwichtig. Denn was die Musik zu geben hat, gibt sie, ohne im Zentrum des Interesses zu stehen.

Erheblich weniger froh wird man der Einakter *Ernst Kreneks*. Der Diktator, eine kurze tragische Oper, Das geheime Königreich, eine Märchenoper, und die burleske Operette *Schwergewicht* oder *Die Ehre der Nation* sind selbständige, gedanklich ein wenig zusammenhängende Werke, ein Einakterabend. *Kreneks* starke Theaterbegabung ist nirgends zu verkennen, aber die saloppe Behandlung der Musik verstimmt. In eine Opernvorstellung gehen schließlich doch hauptsächlich Menschen, die an der Musik interessiert sind. Die müssen trotz außerordentlichen Momenten in *Kreneks* Opern von dieser Art die Musik als Mittel zum Zweck zu benutzen abgestoßen werden. Einen gewissen Mangel an handwerklicher Kultur zu haben ist für den Produktiven vielleicht in manchen Zeiten notwendig. Hier ist es ein so auffälliges Manko, daß man es für überflüssig hält auf andere Seiten der Werke zuzugehen.

Zum Schluß sei hier noch *Egon Wellesz'* Singspiel *Scherz, List und Rache*, nach *Goethe*, (Wien, Universaledition) erwähnt. Die Bühnenwirksamkeit läßt sich nach dem Klavierauszug schwer beurteilen. Alles Musikalische erscheint aber so fein und graziös, daß wir wünschen möchten dem Stück bald auf einer unserer Bühnen zu begegnen. *Wellesz* ist von Haus aus mehr feiner Theoretiker als wegweisender Praktiker. Dies Werk verdient aber sicher seiner Grazie und seines Details wegen Beachtung.

**Internationales Musikfest** Das 6. Fest der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik fand im September

in Siena statt. Die Italienische Sektion hatte alles getan, was in ihren Kräften stand, um in Wahrheit ein Fest zu veranstalten. Die Einwohner der herrlichen Stadt zeigten größte Anteilnahme; Regierung und Mäzene waren zu Opfern bereit. Es konnte also nicht ausbleiben, daß das Fest einen glänzenden äußern Verlauf nahm, und die Teilnehmer sich bei der weitgehenden Gastfreundschaft der italienischen Kreise außerordentlich wohlfühlten. Dadurch wurde das Fest in dem Sinn zu einem der wertvollsten Musikfeste, daß die mit der Musik und einem Musikfest verbundenen gesellschaftlichen Momente so besonders gün-

stigen Boden fanden. Das Programm des Festes hatte Niveau und war im ganzen auch durchaus nicht einseitig. Werke größter Gegensätzlichkeit standen sich gegenüber, und für jemanden, der die aufgeführten Werke nicht kannte, mußte zweifellos eine Fülle von Anregungen gegeben sein. Leider war gerade den deutschen Festbesuchern der überwiegende Teil der Werke bekannt. Es gibt aber auf die Beschwerde über diesen Punkt die eine völlig zutreffende Antwort, daß das Programm eines internationalen Musikfestes doch nicht nach dem Berliner Musikleben gewertet werden kann. Es bestanden auch bei den Festbesuchern anderer Nationen gar keine Zweifel darüber, daß das Programm von Siena den Deutschen weniger als den Angehörigen anderer Nationen gab, eben aus dem angeführten Grund. Das gibt uns aber nicht das Recht das Programm des Festes als ungenügend zu bezeichnen. Wie interessiert die Mehrzahl der Zuhörer an den Konzerten war, ließ sich an den lebhaften Beifalls- und Mißfallensäußerungen erkennen. Und auch hier wieder muß betont werden, daß es nicht gerechtfertigt wäre, wenn wir die Verteilung von Gunst und Ungunst von seiten des gesamten Publikums nicht für gerecht halten wollten. Gerade darin liegt einer der großen Werte dieser Veranstaltung, daß die Festbesucher die Anteilnahme anderer Nationen miterleben können. Mit größter Genugtuung können wir feststellen, daß die beiden in Siena aufgeführten deutschen Werke, die Reihe kleiner Stücke für Klavier von *Paul Hindemith* und das Duo für Violine und Klavier von *Heinz Tiessen*, bei glänzender Wiedergabe durch *Franz Osborn* und *Stephan Frenkel* großen Erfolg und ebenso großes Verständnis fanden, und zu unserm Bedauern müssen wir berichten, daß die interessante und feine Kunst *Anton von Weberns* (Streichtrio) besonders von den Italienern verkannt wurde. Das Trio *Weberns* war das einzige Werk des Programms, das einen lebhaften Streit der Meinungen entfachte. Bei allen anderen Stücken mag der äußere Erfolg nicht ganz der Meinung einzelner Kreise entsprochen haben, aber die Anteilnahme der Hörschaft blieb einheitlich. Den größten Erfolg hatte das Cembalokonzert *Manuel de Fallas*. Der Komponist spielte den Cembalopart selbst: vornehm und klug. Die sympathische äußere Erscheinung dieses feinen Künstlers trug viel zu dem Erfolg bei. Der

innere Wert des Stücks erschien nicht bedeutend. Ähnlich lagen die Dinge bei den Werken zweier anderer Komponisten: des Engländers *William Walton* und des Tschechen *E. F. Burian*. *Walton* hat zu einem Gedichtzyklus Fassade von *Edith Sitwell* eine höchst amüsante Musik geschrieben. Der Text wird meist in der gleichen Tonhöhe deklamierend vorgetragen, die für ein kleines Orchester geschriebene Musik illustriert. Das Werk wäre wertvoll, wenn es nicht zu lang und in rein musikalischer Beziehung allzu primitiv wäre; es ist glänzend instrumentiert. *Burian* dirigierte eine Voiceband, die Lieder und Tänze im Stil des neuen Amerikas vortrug. Technisch ausgezeichnet, im Geistigen aber nicht befriedigend. Es ist eine Übersetzung amerikanischer Art in tschechische Musikalität und wirkt wie eine nicht ganz einwandfreie Übersetzung. Aber auch diese Stücke sind so lustig, daß sie, mindestens einige von ihnen, als Cabaretvorträge bester Art stets Vergnügen machen werden.

Zu diesen nicht alltäglichen Werken gesellt sich als Besonderes noch der Vortrag einer Reihe von Stücken *Alois Habas*, die im Vierteltonsystem geschrieben sind. *Habas* Musik fesselt immer, aber der Grund, warum er diese Werke nicht auch in unserm gebräuchlichen Halbtonsystem schreibt, ist vom rein künstlerischen Standpunkt aus nicht erkennbar; jedenfalls sind die durch die Viertelöne hervorgebrachten Besonderheiten der Stücke in keiner Weise ausschlaggebend für die künstlerische Eigenart dessen, was *Haba* als schöpferischer Musiker zu sagen hat.

Die übrigen Werke des eigentlichen Festprogramms waren Kammermusik und, wie eingangs erwähnt, den Deutschen überwiegend bekannt. Demzufolge sei an dieser Stelle nur noch auf *Robert Blum*, einen jungen Schweizer, hingewiesen, dessen Musik für 8 Instrumente sich durch ihre Frische und ihre Kraft wie durch ihre aparte Technik einen bemerkenswerten Erfolg errang.

Neben dem Konzert der Internationalen Gesellschaft hatte die Italienische Sektion noch einige Sonderveranstaltungen eingefügt. Starken Eindruck erzielte das Augsteoorchester aus Rom unter *Bernardino Molinari*. Die ausgezeichnete Aufführung der 5. Symphonie *Beethovens* in einem noch in letzter Minute eingefügten Konzert war besonders für deutsche Musiker hochinteressant. Dagegen wurden die hohen Erwartungen nicht erfüllt, die man auf das Konzert der



Polifonica Romana unter Raffaeli Casimiri gesetzt hatte. Die Auffassung der alten italienischen Musik durch Casimiri war durchweg nicht streng genug und zu sehr auf den äußern Eindruck gestellt. Ebenso enttäuschte die Aufführung von Igor Strawinskijs Noces unter Alfredo Casella. Es ist an sich ungünstig das Werk im Konzertsaal aufzuführen. Die Musik ist ganz und gar als Ballettmusik gedacht. Wenn man aber den Versuch wagt, dann kann er nur gelingen, wenn vor allem ein Chor höchsten Ranges zur Verfügung steht; und das war leider nicht der Fall.

Wenn das Fest also auch im einzelnen keine entscheidenden neuen musikalischen Eindrücke hinterlassen hat, wenn wir diese oder jene Aufführung als überflüssig empfinden mußten, und wenn unser Interesse durch die Schönheiten der Stadt und die Gastfreundschaft der Italiener häufig in Gefahr stand vom Musikalischen abgelenkt zu werden, so bleibt die Erinnerung an das Internationale Musikfest warm haften. Ein Fest muß ein gesellschaftliches Ereignis sein. Das war Siena im besten Sinn. Es ist Aufgabe der neuen Jury Sorge zu tragen, daß das Niveau der Programme von Jahr zu Jahr wertvoller wird. Die Internationale Gesellschaft kann mit dem Programm von Siena im ganzen nicht unzufrieden sein. Aber unsere Erwartungen auf das nächste Fest, das im April 1929 in Genf stattfinden soll, müssen wir noch bedeutend höher setzen.

Es sei zum Schluß erwähnt, daß die internationale Jury für das nächste Fest aus Ernest Ansermet, Willem Pijper, Maurice Ravel, Bozidar Sirola und Heinz Tiessen besteht.

**Unterhaltungsmusik** Was Unterhaltungsmusik ist, läßt sich schwer formulieren. Noch schwerer

ist es zu beschreiben, wie Unterhaltungsmusik ist. Für alle Bildungsschichten der Bevölkerung wird es eine Unterhaltungsmusik geben, aber gerade so wie die Stufen der Bildung und wohl noch mehr die den einzelnen innewohnenden ethischen und ästhetischen Empfindungen von einander unterschieden sind, so mannigfach verschieden können die Formen der Musik sein, die unterhält. Deutschland ist im allgemeinen das Land der ersten, großen Musik. Die Musik, die das Ziel hat nur zu unterhalten, ist stärker und eleganter von anderen Nationen produziert worden. Andererseits ist der Bedarf an Unterhaltungsmusik in keinem Land wohl so ungeheuer groß

wie in Deutschland. Ganz abgesehen von den Konzerten kleiner Ensembles in Caféhäusern, Kinos usw. ist die Anzahl der populären Konzerte jeder Art, besonders derer, die dem Empfinden des bürgerlichen Mittelstands entgegenkommen, unübersehbar, und was da an Geschmacklosigkeiten geleistet wird, wissen wir alle leider nur allzu gut.

Es kennzeichnet unsere neueren Komponisten, daß sie sich immer wieder die Frage vorlegen, warum und für wen sie Musik produzieren. Der fälschlich als Idealismus gekennzeichnete Standpunkt: daß man komponiert, ohne die gesellschaftlichen Bindungen zu berücksichtigen, die ein fertiges Kunstwerk einght, oder gar stolz darauf ist, daß man ohne Rücksicht auf diese Bindungen komponiert, wird vor unseren neueren Komponisten abgelehnt. Seit Jahren unternehmen sie immer wieder Versuche in besonderer Rücksicht auf das zu schaffen, was nach ihrer Meinung im besten Sinn gesellschaftlich notwendig ist. Und so wurde vor einigen Jahren in Donaueschingen auch der Versuch gemacht Unterhaltungsmusik für Militärorchester zu schaffen. Freilich wurde dabei das Niveau der zu unterhaltenden Hörerschaft noch recht hoch angenommen. Das ernsteste dieser Werke ist *Paul Hindemiths* Konzertmusik für Blasorchester, das in seinem 2. Teil prächtige Variationen über Prinz Eugen, der edle Ritter enthält /Mainz, B. Schotts Söhne/. Das Stück ist in technischer Beziehung ziemlich schwer und in erster Linie als ein konzertantes Prunkstück für Militärmusik gedacht. Amüsanter und leichter ist *Ernst Toch's* Spiel für Blasorchester /Mainz, B. Schotts Söhne/. Beide Werke tragen aber noch stark den Charakter der Musik, die sich an ein zur Musik erzogenes Publikum wendet. Weit näher dem Charakter einer für jedes Publikum unterhaltsamen Musik stehen die 3 Militärmärsche *Ernst Krenek's*, die ebenfalls in Donaueschingen aufgeführt wurden; das sind reizende Stücke für kleines Blasorchester. Angeregt durch die Veranstaltung Berlin im Licht haben Kurt Weill, Heinz Tiessen und Max Butting, der Bearbeiter dieser Rundschau, Tänze für Militärmusik komponiert, und die Leitung der Veranstaltung Berlin im Licht machte am 15. Oktober den sehr zu begrüßenden Versuch diese sämtlichen Kompositionen auf Platzkonzerten von Militär- und Zivillkapellen einem breiten Publikum zu Gehör zu bringen. Ein interessantes Experiment. Denn bisher

war die Kluft zwischen dem, was wir als gute Musik bezeichnen, und dem, was das Publikum der Platzkonzerte als amüsant empfindet, reichlich groß. Auf alle Fälle war der Versuch wertvoll. Er war ein Beweis dafür, daß der Wille besteht künstlerisches Schaffen in den Dienst aller zu stellen. Die Aufführungen wurden, obwohl sie zum Teil durch ungünstige äußere Umstände beeinträchtigt waren, vom Publikum der Straße jedenfalls bereitwilliger und vorurteilsloser angehört als die ersten Aufführungen moderner Musik vor Jahren im Konzertsaal. Es war ein Anfang.

**Kurze Chronik** Der Musikverlag Gebrüder Hug & Co. in Leipzig und Zürich schreibt einen Preis für Männerchöre aus. Es werden Werke mit großem Orchester, kleinere Werke mit Orchester ohne Solisten, a-cappella-Chöre, kammermusikalisch oder auch mit Klavierbegleitung und einem Soloinstrument, gewünscht.  $\diamond$  Ein neues Orchesterwerk *Arnold Schönbergs* kommt in diesem Winter unter Wilhelm Furtwängler in Berlin zur Uraufführung.  $\diamond$  Eine neue Symphonie in höchst eigenartiger Orchesterbesetzung hat *Ernst Krenek* geschrieben. Oboen, Hörner, Bratschen und Celli fehlen; dagegen besteht eine Gruppe von Jazzinstrumenten: Harfe, Mandoline, Gitarre und Banjo.  $\diamond$  Eine neue Kurzoper, Egon und Emilie (Buch von Christian Morgenstern), hat *Ernst Toch* geschrieben.  $\diamond$  In Basel schlossen sich junge Musiker und Musikwissenschaftler zu einer *Gruppe der Fünf* zusammen. Die Gruppe hat sich durch eigene Veranstaltungen, insbesondere durch die Pflege neuer Musik, bereits als wichtigen Faktor im Basler Musikleben erwiesen.  $\diamond$  In Prag findet Mitte November ein *polnisches Musikfest* statt, bei dem Werke von Karol Szymanowski und Johan Marek aufgeführt werden.  $\diamond$  Das Klindworth-Scharwenka-Konservatorium richtet in Berlin eine Lehr- und Studienstätte für *Radiomusik* ein. Die Leitung liegt in den Händen Max Buttings. Es sind zunächst 2 Kurse vorgesehen: ein Interpretationskurs, der obligatorisch für die Schüler der Ausbildungsklassen des Konservatoriums ist, und ein Hörerkurs, in dem Darbietungen der offiziellen Sender empfangen, mit einer originalen Aufführung der gleichen Werke verglichen und einer kritischen Besprechung in vielseitigster Weise unterzogen werden. An diesem Hörerkurs werden aller Voraussicht nach auch Externe teilnehmen können.

## KULTUR

### Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

**Meliorationsförderung** Nach Berechnung zahlreicher Sachverständiger sind in Deutschland 6 bis 12 Millionen Hektar landwirtschaftlichen Kulturlands meliorations-, vor allem entwässerungsbedürftig. Die Mehrerträge, die sich in der Landwirtschaft durch Entwässerung dieser Ländereien erzielen lassen, werden auf Milliarden veranschlagt. Seit vielen Jahren wird, in richtiger Erkenntnis dieser Produktionssteigerungsmöglichkeiten, von Agrarpolitikern und führenden Landwirten eine eifrige Propaganda für beschleunigte Meliorationsdurchführung gemacht. Auch das Reich hat die Notwendigkeit die landwirtschaftliche Produktion durch Melioration zu steigern durch Bereitstellung von jährlich 6 Millionen Mark zur Zinsverbilligung für Meliorationskredite anerkannt. Die Rentenbankkreditanstalt hat es bereits vor 2 Jahren übernommen große Anleihen für Meliorationszwecke im Ausland aufzunehmen, da der inländische Kapitalmarkt für solche großen Anleihen (es handelt sich vorläufig um 100 bis 200 Millionen Mark) nicht aufnahmefähig ist. In Erwartung dieser der Landwirtschaft zugesagten und durch das Reich zu verbilligenden Kredite hat die Landwirtschaft in den letzten 2 Jahren in steigendem Maß Meliorationsunternehmungen begonnen, und zahlreiche Meliorationsgenossenschaften wurden begründet. Die Rentenbankkreditanstalt hat aber die versprochene Meliorationsanleihe bis heute nicht aufgenommen. Statt dessen nahm sie mehrere hundert Millionen Mark andere, für 1. Hypotheken zu verwendende Anleihen auf, die sie der Landwirtschaft hauptsächlich zu Umschuldungszwecken zuleitete. Wie die Verschuldungsstatistik zeigt, hat trotz diesem starken Zufluß ausländischer Realkredite die kurzfristige Verschuldung nur wenig abgenommen. Es sind nicht nur kurzfristige sondern auch statistisch nicht erfaßte "Schwimmschulden" durch die Rentenbankgelder abgelöst worden. Außerdem sind die Rentenbankkreditanstalthypotheken wohl nicht ganz zur Umschuldung sondern wahrscheinlich zum Teil zu Besitzerhaltungszwecken ohne Berücksichtigung der produktiven Verwendung benutzt worden. Es ist vom volkswirtschaftlichen wie auch landwirtschaftlichen Standpunkt aus unverstänlich, warum die Rentenbankkreditanstalt nicht längst an Stelle einer ihrer

letzten großen Hypothekenanleihen eine große Meliorationsanleihe aufgenommen hat. Der Kapitalmarkt wäre zweifellos für eine solche Anleihe noch aufnahmefähiger gewesen als für eine Hypothekenanleihe; denn Meliorationskredite können als öffentliche Lasten im Grundbuch noch vor 1. Hypotheken eingetragen werden. Dadurch, daß sie rechtzeitige Aufnahme von Meliorationskrediten versäumte, hat die Rentenbankkreditanstalt der Landwirtschaft schweren Schaden zugefügt. Sie hat es erreicht, daß von den 6 Millionen Mark, die das Reich seit 1927 jährlich zur Zinsverbilligung bereitstellt, bis vor wenigen Wochen kein Pfennig abgerufen werden konnte; ferner, daß die im Vertrauen auf die kommenden billigen Kredite begonnenen Meliorationsunternehmungen mit außerordentlich hoch verzinslichen Zwischenkrediten ihre Arbeiten beginnen mußten, und daß zahlreiche Meliorationsgenossenschaften angesichts dieser für sie zu schweren Lasten in Schwierigkeiten gerieten und ihre Arbeiten einstellen mußten. Zur Beruhigung der Landwirtschaft leitete die Rentenbankkreditanstalt im letzten Jahr die Nachricht in die Presse, daß die Meliorationsanleihe nunmehr bald abgeschlossen werden sollte. Das ist aber bis heute nicht geschehen und wird vermutlich bei den augenblicklichen Schwierigkeiten des ausländischen Kapitalmarkts auch so bald nicht geschehen. Man muß daher auch die neuerdings verbreitete Nachricht, daß die Verhandlungen über die Aufnahme der Meliorationsanleihe im Oktober wiederaufgenommen werden, und daß die Anleihe aufgelegt werden soll, »sobald es der amerikanische Kapitalmarkt erlaubt«, als einen Wechsel ohne Ziel ansehen. Nun hat die Rentenbankkreditanstalt vor kurzem 20 Millionen Mark aus eigenen Mitteln für Meliorationszwecke auf die kommende Anleihe vorgeschossen; nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Man weiß nicht, ob man der Rentenbankkreditanstalt wegen dieser Versäumnisse Nachlässigkeit oder Mangel an Interesse für die landwirtschaftliche Produktionssteigerung vorwerfen soll. Oder sollte die Meliorationsanleihe nicht aufgenommen worden sein, damit die 1. Hypotheken der Rentenbankkreditanstalt nicht durch eine bevorrechtete Eintragung der Meliorationskredite im Grundbuch zurückgestellt werden? Sowohl die Sicherheit als auch die Verzinsungsmöglichkeit 1. Hypotheken wird durch Voreintragung von Meliorationskrediten nicht verschlechtert sondern verbessert.

Milch und Butter

Während im allgemeinen die in Deutschland hergestellte Milch und noch mehr die Butter, besonders die sogenannte Landbutter, an Güte zu wünschen übrig lassen, hat sich in den letzten Jahren die Landwirtschaft Schleswig-Holsteins unter der Führung ihrer Landwirtschaftskammer mit großem Erfolg bemüht die Qualität ihrer Milch und ihrer Butter zu verbessern, zu standardisieren und dadurch den Absatz und die Preise von Milchprodukten zu heben. In Anlehnung an die musterhafte dänische Organisation der Qualitätsbutterherstellung hat die Schleswig-Holsteinische Landwirtschaftskammer für die ganze Provinz eine amtliche Kontrolle eingeführt, die außerordentlich streng über die Güte der verarbeiteten Milch, über die Keimfreiheit, über die saubere Verarbeitung der Milch, über den Fettgehalt und die Reinheit der Butter wacht. Die der Butterkontrolle angeschlossenen Meiereien erhalten von der Landwirtschaftskammer das Recht eine besondere Schutzmarke für ihre Butter zu verwenden. Die Landwirtschaftskammer liefert den angeschlossenen Meiereien für jedes Butterfaß eine Faßdaube mit eingebraunten Marke und für jedes Butterpaket ein nummeriertes Pergamentpapier, so daß sich aus jedem Pfundpaket und jedem Faß schleswig-holsteinischer Markenbutter die Meierei, in der die Butter hergestellt wurde, ermitteln läßt. Außerdem prüft die Landwirtschaftskammer in kurzen Abständen die Butterqualität der verschiedenen Meiereien nach. Diese müssen auf telegraphischen Abruf Butterproben an die Landwirtschaftskammer einsenden. Entspricht die Butterprobe nicht den Anforderungen des Standards, wird die Meierei verwarnt, im Wiederholungsfall von der Lieferung von Markenbutter ausgeschlossen. Die streng durchgeführte Qualitätskontrolle schleswig-holsteinischer Markenbutter hat dieser bereits zu einem guten Namen verholfen und, was für die Landwirte noch wichtiger ist, dazu geführt, daß die Preise für schleswig-holsteinische Markenbutter auf den Hamburger Butterauktionen weit über denen für gewöhnliche Butter, teilweise über den Preisen für dänische Markenbutter, liegen. Ermutigt durch ihre Erfolge in der Butterstandardisierung und -verbesserung hat die Landwirtschaftskammer im Jahr 1926 auch eine amtliche Milchkontrolle eingeführt. Es sind besondere Bestimmungen für Markenvollmilch, Markenvorzugsmilch und Markenkindermilch

erlassen worden, die außerordentlich streng sind. Es werden nicht nur in kurzen Abständen sämtliche zur Markenmilchherstellung gemolkene Kühe vom Tierarzt untersucht, auch das Stallpersonal hat sich einer dauernden ärztlichen Kontrolle zu unterwerfen. Vollmilch muß pasteurisiert sein. Vorzugsmilch und Kindermilch müssen so keimfrei und schmutzfrei sein, daß sie als rohe, hygienisch einwandfreie Milch versendet werden können. Die Milch darf einen bestimmten Fettgehalt nicht unterschreiten. Das Vieh muß in besonders guten, hygienisch einwandfreien Ställen untergebracht sein, und sogar das Futter wird von der Landwirtschaftskammer teilweise vorgeschrieben. Auch diese, in Deutschland zum erstenmal von einer ganzen Provinz versuchte Herstellung höchstwertiger Markenmilch hat große Erfolge gehabt. Am 1. Januar 1927 waren nur 1410 Kühe zur Lieferung von Markenmilch zugelassen, am 1. Januar 1928 waren es bereits 6860, gegenwärtig dürften es zirka 10- bis 12000 Kühe sein. Die erzielbaren Preise für Markenmilch sind so hoch, daß sie nicht nur die stark gestiegenen Herstellungskosten decken sondern dem Landwirt mehrere Pfennige je Liter mehr Reingewinn lassen als die Preise für gewöhnliche Milch.

Die Arbeit der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftskammer erstreckt sich jedoch nicht nur auf diese musterhafte Organisation der Herstellung von Qualitätsmilch und Qualitätsbutter. Die Schleswig-Holsteinische Landwirtschaft hat sich mit Erfolg bemüht auch in das Absatzwesen für Milch und Butter einzudringen. Sie hat in Hamburg und Kiel bereits jetzt den überwiegenden Anteil der Milch- und Butterverkaufsstellen aufgekauft oder auf irgendeine Weise unter ihren Einfluß gebracht. So erfreulich diese Bemühungen sind den gesamten Zwischenhandel auszuschalten und Milch und Butter direkt vom Erzeuger zum Verbraucher zu bringen, so können sie ihre volle Wirkung im Gemeininteresse erst dann ausüben, wenn die Landwirtschaft dabei in direkte Fühlungnahme mit den Verbraucherorganisationen tritt, das heißt Hand in Hand mit den Konsumgenossenschaften arbeitet.

**Italien: Gemüsebau**

Die italienische Regierung hat nicht nur in den letzten Jahren einen großen "Getreidefeldzug" begonnen, um die landwirtschaftliche Produktion Italiens zu heben und die Ernährung Italiens von der Auslandseinfuhr freizumachen, sie

hat auch, auf Spezialgebieten, besonders auf dem Gebiet des Gemüse- und Frühkartoffelbaus, durch Propaganda und wirtschaftliche Hilfe die Produktion in vorbildlicher Weise stark vermehrt. Während 1915 die Anbaufläche im feldmäßigen Gemüsebau 98 500 Hektar betrug, war sie 1925 auf 147 600 Hektar angewachsen. Ähnlich haben sich die Flächen für Frühkartoffeln in der selben Zeit vergrößert. Die italienische Regierung hat, da ein großer Teil des italienischen Gemüsebaus zur Ausfuhr gelangt, ein Nationales Institut für Ausfuhr gegründet. Sie hat im Ausland vertretene Gemüse- und Obsthändlergesellschaften geschaffen und außerdem eine nationale Schutzmarke für standardisiertes Gemüse und Obst eingeführt. Der Gemüseexport hat auch noch billige Tarife für den Export und den Transitverkehr nach England erreicht und auf diese Art dem Gemüse- und Obstbau, der ständig von Kommissionen auf die Qualitätsproduktion kontrolliert wird, zu einem wesentlichen Aufschwung verholfen. Nach italienischen Berichten sollen sogar 20 000 italienische Landarbeiter in Anerkennung der volkswirtschaftlichen Bedeutung des italienischen Gemüsebaus »aus eigenem Antrieb« auf 10 % ihres Lohns verzichten haben, um den Gemüsebau wirtschaftlich zu gestalten. Wie weit sie dabei völlig unbeeinflusst gehandelt haben, bleibe dahingestellt. Jedenfalls drückt sich in dieser Begründung des Verzichts, wie er auch zustande gekommen sein mag, ein Bewußtsein von dem Primat des Produktionsinteresses aus, das für die Zukunftsentwicklung immerhin einiges verspricht.

**Agrarpolitik**

Auf den Lehren Albrecht Thaers und Johann von Thünens aufbauend, noch mehr aber aus seiner reichen landwirtschaftlichen praktischen Erfahrung heraus hat *Friedrich Aereboe* in den letzten Jahrzehnten die moderne landwirtschaftliche Betriebslehre geschaffen. Erst durch seine Gedanken hat dieser früher langweilige und unfruchtbare Zweig der Landwirtschaftswissenschaft Leben erhalten, und die praktische Landwirtschaft ist ihm für dieses Werk für immer Dank schuldig. Auch die von Aereboe bereits vor dem Krieg veröffentlichte Taxationslehre hat der landwirtschaftlichen Güterabschätzung und damit dem Agrarkredit und der landwirtschaftlichen Besteuerung neue Wege gewiesen. Sowohl in seiner Betriebslehre als auch in seiner Taxationslehre und zahlreichen kleineren Schriften und Vorträgen hat Aereboe die

landwirtschaftlichen Fragen nicht nur vom Standpunkt der Privatwirtschaft sondern auch von einer höhern volkswirtschaftlichen Werte aus betrachtet. In seinem jüngsten, fast 600 Seiten starken Buch Agrarpolitik /Berlin, Paul Parey/ (siehe die Rundschau Innenkolonisation, in diesem Band Seite 836) faßt er seine agrarpolitischen Ideen zusammen. Agrarpolitik ist für ihn die Kunst das private Eigeninteresse des Landwirts vor den Wagen der volkswirtschaftlichen Interessen zu spannen. Er tritt (für sozialistische Auffassung manchmal zu liberal) gegen alle Maßnahmen ein, die das Privatinteresse in Bahnen lenken, die dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen. Förderung des allgemeinen Wohlstands, Prämierung der Tüchtigkeit und Gerechtigkeit in Steuerfragen sind Aereboes wirtschaftspolitische Leitmotive. Rücksichtslos tritt er für alle steuerpolitischen und kreditpolitischen Maßnahmen ein, die die Bewegung des Bodens zum besten Wirt und damit zur höchsten Produktivität fördern. Ohne die Vorteile der verschiedenen Betriebsgrößen zu verkennen, betont Aereboe doch vor allem die große Bedeutung der bäuerlichen Wirtschaft. Agrarpolitik muß Bauernpolitik sein, und die Hebung der bäuerlichen Fachbildung eins ihrer ersten Ziele. Wer lange historische Darstellungen oder viele Zahlen erwartet, ist von dem Buch enttäuscht. Aereboe holt die Geschichte nur zur Demonstration der Wirkungen falscher oder richtiger agrarpolitischer Maßnahmen heran. Dadurch gewinnt sein Buch wesentlich an Lebendigkeit. Ganz besonders interessant sind die Ausführungen über die Auswirkungen der Steuerpolitik, vor allem der Zuckersteuer- und Branntweinsteuerpolitik auf die Entwicklung der Landwirtschaft. Durch die betriebswirtschaftliche Durchdringung der Agrarpolitik, durch seine lebendige aus Lebenskenntnis schöpfende Darstellung ist Aereboes Buch vor allem für diejenigen, der nicht nur wissen sondern auch verstehen will, das wichtigste agrarpolitische Werk geworden. Es ist kein Nachschlagewerk für alte Daten sondern das Bekenntnis eines Mannes, der der Welt etwas zu sagen hat.

Informations-  
mittel

Das Ungarische Ackerbau-  
ministerium in Budapest  
hat vor dem Krieg jährlich  
Veröffentlichungen über die *Getreide-  
produktion der Welt* herausgegeben.  
Während des Krieges wurden diese Be-  
richte eingestellt. Im Jahr 1927 hat nun  
das genannte Ministerium diese Arbeiten

wiederaufgenommen und in einer Publi-  
kation, betitelt Die landwirtschaftliche  
Produktion der Welt im Jahre 1927,  
einen Bericht nicht nur über die Ge-  
treideproduktion sondern auch über die  
sonstige pflanzliche und tierische Produk-  
tion aller Länder der Welt, ferner über  
den Handelsverkehr mit wichtigen land-  
wirtschaftlichen Produkten gegeben.  
Außerdem enthält das Buch für jedes  
Land eine kurze wirtschaftlich-geogra-  
phische Beschreibung und übersichtliche  
statistische Zusammenstellungen über  
Anbaufläche der einzelnen Früchte in  
der ganzen Welt. Die Arbeit des Ungar-  
ischen Ackerbauministeriums ist daher  
als Nachschlagewerk interessant; in vie-  
lem stellt das Buch allerdings eine un-  
nötige Parallelarbeit zu den Veröffent-  
lichungen des Internationalen Landwirt-  
schaftsinstituts in Rom dar.

Im Jahr 1926 wurde in Moskau ein  
Internationales Agrarinstitut geschaffen,  
das sich in einen bewußten Gegensatz  
zu dem Internationalen Landwirtschafts-  
institut in Rom stellt und, wie zurzeit  
alle staatlichen oder vom Staat geneh-  
migten öffentlichen Institutionen Ruß-  
lands, ein bolschewistisches Propaganda-  
unternehmen ist. Dies muß man sich vor  
Augen halten, will man die Veröffent-  
lichungen dieses Agrarinstituts richtig  
verstehen. Seit 1928 gibt das Institut in  
laufenden Heften, die im Verlag Paul  
Parey in Berlin auch deutsch erscheinen,  
eine Sammlung Agrarprobleme heraus. Das  
1. Heft enthält unter anderm Beiträge  
S. Dubrowskijs über die moderne Agrar-  
frage und die Aufgaben ihrer Erfor-  
schung. Die vom Bolschewismus be-  
stimmte Stellung zu den landwirtschaft-  
lichen Problemen beeinträchtigt natür-  
lich den wissenschaftlichen Wert der  
Untersuchung. Ähnlich ist ein Beitrag  
N. L. Meschtscherjakows über Konsum-  
und landwirtschaftliche Genossenschaften  
zu beurteilen. Andere Artikel: über die  
chinesische Bauernbewegung, über die  
englischen Afrikabesitzungen und die  
Agrarreformen in Mittelasien, enthalten  
manches bisher unbekanntes Material, das  
freilich nur unter Nachprüfung zu be-  
nutzen ist. Meschtscherjakow gibt zu-  
sammen mit Th. Dombal auch eine Inter-  
national Library of the Revolutionary  
Farmers and Peasants Movement heraus,  
die bei R. L. Prager in Berlin erscheint.  
Meschtscherjakow behandelt in dem 1.  
Heft dieser auf 15 kleine Schriften be-  
rechneten Sammlung die theoretischen  
Grundlagen der Bauernbewegung in ihrem  
Verhältnis zur Revolution in bolsche-  
wistischer Umdeutung, deren Wert nur

derjenige beurteilen kann, der mit der Geschichte der russischen Bauernbewegung und der Sozialrevolutionären Partei, die sie, im Gegensatz zum rein städtisch orientierten Bolschewismus, hervorgerufen hat, hinreichend vertraut ist.

**Totenliste** In Berglase starb am 30. Mai der Gutsbesitzer *Heinrich Pflug* im Alter von 52 Jahren. Pflug war in der ganzen deutschen Landwirtschaft durch seine Arbeiten und Erfolge auf dem Gebiet der Pflanzenzucht bekannt.

Am 30. Juni starb in Hohenheim *Erich Meyer*, 52 Jahre alt. Er hat sich als Professor der landwirtschaftlichen Maschinenkunde einen Namen gemacht.

Am 12. Juli starb in Berlin *Karl Hoffmann*, der Hauptgeschäftsführer der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz. In den letzten Jahren hatte er mit besonderem Interesse aktiv an der Wirtschaftsenquete mitgearbeitet.

**Kurze Chronik** Am 16. Juni wurde in Forchheim ein *Tabaksforschungsinstitut* für das Deutsche Reich eröffnet. Es wird von Joseph König /Münster/ geleitet. ◊ Seit Monaten war geplant in Ostpreußen zur Verwertung der ostpreußischen Viehproduktion eine große Fleischwarenfabrik zu errichten. In den letzten Wochen sind nun in Königsberg unter Beteiligung der Rentenbankkreditanstalt, der rheinischen Schwerindustrie und der Düngerindustrie sowie landwirtschaftlicher Kreise die *Ostpreußischen Fleischwarenwerke* gegründet worden. ◊ Im Interesse der wirtschaftlich schwer notleidenden bäuerlichen Bevölkerung des Nahe- und Hunsrückgebiets wird in Kreuznach ein *Kulturamt* errichtet. ◊ Vom 26. Juni bis zum 12. Juli 1928 wurde in England der *8. Weltkongreß für Milchwirtschaft* abgehalten, an dem Milchsachverständige aus 45 verschiedenen Ländern teilnahmen. Besonderes Interesse wurde den Bestrebungen den Milchkonsum zu steigern entgegengebracht. ◊ Auf dem *Bankiertag* in Köln wurden in diesem Jahr auch landwirtschaftliche Probleme behandelt. In einem Referat Georg Solmsens wurden Vorschläge in der Kredit- und Standardisierungsfrage gemacht, die jedoch zur Hebung der Landwirtschaft nicht wesentlich beitragen können. ◊ An der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin waren im Sommer dieses Jahres 580 Studierende und Hörer eingeschrieben. ◊ Die Hochschule für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan

wurde mit der Landwirtschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule München vereinigt. ◊ Der ordentliche Professor der Volkswirtschaftslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin Otto Auhagen wurde am 1. Juni seiner Amtspflichten entbunden. Sein Nachfolger auf diesem Lehrstuhl wurde *Kurt Ritter*, der im Hauptamt Referent an der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer ist; er liest außerdem an der Berliner Handelshochschule. Über seine literarischen Arbeiten wurde hier mehrfach berichtet. ◊ Der Chefredakteur der Landwirtschaftlichen Presse *Friedrich Fudickar* war am 8. Juni 25 Jahre an dieser Zeitschrift tätig; er hat sie in diesen Arbeitsjahren zu einer der besten landwirtschaftlichen Fachzeitschriften ausgebaut. ◊ Am 7. Juli wurde *Bernhard Bang*, weitbekannt als Forscher auf dem Gebiet der Rindertuberkulosebekämpfung und Entdecker des Erregers des infektiösen Aborts des Rindes, 80 Jahre alt. ◊ Der 6. August war der *100. Todestag Albrecht Thaers*. Die Landwirtschaft hat ihm, dem Begründer moderner Agrarwirtschaft und Betriebslehre, außerordentlich viel zu verdanken.

**Literatur** Im 14. Heft seiner Agrarpolitischen Aufsätze und Vorträge /Berlin, Paul Pa-rey/ Staatshilfe oder Selbsthilfe zur Linderung der Agrarnot?, einer Neuauflage des 7. Hefts seiner Vorträge über Absatz und Standardisierung landwirtschaftlicher Produkte, untersucht *Kurt Ritter*, worauf die Agrarkrise der letzten Jahre beruht, wie weit sie durch öffentliche Hilfe gelindert, wie weit sie durch Selbsthilfe der Landwirtschaft überwunden werden kann. Zur Milderung der nicht bestreitbaren Notstände hält er Staatshilfe für nicht entbehrlich, er stellt sich aber prinzipiell gegen die Unterstützung durch den Staat, weil jeder weitgehende Eingriff des Staats in die private Wirtschaft einen Schritt vom »gemeinnützigen Kapitalismus« weg zum Sozialismus hin bedeute. Wenn allerdings Ritter trotz dieser prinzipiellen Ablehnung Staatshilfe für notwendig hält, so wird sich wohl ein allmähliches Eindringen planwirtschaftlicher Gedankengänge in die Zone der Landwirtschaft nicht vermeiden lassen. Durchaus zustimmen muß man Ritter darin, daß er starke eigene Bemühungen der Landwirtschaft zur Verbesserung und Verbilligung der Produktion und des Absatzes für notwendig hält, um die staatlichen Förderungsmaßnahmen zu ergänzen.